



Paul Widmer

Minister Hans Frölicher

Der umstrittenste Schweizer Diplomat

Kanton oder Staat:
Canton ou Etat:

Zivilstand — Etat civil

F. r. ö. l. i. c. h.

Familiennamen:
Nom de famille: Hans

Vornamen:
Prénoms:

Geboren am:
Né le 3. Dezember 1887

Heimatort:
Lieu d'origine: Solothurn

Weitere Staatsangehörigkeit, wenn Doppelbürger:
Autre nationalité, en cas de double indigénat:

Zivilstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden):
Etat civil (célibataire, marié, veuf, divorcé): Frölicher-Stehli

Namen und Vornamen der Eltern:
Noms et prénoms des parents: Frölicher-Stehli

Mutter (ev. der Mutter):
Mère (ev. de la mère): Müller Raem

in
à
Kanton oder S
Canton ou Et

marié le

Industrieller

Müller Raem

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Anpassung oder Widerstand?

«Die Gesandtschaft in Berlin war während des Dritten Reiches der schwierigste Posten, den die Schweiz je zu vergeben hatte. (...) Niemand bekam dies mehr zu spüren als der Schweizer Gesandte in Berlin, der Hans Frölicher hiess. Ihm hatte der Bundesrat eine überaus komplizierte Mission anvertraut. Während sich die Schweiz militärisch mit grosser Entschlossenheit zum Widerstand rüstete, bestand seine Aufgabe darin, mit dem nationalsozialistischen Deutschland nicht nur korrekte, sondern, wenn möglich, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.»

ISBN 978-3-03823-779-2





Kein Schweizer Diplomat ist so umstritten wie Hans Frölicher. Als Gesandter in Berlin hatte er während des Dritten Reiches die schwierigste diplomatische Mission zu erfüllen, die der Bundesrat je zu vergeben hatte. Die Schweiz rüstete sich mit grosser Entschlossenheit zum Widerstand. Frölicher's Aufgabe bestand jedoch darin, mit dem nationalsozialistischen Deutschland freundliche Beziehungen zu pflegen. Gerade weil der Bundesrat ihm einen geschmeidigen Umgang mit den Nazi-Grössen zutraute, hatte er ihn, den Diplomaten aus grossbürgerlichem Haus, auf diesen Posten berufen. Frölicher wurde nach dem Krieg für seine Amtsführung heftig kritisiert, namentlich von Edgar Bonjour.

Paul Widmer (geboren 1949) Dr. phil., Botschafter, studierte Geschichte und Philosophie in Zürich und Köln. 1977 trat er in den diplomatischen Dienst ein. Von 1992 bis 1999 war er Postenchef in Berlin, dann Botschafter in Kroatien und Jordanien und anschliessend Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg. Derzeit ist er Botschafter beim Heiligen Stuhl und daneben Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen. Er ist Verfasser mehrerer politischer und historischer Bücher, u. a. *Die Schweiz als Sonderfall* (2007) und *Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie* (2003).

Paul Widmer, selber Diplomat, setzt sich in dieser ersten Frölicher-Biografie gründlich mit der schwierigen Rolle auseinander, in der sich ein Diplomat auf Posten in einem totalitären Staat befindet. Anpassung und Widerstand: Wie hat Frölicher dieses Problem gelöst? Paul Widmer gibt darauf eine differenzierte und klare Antwort.

Umschlagabbildung:

Ausschnitt aus dem Personalblatt der Bundesverwaltung von Hans Frölicher

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Lektorat: Jens Stahlkopf, Berlin / www.lektoratum.com
Umschlaggestaltung: GYSIN [Konzept+Gestaltung], Chur
Gestaltung, Satz: Gaby Michel, Hamburg
Druck, Einband: Kösel GmbH, Altusried-Krugzell

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf andern Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN 978-3-03823-779-5

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	7
	Einführung	9
	Diplomat aus grossbürgerlichem Milieu	
	In der Schusslinie wegen Franco-Spanien	25
Der Vorgänger in Berlin: Paul Dinichert, ein standfester Diplomat		33
	Dinicherts Mitarbeiter auf der Gesandtschaft	52
Dinicherts persönliche Unzulänglichkeiten und seine Versetzung		57
	Ein fulminanter Amtsantritt in Berlin	66
Merkwürdige Demarchen von General Guisan und anderen		80
	Auf gefahrenvollem Posten bis zur Abberufung	89
Politische Berichterstattung aus der Höhle des Löwen		102
	Gespanntes Verhältnis zur Schweizer Presse	125
	Konzessionsreiche Wirtschaftsdiplomatie	133
Die Gesandtschaft und die Judenverfolgung		144
	Bedrohte Schweizer im Dritten Reich	157
	Die Schweiz als Schutzmacht in Berlin	166
Schwierigkeiten mit dem Nachrichtendienst – und Edgar Bonjour		176
	Erstaunliche Konstellationen im Urteil der Nachwelt	194
	Frölicher im Vergleich zu anderen Spitzendiplomaten	203
	Weder Sündenbock noch Vorbild	218
	Anmerkungen	225
	Quellen- und Literaturverzeichnis	247
	Personenregister	257
	Bildnachweis	261
	Vom gleichen Autor	263

Vorwort

Die vorliegende Publikation ist eine überarbeitete und erweiterte Version zweier Kapitel aus meinem Buch *Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin*, erschienen 1997 im Verlag der Neuen Zürcher Zeitung. In den 1990er-Jahren leitete ich die Berliner Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft in Deutschland. Die eigentliche Botschaft befand sich damals noch in Bonn. Berlin war im Umbruch. Die Stadt schickte sich nach der Wiedervereinigung an, von Neuem Hauptstadt zu werden. Der Bundespräsident war bereits an die Spree umgezogen, die Regierung war dagegen noch am Rhein. Auch die Botschaften blieben vorerst in Bonn. Sie liessen sich jedoch in Berlin mit einer Aussenstelle vertreten. Ich wohnte in der alten Gesandtschaft und arbeitete im gleichen Büro, in welchem fünfzig Jahre vorher Minister Hans Frölicher gesessen hatte. Eine Aura des Mysteriösen umgab das Gebäude, das eine ausserordentlich bewegte Vergangenheit hat. Deshalb entschloss ich mich, die Geschichte dieser Gesandtschaft zu schreiben.

Seither sind fünfzehn Jahre vergangen. Vieles hat sich mit der Liegenschaft im Spreebogen getan. Darüber gäbe es einiges zu erzählen. Man könnte der Geschichte ein neues Kapitel hinzufügen. Nach einer glamourösen Eröffnung beherbergt das Gebäude, versehen mit einem architektonisch kontrastierenden Erweiterungsbau, seit 1999 wieder die offizielle Hauptvertretung der Schweiz in Deutschland. Die Botschaft ist dorthin zurückgekehrt, wo früher die Gesandtschaft war. Mitten in Berlin, an einmaliger Lage zwischen dem Reichstag und dem Kanzleramt, wurde der Faden wieder dort aufgenommen, wo er 1945 gerissen war.

Botschaft, Gesandtschaft, Legation, Generalkonsulat – die Diplomatie mit ihren Bezeichnungen und wohlklingenden Titeln ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Deshalb schicke ich einige Erklärungen voraus. Heute hat die Schweiz in rund 100 Staaten Botschaften. Diese werden von einem Missionschef geleitet,

der den Titel Botschafter trägt. Bis Mitte der 1950er-Jahre hatte die Schweiz keine Botschaften, sondern nur – tiefer eingestufte – Gesandtschaften, die man auch Legationen nannte. Sie entsprachen den heutigen Botschaften und wurden von einem Gesandten oder, wie man in der Schweiz sagte, Minister geleitet. Minister Frölicher wäre also heute Botschafter Frölicher. Die diplomatischen Mitarbeiter des Ministers waren, hierarchisch abgestuft, Gesandtschafts- oder Legationsräte, Gesandtschafts- oder Legationssekretäre sowie Attachés.

In einem Land gibt oder gab es nur eine einzige bilaterale Botschaft beziehungsweise Gesandtschaft. Ihre Aufgabe besteht oder bestand darin, die Beziehungen von Staat zu Staat auf höchster Ebene zu pflegen. Aber in einem Land kann es mehrere Generalkonsulate geben, die jeweils von einem Generalkonsul geleitet werden. Dieser ist unter anderem für den Kontakt mit den Regionalbehörden und die Betreuung der Schweizer Bürger zuständig. Er ist dem Botschafter des jeweiligen Residenzlandes unterstellt.

Schliesslich möchte ich noch, da ich selbst im diplomatischen Dienst bin, der guten Form halber festhalten, dass dieses Buch ausschliesslich meine persönliche Meinung wiedergibt und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten in nichts verpflichtet.

Bern, im Frühling 2012

Einführung

Die Gesandtschaft in Berlin war während des Dritten Reiches der schwierigste Posten, den die Schweiz je zu vergeben hatte. Natürlich stellt man sich, wenn man später an solch einem Ort arbeitet, die Frage, wie man selbst die Herausforderung damals bestanden hätte. Wie weit hätte man der eigenen Regierung geraten, sich den neuen Umständen anzupassen, wie weit wäre man für entschiedenen Widerstand eingetreten? Anpassung oder Widerstand – oder: zwischen Anpassung und Widerstand – dieses Thema lag in Berlin nach dem Fall der Mauer ohnehin in der Luft – nicht nur wegen dem Dritten Reich, sondern auch wegen der Deutschen Demokratischen Republik, wegen den heftigen Debatten um die DDR-Vergangenheitsbewältigung. Manfred Stolpe etwa, der ehemalige populäre Ministerpräsident des Landes Brandenburg, stand fast täglich in den Schlagzeilen wegen seiner Rolle, die er als Anwalt innerhalb der evangelischen Kirche in der DDR gespielt hatte. Viele Bürgerrechtler missbilligten seine Stasi-Mitarbeit. Hatte er Bürger, die sich ihm anvertrauten, verraten, oder hatte er unter den obwaltenden Umständen das Beste gemacht? Die Frage ist bis heute umstritten. Die Fragezeichen zu seiner Vergangenheit hatten ihn allerdings nicht daran gehindert, Bundesminister zu werden.

«Wie hätte ich damals gehandelt?» – das ist eine hypothetische Frage, und auf solche Fragen gibt es keine zuverlässigen Antworten. Im Nachhinein kann man sich mühelos ausmalen, wie man es besser gemacht hätte. Doch sich mit dem Wissen des Nachgeborenen bei jenen einzureihen, die recht bekommen haben, ist billig. Denn man muss den Beweis für die eigene Urteilsfähigkeit nicht antreten. Um Erkenntnisse zu gewinnen, ist es deshalb unumgänglich, die Geschichte zu studieren und daraus zu lernen. Dabei sollte man sich eher den Schattenseiten zuwenden als den Sonnenseiten. Denn man lernt bekanntlich am meisten aus Fehlern.

Geschichte ist verwirklichte Politik, etwas Abgeschlossenes. Sie enthält das, was sich aus unzähligen Möglichkeiten in der Zeit realisiert hat. Alle anderen Varianten, die einst bestanden, sich aber nicht durchsetzten, kann man vergessen. Politik jedoch ist nie fertig. Sie gärt ständig, ist von den Impulsen der Zeit getrieben, bringt das Zeitbedingte zum Ausdruck. Wer ohne feste Grundsätze politisiert, wird von Strömungen mitgerissen, hat keinen Boden unter den Füßen. Deshalb braucht gute Politik ein ethisches Fundament, eine Verankerung in Werten. Doch das ist leichter gesagt als getan. Warum?

Die Ethik enthält Grundsätze vom richtigen Leben. Diese mögen in sich stimmig sein und theoretisch überzeugen. Aber sie lassen sich im öffentlichen Leben nie voll verwirklichen, weil es nicht nur eine Ethik, sondern verschiedene Ethiken gibt. Und diese widersprechen sich oft. Was für den einen gut ist, mag für den anderen schlecht sein und umgekehrt. Folglich entscheiden wechselnde Mehrheiten, was umgesetzt wird. Wer mit dem Kopf durch die Wand rennt, bezeugt vielleicht heldenhaft seine Gesinnung, aber er wird an der Realität scheitern. Im Alltagsleben prallen immer verschiedene Überzeugungen aufeinander. Zwischen ihnen muss man aus einem Gefühl der Verantwortung heraus einen Kompromiss finden. Das ist die Aufgabe der Politik. Jeder nimmt sich etwas zurück, um wenigstens einen Teil dessen zu verwirklichen, was er für richtig hält. Man kann die ethischen Ziele nie ganz erreichen, man kann sich ihnen nur nähern, mal auf diesem, mal auf jenem Weg oder Umweg. Ein Politiker muss das langfristig Richtige anstreben und sich mit dem vorläufig Machbaren begnügen. «Sieh auf zu den Sternen, gib acht auf die Gasse!», empfiehlt ein Sprichwort.

Im Inneren eines demokratischen Staates spielt sich die Politik zwischen verschiedenen Parteien ab, ausserhalb der Grenzen zwischen verschiedenen Staaten. In beiden Fällen geht es um Macht oder, wie man heute lieber sagt, um Interessen. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Jeder Staat versucht seine Interessen im Verhältnis zu anderen Staaten möglichst weitgehend durchzusetzen. Doch die Spielregeln sind anders als in der Innenpolitik. Im innerstaatlichen Bereich gibt es in Konfliktfällen Instanzen, die ein Machtwort sprechen können und auch befügt sind, dieses durchzusetzen. In der Aussenpolitik fehlen diese weitgehend. Gewiss gibt es im zwischenstaatlichen Bereich auch ernsthafte Anstrengungen, die Ver-

rechtlichung voranzutreiben und die internationalen Beziehungen einer reglementierten Ordnung zuzuführen. Aber die internationale Politik ist bis heute eine ständige Auseinandersetzung zwischen dem Streben nach Ordnung und dem Rückfall in anarchische Zustände.

In diesen lose geregelten Sphären betreiben die Staaten seit alters ihre Aussenpolitik, und zwar mit drei Mitteln: mit Waffen, Geld und Worten. Im Extremfall greifen sie zu den Waffen und führen Krieg. Im Normalfall begnügen sie sich mit dem Wort und betreiben Diplomatie. Und irgendwo dazwischen verwenden sie auch Geld, um mit wirtschaftlichem Druck ihre Interessen durchzusetzen. Dem Diplomaten steht, von Verirrungen abgesehen, nichts anderes als das Wort zur Verfügung. Die Mittel, um die Interessen in der Aussenpolitik zu verfechten, sind also verschieden von der Innenpolitik; im Inneren verfügt man über rechtlich abgesicherte Sanktionsmechanismen, in der Aussenpolitik dagegen nur selten. Das Vorgehen ist jedoch das gleiche. Auch in der Aussenpolitik muss man Kompromisse schliessen. Ein Staat darf seine nationalen Interessen nicht mit der Verbissenheit eines Dogmatikers verfechten. Vielmehr muss er auf die Argumente der Gegenseite eingehen und allenfalls, wenn er etwas erreichen will, seine eigenen Forderungen mässigen.

Den richtigen Kompromiss zu finden, ist generell eine heikle Aufgabe. Sie kann aber schier unlösbar werden, wenn man es mit totalitären Staaten zu tun hat. Konkret geht es dann um Anpassung und Widerstand, im Extremfall gar um Knechtschaft und Untergang. Wie weit darf sich ein freies Land einem totalitären Staat anpassen, ohne sich selbst aufzugeben? Wie weit soll es, ohne sich ins Verderben zu stürzen, Widerstand leisten? Für die Schweiz stellten sich diese Fragen nie dramatischer als während des Zweiten Weltkriegs. In jenen Jahren lastete eine ungeheure Verantwortung auf dem General, dem Bundesrat und einigen Diplomaten. Ein falscher Entscheid, ja bloss ein falsches Wort oder eine dumme Geste hätte verheerende Reaktionen auslösen können.

Niemand bekam dies mehr zu spüren als der Schweizer Gesandte in Berlin, der Hans Frölicher hiess. Ihm hatte der Bundesrat eine überaus schwierige Mission anvertraut. Während sich die Schweiz militärisch mit grosser Entschlossenheit zum Widerstand rüstete, bestand seine Aufgabe

darin, mit dem nationalsozialistischen Deutschland nicht nur korrekte, sondern, wenn möglich, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Er musste auf dem Berliner Aussenposten notgedrungen eine Rolle spielen, in der die Gesten der Anpassung dominierten. So wollte es der Bundesrat. Gerade weil man ihm einen geschmeidigen Umgang mit den Nazigrössen und der Berliner Gesellschaft zutraute, hatte ihn seine Regierung auf diesen delikaten Posten geschickt. Sein Vorgänger, Paul Dinichert, ein erklärter Gegner der Nazis, wurde dagegen auf starken Druck aus dem Gastland, aber auch auf Druck von verschiedenen Kreisen in der Heimat, abgezogen. Ihm seien, so beschwerten sich Politiker, Schweizer Presseorgane und Wirtschaftsführer, in Berlin alle Türen verschlossen und somit nütze er der Schweiz nichts. Dinichert war unter anderem deshalb gescheitert, weil er zu wenig Diplomat war. Frölicher hatte also, als er in der Reichshauptstadt antrat, ein Beispiel vor Augen, wie man es nicht machen sollte.

Doch damit ist noch nichts darüber gesagt, wie er es machen sollte. Ein Diplomat ist in einem feindlich gesinnten Staat in einer fast aussichtslosen Lage. Seine Regierung entsendet ihn, um freundliche oder mindestens korrekte Beziehungen mit seinem Gastland zu unterhalten. Dazu ist er jedoch nur fähig, wenn er einen guten Zugang zu den wichtigsten Entscheidungsträgern hat. Doch gelingt ihm dies, wecken gerade seine guten Beziehungen häufig Misstrauen in seinem Herkunftsland. Viele Diplomaten scheitern in politisch schwierigen Ländern. Sie werden Opfer des inneren Widerspruchs ihres Berufs: Je mehr sie ihren Auftrag zu erfüllen suchen, desto mehr werden sie verdächtigt, von der Gegenseite eingenommen zu sein, je mehr sie aber der Gegenseite opponieren, desto mehr werden sie bezichtigt, mit dem Partner nicht umgehen zu können. Dinichert und Frölicher waren in diesem Dilemma verstrickt. Dinichert warf man vor, zu stark opponiert zu haben, Frölicher dagegen, den Deutschen zu viel nachgegeben zu haben.

Aber nicht nur ihnen erging es so. Kleinere Narben trugen alle Schweizer Diplomaten davon, die im Zweiten Weltkrieg auf problematischen Posten stationiert waren. Paul Ruegger, der Missionschef in Rom, erlitt das gleiche Schicksal wie Dinichert. Er wurde 1942 vom Bundesrat auf Verlangen der italienischen Regierung abberufen und durch einen Gefügigeren ersetzt. Den Minister in Vichy, den tatkräftigen Walter Stucki,

ereilte dagegen der Bann zu grosser Anpassung – zwar nicht von seiner eigenen Regierung, jedoch vom Gaststaat. Er wäre nach dem Krieg gern Gesandter in Paris geworden. Aber de Gaulle war nicht gewillt, das Agrément zu erteilen. Frankreich warf Stucki vor, zu stark mit Pétain und dessen Umkreis liiert gewesen zu sein. Auch Carl J. Burckhardt gehört in diese Kategorie. Als sich der Bundesrat 1944 bei der britischen Regierung erkundigte, ob der ehemalige Völkerbundskommissar als Schweizer Gesandter in London genehm wäre, erhielt er eine Absage. Burckhardt habe in Danzig wie auch als Repräsentant des Roten Kreuzes einen zu vertrauten Umgang mit Nazigrössen gepflegt. Schliesslich mussten bei Kriegsende auch Bundesrat Marcel Pilet-Golaz und der höchste Diplomat im Eidgenössischen Politischen Departement (EPD), der Genfer Pierre Bonna, Chef der Abteilung für Auswärtiges, ihre Sessel räumen, weil sie mit der Aussenpolitik, die sie zu verantworten hatten, in der neuen Konstellation als Altlast empfunden wurden.

Ein Diplomat betreibt freilich im Gastland keine eigene Aussenpolitik. Unter normalen Umständen führt er Instruktionen aus, die er von der Zentrale erhält. Diese trägt ja auch die letzte Verantwortung. Aber bei aller Mitverantwortung der vorgesetzten Behörden bleibt reichlich Zwischenraum, den ein Missionschef allein auszufüllen hat. Das gilt auch für Frölicher. Denn die Instruktionen waren in der Schweiz bis zur Aufblähung des Beamtenapparates am Ende des 20. Jahrhunderts meist knapp und generell gehalten. Somit hing die Ausführung stark von der jeweiligen Persönlichkeit des Gesandten ab. Und dafür muss dieser geradestehen.

Ich bin der Ansicht, man könne aus der Geschichte lernen, allerdings kaum, wie man etwas machen muss, hingegen sehr wohl, wie man es nicht machen darf. Keine Entscheidungssituation präsentiert sich genau so, wie sie in der Vergangenheit vorlag. Die Zukunft ist offen. Anders jedoch ist es mit der Vergangenheit. Sie ist abgeschlossen. Man sieht, was ein Entscheid oder eine Handlung bewirkt hat. Deshalb kann, wer geschichtliche Kenntnisse hat, von vornherein viele Varianten ausschliessen. Geschichtliche Erfahrung liefert keine Erfolgsrezepte zur Gestaltung der Zukunft, aber sie hilft wenigstens, Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, sie lehrt einen, schon einmal begangene Fehler nicht zu wiederholen. Mit Hans Frölicher – kontrastiert mit seinem Vorgänger Paul Dinichert – liegt ein

Musterbeispiel von Anpassung und Widerstand in der Schweizer Diplomatie vor. In der Überzeugung, dass es sich lohnt, diese Biografie genauer anzuschauen, habe ich mich nochmals dem Wirken von Frölicher zugewandt und diese Monografie vorgelegt.

Diplomat aus grossbürgerlichem Milieu

Hans Frölicher (1887-1961) wurde am 3. Dezember 1887 als zweites Kind von Maximilian Frölicher und Margaretha Emerentia Stehli in Zürich geboren. Im Kreis von vier Geschwistern wuchs er in der Villa «Riesmatt» an der Mittelstrasse 6 im Seefeld auf. Die Frölicher waren ein altes und reiches Bürgergeschlecht aus Solothurn. Sie hatten ihr Vermögen als Textilfabrikanten erworben. Und die Stehli aus Zürich waren nicht minder begütert. Ihr Reichtum kam aus der Seidenfabrikation. Maximilian Frölicher trat in frühen Jahren in die Firma Stehli-Hausheer & Sohn ein, heiratete 1885 die Tochter des Firmenchefs Emil Stehli-Hirt und wurde 1892 Partner des international tätigen Unternehmens. Die Firma hatte auch Niederlassungen in den USA und Kanada. 1912 beabsichtigte er, die Betriebe und einige Freunde in Übersee zu besuchen. Es sollte eine besondere Reise werden. Er buchte für sich, seine Frau und die Tochter Margaritha drei Plätze auf der famosen «Titanic». Am 10. April bestiegen die Frölicher in Cherbourg den Luxusdampfer. Als das Schiff mit mehr als 2'200 Passagieren an Bord auf einen Eisberg fuhr, gehörten sie zu den Glücklichen, die mit dem Leben davonkamen, wahrscheinlich weil sie in der ersten Klasse einquartiert waren. Nochmals Glück hatten sie, da bald schon das Ersatzschiff «Carpathia» aufkreuzte und sie aufnahm.

Besonders dramatisch war die Lage für Margaritha oder, wie Hans seine Schwester immer nannte, «Mädi». Sie hatte eben die Matura bestanden und durfte mit den Eltern auf der «Titanic» mitreisen. In einem Brief an Bruder Willy beschrieb sie von der «Carpathia» aus, wie sie völlig seekrank den Untergang des Dampfers erlebte. Die Reise war für sie noch in anderer Hinsicht denkwürdig. Sie reiste nach Amerika, um dort ihren Verlobten zu heiraten, Robert Schwarzenbach, den Direktor der Seidenweberei Schwarzenbach & Huber in New York – nicht die erste und auch nicht die letzte Ehe zwischen den verbandelten Clans der Frölicher und der

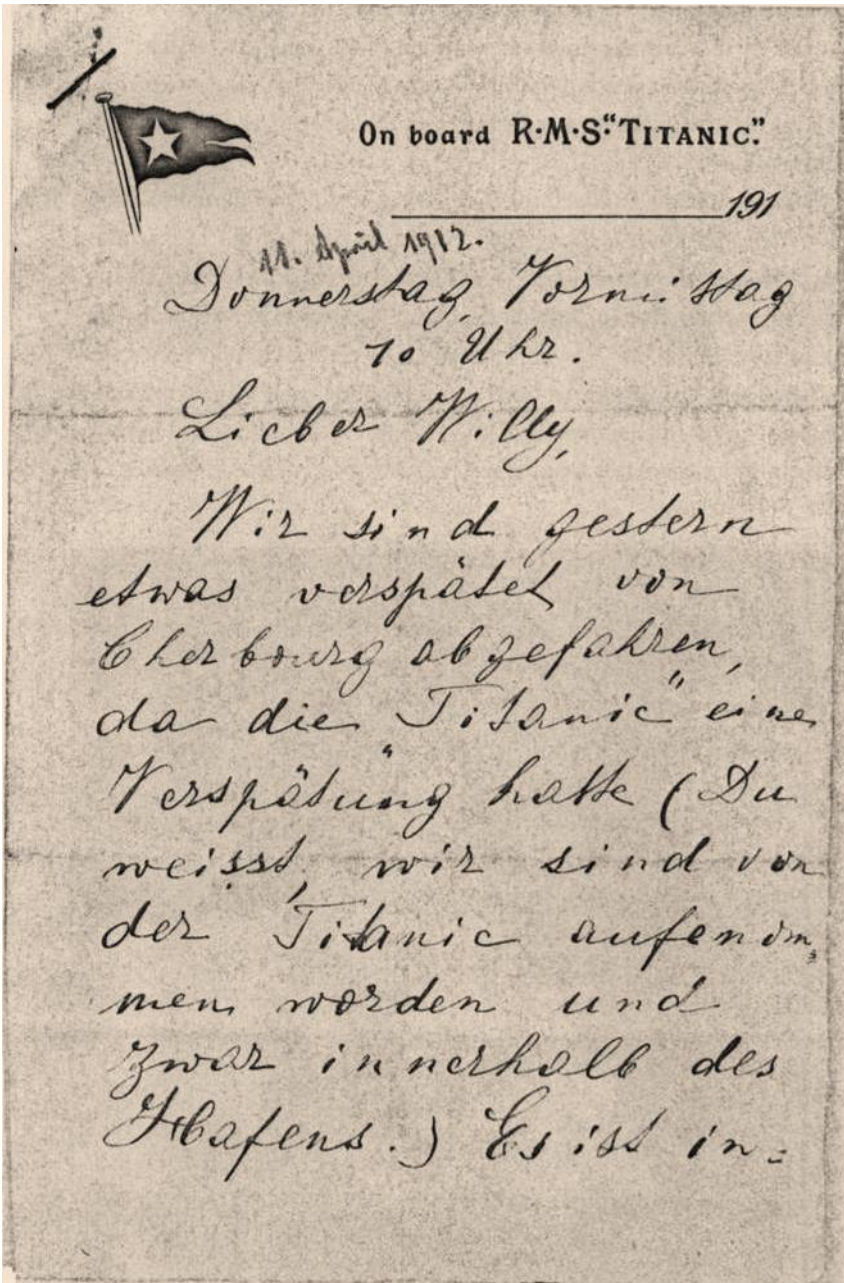


Schwarzenbachs. Als ihr Ehemann 1929 früh verstarb, kehrte Mädi mit ihren drei Söhnen in die Schweiz zurück. Hans Frölicher verstand sich gut mit ihr. Immer wieder besuchte er sie in Zürich, wenn er von Berlin aus zu Besprechungen oder auf Urlaub in die Schweiz kam.

Hans Frölicher studierte nach der Matura Jurisprudenz in Zürich, München, Bern und Leipzig. Dort erwarb er sich mit der Dissertation *Das Verfügungsrecht des Absenders im Eisenbahnfrachtgeschäft nach OR 1912* den Dokortitel. Zudem legte er das Anwaltsexamen in Zürich ab. Darauf arbeitete er in der Anwaltskanzlei eines Verwandten in seiner Heimatstadt, ehe er 1918 auf Anraten seines Freundes, des Ministers Walter Thurnheer, ins EPD eintrat. Er kam in die Rechtsabteilung und befasste sich unter anderem mit Doppelbesteuerungsfragen. Rasch fand er Gefallen an der inter-



2 Hans Frölicher als Geiger, rechts aussen Schwester Margaritha, genannt «Mädi» (1898).



3 Brief von Margaretha Frölicher-Stehli an Sohn Willy von der «Titanic» aus geschrieben, vom 11. April 1912.

nationalen Politik. So beschloss er, die diplomatische Laufbahn einzuschlagen. Nach zwölf Berner Jahren erfolgte 1930 seine Versetzung als Gesandtschaftsrat nach Berlin.

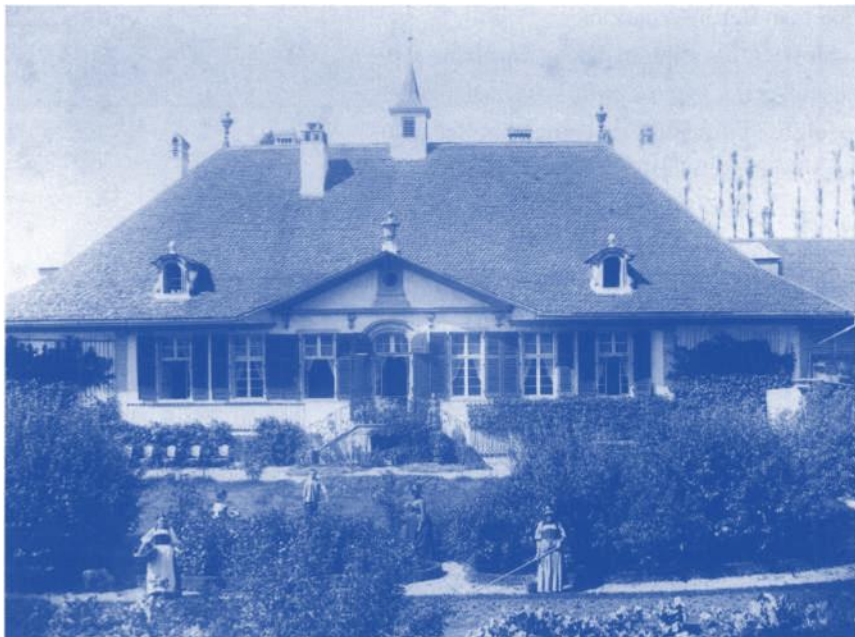
Nach dem Studium hatte Frölicher 1913 eine vermögende Berner Patrizierin, Margarete Thormann, die Tochter von Eduard Thormann, dem Präsidenten des Obergerichts, geheiratet. Der Ehe entsprossen zwei Kinder, Max und Hélène. Max absolvierte ein Rechtsstudium und wurde Direktor der Wander AG in Neuenegg bei Bern. Die Tochter verheiratete sich 1947 – nach einer kurzen gescheiterten Ehe mit dem Diplomaten Max König, einem Mitarbeiter von Frölicher



4 Margarete Thormann, verheiratet 1913 mit Hans Frölicher, nach Scheidung (1937) verheiratet mit Edwin Schwarzenbach.

auf der Gesandtschaft in Berlin – mit dem Basler Kinderarzt Otto Geiser. Gemeinsam hatten sie zwei Söhne, einer davon ist der Schriftsteller Christoph Geiser. Frölicher's Ehe war allerdings keine glückliche gewesen. Schon während seines ersten Berliner Aufenthalts von 1930-1934 begleitete ihn seine Frau nicht. Sie hatte seit Langem eine Liaison mit Edwin Schwarzenbach aus der Dynastie der Seidenbandweber vom Zürichsee. Hans Frölicher nahm es hin, er wollte keine Scheidung. Doch 1937 kam es dennoch dazu. Der Bundesrat hatte verlangt, dass Frölicher seine persönlichen Verhältnisse in Ordnung bringe, bevor man ihn zum Gesandten in Berlin ernenne. So kam es, dass er allein das grosse Palais im Spreebogen bezog. Aber seine Tochter weilte bis zu den schweren Bombardierungen von 1943 meistens bei ihm und stand ihm bei gesellschaftlichen Anlässen zur Seite. Als dann der Aufenthalt in der Stadtmitte von Berlin zu gefährlich wurde, bat er Hélène, in die Schweiz zurückzukehren.

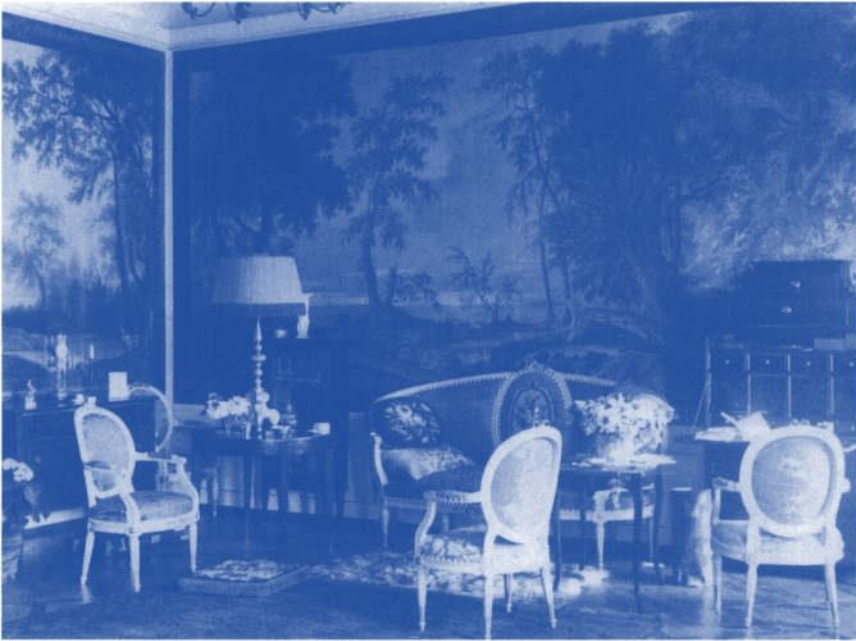
Nach der Scheidung verheiratete sich Margarete Frölicher-Thormann mit Edwin Schwarzenbach. Dieser hatte zwei Brüder. Der eine, Robert, war, wie eben erwähnt, mit Frölicher's Schwester Mädi verheiratet, der andere, Alfred, hatte seinerseits Renée Wille, die Tochter von General Ulrich Wille gehehlicht. Aus erster Ehe brachte Edwin Schwarzenbach den Sohn James mit, der sich in den 1970er-



5 Schlössli Ursellen bei Konolfingen.

Jahren im Kampf gegen die Überfremdung hervortun sollte. Hans Frölicher war also prominent verschwägert. Er war mit der Oberschicht in Zürich, Bern und Solothurn wie kaum ein Zweiter verwoben. Nahtlos passte er in jenes Gesellschaftsgeflecht um die Familien Wille und Schwarzenbach, das der Schriftsteller Niklaus Meienberg in seiner Reportage *Die Welt als Wille & Wahn* beschrieben hatte.

Als Frölicher nach dem Eintritt ins EPD von Zürich nach Bern umzog, mietete sich das junge Paar im Schlösschen Allmendingen ein. Der umgängliche Jurist und Hauptmann der Artillerie kümmerte sich nebst seinem Beruf auch um das Ortsgeschehen. Man mochte ihn im Dorf gut. Zuerst stellte er sich als Schulratspräsident, dann als Gemeindepräsident zur Verfügung. Doch 1928 zog das Ehepaar weg. Es übersiedelte aufs Landgut Ursellen, eine der reizvollsten Berner Campagnen des 18. Jahrhunderts, am Eingang zum Emmental bei Konolfingen gelegen, bestehend aus einem Schlössli und einem prächtigen Gutshof mit



6 Interieur im Schlössli Ursellen.

18 Hektaren Land. Es sollte sein endgültiger Wohnsitz werden. Seine Frau hatte damals zusammen mit ihren Schwestern Elisabeth von Wyttenbach und Katharina Wander die Liegenschaft, die aus der mütterlichen Linie der Familie von May stammte, geerbt. Die Erbengemeinschaft überliess umgehend den herrschaftlichen Besitz ihrer Miterbin Margarete. Als diese ihre Familie verliess, vermachte sie das Landgut den beiden Kindern, bestimmte jedoch, dass ihr Exgatte lebenslang unentgeltlich im Schlössli wohnen könne. Nach dem Tod seines Vaters bewohnte Dr. Max Frölicher das Anwesen. 1980 sah er sich jedoch infolge eines Familienstreits gezwungen, die Liegenschaft zu verkaufen.

Hans Frölicher machte eine gute Figur als Schlossherr. Er hatte etwas von einem Gentleman-Farmer. Er hätte ausgezeichnet in die englische «upper class» hineingepasst: kultiviert, sportlich, mit Sinn für Speis und Trank, über beste Beziehungen verfügend und mit einem leichten Hang zum Spleen. Auch war er ausgesprochen naturverbunden. Wann immer er konnte, frönte er seinem Hobby, der

Jagd. Während der Berner Jahre verbrachte er nach Möglichkeit die freien Wochenenden im Oberland oder im Wallis auf der Pirsch. Und in Berlin wirkte es manchmal fast grotesk, wie er seiner Leidenschaft nachging. Mochten ringsum die Bomben fallen, er liess sich nicht von einer Niederjagd im Havelland abhalten.

Frölicher war auch eng mit der Landwirtschaft verbunden. Gern gab er sich mit den Bauern von Ursellen leutselig, auch nahm er ab und zu am Vereinsleben der Gemeinde teil. Seine privaten Aufzeichnungen bereicherte er immer wieder mit Bildern und Vergleichen aus Feld und Stall. Nach dem ersten Neujahrsempfang in der Reichskanzlei, dem er 1939 beiwohnte, bemerkte er, die Diplomaten hätten sich alle protokollmässig richtig aufgestellt, «weil jeder seinen Platz kannte, wie die Kühe in einem guten Schweizer Stall». ¹ Frölicher war auch ein guter Schütze. Einmal wurde er gar Berner Schützenkönig. Nach seiner Rückkehr aus Berlin nahm er sozusagen immer am Feldschiessen der Schützengesellschaft von Ursellen teil.

Doch er hatte auch andere Seiten vorzuweisen. Frölicher war zwar nicht das, was man einen musisch veranlagten Menschen nennen könnte, aber ohne künstlerische Ader war er nicht. Er liebte die Musik und spielte selbst Geige, meistens für sich allein, gelegentlich in kammermusikalischer Formation im Freundeskreis. Er schloss sich zudem der Berner Gesellschaft von Musikfreunden an und war 1926 ein Mitbegründer der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik. In Berlin besuchte er häufig Konzerte und Opern. Herbert von Karajan gehörte in den letzten Kriegsjahren zu seinen häufigsten Hausgästen. Furtwängler, Maria Stader oder Othmar Schoeck verkehrten auch in seinem Haus. Frölichers spärliche Kommentare zu musikalischen Darbietungen zeugen von Kennerschaft. Aber er war kein Intellektueller. Diesen Anspruch erhob er auch nie. Zur Literatur scheint er keinen besonderen Zugang gehabt zu haben. Jedenfalls findet sich in seinen Tagebüchern, abgesehen von einem Eintrag über den seinerzeit populären John Knittel, nichts dazu. Philosophische Gedankengänge lagen ihm auch nicht. Er war auf das Praktische ausgerichtet.

Im Jahr 1930 trat Frölicher seinen ersten Auslandsposten an. Als Legationsrat wurde er Stellvertreter des Missionschefs in Berlin, zuerst zwei Jahre unter dem Berner Hermann Rüfenacht, dann zwei Jahre unter Paul

Dinichert. Ausserdem war er in Doppelfunktion Militärattaché, denn vor 1937 kannte die Eidgenossenschaft noch keine ausschliesslich auf Verteidigungsaufgaben spezialisierten und aus dem Militärdepartement stammenden Offiziere auf diplomatischen Posten. Um dieses Amt mit dem nötigen Prestige zu versehen, wurde dem Hauptmann der Grad eines Majors geschenkt. Rüfenacht soll Frölicher sehr geschätzt haben. Er sei der beste Mitarbeiter gewesen, den er je gehabt hätte, teilte er seinem Neffen mit, dem späteren Botschafter August Lindt.² Frölicher führte



7 Der leidenschaftliche Jäger während einer Jagdpause.

in der Reichshauptstadt ein geselliges Leben; er war allseits beliebt. Aber meistens nahm er die gesellschaftlichen Verpflichtungen allein wahr. Seine Frau tauchte nur sporadisch in Berlin auf. Als Legationsrat war Frölicher, soweit die schriftlichen Zeugnisse reichen, ein alerter Beobachter. In scharfsinnigen und sorgfältigen Berichten, die er als Gesandter in dieser Qualität nicht mehr lieferte, informierte er das Politische

Departement über die heraufziehende nationalsozialistische Gefahr.³ Er pflegte auch, wie es seinem Naturell entsprach, Kontakte nach allen Seiten, unbesehen des politischen Standpunktes seiner Gesprächspartner. Das sprach sich in Bern herum, und man erachtete es als ein Plus.

Mitte 1934 kehrte er nach Bern zurück. Ein Jahr lang stand er dem Personaldienst vor. Dann holte ihn Bundesrat Giuseppe Motta, der viel auf ihn hielt, in die wichtige Abteilung für Auswärtiges, wo der Beförderte die Politische Sektion leitete und zugleich die Stellvertretung von Pierre Bonna, dem Abteilungschef, übernahm. Frölicher war mit seiner Stellung zufrieden. Er gedachte, sich endgültig in Bern niederzulassen, richtete sich bequem auf dem Landgut Ursellen ein und pachtete eine Jagd im Tiroler Lechtal. Er schien den angenehmen Lebenswandel eines begüterten Mannes ohne übermässigen Ehrgeiz einzuschlagen. Im Departement trug er die Politik von Bundesrat Motta voll mit. Wie sein Chef, den er stets hoch verehrte, erkannte er im Bolschewismus die grösste Gefahr für Euro-

pa. Aber als Realpolitiker trat er früh schon für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ein.

Auch war er ausgesprochen deutschfreundlich, ja fast auf Deutschland fixiert. Frölicher hatte in Deutschland studiert, und als Diplomat war er nur in Deutschland auf Posten gewesen. Andere Länder kannte er wenig. In Bern pflegte er ausgezeichnete Kontakte zuerst zum Gesandten Ernst von Weizsäcker, dann zu dessen Nachfolger Otto Köcher. Sogar mit Hans Sigismund von Bibra, einem recht widerlichen Nazi, der auf der deutschen Gesandtschaft in Bern die Auslandsorganisationen (AO) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) leitete, verstand er sich leidlich. Allerdings äusserte er sich später über dessen Tätigkeit abträglich – im Gegensatz zu von Weizsäcker und Köcher, deren Ehrenhaftigkeit er auch nach dem Fall des Dritten Reiches verteidigte.

In der Schusslinie wegen Franco-Spanien

Als Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Auswärtiges gelangte Frölicher an eine Schaltstelle im Politischen Departement. Hier liefen die Fäden zusammen von den Aussenposten, hier wurden die wichtigen aussenpolitischen Entscheide vorbereitet und die nachfolgenden Instruktionen erteilt. Frölicher wirkte bei der Bewältigung von vielen Problemen mit: mit dem Dritten Reich, mit dem faschistischen Italien, mit dem von der Volksfront regierten Frankreich. Eine Aufgabe sollte sich indes als besonders heikel erweisen: die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum Regime von General Franco in Spanien. Frölicher war in diesem Geschäft Mottas rechte Hand. Er spurte die Entscheide vor. Dafür bezahlte er einen hohen Preis. Die Schweizer Linke verzieh ihm dieses Engagement nie. Dieses Schlüsselereignis sei im Folgenden etwas eingehender erläutert.

Nach dem Sieg der Volksfront 1936 tobte drei Jahre lang in Spanien der Bürgerkrieg. Die siegreich aus den Wahlen hervorgegangenen Republikaner wurden von den nationalistischen Aufständischen unter dem Oberbefehl von Caudillo Francisco Franco bekämpft. Diesem gelang es innert kurzer Zeit, grosse Teile Spaniens unter seine Herrschaft zu bringen. Für das Ausland stellten sich grundlegende Fragen. Durften die Demokratien abseits stehen, wenn die aufständischen Nationalisten, die von Italien und Deutschland unterstützt wurden, eine rechtmässig zustande gekommene Regierung bekämpften und Republikaner in Konzentrationslager steckten? Oder durften sie, von der anderen Seite her betrachtet, es zulassen, dass Anhänger der Volksfront Ausländer gewaltsam enteigneten, Priester und Nonnen niedermetzelten und, unterstützt von der Sowjetunion, einen neuen bolschewistischen Staat zu errichten drohten?

Die Leidenschaften wühlten ganz Europa auf. In der Schweiz reiheten sich die Sozialisten bedingungslos hinter den «Frente populär», die

Katholisch-Konservativen dagegen fürchteten die «rote Gefahr» und ergriffen für die Nationalisten Partei, während sich die Freisinnigen mit beiden Lagern schwertaten, aber letztlich doch die Ordnung von General Franco als das kleinere Übel taxierten. Der Bundesrat suchte, um den innenpolitischen Frieden nicht zu gefährden, die Gemüter mit verschiedenen Massnahmen, die zugleich die Neutralität bekräftigten, zu beruhigen. Er erliess ein Ausfuhrverbot für Waffen und Kriegsmaterial. Ausserdem untersagte er die freiwillige Teilnahme am Kriegsdienst auf beiden Seiten. Diese Verbote waren nicht überflüssig. Rund 800 junge Schweizer packte der alte Reisläuferinstinkt, und sie strömten den Freiwilligenbrigaden der «Weissen» wie der «Roten» zu, wobei die Mehrheit der Spanienkämpfer in den Reihen der Republikaner focht.

Bundesrat Motta betrieb insgesamt eine realistische Politik.⁴ In erster Linie liess er sich von den nationalen Interessen leiten. Diese bestanden vor allem im Schutz der rund 4'000 Landsleute und ihres beträchtlichen Besitzes. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs kehrte etwa die Hälfte der Auslandschweizer in die Heimat zurück. Fast alle Flüchtlinge kamen aus dem von der Volksfront beherrschten Gebiet, wo ihr Eigentum oft von Arbeiterkomitees beschlagnahmt worden war. In der republikanischen Zone war auch die materielle Not gross. Der Bund versorgte die Kolonien in Barcelona, Valencia und Madrid mehrmals mit Lebensmittelkonvois. Zudem wurden mehrere Schweizer – meist gegen die Anordnung der offiziellen Regierung, die sich jedoch gegen anarchische Elemente nicht durchsetzen konnte – von lokalen Revolutionskomitees inhaftiert.

Um einen wirksameren Beistand leisten zu können, erhöhte der Bundesrat die Konsulate von zwei auf sechs. Als die Truppen von General Franco bis zum Frühjahr 1938 den grössten Teil Spaniens erobert hatten, gerieten immer mehr Vertretungen in die von den Nationalisten kontrollierte Zone. Wenn der Bundesrat seinen Landsleuten weiterhin beistehen wollte, war es unvermeidlich, mit dem nationalistischen Regime gewisse faktische Beziehungen aufzunehmen. Die Gegenregierung von Franco liess den Bundesrat wissen, dass die konsularischen Vertreter in der nationalen Zone ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen könnten. Der Bundesrat machte davon Gebrauch, und im Sinne eines Gegenrechts nahm in Bern

ein ehemaliger Mitarbeiter der spanischen Gesandtschaft die Interessen der Nationalisten informell wahr. Derartige Vertreter hatte Franco auch in London, Paris, Brüssel und Den Haag platziert.

Hingegen war Motta nicht bereit, mit Francos Gegenregierung in Burgos offizielle Beziehungen aufzunehmen. Solange ein Bürgerkrieg tobte, wäre ein solcher Akt weder völkerrechtlich noch neutralitätsrechtlich zu verantworten gewesen. Er hätte eine Parteinahme für die Nationalisten und somit für eine der Bürgerkriegsparteien bedeutet. Doch der EPD-Chef ging nicht einmal so weit, wie es das Völkerrecht gestattet hätte. Er verweigerte den Nationalisten auch die offizielle Anerkennung als kriegsführende Partei. Auf ein entsprechendes Gesuch von Franco ging er im August 1937 nicht ein, obschon die erforderlichen Kriterien, nachdem die Nationalisten den grössten Teil des Territoriums beherrschten und sich ein Staatsgebilde geschaffen hatten, hinreichend erfüllt gewesen wären. Die Schweiz wahrte formell weiterhin den Status quo. Sie pflegte einzig mit der republikanischen Regierung in Valencia offizielle diplomatische Beziehungen.

In der Praxis freilich empfand Motta das Bedürfnis, die tatsächlichen Beziehungen mit der Franco-Regierung auszubauen. Und er tat es auch. Aber er suchte sich in den Grauzonen des Völkerrechts zu bewegen, das heisst: Man baute die Beziehungen faktisch aus, man veränderte die Substanz, belies aber die Bezeichnung beim Alten. Im Sommer 1938 entsandte der Bundesrat sogar einen Diplomaten mit einem Beglaubigungsschreiben zur Regierung von Burgos. Diesen Beziehungen fehlte nur noch die verbale Weihe, um sie auf den Status von offiziellen diplomatischen Beziehungen zu heben.

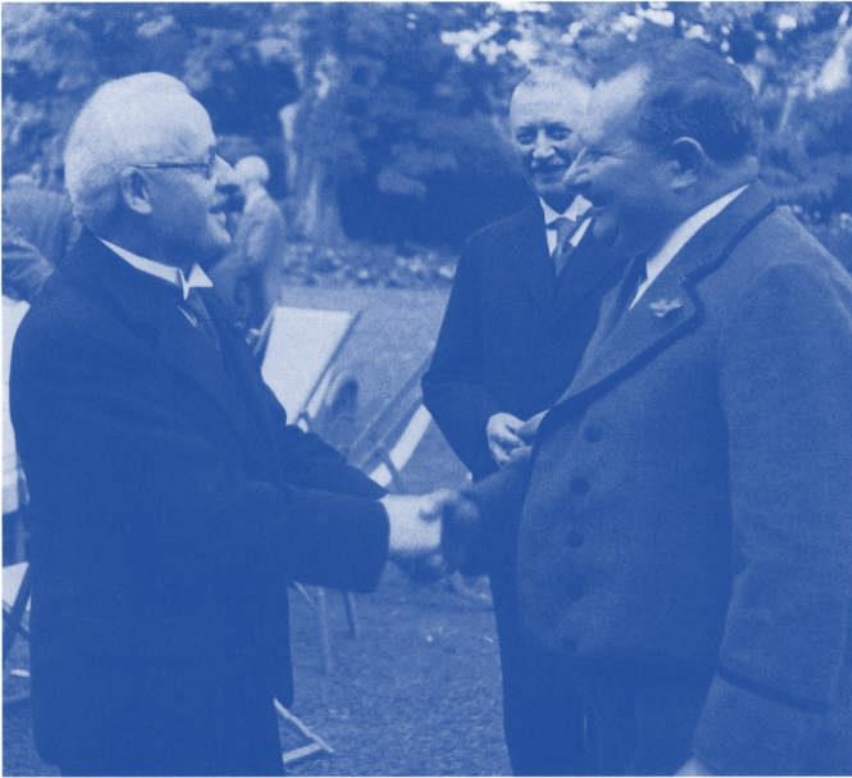
Um die Jahreswende 1938/39 rückte der Endsieg der Nationalisten in Reichweite. Damit änderte sich die Ausgangslage. Nun konnte eine Anerkennung der nationalistischen Regierung kaum noch als Parteinahme im Bürgerkrieg gedeutet werden, sondern sie sanktionierte nur das, was Wirklichkeit geworden war. Seit Januar dachte Motta daran, die Beziehungen mit der Regierung von General Franco aufzuwerten. Am 24. Januar 1939 schrieb ihm Frölicher, der bereits seit mehr als einem halben Jahr Missionschef in Berlin war und eigentlich mit diesem Dossier nichts mehr zu

tun hatte: «Zur Zeit ist die Regelung die, dass die [republikanische] Regierung in Barcelona de jure anerkannt ist, während mit Franco nur de facto Beziehungen bestehen. Es liegt somit eine bevorzugte Behandlung des republikanischen Spaniens vor, eine unterschiedliche Behandlung, die sich bisher vom Gesichtspunkte der Priorität aus rechtfertigen lässt.

Es fragt sich nun aber, ob heute diese ungleiche Behandlung noch angezeigt erscheint, nachdem der endgültige Erfolg Francos in greifbarer Nähe ist und bereits der grösste Teil Spaniens von den nationalen Truppen besetzt ist. Es liegt daher nahe, eine Lösung zu wählen, bei der die völkerrechtliche Gleichbehandlung beider Bürgerkriegsparteien zum Ausdruck kommt, nämlich offizielle Beziehungen mit beiden Teilen, d.h. De-jure-Anerkennung Francos, ohne Abbruch der bestehenden offiziellen Beziehungen mit dem republikanischen Spanien. Jede der beiden Regierungen würde also anerkannt werden für diejenigen Gebiete des spanischen Territoriums, die von ihr beherrscht werden. Die Beziehungen zu dem republikanischen Spanien würden aufhören, sobald diese Regierung in Spanien nicht mehr existiert.

Ich bin mir bewusst, dass diese Lösung bisher noch von keinem anderen Land gewählt worden ist. Das aber ist kein Nachteil, sondern scheint mir vom Standpunkt unserer unabhängigen Neutralitätspolitik aus eher erwünscht. Die jetzige Lösung haben wir auch beinahe als erstes Land gefunden und dann gesehen, dass sie von England und vielen anderen Staaten nachgemacht wurde.»⁵

Frölicher fand bei Motta ein offenes Ohr. Auch der Aussenminister hielt den Zeitpunkt für eine juristische Aufwertung gekommen. Die Feder bei der Lektüre stets zur Hand, kritzelte er an den Rand: «Dieser Brief ist sehr interessant. Er deckt sich mit den Auffassungen, die ich gestern ausgesprochen habe.» Motta erkundigte sich noch bei anderen Regierungen, wie sie zu verfahren gedächten. Als er vernahm, dass Grossbritannien und die Niederlande bald die Franco-Regierung de jure anerkennen würden, schritt er zur Tat. Der Bundesrat beschloss am 14. Februar 1939, einen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Franco zu akkreditieren; dem republikanischen Vertreter wurde derweil in Bern



8 Bundesrat Motta beim Ministerausflug auf Schloss Ursellen, 4. September 1937.

mitgeteilt, dass die Beziehungen zu seiner Regierung ein Ende gefunden hätten. Vierzehn Tage danach folgten Grossbritannien und Frankreich dem Schweizer Beispiel. Und einen Monat nach der De-jure-Anerkennung rückte General Franco in Madrid ein und erklärte den Bürgerkrieg für beendet.

Nichts trug Motta so sehr die Feindschaft der Linken ein wie seine Spanienpolitik. Diese Kreise verübelten ihm die faktischen Kontakte zum Generalissimo von Anfang an. Sie wollten eine weltanschaulich orientierte Aussenpolitik, der Tessiner dagegen verfolgte einen pragmatischen Kurs. Er richtete sich nach den Tatsachen im Felde und zog daraus die Konsequenzen. Irgendwelche völkerrechtlichen oder neutralitätsrechtlichen Gebote hat er nie verletzt. Einzig die De-jure-



Ministertag 1937 mit dem Gesamtbundesrat vor dem «Löwen» in Oberdiessbach.

Erste Reihe sitzend von links nach rechts: die Bundesräte Rudolf Minger, Albert Meyer, Johannes Baumann, Bundespräsident Giuseppe Motta, Marcel Pilet-Golaz, Hermann Obrecht, Bundeskanzler Georges Bovet. Mittlere Reihe: zwischen Pilet-Golaz und Obrecht: Paul Dinichert; hinter Bovet: Pierre Bonna; dahinter Paul Ruegger. Hinterste Reihe: 2. von links: Heinrich Rothmund; 4. von links: Jean Hotz; 8. von links: Hans Frölicher.

Anerkennung am Schluss ist problematisch. Sie erfolgte zu einem strittigen Zeitpunkt, nämlich vier Wochen vor dem Ende des Bürgerkriegs. Da indes auch London und Paris die endgültige Niederlage der Republikaner nicht mehr abwarteten, wird man Motta kaum vorwerfen können, mit einer eilfertigen Anerkennung den Kriegsausgang beeinflusst zu haben. Zu den Hasstiraden, die Motta in den letzten Lebensjahren über sich ergehen lassen musste, meinte Jean Rudolf von Salis: «Es ist nachträglich kaum zu verstehen, weshalb die Haltung Mottas während des spanischen Bürgerkriegs, die unparteiisch, korrekt und konsequent war, zu einer leidenschaftlichen und widerlichen Hetze der sozialdemokratischen Kreise gegen seine Person Anlass gegeben hat. Man klagte ihn undemokratischer, ja geradezu faschistischer Gesinnung an.»⁶

Frölicher war Teil der Verwaltung. Er musste folglich Beschlüsse des Bunderates umsetzen. Das tat er im Fall von Spanien korrekt. So teilte er Konsul Adolf Gonzenbach im republikanischen Barcelona mit, der Bundesrat hätte mit der nationalistischen Regierung de facto – und nur de facto – Beziehung aufgenommen. Daran gäbe es vorderhand keine Änderung.⁷ Aber damit liess er es nicht bewenden. Er war mehr, war auch Motor und trieb als hochgestellter Beamter die Anerkennung des Franco-Regimes voran. Er wusste, dass Motta für seine Argumente zugänglich war, sonst hätte er sich kaum getraut, ihm noch von Berlin aus seine Meinung zu unterbreiten. Tatsächlich übten der Schweizer Vertreter bei der Franco-Regierung in Burgos, ein Mann aus der Wirtschaft, Paul Brand, ehemaliger Direktor der Firma Saurer in Madrid, und sein Pendant in Bern, der von der spanischen Gesandtschaft abgesprungene Legationssekretär Bernabe Toca, quasi diplomatische Funktionen aus. Und das war so gewollt. Bezeichnenderweise brachte Frölicher am Rand eines Schreibens von Brand folgende kritische Bemerkung an: «Wir haben uns nicht darauf beschränkt, unter tatsächlichen Beziehungen zu leben wie mit einem Kriegführenden, sondern wie mit einem Staat.»⁸

Natürlich wusste man auch ausserhalb des Politischen Departementes, welche Rolle Frölicher spielte. Dieser wiederum gab sich keinen Illusionen hin. Ihm entging nicht, dass ihn die Linke für den eigentlichen Sündenbock hielt. Im oben zitierten Brief aus Berlin meinte er denn auch stoisch: «Die Volksfrontfreunde bei uns würden allerdings bei ih-

rer antifaschistischen Einstellung opponieren. Aber das haben sie ja bisher auch immer getan, ohne dass man sich hat hindern lassen diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die die aussenpolitischen Interessen der Schweiz erfordern.» Vor diesem Hintergrund erstaunt es keineswegs, dass sich die linke Presse über Fröhlichs Ernennung zum Gesandten in Berlin entrüstete und ihm namentlich seine Rolle im spanischen Bürgerkrieg ankreidete. Die *Berner Tagwacht*, das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, titelte auf der Frontseite der Ausgabe vom 21. Februar 1938: «Der neueste Streich Mottas – Dr. Fröhlicher als Gesandter nach Berlin». Dann kommentierte Nationalrat Robert Grimm:

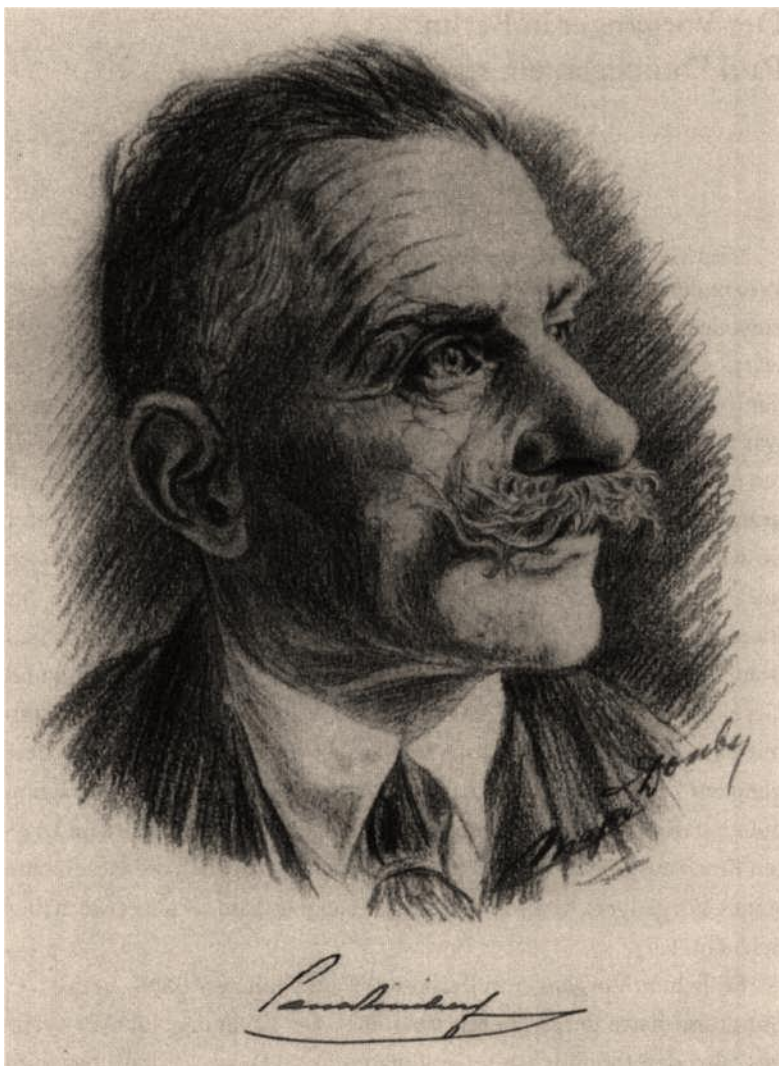
«Der Briefträger, Zwischenträger, der zwischen Motta und Toca hin und her lief und die Fäden zog, sei es im Bureau des Herrn Toca oder mit diesem bei gelegentlichen Dinners, war der Legationssekretär Fröhlicher. ... Dieser wertvolle und hilfsbereite Herr Fröhlicher soll nun belohnt werden. Herr Motta versorgt nicht nur seine Söhne, sondern auch seine Günstlinge.... Herr Motta kann zufrieden sein; er bekommt auf einen der wichtigsten Diplomatenposten einen Beamten, der stramm seinen Kurs mitmacht und pariert; die Nazis aber erhalten einen schweizerischen Interessenvertreter, der der fascistischen Ideenwelt zumindest nicht allzu demokratisch angekränkelt gegenübersteht. Wir haben hier das Gegenstück zur Ernennung des Herrn Dr. Ruegger mit seiner fascistischen Comtesse zum Gesandten in Rom.» Zusammenfassend meinte Grimm: «Mottas Diplomatie und Politik wird nicht fröhlicher, sie wird immer trauriger.»⁹

Diese abgrundtiefe Abneigung gegen Fröhlicher wich nie mehr. Während Grimm später seine Meinung, die er von Motta hatte, temperierte und pietätvoll des verstorbenen Bundesrates gedachte, blieb Fröhlicher für die Linke ein Outlaw. Die Sozialisten verachteten ihn bis zu seinem Lebensende. Die *Winterthurer AZ* bedachte ihn nach seinem Tod mit folgendem Nachruf: «Er war ein Mann der Anpassung, dem der kraftvolle Widerstand aller freiheitsliebenden Schweizer gegen die Einmischungen und Drohungen des Dritten Reiches in der tiefsten Seele zuwider war. Fröhlichs Amtszeit in Berlin gehört zum kläglichsten Kapitel der Aussenpolitik des schweizerischen Bundesstaates.»¹⁰

Der Vorgänger in Berlin: **Paul Dinichert, ein standfester Diplomat**

Wie in den meisten Lebensläufen, so führte auch in Frölichers Karriere zuweilen der Zufall Regie. Der Stellvertreter der Abteilung für Auswärtiges wäre wahrscheinlich nie als Minister nach Berlin versetzt worden, wenn mit seinem Vorgänger alles rundgelaufen wäre. Doch dem war nicht so. Die deutsche Regierung war mit dem Schweizer Gesandten nicht zufrieden. Sie verlangte die Abberufung dieser «persona non grata». Und der Bundesrat kam der Aufforderung nach – nicht zuletzt deswegen, weil auch in der Schweiz überall Kritik an einem angeblich unfähigen Diplomaten geübt wurde. Aber ein zweites Mal wollte der Bundesrat eine solche Desavouierung nicht riskieren. Man fand, nun brauche man in Berlin jemanden, der mit den Spitzen in Regierung und Gesellschaft besser umzugehen wisse. Daher ernannte er einen Mann mit einem ganz anderen Profil zum Nachfolger: geschmeidig im Umgang mit Leuten und in Berlin von einem früheren Aufenthalt her schon gut eingeführt. Um die Tücken, denen der Gesandte Frölicher im Dritten Reich ausgesetzt war, zu verstehen, sollte man auch die Geschichte seines Vorgängers kennen. Sie erklärt viel. Deshalb sei sie etwas näher beleuchtet.

Frölichers Vorgänger in Berlin war Paul Dinichert (1878-1954). Der Bundesrat hatte den früheren Vorsteher der Abteilung für Auswärtiges, also den ranghöchsten Diplomaten im EPD, am 27. Juni 1932 zum Gesandten ernannt. Dinichert, ein eigenständiger Kopf, erfahren und leistungsfähig, zudem perfekt zweisprachig, hatte das Vertrauen von Bundesrat Giuseppe Motta erworben. Motta hielt viel von seinem Mitarbeiter, der stets eine klare Meinung vertrat. Dinichert war dessen rechte Hand. Gegen die Berufskrankheiten der Diplomatie war er immun. Von floskelhafter Höflichkeit, Duckmäusertum und Intrigantenschläue hielt er nichts. Einem solchen Mann wollte Motta die Berliner Gesandtschaft anvertrauen, den damals wichtigsten und mit Abstand delikatesten Posten, den



10 Paul Dinichert, Minister in Berlin von 1932-1938, gezeichnet von Maja Doubs, Genf.
(Aus: Schweizerische Magistraten und Diplomaten. Verbandsdruckerei, Bern 1941)

die Eidgenossenschaft zu vergeben hatte. Und dass die Vertretung der Schweizer Interessen in Berlin von Monat zu Monat schwieriger wurde, das war im Sommer 1932 mit Händen zu greifen.

Die Ernennung zum Gesandten in Berlin bedeutete zweifelsohne den Höhepunkt in Dinicherts Laufbahn. Sechs Jahre stand er der Gesandtschaft im Spreebogen vor. Und wenn alles nach seinem Willen gegangen wäre, dann wären noch einige Jahre dazugekommen. Doch im Jahr 1938 berief ihn der Bundesrat, von verschiedenen Seiten gedrängt, von seinem Posten ab und versetzte ihn nach Stockholm. Ohne Begeisterung, ja nur mit Widerwillen fügte sich der kantige Minister der bundesrätlichen Anordnung. Er nahm seine Mission an den königlichen Höfen von Schweden, Norwegen und Dänemark bis zu seiner Demission im Jahr 1946 wahr. Hernach verbrachte er seinen Lebensabend in seiner Heimatgemeinde Muntelier am Murtensee.

Dinicherts Amtszeit in Berlin sollte sehr schwierig werden. Als er am 26. Oktober 1932 die Geschäfte an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 übernahm, drängten die Nationalsozialisten ungestüm an die Macht. Die NSDAP war aus den Juliwahlen als grosse Siegerin hervorgegangen. Im 608-köpfigen Reichstag konnte sie ihre Sitze von 107 auf 230 erhöhen. Sie war zur stärksten Partei herangewachsen. Hitlers Griff zur Macht rückte in Reichweite. Gefördert von der nationalistischen und antiparlamentarischen Politik des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Hugenberg, schob sich Hitler so ins Machtgefüge ein, dass der ehemalige Reichskanzler von Papen meinte, dem greisen Reichspräsidenten Hindenburg Hitler als Reichskanzler vorschlagen zu müssen. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler mit seiner Koalitionsregierung des sogenannten «nationalen Zusammenschlusses» vereidigt. Danach hob der neue Machthaber Schlag auf Schlag die verfassungsmässigen Grundrechte auf. Nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar wurde der Ausnahmezustand dekklariert, und mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März verschaffte sich die Regierung das Recht, vier Jahre lang ohne den Reichstag Gesetze zu erlassen. Die Verfassung wurde äusser Kraft gesetzt.

Schnörkellos, aber präzise, informierte Dinichert den Bundesrat über die nationalsozialistische Herrschaft. In seinen Berichten schimmert nie auch nur die geringste Sympathie für jene Bewegung durch, die ein neues

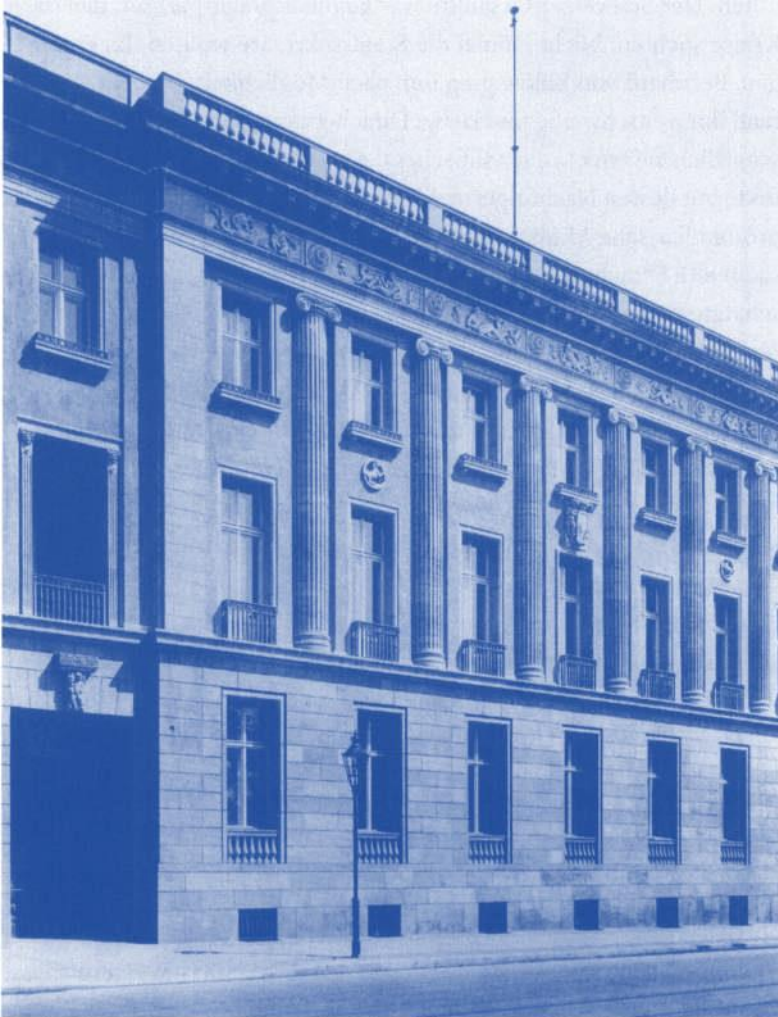
Europa zu bauen beanspruchte. Keine Faser seines Wesens war vom nationalsozialistischen Bazillus befallen. Die Schweizer Regierung war mit Dinichert in dieser Hinsicht von Anfang an gut bedient. Klipp und klar sagte er, was im wichtigsten Nachbarstaat vor sich ging. War dies selbstverständlich? Keineswegs. Wer Hitlers Ideologie nicht durchschaute und sich damit begnügte, die Resultate der Tagespolitik zu begutachten, der konnte von den Leistungen des NS DAP-Reichskanzlers anfänglich beeindruckt sein. Hitler war vergönnt, die späten Früchte der umsichtigen Politik Stresemanns in die Scheune einzufahren. Nicht nur war das Rheinland 1930, fünf Jahre vor der festgesetzten Frist, geräumt worden; die Konferenz von Lausanne (Juni 1932) strich auch die riesigen und weitherum als ungerecht empfundenen Reparationsforderungen. Von dieser Bürde befreit, begann Hitler unter Missachtung der Bestimmungen von Versailles massiv aufzurüsten. Mit seinen Waffenschmieden und dem Autobahnbau beseitigte er die Massenarbeitslosigkeit, was ihm grosse Zustimmung im Innern, aber auch Bewunderung von aussen eintrug.

Dinichert gehört nicht zu jenen, die Memoiren schreiben mussten, um darin zu behaupten, sie hätten früher das gesagt, was sie eben nicht gesagt hatten, aber nachträglich gern gesagt gehabt hätten. Der schwächliche Missionschef stand von Anfang an Gewehr bei Fuss. Nicht alle Diplomaten – auch nicht auf der Schweizer Gesandtschaft – hatten einen ungetrübten Blick. Sir Nevile Henderson etwa, britischer Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939, hoch angesehen und eine Erscheinung wie aus dem Bilderbuch, war selbst bei Kriegsausbruch noch sehr empfänglich für Hitlers Erfolge. In seinen Aufzeichnungen von 1939, als Buch unter dem Titel *Failure of a Mission* erschienen, zögerte er nicht, Hitler ein Genie zu nennen und ihm zu attestieren, er hätte während vier Jahren gigantische Fortschritte beim militärischen, industriellen und – auch das steht geschrieben – moralischen Wiederaufbau von Deutschland erzielt.¹¹

Für seine kaum verhüllte Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bezahlte Dinichert einen erklecklichen Preis. Seine Kontakte in der Hauptstadt des Dritten Reiches waren schlecht. Er hatte keinen Zugang zu den Nazigrössen, zu Hitler schon gar nicht. Auch in den Ministerien empfing man ihn nicht auf hoher Stufe. Den Aussenminister sah er

selten. Der Schweizer Gesandte war kein Gesprächspartner, den diese Kreise suchten. Nicht einmal die Staatssekretäre wollten ihn empfangen. Bernhard von Bülow ging ihm nach Möglichkeit aus dem Weg. Er fand ihn weitschweifig und lästig: Dinichert suche ihn bei jedem gesellschaftlichen Diner in ein politisches Gespräch zu verwickeln.¹² Die Kontakte mit dessen Nachfolger von Weizsäcker scheinen sich auch auf das protokollarische Minimum beschränkt zu haben. Seine Informationen sammelte Dinichert bei Beamten und im Diplomatenkorps. Besonders schätzte er den Umgang mit seinem französischen Kollegen. Botschafter André François-Poncet, scharfzüngig und geistreich wie kein Zweiter, standen Tür und Tor der Berliner Gesellschaft offen, auch der nationalsozialistischen Würdenträger. Selbst Hitler, der die Diplomaten mied, wo er nur konnte, lud ihn zu einem «tête-à-tête» auf den Berghof in Berchtesgaden ein.¹³ Die Gespräche mit dem französischen Botschafter schimmern öfters in Dinicherts politischen Berichten durch. Charakterisierungen wie «Goebbels sei ein ‚veritable fanatique‘» oder «Göring ein ‚morphinomane invétéré‘» (ein unheilbarer Morphinomane) verraten François-Poncet als Urheber. Dinichert stand dazu. Er erwähnte den französischen Kollegen gelegentlich als Quelle.

Der EPD-Vorsteher, Bundesrat Motta, schätzte, wie nicht anders zu erwarten war, Dinicherts Berichte aus Berlin. Schon im März 1934 schrieb er dem Gesandten, die Art, wie er ihn über das politische Geschehen im Dritten Reich informiere, entspreche genau seinen Wünschen. Den bundesrätlichen Zuspruch konnte Dinichert gut gebrauchen. Denn seine Amtsführung, welche die ungewohnten Tücken einer diplomatischen Vertretung in einem totalitären Staat meistern musste, geriet schon im ersten Jahr ins Schussfeld der Kritik. Im September 1933 hatte er wie die meisten Missionschefs am Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg teilgenommen. Dagegen protestierten verschiedene Schweizer Parlamentarier, und der Zentralvorstand der Freisinnig-Demokratischen Partei bedauerte diesen «acte de présence». Dinichert meinte zu Recht, die nationalsozialistische Selbstinszenierung in Nürnberg sei weniger eine Parteisache als vielmehr eine nationale Kundgebung im weitesten Sinn.¹⁴ Partei und Staat liessen sich in der Tat im Totalitarismus immer weniger trennen. Vielmehr bemächtigte sich die Partei der staatlichen Institutionen.



11 So sah das Gebäude der heutigen Schweizer Botschaft an der Otto-von-Bismarck-Allee 4 einst aus (1910/1911).

Ein instinktsicherer, ja prinzipienfester Ton durchzieht Dinicherts politische Korrespondenz, die Edgar Bonjour ausgiebig zitierte und in seiner Neutralitätsgeschichte wiedergibt. Nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 streute die Regierung die Nachricht von einer kommunistischen Verschwörung aus. Dinichert misstraute dieser Behauptung und schloss nicht aus, dass das Regime selbst Komplize des Verbrechens war. Die politische Entwicklung sollte seine Vermutung, wonach die Regierung vor keiner Lüge zurückschreckte, nur zu bald rechtfertigen: etwa mit dem Boykott von jüdischen Geschäften, welchen das Regime, während es die eigene Unschuld beteuerte, nationalen Bewegungen in die Schuhe schieben wollte; oder mit der neuen Finanzpolitik von Hjalmar Schacht, die sich selbstherrlich über internationale Verpflichtungen hinwegzusetzen versuchte; oder mit Friedensschalmeien, welche eine heimliche Aufrüstung übertönen sollten.

Das Misstrauen, das die nationalsozialistische Politik erzeugte, belastete auch die bilateralen Beziehungen aufs schwerste. Durfte man den Äusserungen des neuen Reichskanzlers Glauben schenken? Immerhin hatte Hitler in seinem Buch *Mein Kampf* als Ziel erklärt, alle Menschen deutschen Blutes in einem Reich zu vereinen. Was bedeutete dies für die Schweiz mit ihrer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung? Auf der Gesandtschaft in Berlin war man nicht weniger auf der Hut als an der Zentrale in Bern. Das ist eine eher rare Erscheinung. Diplomaten im Aussendienst treten oft als Fürsprecher ihres Residenzlandes auf. Sie verfolgen die Ereignisse vor Ort, sind auf gute Kontakte zu den Behörden angewiesen und finden daher immer eine Begründung dafür, weshalb man der Politik des Gaststaates mehr Verständnis entgegenbringen sollte als die Zentrale es tut. Dinichert hingegen mahnte das Politische Departement verschiedentlich. Bald empfahl er, in Verhandlungen eine härtere Gangart einzuschlagen, bald warnte er davor, sich von Hitlers gefälligen Äusserungen beruhigen zu lassen.

Bundesrat Motta, nicht unbeeindruckt von Gesprächen, die er im September 1933 am Rande der Generalversammlung des Völkerbundes mit Reichsaussenminister Konstantin von Neurath und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels geführt hatte, war ein Bekenntnis Hitlers zur schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit ein Herzensanliegen. Ihm schwebte eine Unversehrtheitserklärung vor, wie sie

Mussolini im Juni 1928 vor dem Senat abgegeben hatte. Dieser hatte beteuert, Italien habe ein fundamentales Interesse an einer freien, unabhängigen und neutralen Schweiz und, was das Tessin betreffe, so sei Italien daran gelegen, diesen Kanton als integralen Bestandteil der Schweiz zu erhalten. Mit spitzen Ohren lauschte man den Reden Hitlers. In der Reichstagsrede vom 30. Januar 1934 kam Hitler auch auf Österreich und mit zwei Sätzen auf die Schweiz zu sprechen. Angesichts der bekannten Einstellung Hitlers zur Unabhängigkeit Österreichs missfiel Dinichert schon, dass Hitler die Schweiz unmittelbar nach Österreich erwähnte. Dann sprach Hitler von den Deutschschweizern als «Millionen Bürger deutscher Nationalität». Diesen Ausdruck missbilligte Dinichert zutiefst. Auch ein Kompliment an die Adresse der Schweiz konnte diese Scharte nicht auswetzen. Hitler hatte nämlich festgestellt, der Bundesrat sei vom Vertrauen des Schweizer Volkes getragen. Als Hans Frank, damals oberster Jurist des Regimes und später Generalgouverneur von Polen, Dinichert zu Hitlers Äusserungen über die Schweiz beglückwünschte, meinte der Gesandte trocken, gewisse Passagen hätten ihm überhaupt kein Vergnügen bereitet.¹⁵

Noch mehr zu denken gab Hitlers Rede vom 21. Mai 1935. Der Reichskanzler erklärte, Deutschland hätte keineswegs die Absicht, sich in die innerösterreichischen Verhältnisse einzumengen und Österreich etwa zu annekieren. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hätten aber aus einem Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, dass auch dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht gewährt werde. Mit kaum verhüllten Worten forderte Hitler also für die Österreicher das Recht, über einen Anschluss abstimmen zu können. Dann fuhr er wörtlich fort: «Ich selbst glaube, dass auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volke verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem grossen Prozentsatz auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine *tatsächliche* ist, und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen. Wir Deutschen haben aber allen Anlass zufrieden zu sein, dass sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zu einem hohen Teile deut-



12 *Gesandtschaft/Botschaft in Berlin. Bibliothek mit Kassettendecke (vor der Restauration Ende der 1990er-Jahre).*

schen Bevölkerung bei grosser innerer Festigkeit und im Besitz einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet.»¹⁶

Motta fand an dieser Rede Gefallen. Zwar enthielt sie nicht jenes unumstössliche Bekenntnis zur schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität, das der Chef der eidgenössischen Aussenpolitik gern angenommen hätte. Aber die Rede bot eine gute Grundlage. Auf ihr liess sich aufbauen – im Gegensatz zum zugeknöpften Auswärtigen Amt und zum abstrusen Benehmen eines Göring. Staatssekretär Bernhard von Bülow hatte mehrere Demarchen Dinicherts mit der Begründung abgeblockt, die gewünschte Erklärung zur Unversehrtheit der Schweiz wäre ungewöhnlich und würde mehr Fragen aufwerfen als beantworten; Göring seinerseits hatte in einer Rede in Freiburg im Breisgau am 10. Mai 1935 die Schweizer mit der Bemerkung verhöhnt, sie hätten «Dreck in der Hirnschale».¹⁷ Der Departementschef beauftragte Dinichert, bei günstiger Gelegenheit erneut an der Wilhelmstrasse vorzusprechen, um eine Ergänzung zur Erklärung vom 21. Mai zu erlangen.

Dinichert, sich der Fragwürdigkeit von Hitlers Erklärung voll bewusst, war von der Rede weniger angetan als Motta. Er stritt dem Reichskanzler das Recht ab, sich darüber auszusprechen, ob die Schweizer Regierung den Volkswillen ausdrücke und ob die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft echt sei, auch wenn sich der Führer derzeit positiv ausdrückte. Seiner Meinung nach sollte man dahin wirken, dass die deutsche Regierung alle Anspielungen auf die deutsche Schweiz in Wort und Schrift unterlasse. Bis zu einem gewissen Grad schwenkte Dinichert somit auf die Argumentationslinie von Staatssekretär von Bülow ein. Mit ähnlicher Begründung hatte dieser alle Gesuche um eine Neutralitätserklärung abgewiesen. Die Ansicht des Schweizer Ministers wurde an der Wilhelmstrasse korrekt registriert. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 erwähnte Hitler als Staaten, mit denen Deutschland freundschaftliche Beziehungen unterhalte, Belgien und die Niederlande; er erklärte sich auch bereit, deren Neutralität und Unversehrtheit zu garantieren. Die Schweiz blieb dagegen unerwähnt. Dies beruhigte die Schweizer Gemüter indes keineswegs. Nun ängstigte man sich im Bundeshaus über die Unterlassung. Auftragsgemäss setzte sich Dinichert trotz seiner Bedenken von Neuem für eine Unversehrtheitserklärung ein. Anfang Februar sprach er in dieser Angelegen-

heit beim Reichsaussenminister vor. Doch Freiherr von Neurath lehnte das Ersuchen genauso ab wie sein Staatssekretär die früheren Vorstösse.

Als in dieser Phase zermürender Ungewissheit Altbundesrat Schulthess einen Privatbesuch in Berlin zu absolvieren beabsichtigte, ermunterte ihn Motta, Hitler aufzusuchen. In Berlin hatte der als deutschfreundlich bekannte Aargauer Unterredungen mit Reichsaussenminister von Neurath und Reichswirtschaftsminister Schacht. Zusammen mit dem Auswärtigen Amt öffneten ihm die beiden Minister den Zugang zu Hitler. Die schweizerische Vertretung wurde in die Besuchsvorbereitungen nicht, wie es gutem Brauch entsprochen hätte, eingeschaltet. Hitler empfing Schulthess am 23. Februar 1937 zu einem rund einstündigen Gespräch. Die Unterredung, welche sich auf die verschiedensten Gebiete erstreckte, erbrachte jenes Resultat, das Motta kaum noch zu erhoffen wagte. Schulthess sprach Hitler auf dessen jüngste Reichstagsrede an. Er meinte, in der Schweiz würde man die Tatsache, dass er wohl die Neutralität Belgiens und der Niederlande erwähnt, die schweizerische indes übergangen hätte, so interpretieren, dass Hitler die Anerkennung der schweizerischen Neutralität als Selbstverständlichkeit betrachte. Hitler erwiderte, genau so verhalte es sich. Er erklärte in kategorischen Worten, er sei gewillt, die schweizerische Neutralität zu respektieren. Schulthess fragte dann, ob er die Erklärungen des Reichskanzlers dem Bundesrat zuhanden des Schweizer Volkes mitteilen dürfe. Hitler war damit einverstanden. Der Schlüsselsatz im Kommuniqué lautete: «Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren.»¹⁸ Darüber hinaus erklärte der Reichskanzler, der Bestand der Schweiz sei eine europäische Notwendigkeit und er wünsche mit diesem Nachbarn im besten Einverständnis zu leben. Wenn er die Schweiz in seiner Rede nicht erwähnt hätte, dann deshalb, weil er bei ähnlichen Erklärungen früher aus der Schweiz das Echo erhalten hätte, solche Erklärungen brauche man nicht.

Der unberechenbare Hitler verstand sich offensichtlich gut mit Schulthess, der seit knapp zwei Jahren aus dem Bundesrat ausgeschieden war und nebst seinem Einsitz in verschiedenen bedeutenden Wirtschaftsunternehmen auch die Bankenkommission präsidierte. Der Altbundesrat kehrte in der Überzeugung aus Berlin zurück, ein mar-

kantes Zugeständnis gewonnen zu haben. Motta war etwas skeptischer. Aber er hatte endlich die so lange begehrte Erklärung erhalten. Dinichert freilich geriet in die Schusslinie der Kritik. Wozu, so fragten sich etliche Parlamentarier, bedurfte man eines Gesandten in Berlin, wenn dieser in jahrelanger Arbeit das nicht erreichte, was ein altgedienter Magistrat dem Führer in einer Stunde entlockte? Was die Schweizer Kritiker nicht bemerkten, war Folgendes: Die Rechnung der Wilhelmstrasse ging voll auf. Mit System wurde Dinichert kaltgestellt. Das Auswärtige Amt hatte wie in einem Schachspiel Zug um Zug ausgeheckt. Ernst von Weizsäcker schrieb im Juli 1937 unumwunden, man hätte die Neutralitätserklärung nicht dem Gesandten gegeben, der mehrmals darum gebeten hätte, sondern Schulthess, der sich inoffiziell in Berlin aufhielt.¹⁹ Auch mit Dinicherts Nachfolger verfuhr das Regime grosszügiger. Hitler bekräftigte gegenüber Hans Frölicher schon beim Antrittsbesuch die Neutralitätserklärung. Motta musste den desavouierten Minister in beiden Räten in Schutz nehmen und ihm das volle Vertrauen des Bundesrates aussprechen.²⁰ Dinichert gab sich nach aussen damit zufrieden. Aber in seinem Innersten vernarbten die Wunden verletzten Ehrgefühls nicht. Mit dieser Affäre waren Angriffsflächen ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, die scharfe Beobachter schon vorher gesichtet hatten.

In den diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland gibt es seit Anbeginn kein Thema, das mehr Beschwerden auslöste als das Pressewesen. Berichte und Kommentare, die jeweils nicht nach dem Geschmack einer Regierung waren, boten immer wieder Anlass zu Reibungsflächen. Die beiden Länder sind im Medienbereich ausserordentlich stark verwoben. Man nimmt sich wegen der gemeinsamen Sprache gegenseitig zur Kenntnis, wie es in dieser Intensität über die Landesgrenzen hinaus selten vorkommt. Konflikte sind daher nichts Aussergewöhnliches, sondern fast eine natürliche Erscheinung. In Hitlers Staat verschoben sich allerdings die Auseinandersetzungen auf eine andere Ebene. Autoritäre und totalitäre Regime beschwerten sich mit berechenbarer Regelmässigkeit über die freie Presse. Kaum waren die Nationalsozialisten an die Macht gelangt, verboten sie wegen missliebiger Berichterstattung die Einfuhr von verschiedenen Schweizer Zeitungen. Darunter waren so angesehene Organe wie die *Neue*



13 Blick auf den Königsplatz vom Reichstag aus. Links die Krolloper, in der Mitte das Generalstabsgebäude, rechts daneben die Fürst-Bismarck-Strasse mit der Schweizer Gesandtschaft, dahinter der Lehrter Bahnhof Aufnahme um 1935.

Zürcher Zeitung, *Der Bund* und die Basler *Nationalzeitung*. Mit Demarchen von Dinichert, aber auch mit Fürsprachen des deutschen Gesandten Weizsäcker bei seinem eigenen Ministerium, wurden die Erlasse nach einigen Wochen üblicherweise wieder aufgehoben.

Im Sommer 1934 verschärfte sich der Konflikt. Die Schweizer Presse berichtete ungeschminkt über den Römh-Putsch und die brutale Ausschaltung der gesamten SA-Führung. Das erregte Hitlers Unwillen. Die *Neue Zürcher Zeitung* und die *Nationalzeitung* wurden erneut verboten. Das Luzerner *Vaterland* war schon seit einem Jahr mit einem Bann belegt. Befristet durften um jene Zeit auch die *Thurgauer Zeitung* und die St. Galler *Ostschweiz* nicht im Dritten Reich erscheinen. Der Bundesrat entschloss sich nun erstmals, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Er verbot die Einfuhr des *Völkischen Beobachter*, der *Berliner Börsenzeitung* und des *Angriff*. Die Massnahme war auf zwei Wochen befristet. Prompt reagierte die Reichsregierung. Sie sperrte ihrerseits die *Neue Zürcher Zeitung*,

die *Nationalzeitung* und den *Bund* auf sechs Monate aus. Nun riet Dinichert, energisch durchzugreifen. «... ich bleibe unbedingt bei der Meinung, dass wir äusserst scharf reagieren müssen, sobald und solange hier eine Verständigung nicht erstrebt werden sollte.»²¹ Das Politische Departement zögerte. Von einem Wettlauf mit Verboten, so hiess es an der Zentrale, würde die Schweiz viel stärker betroffen als Deutschland, denn der Verkauf von deutschen Zeitungen in der Schweiz sei gering. Der Spitzenreiter, die *Frankfurter Zeitung*, setze lediglich etwas mehr als 2'000 Exemplare pro Nummer ab. Dennoch verlängerte der Bundesrat die von ihm erlassenen Verbote auf unbestimmte Zeit, worauf die deutsche Seite die Spirale um eine weitere Runde drehte und die drei Tageszeitungen ebenfalls mit einem unbefristeten Verbot belegte.

Presseprobleme stellten sich auch auf anderen Ebenen ein. In Dinicherts Amtszeit fiel die Ausweisung des Korrespondenten der *Basler Nachrichten*. Hermann Böschenstein war ein kritischer Journalist. Besonders guten Kontakt pflegte er zur evangelischen Kirchgemeinde um Pfarrer Martin Niemöller in Dahlem. Bewegungen wie die «Deutschen Christen» nannte er ungeschminkt das, was sie waren, nämlich Vereinigungen mit nationalsozialistischen Sympathien. Auch scheute er sich nicht, die nationalsozialistische Verfolgung von gläubigen Katholiken eingehend darzustellen. Seine Berichterstattung erregte nicht nur den Unwillen der Machthaber in Berlin. Auch im EPD hielt man es für nötig, sich beim Delegierten des Verwaltungsrates der Berichthaus AG, Dr. Karl Sartorius, über die mangelhafte Objektivität Böschensteins zu beschweren. Hans Frölicher, damals stellvertretender Leiter der Abteilung für Auswärtiges, unterzeichnete einen entsprechenden Brief am 9. September 1937. Sartorius stellte diesen Böschenstein zu und forderte ihn auf, sich zu rechtfertigen. Darauf antwortete der Angeschuldigte mit den denkwürdigen Worten: «Ich berichte, mehr oder weniger deutlich, was ein im rechtsstaatlichen Denken erzogener, liberaler, aufgeklärter Schweizer in Gottes Namen berichten muss.»²²

Mitte November 1937 bat der Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Albert Oeri, das Departement, zugunsten von Böschenstein zu intervenieren, da dessen Aufenthaltsgenehmigung nicht erneuert werde. Laut Oeri hätte Böschenstein sich in den letzten Monaten gemässigt und die Richtlinien der Redaktion befolgt. Dinichert verwandte sich zwei-

mal beim Auswärtigen Amt. Ein Erfolg blieb ihm jedoch versagt. Böschenstein musste nach knapp zweijährigem Aufenthalt die Reichshauptstadt verlassen. Die Gesandtschaft erreichte lediglich, dass er nach Ablauf der Aufenthaltsbewilligung noch eine Zeit lang bleiben konnte, um seine privaten Angelegenheiten zu regeln.

Böschensteins Ausweisung löste eine Welle der Kritik aus – weniger vom Betroffenen und den *Basler Nachrichten* als von Reto Caratsch, dem Berliner Korrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung*. Der Presseverband intervenierte beim Politischen Departement, und im Parlament kam es zu Anfragen. Dinichert hatte allerdings korrekt gehandelt. Weisungsgemäss hatte er die Demarchen ausgeführt. Bei seiner Gesinnung und seinem Arbeitsstil hätte man indes erwarten dürfen, dass er, der seinen Standpunkt oft heftig verfocht, sich mehr für den bedrängten Journalisten einsetzte. Leider mochten sich die beiden nicht sonderlich.²³ Und die Berner Zentrale fand ohnehin, Böschensteins Hinauswurf sei nicht völlig unberechtigt, hätte er doch verschiedentlich in verletzender Form über das Geschehen in Deutschland berichtet. In einem Bundesratsantrag hielt das EPD fest, wegen Böschensteins Wegweisung sollten keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, welche die deutschschweizerischen Beziehungen gefährden könnten.²⁴ Dinichert beklagte sich bei Bundespräsident Motta schwer über Caratschs unberechtigte Vorwürfe. Böschenstein seinerseits zeigte Verständnis dafür, dass der Bundesrat keine Gegenmassnahmen ergreifen konnte. Dies bestätigte er auch dem Departementschef, als dieser ihn nach seiner Heimkehr empfing. Die Affäre Böschenstein war somit erledigt. Dem angeschlagenen Gesandten jedoch, der seit dem Besuch von Schulthess ohnehin in die Schusslinie der Kritik geraten war, sollte sie indes noch hart zusetzen.

Im Staate Hitlers gestalteten sich auch die bilateralen Wirtschaftsverhandlungen noch schwieriger, als sie es ohnehin schon waren. Die Nationalsozialisten richteten mit ihren unzähligen Eingriffen ins Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden an. Mit einem falsch verstandenen Autarkiebegriff bekämpften sie auch die ausländischen Unternehmungen. Der zwischenstaatliche Verkehr geriet überall in Schwierigkeiten, bei den Waren, den Finanzen und den Personen. Der Handelsaustausch zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich schrumpfte schlag-

artig: Betrug die Schweizer Exporte nach Deutschland im Jahr 1931 noch 135 Millionen Reichsmark (RM), so fielen sie 1933 auf 83 Millionen RM; die Schweiz importierte im Jahr 1931 Waren im Wert von 541 Millionen RM, 1933 dagegen nur noch für 352 Millionen RM. Deutschland hatte die Zölle massiv erhöht. Unzufrieden mit der Entwicklung waren auch die Hoteliers. Das Deutsche Reich hatte den Visazwang für die Ausreise eingeführt. Mit den neuen Ausreiseseitvermerken versiegte der deutsche Touristenstrom fast vollständig.

Gewichtige Interessen standen bei den Finanzverhandlungen auf dem Spiel. Deutschland war bei der Schweiz stark verschuldet. Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht drohte indes, die Transferzahlungen einzustellen. Dinichert witterte eine Falle. Das Regime könnte, so vermutete er, vorerst seine Auslandsverpflichtungen nicht mehr einhalten und hernach die in Verruf geratenen Schuldtitel zu Spottpreisen aufkaufen. Ausserdem befürchtete er, der Reichsbankpräsident könnte die Vereinigten Staaten bevorzugt behandeln. Bei allem Verständnis, das man gegenüber einem zahlungsunfähigen Staat aufzubringen habe, müsse sich die Schweiz strikte gegen jegliche Ungleichbehandlung wehren.

Dinichert, obschon von Hause aus nicht Jurist, fühlte sich am wohlsten, wenn er scharfsinnigen Advokaten gleich mit cartesianischer Logik argumentieren konnte. Als dem schweizerischen Chefunterhändler in den Wirtschafts Verhandlungen der Geduldsfaden zu reissen drohte, warnte Dinichert davor, die deutsche Einstellung des Schuldendienstes mit einem Handelsboykott oder anderen Retorsionsmassnahmen zu beantworten.²⁵ Die Schweiz sollte, wie in einem Anwaltsbüro, jeden Bereich gesondert behandeln und auf dem Recht «à tout prix» bestehen. Pragmatismus war weniger seine Sache. Verknüpfungen und Ausgleich zwischen verschiedenen Belangen machen aber gerade das Wesen der Diplomatie aus. Mindestens so viel wie mit dem Recht, das im zwischenstaatlichen Verkehr immer etwas auf wackligen Füßen steht, hat sie mit Billigkeit zu tun.

In Wirtschaftsfragen wog Dinicherts Stimme eher wenig. Im Laufe seiner Karriere hatte er sich nie in diese Materie vertieft. Auf der Gesandtschaft befasste sich Eduard Feer zehn Jahre lang, bis zu seinem Wegzug im Jahr 1936, mit den Wirtschaftsdossiers. Dann lagen sie kurz-

fristig in den Händen von Peter Anton von Salis, dem nachmaligen Missionschefin Paris; hernach betreute Max Grässli, der direkt von der Handelsabteilung in Bern kam, die wirtschaftlichen Angelegenheiten. In Wirtschaftsverhandlungen galt das Wort des tatkräftigen Direktors der Handelsabteilung, Walter Stucki, viel. Dieser führte zahlreiche Verhandlungen selbst. Meistens nahm er den Wirtschaftsdiplomaten der Gesandtschaft in seine Delegation auf, aber eher der Form als der Sache wegen. Dinichert beschwerte sich schon im ersten Amtsjahr über barsche Instruktionen, die ihm Stucki eigenmächtig erteilte. Stucki seinerseits legte wenig Wert auf eine intensive Zusammenarbeit mit dem Gesandten. Die Klagen aus der Wirtschaft häuften sich, die Mission in Berlin sei falsch besetzt, sie vermöge sich kein Gehör bei den massgeblichen Stellen zu verschaffen. Solche Beschwerden widerhallten im Ohr des Direktors der Handelsabteilung besonders laut. Gehorchte Stucki lediglich der Not der Stunde, als er seinen Teil zur Abberufung Dinicherts beitrug? Jedenfalls zögerte er nicht, den Wunsch der deutschen Behörden nach einer Abberufung Dinicherts dem Bundesrat persönlich mitzuteilen.

Seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft kamen ungewohnte Aufgaben bei der Betreuung der eigenen Landsleute auf die Gesandtschaft zu. Viele Angelegenheiten betrafen jüdische Staatsangehörige. Der Leidensweg der Juden begann sogleich nach Hitlers Machtübernahme. Zuerst kam es zu sporadischen Aktionen gegen jüdische Geschäfte, vornehmlich in der Provinz. Von der Polizei erhielten die Bedrohten, wenn uniformierte SA-Scharen aufrückten, meistens keinen Schutz. Nicht selten begünstigten die Ordnungshüter die antisemitischen Ausschreitungen. Die ausländische Presse berichtete natürlich über diese Vergehen, welche Goebbels, der neu ernannte Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, als Teil der sogenannten nationalen Revolution guthiess. Als Rache für die angebliche Verschwörung der ausländischen Presse mit dem «internationalen Judentum» riefen Parteistellen einen allgemeinen Boykott jüdischer Geschäfte und Geschäftsleute auf den 1. April 1933 aus. Auf dieses Stichdatum hin meldeten sich mehrere Schweizer auf der Gesandtschaft. Sie bangten um ihre berufliche Existenz.

Dinichert brauchte nicht lange, um zu erkennen, dass die Judenver-

folgung der bedenklichste Teil der sogenannten nationalen Revolution sei. Mochten auch Braunhemden, also SA-Fanatiker, die Untaten ausführen, für ihn stand fest, dass der Staat nicht scheinheilig die Verantwortung auf diese allgegenwärtigen Gruppierungen abschieben konnte mit der Begründung, die SA sei ein privater Verein, über welchen der Staat keine Verfügungsgewalt habe. Schliesslich waren diese Organisationen vom Staat bewilligt, und sie wurden von der Regierung für ihre Zwecke eingesetzt. Er zögerte nicht, diesen Sachverhalt in unmissverständlicher Form Staatssekretär von Bülow darzulegen, als er im Auswärtigen Amt gegen die Misshandlung des Schweizer Bürgers Willy Guggenheim protestierte.²⁶ SA-Leute hatten Guggenheim am 8. März, als er in einer jüdischen Gaststätte in Magdeburg speiste, geschlagen und mit einem Messer am Kopf verletzt. Dinichert forderte die Bestrafung der Unholde. Die Ermittlungen verliefen allerdings trotz weiterer Demarchen der Gesandtschaft erfolglos. Angeblich konnten die Täter nicht mehr festgestellt werden.²⁷

Die Gesandtschaft in Berlin musste häufig zugunsten von jüdischen Mitbürgern intervenieren, wenngleich die jüdische Kolonie eher klein war. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 drohten auch die jüdischen Schweizer in Mitleidenschaft zu ziehen. In mehreren Vorsprachen verbat sich die Gesandtschaft jegliche Art von Diskriminierung. Die deutschschweizerischen Staatsverträge beruhten auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Und es gab nach eidgenössischer Lesart nur eine Kategorie von Schweizer Staatsangehörigen, nicht zwei, eine bessere und eine schlechtere. Diese Argumentation war, was die deutsche Seite nicht bestritt, triftig; in der Praxis wurde sie jedoch wiederholt missachtet. Leider konnten die offiziellen Interventionen nur selten etwas ausrichten. Der Erfolg blieb auch versagt, als sich die Gesandtschaft zugunsten von Professor Albert Einstein verwandte. Das Vermögen des berühmten Physikers wurde in Deutschland aufgrund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat eingezogen, da es angeblich staatsfeindlichen Zwecken diene.

Weit mehr Arbeit als die Betreuung der eigenen jüdischen Staatsangehörigen verursachten indes die zahllosen Anfragen und Gesuche deutscher und osteuropäischer Juden. Im März 1933 schnellten die Visagesuche und die Erkundigungen über die schweizerischen Niederlas-

sungsbedingungen in die Höhe. Die Gesandtschaft war dem Verzagen nahe. Dinichert schrieb alarmiert an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Heinrich Häberlin, und stellte die Frage, ob man nicht besondere Massnahmen gegen die Zunahme jüdischer Einwanderer ergreifen könnte. Der später vielgeschmähte Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund,²⁸ griff diese Anregung jedoch nicht auf. Sollte man der Situation nicht mehr Herr werden, so müsste man, meinte er, die Visumpflicht generell für Österreich und Deutschland einführen, also für alle, ob sie Juden seien oder nicht.

Dinichert war ein erbitterter Gegner des Nationalsozialismus. Daran zweifelte in Berlin niemand. Sogar Kollegen, denen gegenüber ein Diplomat sich normalerweise etwas reserviert ausdrückt, bemerkten seine kompromisslose Haltung. Der amerikanische Botschafter William E. Dodd, von 1933 bis 1937 auf Posten in Berlin, zögerte nicht, Dinichert in seinem Tagebuch als Nazigegner zu bezeichnen. «Der Schweizer Gesandte war heute eine Stunde zu Besuch hier... Trotz seines merkwürdigen Verhaltens auf einigen grossen Abendgesellschaften glaube ich, dass er noch immer gegen die Nazis ist, jedoch befürchtet, dass sein Land von Hitlerdeutschland annektiert werden könnte.»²⁹ Am 23. Dezember 1937 notierte der Amerikaner gar, ein bekümmertes Dinichert sei zu ihm gekommen, um ihm Lebewohl zu sagen. Dabei hätte der Schweizer Gesandte geklagt, Nazikreise würden in der Schweiz ihre propagandistische Wühlerei verstärken, und die Regierung getraute sich nicht, dagegen einzuschreiten.³⁰ Dodds Stellung in Berlin glich übrigens in vielem jener seines Schweizer Kollegen. Den kompromisslosen Gegner der NS-Diktatur, welcher der Geschichtspräsident von Anfang an war, manövrierte die Berliner Führungsriege rasch ins politische Abseits, und Ende 1937 sah sich die amerikanische Regierung gezwungen, ihren um jeden Einfluss gebrachten Botschafter aus der Reichshauptstadt abzuziehen.

Dinicherts Mitarbeiter auf der Gesandtschaft

Auf einer diplomatischen Vertretung ziehen nicht immer alle Mitarbeiter am gleichen Strick. Der mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betraute Eduard Feer verhielt sich politischen Strömungen gegenüber ziemlich degagiert; Max Grässli, der ihm 1936 nachfolgte, distanzierte sich stärker vom Nationalsozialismus. Dinicherts Stellvertreter war zu Beginn Hans Frölicher. Er bekleidete den Posten eines Ersten Mitarbeiters von 1930 bis 1934; nach einem Berner Zwischenspiel wird er 1938 Dinichert ablösen. Darüber gibt es später mehr zu sagen. In seiner ersten Amtszeit bewegte sich Frölicher in Berlin mit weltmännischer Gelassenheit, fernab vom Bekennterum seines Chefs, aber mit nicht minder grossem beruflichen Eifer. Frölichers politische Berichte waren klug. Er erkannte die heraufziehende Gefahr des Nationalsozialismus nicht weniger als Dinichert, ja in mancher Hinsicht sogar schärfer.³¹

Frölicher konnte nicht viele politische Berichte schreiben. Denn Dinichert behielt sich diese Aufgabe vor. Nur wenn der Chef im Urlaub weilte oder wenn aus protokollarischen Gründen die «Nummer zwei» vorgeschickt wurde, konnte er zur Feder greifen. Doch die wenigen Berichte sagen einiges aus. Am 2. Februar 1931 rapportierte er dem Departement über eine Rede Goebbels' im Sportpalast zu Berlin. Er kommentierte, es bestünde kein Zweifel, dass die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung die Demokratie beseitigen würden. Auch sei nicht daran zu zweifeln, dass Hitlers Drohung «Köpfe werden rollen» in die Tat umgesetzt werde. Wenn ein Professor Hellpack in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 1. Februar schreibe: «Nichts ist in Deutschland so wenig bedroht wie die Staatsform», so möchte man dies «fast als Professorenblindheit bezeichnen».³² Der Nationalsozialismus wolle zielbewusst die Demokratie beseitigen und im «Dritten Reich» eine völkische Diktatur errichten. Es sei nur zu hoffen, dass es rechtzeitig gelinge, die nationalsozialistische Bewegung zu stoppen und sie von der Macht fernzuhalten.

Am 15. August 1932 warnte er, die Nationalsozialisten würden auf legalem Weg an die Macht kommen. Die Uneinigkeit der anderen Parteien würde Hitler den Weg zur Reichspräsidentschaft ebnen. Dann bestünde keine Möglichkeit mehr, die völkische Diktatur und den Faschismus in Deutschland zu verhindern. «Eine Beruhigung der innenpolitischen Lage ist... nicht zu erwarten. Zwar werden die Nationalsozialisten nicht so unvorsichtig sein, jetzt den Versuch zu machen, auf illegalem Wege die Macht zu erobern. Im Kampfe gegen die staatlichen Machtmittel müsste ein solcher Versuch in kürzester Zeit fehlschlagen. Die Nationalsozialisten können aber damit rechnen, dass in absehbarer Zeit der Moment kommen wird, wo sie auf legalem Wege die Macht erobern können. Dieser Moment wird dann eintreten, wenn ein neuer Reichspräsident gewählt werden muss. Die Uneinigheiten der übrigen Parteien lasse es als nicht ausgeschlossen erscheinen, dass Hitler, oder wer es dann ist, das Rennen der Kandidaten gewinnen wird. Gelingt dies, so besteht kein Hindernis mehr, den Faschismus in Deutschland zu verwirklichen. So besteht die Gefahr, dass die Volks wähl des Reichspräsidenten, d.h. die republikanische Staatsform, zu der völkischen Diktatur führt.»³³ Frölicher gab sich auch keinen Illusionen über die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft hin. Im Gegensatz zu seinem Chef Dinichert, der meinte, die Gefahr wäre bis etwa in zwei Jahren verzogen, warnte er Motta schon im Sommer 1933, der Nationalsozialismus sei in Deutschland eine Tatsache, mit der man auf längere Zeit zu rechnen habe.³⁴

Man kann Frölicher gewiss nicht vorwerfen, er hätte als Legationsrat in Berlin das Heraufkommen der Hitlerdiktatur erlebt, ohne zu sehen, welche Barbarei mit dem Nationalsozialismus über Deutschland und die Welt hereinbrach.³⁵ Er erkannte während seines ersten Berliner Aufenthalts die Gefahren bestürzend klar. Rätselhaft ist eher, weshalb er sich während seiner zweiten Amtszeit nicht dementsprechend verhielt.³⁶

Franz Kappeler, der 1935 Frölicher als Ersten Mitarbeiter ersetzte, begegnete hingegen der nationalsozialistischen Umwälzung von Anbeginn mit Wohlwollen.³⁷ Der Thurgauer Pfarrerssohn war ein höflicher, aber etwas furchtsamer Mensch. Mit vorausseilender Unterwürfigkeit ging er Konflikten mit seinen Gesprächspartnern aus dem Weg. Wo immer er als Diplomat tätig war – später im Libanon und in Südafrika –,

verteidigte er stets die Politik des Residenzlandes mit einer an Nibelungentreue grenzenden Ergebenheit. Ein Mann mit einem solchen Naturell war nur allzu leicht von der Erfolgsserie, die Hitler Mitte der 1930er-Jahre aufzuweisen hatte, beeindruckt: vom wirtschaftlichen Aufschwung, von der Beseitigung anarchischer Zustände in der Weimarer Republik und vom aussenpolitischen Respekt, den sich Deutschland wieder zu erwerben wusste. Hinzu kam das grandios inszenierte Gepränge auf Parteitag, bei Staatsempfängen und Sportanlässen. Nur wenige vermochten sich der unterschwellig Wirkung solch imperialer Prachtentfaltung zu entziehen. André François-Poncet meinte zu den Reichsparteitagen: «Während der acht Tage ist Nürnberg eine Stadt, in der nur Freude herrscht, eine Stadt, die unter einem Zauber steht, fast eine Stadt der Entrückten. Diese Atmosphäre ... beeindruckte die Ausländer stark; und das Regime vergass nie, sie zu dieser jährlichen Tagung einzuladen. Es ging davon eine Wirkung aus, der nicht viele widerstehen konnten; wenn sie heimkehrten, waren sie verführt und gewonnen.»³⁸ Und sein Nachfolger, Botschafter Robert Coullondre, gestand gar ironisch ein, bei diesen Anlässen sei er für einen Augenblick selbst Nationalsozialist geworden.³⁹

Auch Kappeler konnte wie sein Vorgänger Frölicher nicht viele politische Berichte schreiben. Gelangte aber zuweilen ein Bericht aus der Feder des Stellvertreters auf die Pulte im Bundeshaus, dann war nicht nur der Schreibstil verschieden. Es herrschte ein anderer Grundton vor: Sie waren nicht in einer Moll-, sie waren in einer Dur-Tonart verfasst. Ein erstes Beispiel: Im Jahr 1936 lehnte es Dinichert ab, am Reichsparteitag in Nürnberg teilzunehmen. Dem Auswärtigen Amt lag indes viel an seiner Teilnahme. Es wiederholte die Einladung. Dinichert entsandte nun nach Absprache mit dem Politischen Departement den Ersten Mitarbeiter zu dieser Veranstaltung. Kappeler berichtete auf neun Seiten über das Ereignis. Im Originalton: «Dass die zahlreichen Massenkundgebungen, die organisatorische Aufgaben von ungewöhnlichem Ausmass stellten, mit einer bewunderungswürdigen Sicherheit und Reibungslosigkeit bewältigt wurden, ist dank den Erfahrungen und der Übung, die die Partei- und Staatsorgane im Laufe der Jahre gewonnen haben, beinahe eine Selbstverständlichkeit geworden.... Man würde ...

me oder einer Militärdiktatur in eine Linie stellen würde. Die Diktatur ist vielmehr durchaus volkstümlich und die Macht, die sie entfalten kann, beruht wesentlich mit darauf, dass die Leiter durch Massenversammlungen, Aufmärsche und Kundgebungen aller Art, deren Gepränge die Leute in gehobene Stimmung versetzt, immer wieder die Fühlung mit dem Volke suchen und so die Anhänglichkeit, das Vertrauen und die Liebe der grossen Masse des Volkes festzuhalten wissen.»⁴

Dinichert kam in seinem nächsten politischen Bericht gleichfalls auf den Parteitag zu sprechen. Er streifte ihn mit einem Satz: Er hätte in Berlin, «nach dem Nürnberger Austoben, eine verhältnismässig ruhige politische Atmosphäre vorgefunden».⁴¹ Kappeler's Berichterstattung sticht insbesondere ins Auge, wenn man vergleicht, was Dinichert 1933 oder 1937, als er den Reichsparteitag selbst besuchte, an die Zentrale schrieb. Es war nicht nur weniger als die Hälfte an Umfang, es war vor allem nüchterner, verhaltener, mitunter in eine Warnung ausmündend.

Ein zweites Beispiel: Im Herbst 1937 berichtete Kappeler über den Besuch Mussolinis in Deutschland. Kappeler war offensichtlich vom pompös inszenierten Staatsakt beeindruckt. Der Besuch werde, so schrieb er, «zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Freundschaft zwischen dem Faschismus Italiens und dem Nationalsozialismus Deutschlands und zwischen den von den beiden Bewegungen beherrschten Völkern und Reichen».⁴² Er glaubte auch, dieses Mal seien sich Hitler und der Duce persönlich nähergekommen und die Betonung des Friedenswillens der «beiden Staatsmänner» sei ehrlich gemeint. Und worauf stützte sich Kappeler's Einschätzung ab? Er berief sich, wie öfters, auf das Auswärtige Amt: Kein Geringerer als Staatssekretär von Weizsäcker hätte ihm, unterstrich der Legationsrat, diesen Sachverhalt bestätigt. Dinichert, mit der ihm eigenen Skepsis, bemerkte in einem nachfolgenden Bericht lediglich, der Führer und Mussolini hätten die Gespräche unter vier Augen so kurz gehalten, wie es das Protokoll erlaubte. Die beiden seien sich, wann immer sie konnten, aus dem Weg gegangen. Von der Analyse seines Ersten Mitarbeiters blieb in Dinicherts Zusammenfassung nicht viel übrig.

Kein anderer Schweizer Diplomat war den Nazis dermassen auf den Leim gekrochen wie Kappeler. Von der Ideologie verblendet, mass er

das Dritte Reich nicht an dessen Taten, sondern an dessen Worten. Sein Glaube an die edle Gesinnung der Machthaber war schier unerschöpflich. Das kommt selbst im Nachhinein zum Ausdruck. In einem Kolloquium an der ETH Zürich Anfang der 1970er-Jahre scheute er sich nicht, das von Hitler propagierte «Neue Europa» als etwas zu bezeichnen, das damals, freilich unter deutschen Vorzeichen, ähnliche Hoffnungen projizierte wie später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.⁴³ Fairerweise muss man aber noch Folgendes anfügen: Rückblickend gestand Kappeler selbst, den Nationalsozialismus falsch eingeschätzt zu haben.⁴⁴

Dinicherts persönliche Unzulänglichkeiten und seine Versetzung

Die politische Einstellung eines Diplomaten kommt am deutlichsten in den Kommentaren, die er an die Zentrale schickt, zum Ausdruck. Unzweifelhaft war Dinichert der bessere politische Analytiker als Kappeler. Auch wahrte er grössere Distanz zur Wilhelmstrasse. Aber die Tatsache, dass er die Berichte seines Mitarbeiters in einem knappen Postskriptum kommentierte, verrät auch etwas über seinen Arbeitsstil, wenn nicht seinen Charakter. Unter Dinichert war die Stimmung auf der Gesandtschaft ausgesprochen schlecht. Eduard Feer, der wichtigste Mitarbeiter, schrieb in seinen Aufzeichnungen, der Missionschef hätte in vier Jahren sein Büro, das auf der gleichen Etage nebenan lag, nie betreten. Der Chef schloss sich in seinen eigenen vier Wänden ein und liess niemand auf der Gesandtschaft wissen, was er nach Bern berichtete.⁴⁵ Das Verhältnis zu seinem Ersten Mitarbeiter verschlechterte sich mit der Zeit dermassen, dass die beiden miteinander nur noch schriftlich verkehrten.⁴⁶ Dinichert, extrem pedantisch und kleinlich im eigenen Betrieb, soll sich auch im Auswärtigen Amt wie ein schulmeisterlicher Besserwisser benommen haben. Wenn er bei den Behörden vorsprach, zog er sein Notizbuch hervor und zückte den gespitzten Bleistift. Die Deutschen hätten, meinte Feer, das emsige Protokollieren als aufdringlich empfunden und ihm so wenig als möglich mitgeteilt. Ja, Feer und Kappeler behaupteten, man hätte Dinichert im Auswärtigen Amt gar nicht mehr ernst genommen, vielmehr hinter dem Rücken verlacht.⁴⁷

Der vernichtenden Kritik der Mitarbeiter steht das Urteil von zwei Journalisten in nichts nach. Reto Caratsch, Berliner Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, ärgerte sich über Dinicherts Auftreten dermassen, dass er Bundesrat Motta einen Brief schrieb und ihn ersuchte, seinen Gesandten aus Berlin abzube-

rufen. Und nach Hermann Böschstein war Dinichert als Missionschef in Berlin ebenfalls fehl am Platz. Er sei unfähig gewesen, einem Gesprächspartner zuzuhören. Er hätte immer alles besser zu wissen vermeint. Beging er tatsächlich, wie Caratsch behauptete, eine Taktlosigkeit nach der anderen?⁴⁸ Wahrscheinlich spielte bei den massiven Vorwürfen auch persönliche Abneigung etwas mit.⁴⁹ Aber in den Grundzügen stimmten sie. Sie wurden von verschiedener Seite bestätigt.

Dass man Dinicherts Art im Auswärtigen Amt nicht goutierte, erstaunt keineswegs; geradezu vernichtend aber war, wie man ihn dort einschätzte. In einem Bericht der Reichskanzlei vom 11. Dezember 1935 heisst es, Dinichert geniesse im diplomatischen Corps kein grosses Ansehen, er erscheine «zuweilen als etwas komische Figur»,⁵⁰ ausserdem habe Dinichert in der Schweiz und unter Schweizern viele Feinde. Auch mache das Personal auf der Gesandtschaft aus seiner Abneigung gegenüber dem Chef keinen Hehl. Insgesamt gelangte die Reichskanzlei zum Schluss, Dinicherts Stellung in Berlin sei schwach, er sei ein unbedeutender Diplomat.

Wie ist Dinicherts Tätigkeit unter dem Strich zu bilanzieren? Dass der Gesandte arbeitsam, pflichtbewusst und gründlich war, bestritten selbst seine Gegner nicht. Er war auch hochintelligent. Ohne Hochschulbildung – Dinichert trat schon mit 20 Jahren in den diplomatischen Dienst ein – erwarb er sich in den juristischen Gremien des Völkerbunds hohes Ansehen. Als langjähriger Leiter der wichtigen Abteilung für Auswärtiges gewann er das volle Vertrauen von Bundesrat Motta. Der Chef des Politischen Departementes antwortete denn auch Caratsch, als dieser seine schweren Anschuldigungen gegen Dinichert erhob: Ich muss «Ihnen... aus Pflicht sagen, dass unsere Meinung und unser Urteil über die Person die Sie nennen *stark auseinandergehen*»,⁵¹ Niemand wird auch die Qualität von Dinicherts politischer Berichterstattung herabwürdigen wollen. Die Schweiz war mit ihm im politischen Bereich gut bedient. Ohne Beschönigung erfuhr das offizielle Bern, was in Deutschland voring; und in mutiger Direktheit überbrachte der Schweizer Vertreter die Stellungnahmen seines Landes an die Wilhelmstrasse. Wäre Dinichert ein politischer Kommentator gewesen, man müsste ihm grosses Lob spenden. Der drahtige Mann aus dem Murtenbiet hätte sich gewiss auch als Freiburger Präfekt

hochverdient gemacht: Mit Fleiss hätte er darüber gewacht, dass die Direktiven der Hauptstadt an die Adressaten gelangen.

Als Gesandter in Berlin gingen Dinichert allerdings Eigenschaften ab, über die ein Diplomat gerade an einem schwierigen Ort verfügen sollte. Dinichert liess die Umgebung klipp und klar wissen, was er dachte und wollte; er verstand es indes nicht, seine Gesprächspartner für sich und seine Anliegen einzunehmen. Der lettische Gesandte Edgars Kreewinsch hielt noch nach Jahren in seinen Erinnerungen fest, Dinichert sei gewiss ein unerschrockener Mann gewesen, aber ihm hätte das gefehlt, was den guten Diplomaten auszeichne: Selbstbeherrschung und Takt.⁵² Gewinnbringend auftreten konnte er nicht. Deshalb verfügte er lediglich über ein dürftiges Kontaktnetz. Diplomatie besteht aber zu einem wesentlichen Teil aus Kontakten. Dinichert konnte nur dort vorsprechen, wo ihm der Amtsweg die Türen öffnete.

Doch was hätten gute Beziehungen im nationalsozialistischen Staat letztlich geändert? In politischen Belangen wenig bis nichts. Man konnte Dinichert vorwerfen, er hätte im Fall Böschenstein mit seiner Demarche im Auswärtigen Amt nicht vermocht, die Ausweisungsverfügung rückgängig zu machen. Aber François-Poncet, seinerzeit der raffinierteste Diplomat mit den besten Beziehungen in Berlin, konnte die Ausweisung seines Landsmanns, Paul Ravoux, des Chefs des Nachrichtenbüros *Havas*, ebenso wenig verhindern. Oder Caratsch behauptete, ein Diplomat mit mehr Fingerspitzengefühl hätte die Rückführung von Berthold Jacob, des von der Gestapo in Basel gekidnappten Emigranten, schon nach einigen Wochen erreichen können. Dinichert hätte mit seinem lärmigen Auftreten die Sache verschlimmert. Mag sein. Vielleicht hätte man mit einem direkten Draht zu Göring einen Deal arrangieren können, hätte gar den Fall im diskreten Halbdunkel rascher lösen können. Aber was soll das Nörgeln an einem Vorgehen, das nicht zuletzt dank Dinicherts kluger Beratung nationalsozialistisches Unrecht brandmarkte und der Schweiz volle Genugtuung brachte?

Man kann Dinichert den Vorwurf mangelnder Kontaktfreudigkeit und dürftiger Gesprächsbereitschaft nicht ersparen. Der Vertraute von Bundesrat Motta war keine optimale Besetzung des bedeutenden Berliner Postens. Aber Qualitäten auf anderen Gebieten verweisen die Kritik in Schranken.

Dinichert hat, wenn man eine Bilanz ziehen will, sich bleibende Verdienste mit seiner kompromisslosen Abwehr des nationalsozialistischen Regimes erworben. In der politischen Klarsicht war er am grössten; wo es um menschliche Anteilnahme geht, schwindet die Eindeutigkeit des Urteils. Seine Beurteilung des Antisemitismus und seine Haltung in der Flüchtlingspolitik sind keine Ruhmesblätter. Auch bei der diplomatischen Eignung dominieren die Schatten.

Wo Dinicherts mangelnde Beziehungen am meisten verspürt wurden und die grössten Folgen zeitigten, war in den Wirtschaftsverhandlungen. In Schweizer Handels- und Industriekreisen empfand man den Gesandten, der in den deutschen Ministerien wenig zählte, zusehends als Belastung. Führungskräfte aus der Wirtschaft drängten spätestens seit Mitte 1935 darauf, den höchsten Repräsentanten in Deutschland durch jemanden abzulösen, der mit den Machthabern geschmeidiger umzugehen wusste.⁵³ Im Spätherbst 1937 verstärkte sich der Druck von verschiedenen Seiten auf Bundesrat Motta dergestalt, dass sich der Magistrat schweren Herzens entschloss, seinen getreuen Mitarbeiter zu versetzen. Ohne Dinichert beim Namen zu nennen, schaltete sich die *Neue Zürcher Zeitung* am 7. Dezember 1937 in die Angelegenheit ein und kritisierte den Berliner Gesandten scharf. In der Abendausgabe platzierte sie auf der Frontseite einen nicht gezeichneten Artikel mit der Überschrift «Reorganisation des Aussendienstes». Sie sprach von eigentlichen Fehlbesetzungen in der Diplomatie und legte den Finger direkt auf die Wunde: «Leider ist zu sagen, dass unsere Beziehungen zu einem der beiden autoritären Nachbarstaaten im Aussendienst heute nicht derart aufgehoben sind, dass das Schweizer Volk die Gewissheit hätte, seine Interessen in jedem Falle mit der von Anmasslichkeit und Schwäche gleichweit entfernten Grundhaltung ruhiger Festigkeit und sicheren Taktes vertreten zu sehen... Für das Ansehen und die Interessen der Schweiz steht aber hier so viel auf dem Spiel, dass man die dringende Erwartung aussprechen darf, die vom eidgenössischen Politischen Departement vorbereitete Reorganisation werde nicht zur Hinausschiebung jetzt schon als notwendig erkannter Entschlüsse führen.»

Über den Bundeshauskorrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung* intervenierte Motta sogleich bei Chefredaktor Willy Bretscher an der Falkenstrasse in Zürich. Der Bundesrat soll, wie Motta seinem Minister schrieb,

die Zusicherung erhalten haben, Bretscher werde die gegen Dinichert gerichtete Kampagne einstellen. Aber die sozialistische Presse mache sich, bedauerte Motta, nun ein Vergnügen daraus, nicht nur über Dinichert, sondern auch über Paul Ruegger, den Gesandten im faschistischen Italien, herzufallen.⁵⁴

Nicht lange nach dieser Auseinandersetzung erhielt Motta von Ernst Schürch, dem Chefredaktor des *Bund*, einen Artikel zur Stellungnahme, in welchem das Verhalten der Gesandtschaft in Berlin bei der Ausweisung von Hermann Böschenstein schwer gerügt wurde. Schürch wollte dem Bundespräsidenten den Namen des Verfassers nicht mitteilen; er versicherte lediglich, der Text stamme nicht von Böschenstein selbst. Motta wusste dennoch, wer der Verfasser war, nämlich Caratsch.⁵⁵ Diese Zuschrift war indes nicht der Tropfen, der das Fass zum Überfließen brachte. Motta hatte schon, ehe er Schürchs Schreiben in Händen hielt, zur Feder gegriffen und Dinichert in aller Offenheit mitgeteilt, weshalb er als Gesandter in Deutschland nicht mehr tragbar sei: Die Hauptursachen, so Motta, lägen in Berlin; Dinichert sei bei der deutschen Regierung unerwünscht. Diese dränge auf eine Ablösung. Im gleichen Schreiben bot Motta dem wohl etwas verdutzten Gesandten Stockholm als nächsten Posten an. Und er drückte die klare Erwartung aus, dass Dinichert auf sein Angebot eingehe. Das Naziregime hatte somit sein Ziel erreicht: Es hatte den unliebsamen Gesandten ins Abseits gedrängt und verschiedene Kreise in der Schweiz hatten dabei mitgespielt.

Der deutschen Regierung wäre es schon 1935 mehr als recht gewesen, wenn Bern Dinichert abgezogen hätte. Damals setzte das Auswärtige Amt seine Hoffnung auf Hans Frölicher. Er sollte Dinicherts vorzeitige Versetzung einfädeln. Der Stellvertreter des Missionschefs war ja 1934 nach einem vierjährigen Aufenthalt in Berlin an die Zentrale zurückberufen worden, wo er zuerst den Personaldienst des Politischen Departementes leitete. Er hatte also eine geradezu ideale Stellung inne, um Versetzungsentscheide vorzubereiten. Doch die Erwartungen erfüllten sich nicht. Frölicher liess sich nicht in Intrigen gegen seinen ehemaligen Chef einspannen, obgleich auch er ein ziemlich distanzieretes Verhältnis zu Dinichert hatte. Das Auswärtige Amt sah sich somit in die unangenehme Lage versetzt, die Abberufung Dinicherts selbst betreiben zu müs-

sen. Am 23. November 1937 fragte Otto Köcher, der in der Jahresmitte Ernst von Weizsäcker als Gesandten in Bern abgelöst hatte, Bundespräsident Motta bei einem Gespräch über die Reorganisation des Departementes, ob Minister Dinichert noch in Berlin verbleiben würde. Obschon sich diese Frage nicht ungebührlich anhört, nimmt sie sich in der wohltemperierten Gesprächskultur der Diplomatie wie ein frostiger Einbruch aus. Was damit gemeint war, konnte Motta nicht entgehen.

Mit lateinischer Noblesse stellte sich Motta vor seinen Mitarbeiter. Er soll geantwortet haben, Dinichert sei ein verdienter Beamter, dessen Versetzung sich nicht aufdränge. Aber er wusste, dass er seinen Getreuen in Berlin nicht mehr halten konnte. Walter Stucki, bis vor Kurzem Direktor der Handelsabteilung, hatte den Dienst, um welchen ihn sein deutscher Kollege bei den Wirtschaftsverhandlungen, Botschafter Karl Ritter, gebeten hatte, wunschgemäss ausgeführt. Er hatte dem Bundesrat die Nachricht überbracht, die deutsche Regierung wünsche die Abberufung Dinicherts. Köcher konnte dem Auswärtigen Amt getrost berichten: «Bundespräsident Motta (ist) über unsere Einstellung zu Dinichert durch Minister Stucki informiert worden. Dieser hat nach seiner Ernennung zum Gesandten in Paris Herrn Motta den Inhalt des Gesprächs, das er seinerzeit mit Botschafter Ritter geführt hat wegen unseres Wunsches Dinichert loszuwerden, mitgeteilt.»⁵⁶

Nach all den Turbulenzen begab sich Dinichert über die Weihnachtstage nach Bern zu einer Unterredung. Bundespräsident Motta erklärte ihm nun ohne Umschweife, er sei in Deutschland unerwünscht. Gründe, weshalb Dinichert der Reichsregierung nicht mehr genehm sei, konnte oder wollte Motta nicht angeben. Vieles spricht dafür, dass sich die deutsche Seite nie bemüssigt fühlte, ihren Abberufungswunsch zu begründen. Aber allen war klar, weshalb Dinichert aus Berlin verschwinden sollte – äusser ihm selbst. Unentwegt beteuerte er, auf dem Platz Berlin hätte er nichts, aber auch gar nichts bemerkt, was auf eine Verstimmung in den offiziellen Kreisen hindeutete; dafür gäbe es weder Beweise noch Anzeichen, ja nicht einmal irgendwelche Anspielungen seien je in diese Richtung ergangen; im Gegenteil, man hätte ihm immer höchste Wertschätzung bezeugt.⁵⁷ Mit einem unübersehbaren Hang zur Rechthaberei bekräftigte er seine Sicht der Dinge selbst über den

18. Februar 1938 hinaus, den Tag, an welchem er die Versetzung nach Stockholm nach langem Zögern endlich annahm.

Dinicherts Uhr war abgelaufen. In seiner Sitzung vom 11. Februar 1938 stellte der Bundesrat mit beschwichtigender Eleganz, deren nur die französische Sprache fähig ist, etwas an sich Bedrückendes fest: «... M. Paul Dinichert, Ministre de Suisse à Berlin, dont, sans qu'il y ait quoi que ce soit à lui reprocher, la situation en Allemagne n'est plus ce qu'il serait désirable qu'elle fût.»⁵⁸ Also: Die Situation von Minister Dinichert in Berlin sei, ohne dass ihm das Geringste vorzuwerfen wäre, nicht mehr so, wie sie es wünschenswerterweise sein sollte. Gerade zimperlich verfuhr der Bundesrat mit dem altgedienten Diplomaten nicht. Mit Datum vom 11. Februar 1938 erreichte ihn ein Schreiben, aus welchem er erfuhr, dass das Politische Departement für ihn das Agreement in Schweden, Norwegen und Dänemark einhole – speditive Anfragen, wenn man bedenkt, dass Dinichert erst acht Tage später in die Versetzung einwilligte. Im gleichen Schreiben gab man auch zu verstehen, dass Dinichert Berlin in der zweiten Maihälfte zu verlassen hätte. Minister Hans Frölicher, welcher als Nachfolger vorgesehen sei, müsse seinen Posten bis Anfang Juni beziehen, da wichtige Verhandlungen über die Erneuerung der Wirtschaftsverträge anstünden.

Wie nicht anders zu erwarten war, reagierte der bedrängte Dinichert auf das Schreiben vom 11. Februar heftig. Vier Tage später schickte er Motta einen handgeschriebenen Brief. Er protestierte; man hätte ihn vor ein «fait accompli» gestellt. Aber sein Protest fruchtete nicht mehr viel. Am vorigen Tag hatte er mit dem Departementschef telefoniert. Und dieser hatte ihm mit dem Zaunpfahl gewinkt. Er liess ihn wissen, dass der Bundesrat seinen etwaigen vorzeitigen Rücktritt annehmen und ihm eine Pension gewähren würde. Dinichert versuchte, wenigstens einen noch halbwegs ehrenvollen Abgang auszuhandeln. Nachdem ihn mehrere Presseorgane scharf kritisiert hätten, möge der Bundesrat, so verlangte Dinichert, ihm sein volles Vertrauen aussprechen und seine Geschäftsführung in Berlin ausdrücklich billigen. Am geeignetsten geschehe dies in jenem Kommunique, welches seine Versetzung nach Stockholm bekanntgebe. Motta forderte ihn am 17. des Monats auf, ihm einen Entwurf zuzusenden, wobei er allerdings betonte, Dinichert solle sich soweit als möglich an die üblichen Formulierungen halten; der Bundesrat hätte nicht die Absicht, sich mit jenen Zeitungen

zu streiten, die Dinichert attackiert hätten. Zu diesem Entwurf kam es freilich nicht.

Am 21. Mai sah sich Motta gezwungen, seinem Minister in Berlin einen Eilbrief zu schicken. Am gleichen Tag war nämlich in der sozialistischen *Berner Tagwacht* Frölichers unmittelbar bevorstehende Ernennung zum Gesandten in Berlin in einem, wie Motta sich ausdrückte, «sehr bösen Artikel» bekanntgegeben worden. Das Departement sah sich gezwungen, Stellung zu nehmen. Es konnte Dinicherts Entwurf zum Kommuniqué nicht mehr abwarten. Motta legte vielmehr die offizielle Mitteilung, wie sie am nächsten Tag in den Zeitungen erscheinen würde, dem Schreiben bei. Das Kommuniqué war so verfasst, dass der Betroffene beim Lesen des ersten Satzes wohl zweimal leer schlucken musste. Nichts fand sich, was seine Amtsführung auch nur entfernt gewürdigt hätte; stattdessen hiess es: «Mitgeteilt. Der Bundesrat hat sich veranlasst gesehen, die Versetzung des Schweizerischen Gesandten in Deutschland nach einem anderen Posten ins Auge zu fassen. Über die künftige Verwendung von Herrn Dinichert, der nach wie vor das volle Vertrauen des Bundesrates genießt, wird späterhin eine Mitteilung ausgegeben werden. Zu seinem Nachfolger in Berlin hat der Bundesrat Herrn Dr. Hans Frölicher, bisher Legationsrat und Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Auswärtiges in Bern, ernannt.»⁵⁹ Gleichentags benachrichtigte der Bundesrat die deutsche Regierung, Minister Paul Dinichert würde seine Mission in Deutschland demnächst beenden.

Der unrühmliche Abgang fand immerhin einen korrekten diplomatischen Schlusspunkt. Der Reichskanzler beantwortete die offizielle Mitteilung von Dinicherts Rückruf mit einem höflichen Schreiben. Es enthielt die polierten Formulierungen, die man bei solchen Gelegenheiten zwischen Staaten austauscht. Im Dokument, am 6. Juli 1938 in Berchtesgaden von Hitler und Ribbentrop unterzeichnet, stand in feinsten Sütterlinschrift geschrieben: «Ich bedauere aufrichtig, Herrn Dinichert von seinem hiesigen Posten scheiden zu sehen, auf dem er durch seine hervorragenden persönlichen Eigenschaften und seine unermüdliche, den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder gewidmete Tätigkeit es verstanden hat, meine und der Deutschen Reichsregierung vollste Anerkennung zu finden.»⁶⁰ Mochte auch die Form gewahrt sein, für Dinichert musste aus diesen Zeilen blanker Hohn hervorblicken.

Dass Dinicherts kompromisslose Gegnerschaft zum Nationalsozialismus der Reichsregierung missfiel, ergab sich zwangsläufig; dass sich Schweizer Wirtschaftsführer über ihn beklagten, kann man nachvollziehen; dass sich Teile der Schweizer Presse, die selbst an vorderster Front den Nationalsozialismus bekämpften, gegen ihn wandten, erklärt sich nicht mehr aus der Sache, sondern nur aus der Person. Dinichert verdarb mit seinen persönlichen Unzulänglichkeiten viel. Er selbst beklagte sich, diese Kreise würden ihm vorwerfen, er vertrete die Schweizer Interessen mit zu wenig Nachdruck, derweil die deutsche Regierung ihn der Starrköpfigkeit und feindlichen Gesinnung bezichtige.⁶¹ Wurde Dinichert also zwischen den Fronten zerrieben? Kaum. Zur Selbstverteidigung dürfte er die Stossrichtungen der Beschwerden bewusst verschoben haben. Die deutschen und schweizerischen Beschwerden jedoch hoben sich nicht gegenseitig auf. Niemand in der Schweiz bezichtigte ihn der Nachgiebigkeit; man warf ihm kommunikative Unfähigkeit vor. Aber – und dies hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack – sie alle, Stuckis Vorsprache, die Klagen aus der Wirtschaft und die Attacken in der Presse, trugen auf ihre Art dazu bei, die Absicht der Reichsregierung zu verwirklichen. Willy Bretscher soll denn auch später gesagt haben, er bereue es, Dinicherts Abberufung aus Berlin betrieben zu haben.⁶²

Man versteht den Bundesrat, wenn er den schwierigsten aussenpolitischen Posten, den er zu vergeben hatte, nach dieser «mission non-accomplie» mit einem Diplomaten besetzen wollte, der die klassischen Anforderungen des Metiers bestens zu erfüllen versprach, das heisst mit jemandem, der im Gastland willkommen war, der über gute Beziehungen verfügte und als kontaktfreudig galt. Hans Frölicher entsprach diesem Profil.

Ein fulminanter Amtsantritt in Berlin

In seiner Sitzung vom 11. Februar 1938 hatte der Bundesrat beschlossen, Hans Frölicher als neuen Missionschef nach Berlin zu senden; diese Wahl liege im Interesse der schweizerisch-deutschen Beziehungen; Frölicher habe während seines ersten Aufenthalts in der deutschen Hauptstadt ausgezeichnete Beziehungen mit jenen Gesellschaftskreisen geknüpft, die derzeit die Macht innehätten. Und ausserdem: «Mit viel politischem Gespür ausgestattet, klarsichtig und geschickt, hat Herr Frölicher schon im Amt, das er gegenwärtig ausübt, grosse Dienste geleistet, namentlich durch die freundschaftlichen Beziehungen, die er mit dem Minister von Deutschland in Bern geknüpft hat.»⁶³

Diese Mitteilung stiess, abgesehen von sozialistischen Kreisen, weiterum auf Zustimmung. Niemand störte sich an Dinicherts Ablösung, niemand setzte sich für den Murtenbieter ein. Oberstkorpskommandant Ulrich Wille gab die vorherrschende Meinung wohl zutreffend wieder, wenn er Frölicher mit folgenden Worten zu Ernennung gratulierte: «Der Posten ist heute mehr denn je wichtig; die Aufgabe wird nicht immer leicht sein, leicht ist nur die Nachfolge nach Minister Dinichert, dessen gute persönliche Eigenschaften nicht ausreichen, die zum Berliner-Posten fehlenden zu ersetzen.»⁶⁴ Der Bundesrat entsandte Frölicher 1938 nach Berlin, obschon er wusste, dass der neue Minister Beziehungen zu nationalsozialistischen Kreisen pflegte; ja, die Wahl war auf Frölicher gefallen, gerade weil dieser über solche Kontakte verfügte; man bewertete sie als gewichtigen Pluspunkt für seine Mission.⁶⁵

Frölicher verliess Bern ohne spezifische Instruktionen. Er meinte zu wissen, was man von ihm erwartete. Schliesslich hatte er schon vier Jahre lang auf dem schwierigen Berliner Posten verbracht. Und dann hatte er die letzten Jahre im Kommandozentrum der Schweizer Aussenpolitik, in der Abteilung für Auswärtiges, gearbeitet. Er kannte somit die Grundsätze der Aussenpolitik in- und auswendig. Vor allem wusste er, dass der Bundesrat

Herr Dr. H. Frölicher
 Ich gratuliere Ihnen
 von Herzen zur Ernennung zum
 Schweizerischen Minister in
 Berlin. Motta

22/2/38.
 Aus dem Bundesratsaal.

14 Gratulationsschreiben von Bundesrat Motta zur Ernennung als Minister in Berlin, vom 22. Februar 1938.

im Frühjahr 1938, nachdem Hitler in Österreich einmarschiert war und sich die Weltlage bedrohlich verschlimmert hatte, drei aussenpolitische Grundsätze beschlossen hatte, an denen man ehern festhalten musste und an deren Vorarbeiten Frölicher wahrscheinlich aufgrund seiner Stellung mitgewirkt hat. Diese lauteten: 1. Die Schweiz kehrt zur integralen Neutralität zurück; 2. sie pflegt mit allen Staaten, insbesondere den Nachbarstaaten, freundschaftliche Beziehungen; 3. sie ist bereit, für ihre Unabhängigkeit bis zum Letzten zu kämpfen. Diesen Dreisatz hatte sich Frölicher gut gemerkt, besonders auch den zweiten Teil, den er nun an einem gefährlichen Aussenposten umsetzen musste. Dass der Bundesrat mit «freundschaftlichen Beziehungen» meinte, was er sagte, war ihm bewusst. Dazu erzählte er später bei gegebenem Anlass im «Löwen» zu Worb beim alljährlichen Ministerausflug – heute Botschafterausflug – eine frappante Anekdote. Ihm war 1945 aufgrund des Altersvorrangs die Ehre zugefallen, vor versammelten Bundesräten und Kollegen die Rede von Bundespräsident von Steiger zu verdanken. In seiner Replik flocht er folgenden Passus ein: «Herr Bundesrat Motta,... hat mir [seinerzeit] verraten, dass der

2. Punkt, die ‚freundschaftlichen‘ Beziehungen zu Diskussionen im Bundesrat Anlass gegeben hätten. Es sei erwogen worden, ob man nicht abschwächend nur ‚korrekte Beziehungen« sagen sollte, oder ob man nicht doch wenigstens das freundschaftlich« durch freundlich« ersetzen soll. Aber auch Letzteres sei verworfen worden.»⁶⁶ Frölicher bemühte sich in Berlin, diesem Auftrag gerecht zu werden.

In Deutschland löste Frölicher's Ernennung, wie der damalige Geschäftsträger Franz Kappeler später festhielt, ein freudiges Echo aus.⁶⁷ Diese Mitteilung trifft zweifelsohne zu. Freiherr und Freifrau von Bibra liessen es sich nicht nehmen, im Morgengrauen des 31. Mai 1938 auf das Flugfeld Belpmoos hinauszufahren, um den neuen Gesandten, der in die Reichshauptstadt abflog, zu verabschieden. Ins Büro zurückgekehrt, setzte von Bibra ein Schreiben auf an den Leiter der Auslandsorganisation (AO), Staatssekretär Ernst Wilhelm Bohle, und empfahl diesem, dem Schweizer Diplomaten bei dessen Ankunft in Berlin dafür zu danken, dass er sich mit soviel Energie und Verständnis für die AO bei den anderen Amtsstellen in Bern eingesetzt hätte.⁶⁸

Dann rückte der grosse Tag heran. Der neue Gesandte war auf den 9. April ins Reichspräsidentenpalais bestellt, um Reichskanzler Adolf Hitler das Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Äusserlich gesehen, fing der Tag schlecht an. Die teure Diplomatenuniform mit ihren vielen golddurchwirkten Edelweissen kam und kam nicht an, obschon sie schon lange bestellt war. Schliesslich musste sich Frölicher/aute *de mieux* in einen bürgerlichen Frack stürzen. Dann passierte ihm ein zweites Malheur, das peinlicher nicht hätte sein können: Als er im Reichspräsidentenpalais in einem Vorzimmer auf den Besuchstermin wartete, entdeckte er bestürzt, dass er das Beglaubigungsschreiben nicht mehr bei sich hatte. In seiner Erregung musste er es unterwegs verloren haben. Doch zum Glück lief alles glimpflich ab. Ein Amtsdienner fand das Dokument auf der Treppe, gerade noch rechtzeitig, ehe sich die Tür zum Audienzsaal öffnete. Das alles wissen wir von Franz Kappeler, der seinen Missionschef bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens begleitet hatte.⁶⁹

Nach dieser Aufregung verlief der Antrittsbesuch jedoch gut. Hitler geizte nicht mit einer grosszügigen Geste. Frölicher durfte das entgegennehmen, was Dinichert stets versagt geblieben war: eine Anerkennung der

schweizerischen Neutralität in ähnlichen Worten, wie sie schon Altbundesrat Schulthess vernommen hatte. Frölicher's Einstieg in der Reichshauptstadt schien rundum gelungen zu sein. Freudig berichtete er der Zentrale über die Audienz bei Hitler. Auch in späteren Jahren dachte Frölicher gern an diesen Augenblick zurück. Am 28. Dezember 1942 notierte er sich im Tagebuch, es sei ein Glück gewesen, dass Hitler ihm gegenüber die schweizerische Neutralität gleich zu Beginn anerkannt hätte. Ein Diplomat hätte die Aufgabe, mit allen gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Schweizer würden dies häufig nicht verstehen. Sie meinten, Diplomaten würden sich so benehmen, wie wenn «das Kälbli dem Metzger die Hand leckt».

Warum lag Frölicher so viel an einer Neutralitätserklärung? Kurz vor der Überreichung des Beglaubigungsschreibens war etwas Wichtiges passiert. Die Schweiz war am 14. Mai 1938 zur integralen Neutralität zurückgekehrt. Damit endete für sie die Phase der sogenannten differenziellen Neutralität, die sie mit dem Eintritt in den Völkerbund eingeschlagen hatte. Man konnte schwerlich, wie sich im Abessinienkrieg zeigte, wirtschaftlich die Sanktionen des Völkerbundes mittragen, politisch jedoch Neutralität beanspruchen. Deshalb versuchte die Schweiz sich aus den Fängen, in die sie sich in der Aufbruchsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg begeben hatte, zu befreien. Zum Glück gab der Völkerbund, obschon sich die Sowjetunion schmollend der Stimme enthielt, dem eidgenössischen Antrag statt. Er anerkannte die Rückkehr zur integralen Neutralität. Motta, mit seiner Vorliebe für erhabene Worte, sprach von einem historischen Ereignis, der bodenständige Rudolf Minger, der Chef des Militärdepartementes, dagegen vom Ende eines Alldrucks.⁷⁰

Doch Deutschland und Italien gehörten dem Völkerbund nicht mehr an. Folglich waren sie durch die Erklärung nicht gebunden. Was also, wenn diese beiden Staaten ihre Anerkennung verweigerten? In Bern stellte man sich bang diese Frage. Denn Dinichert war, wann immer er die Rückkehr zur vollen Neutralität aufbrachte, auf Ablehnung gestossen. Die ersten Anzeichen waren auch für Frölicher nicht hoffnungsvoll. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker winkte ab. Die Anerkennung der vollen Neutralität sei kein Thema. Deutschland hätte die Schweizer Neutralität nie infrage gestellt; überdies hätte Hitler schon Altbundes-



rat Schulthess zugesichert, dass er nie die Schweizer Neutralität antasten werde. Aber von Weizsäcker nahm sich wenigstens bei der ersten Unterredung mit Frölicher Notizen. Umso grösser war die Überraschung, als Hitler im Gespräch, das der Beglaubigungszeremonie folgte, die Schweiz zur Rückgewinnung der integralen Neutralität beglückwünschte und dabei sogar, wie Frölicher in seinen Aufzeichnungen festhielt, den schweizerischen technischen Ausdruck «integrale Neutralität» verwendete.⁷¹ Zehn Tage später überreichte ihm Reichsaussenminister Ribbentrop die gewünschte Note. Bald danach reagierte auch Italien in ähnlichem Sinn.

Frölicher stattete sogleich, wie es das diplomatische Protokoll erfordert, den wichtigsten Regierungsvertretern einen Antrittsbesuch ab. Äusser beim Reichskanzler meldete er sich natürlich auch bei Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop, beim Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, beim Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht und bei Hermann Göring an – einem Mann mit vielen Titeln. Alle empfingen den Minister zu einem Höflichkeitsgespräch, aber damit hatte es meistens sein Bewenden. Frölicher musste schon bald zur Kenntnis nehmen, dass die nationalsozialistischen Grössen den Kontakt mit dem Abgesandten eines demokratischen Kleinstaates nicht suchten. Hitler, Ribbentrop, Goebbels, Himmler, auch der Stellvertreter Hitlers, Hess, und selbst der salonerprobte Göring – sie alle hatten nie eine Einladung in die Schweizer Gesandtschaft angenommen. Mit Hitler und Goebbels kam es nie mehr zu einer Unterredung am Amtssitz. Es blieb bei beiläufigen Konversationen an Gesellschaftsempfängen und offiziellen Anlässen. Auch mit Reichsmarschall Göring und dem gespenstisch unzugänglichen Reichsführer-SS Himmler bahnte sich nie ein Kontakt an.

In seinen Aufzeichnungen *Meine Aufgabe in Berlin* vermerkte Frölicher, wie er den Kontakt mit Goebbels gesucht hatte. Angesichts des schwerwiegenden Pressekonflikts, der die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz aufs Höchste gefährdete, war dies alles andere als erstaunlich. Aber der wortgewaltige Propagandachef legte keinen Wert auf Kontakte mit dem schweizerischen Minister.⁷² Er beliess es sogar bei leeren Versprechen, als er allen Grund gehabt hätte, sich bei Frölicher zu bedanken. Denn dieser wurde von Goebbels' Gattin Magda gebeten, Erkundigungen über den Verbleib ihres Sohnes

aus erster Ehe mit dem Industriellen Günther Quandt einzuziehen. Es ging um Oberleutnant Harald Quandt. Frölicher kam dieser Bitte nach und konnte dank den Auskünften des Roten Kreuzes ihr schon bald mitteilen, dass Harald am Leben sei und sich in einem Kriegsgefangenenlager in Nordafrika befinde. Frau Goebbels bedankte sich artig für die Nachforschungen, auch im Namen ihres Mannes. Zum Dank wurde der Gesandte zum Mittagessen ins Propagandaministerium eingeladen, präsiert wurde das Mittagessen jedoch von Staatssekretär Werner Naumann. Und Goebbels? Im Tagebuch vom 20. November 1944 notierte Frölicher: «Goebbels will uns auch noch einladen.» Doch dazu kam es nie.

Zweifelsohne verfügte Frölicher über gute Beziehungen in Berlin, aber spektakulär waren sie nicht – nicht zu vergleichen mit der Position eines Arnold Roth, der in wilhelminischer Zeit zum innersten Kreis der Macht hervorragenden Zutritt hatte, nicht zu vergleichen mit den noblen Beziehungen, die Kollege Paul Ruegger im faschistischen Rom mithilfe seiner adligen Gattin nach allen Seiten hin geknüpft hatte, nicht zu vergleichen auch mit dem freundschaftlichen Verhältnis des Kölner Konsuls Franz-Rudolph von Weiss zu Konrad Adenauer in der unmittelbaren Nachkriegszeit.⁷³ Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht war eine der raren Persönlichkeiten in einer Spitzenposition, welche stets bereit war, Frölicher zu empfangen. Doch Schacht geriet zusehends in Konflikt zum Führerstab. 1937 musste er das Reichswirtschaftsministerium abgeben, 1939 sollte er auch das Reichsbankpräsidium verlieren. Leidlichen Zugang hatte Frölicher lediglich noch zu Reichswirtschaftsminister Walter Funk, Schachts Nachfolger. Der Schweizer Gesandte unterhielt somit, als der Krieg ausbrach, mit niemandem, der sich an den Schalthebeln der Macht befand, enge persönliche Beziehungen: weder mit einem Minister der Reichsregierung noch mit einer Parteigrösse aus dem inneren Führungszirkel. Erstaunlich ist dies nicht. Es entsprach vielmehr den Umgangsformen der nationalsozialistischen Machthaber. Gesandten aus Ländern wie Dänemark, Schweden oder den Niederlanden erging es nicht anders. Viele nationalsozialistische Grössen stammten aus einfachsten Verhältnissen und waren bei gesellschaftlichen Zusammenkünften unbeholfen. Sie scheuten das diplomatische Parkett. Jene raren Ausnahmen, die

wie Göring gern ins internationale Flair eintauchten, empfingen jedoch nur die Botschafter der Grossmächte und erwiesen auch nur diesen die Ehre, deren Gegeneinladungen anzunehmen.

Minister geniessen im Allgemeinen das Vorrecht, ausländische Vertreter nach Gutdünken empfangen zu dürfen. Wen sie nicht mögen, den müssen sie nicht vorlassen. Nur der Aussenminister unterliegt gewissen protokollarischen Zwängen. Zu seinen Pflichten gehört es, das Gespräch mit den Missionschefs zu pflegen. Ribbentrop kam dieser Aufgabe in keiner Weise nach. Wie er mit dem schweizerischen Minister umging, kam einem Affront gleich. In sieben Jahren empfing er ihn, abgesehen vom obligaten Antrittsbesuch, nur zweimal. An der Auffahrt 1940 zitierte er Frölicher plötzlich ins Reichspräsidentenpalais, um ihn wegen zwei Angelegenheiten zu verwarnen: Erstens sei der Führer über die täglichen Beschimpfungen in der Schweizer Presse aufs Höchste aufgebracht, zweitens werde es die Reichsregierung nicht hinnehmen, dass der Bundesrat einem Vertreter der polnischen Exilregierung ein Agrément erteile.

Dann war er für den Gesandten beinahe fünf Jahre lang nicht mehr zu sprechen. Die zweite Begegnung allerdings lief nach veränderten Spielregeln ab. Am 28. Februar 1945 lud Ribbentrop die wenigen Missionschefs, die noch in Berlin verblieben waren, zu einem Mittagessen ins ausgebombte Palais an der Wilhelmstrasse ein.⁷⁴ Zur Rechten des Aussenministers sass der japanische Botschafter, zur Linken der italienische; gegenüber sass Staatssekretär von Steengracht, umgeben vom schwedischen und schweizerischen Gesandten. Dann zierten noch einige Vertreter von Phantomstaaten, deren Namen nicht mal dem Gastgeber geläufig waren, die Tafel. Ribbentrop, stets seinem Führer folgend, bemühte sich, Katastrophenstimmung zu verbreiten. Mit Deutschlands Niederlage, schärfte er dem diplomatischen Rumpfcorps ein, verfallende Europa in sowjetischer Knechtschaft. Frölicher konnte sich beim Dejeuner des Eindrucks nicht erwehren, «dass wir im letzten Akt einer Tragödie stehen, kurz bevor der Vorhang fällt».⁷⁵ Ribbentrop hätte sich bei ihm entschuldigt, ihn nicht öfters empfangen zu haben. Aber der Schweizer Gesandte habe ja, soll der Reichsaussenminister entschuldigend beigefügt haben, auch nie um eine Audienz nachgesucht. Frölicher bestritt diesen Vorwurf nicht, obgleich er,

insbesondere wegen den zahlreichen Schutzmandaten, gern mit dem Aussenminister gesprochen hätte. Doch im Auswärtigen Amt soll man ihm stets, wie Frölicher in seinem Tagebuch festhielt, von einer Vorsprache bei Ribbentrop abgeraten haben.⁷⁶ In der Tat, in diplomatischen Kreisen galt eine Unterredung mit dem eitlen Ribbentrop als nutzlos. Er konnte weder zuhören, noch vermochte er sich eine eigene Meinung zu bilden.

Für die meisten ausländischen Vertreter war Staatssekretär Ernst von Weizsäcker bis zu seiner Versetzung an den Heiligen Stuhl, die Mitte 1943 erfolgte, der Hauptansprechpartner. Der gebildete Diplomat verstand nicht nur vorzüglich mit seinen Kollegen umzugehen, er vermochte sie auch immer wieder von seiner Ansicht zu überzeugen. Frölicher unterlag seinem Einfluss, der französische Botschafter André François-Poncet, der Brite Sir Nevile Henderson und der Italiener Bernardo Attolico nicht weniger. Viele Fehleinschätzungen in der politischen Berichterstattung der Jahre 1938-1940, namentlich um das Münchener Abkommen herum, vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei oder vor dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen, gehen auf von Weizsäcker zurück. In Krisensituationen gelang es ihm immer wieder, zu beschwichtigen und die deutsche Rolle zu beschönigen. Nur zu gern übernahmen die in Berlin akkreditierten Diplomaten seine Interpretation der Weltlage.

Frölicher stützte sich sehr stark auf von Weizsäckers Analysen. Er betrachtete den ranghohen Diplomaten als den wichtigsten und besten Freund der Schweiz in der deutschen Regierung. Auch persönlich war er dem württembergischen Freiherrn seit dessen Berner Gesandtenzeit verbunden. Sie luden sich regelmässig gegenseitig zum Essen ein. Mit unverbrüchlicher Loyalität, die er auch unter widrigen Zeitumständen nicht aufkündigte, war Frölicher bereit, zugunsten von von Weizsäcker eine Erklärung abzugeben. Als dieser nach dem Krieg vor dem amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg angeklagt war, bezeugte Frölicher im sogenannten Wilhelmstrassen-Prozess Folgendes: «Herr von Weizsäcker stand beim Bundesrat in hohem Ansehen ... In einem weiten Kreis von schweizerischen Bekannten genoss Herr von Weizsäcker allgemeine Hochschätzung. Man war überzeugt, dass er ein Freund unseres Landes sei und sich aufrichtig bemühte, die deutsch-schweizerischen Beziehungen freundschaftlich zu gestalten...» Ausserdem fügte er an: «Als ich im Juni 1938

meine Tätigkeit als Schweizerischer Gesandter in Berlin begann, war es für mich im Hinblick auf meine schwere Aufgabe wichtig und geradezu eine Beruhigung, dass Herr von Weizsäcker Staatssekretär im Auswärtigen Amt war. Dieses Vertrauen, das ich Herrn von Weizsäcker entgegenbrachte, wurde auch keineswegs getäuscht.»⁷⁷

Von Weizsäcker war fraglos ein Freund der Schweiz. Verschiedene Äusserungen und Taten belegen dies. Aber sein Herz schlug doch etwas weniger für sein Gastland, als er in seinen *Erinnerungen* später vorgab. Jedenfalls verfolgte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der ja auch NSDAP-Mitglied und SS-Oberführer war, bei all seinen weitläufigen Umgangsformen eine betont nationale und grossdeutsche Politik.⁷⁸ Auch klaffen Dichtung und Wahrheit über Gebühr auseinander, wenn man vergleicht, was von Weizsäcker in seinen Memoiren schreibt und was er seinerzeit Briefen und Aufzeichnungen anvertraute. In den *Erinnerungen* meinte er zur Schweizer Presse: «Meine Sorge in der Schweiz war und blieb die Presse. Sie schrieb, was mich nicht wunderte, kritisch über alle deutschen Vorgänge ... Das war ihr gutes Recht. Die Schweizer hatten Anspruch auf eine Stellungnahme, und diese konnte in einer bewährten Demokratie nur negativ sein. Dem deutschen Publikum hätte es sehr gutgetan, solche ausländischen Stimmen zu verfolgen... »⁷⁹ Der deutsche Gesandte in Bern nannte seinerzeit jedoch nicht nur die Basler *Nationalzeitung* ein «Drecksblatt», er schrieb sich in privaten Aufzeichnungen auch gerne seine Verdrossenheit vom Leib. So notierte er Ende 1933: «Die Schweizer Presse ist mein cauchemar. Denn von dieser tagtäglichen Speise verderbe ich nicht nur mir selbst den Appetit... Diese wohlfeile Lobpreisung der wahren Demokratie hängt mir zum Hals heraus, und die Pressefreiheit soll der Teufel holen, wenn sie die Gefühle vergiftet. Feigheit ist der Leitstern der Politik. Da man vor uns noch keine Angst haben zu müssen glaubt, übergiesst man uns mit Jauche.»⁸⁰ Was immer man von solchen Diskrepanzen hält, im Tagebuch drückt man sich üblicherweise am redlichsten aus. Man muss auf keinen Gesprächspartner Rücksicht nehmen, man braucht keinen Gedanken taktvoll abzufedern.

Frölicher erachtete von Weizsäcker als seinen nützlichsten Freund in Berlin. Doch was brachte die Freundschaft beruflich? Der Schweizer Ge-

sandte traf sich zwar häufig mit dem Topdiplomaten, aber er erhielt keinen privilegierten Zugang zu Informationen. Hingegen benützte von Weizsäcker oft Frölicher, um die Schweiz noch stärker unter Druck zu setzen. Immer wieder forderte er, die Schweiz müsse in ihrem eigenen Interesse die Presse stärker regulieren. Eine neuere Studie gelangt denn auch zum Schluss, der Staatssekretär hätte im beruflichen Umgang mit Frölicher «nicht selten mit verdeckten Karten gespielt».⁸¹ Wer hat also von wem mehr profitiert? Die Bilanz dürfte keineswegs eindeutig ausfallen.

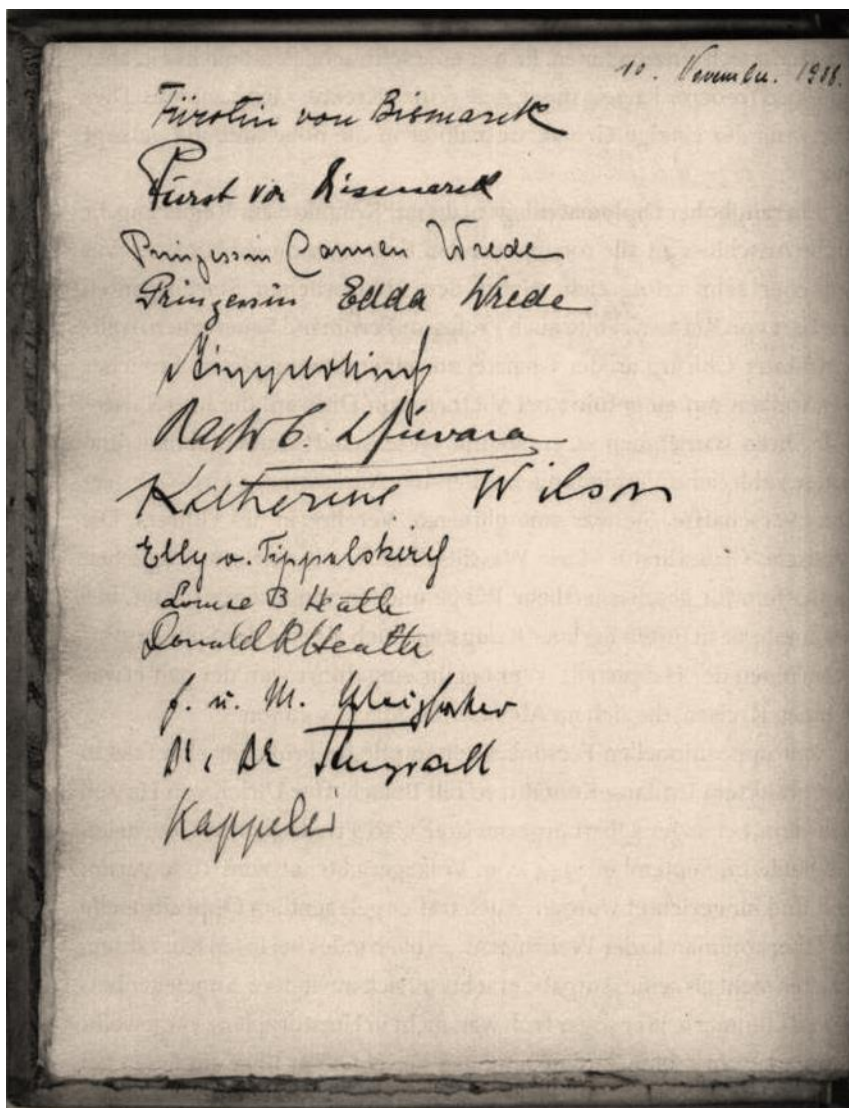
Auch erwiesen sich die politischen Orientierungen, die der Staatssekretär allen Missionschefs gab, häufig als irreführend. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob von Weizsäcker die ausländischen Diplomaten wider besseres Wissen falsch informierte oder ob er selbst nicht richtig unterrichtet war. Das Erste ist gelegentlich nicht auszuschliessen. Von Weizsäcker haftet etwas Zwiespältiges an. Er war kein rückgratloser Opportunist, aber er war auch nicht jemand, dem alles Opportunistische fremd war. Oft wusste er mehr, als er vorgab. Das wurde ihm auch vom Kriegsgericht in Nürnberg angelastet.⁸² Doch das Zweite, dass er selbst nicht richtig im Bild war, traf nicht weniger zu. Der Staatssekretär wusste mitunter selbst nicht, welche Aussenpolitik der innere Führungszirkel um Hitler einschlug. Weder war das Auswärtige Amt an den wichtigsten Entscheidungen beteiligt, noch wurde es darüber frühzeitig informiert. Es ist sogar zweifelhaft, ob man im Führerhauptquartier die Aktennotizen des Auswärtigen Amtes gelesen hat. Als von Weizsäcker vor seiner Versetzung nach Rom einen Abschiedstee für das diplomatische Corps gab, muss diese Einsicht auf sein Gemüt durchgeschlagen haben. Jedenfalls notierte sich Frölicher, von Weizsäcker hätte bedrückt ausgesehen – wohl deshalb, weil er keinen Einfluss auf die unheilvolle Entwicklung ausüben konnte.⁸³ Diese Vermutung des Gesandten war, wie später veröffentlichte Dokumente des Staatssekretärs belegen, zutreffend.⁸⁴ Aber gleichermassen zutreffend ist, dass von Weizsäcker während seiner Amtszeit an der Wilhelmstrasse das Gegenteil vorzutäuschen liebte.

Mit von Weizsäckers Nachfolger, Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland, verkehrte Frölicher auch häufig, aber dem Umgang ging die freundschaftliche Note ab. Er beschränkte sich auf das Geschäfts-

mässige. Der Seiteneinsteiger Steengracht verstand es nicht, die Diplomaten für sich einzunehmen. Er war eine schwache Persönlichkeit, aber ein umso treuerer Parteigänger, eine reine «Kreatur» Ribbentrops. Dies war wohl der einzige Grund, weshalb er in die hohe Stellung gelangt war.⁸⁵

Ein ranghoher Diplomat pflegt nicht nur Kontakte zur Regierung. Er sucht Anschluss an alle tonangebenden Kreise. In dieser Hinsicht war Frölicher sehr erfolgreich. Nebst dem umworbenen Stardirigenten Herbert von Karajan zählte auch Professor Ferdinand Sauerbruch, weltberühmter Chirurg an der Charité, zu seinen Stammgästen. Frölicher war sodann gut eingeführt bei Victoria von Dirksen, die im «Kaiserhof» ihren vornehmen «Cercle» mit Gesellschaftsdamen abhielt und Hitler zahlreiche Verbindungen zu ersten Adressen des Grossbürgertums verschaffte. Sie war eine glühende Verehrerin des Führers. Die russische Grossfürstin Marie Wasiltschikoff, mit einem untrüglichen Sensorium für gesellschaftliche Ränge und Vorränge ausgestattet, bezeichnete sie in ihrem Berliner Kriegstagebuch als eine der Spitzengastgeberinnen der Hauptstadt. Wer bei ihr eingeführt war, der galt etwas in jenen Kreisen, die sich im Abglanz der Macht sonnten.

Mit oppositionellen Persönlichkeiten pflegte Frölicher ebenfalls in beschränktem Umfang Kontakt, so mit Botschafter Ulrich von Hassell und dem Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich von Goerdeler, die beide im September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Auch traf er gelegentlich Oppositionelle im Oberkommando der Wehrmacht. Es blieb indes bei losen Kontakten, da er es nicht als seine Aufgabe erachtete, sich um innere Angelegenheiten zu kümmern, ja er sogar froh war, nicht in Umsturzpläne eingeweiht zu werden. In seinen Aufzeichnungen berichtete er über ein Essen bei seinem alten Bekannten General Friedrich Olbricht im Herbst 1943. Die Tischrunde diskutierte Angelegenheiten, die Frölicher den Eindruck gaben, «bei den Generälen einer Widerstandsbewegung eingeladen» zu sein. Doch ganz ins Vertrauen ziehen wollte Olbricht den Gesandten nicht. Und dieser war ihm dafür dankbar. «General Friedrich Olbricht war aber so taktvoll und verständig, dass er mich nie zum Mitwisser der bestehenden Pläne machte.»⁸⁶ Dieser Informationslage entsprechend, halb wissend, halb unwissend, vernahm Frölicher die Nachricht vom fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler



16 Frölichers Gästebuch auf der Gesandtschaft in Berlin, Eintrag vom 10. November 1938, u.a. von Otto Christian Archibald Fürst von Bismarck, Dirigent im Auswärtigen Amt; Generalmajor Kurt von Tippelskirch; Donald R. Heath, Erster Sekretär auf der amerikanischen Botschaft; Staatssekretär Ernst von Weizsäcker; Botschaftsrat Franz Kappeler.

im Juli 1944. Am 20. Juli empfing er abends einen Freund zu einer Bridgepartie im Ferienhaus am Wannsee. Im Tagebuch hielt der Gesandte fest: Der Beamte «war überrascht, als er die Nachricht hörte und doch weiss ich, dass er diese Entwicklung schon lange vorausgesagt hat».⁸⁷

Verglichen mit Dinichert verfügte Frölicher nicht nur über viel bessere, sondern auch breiter gefächerte Beziehungen. Unterhalb der obersten Machtstufe konnte er mit seinen Kontakten überall dienen. Heinrich Homberger, der Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, nahm als Mitglied der ständigen Verhandlungsdelegation zusammen mit dem Direktor der Handelsabteilung, Jean Hotz, regelmässig an den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland teil. Für ihn war es «geradezu ein Glücksfall», dass Frölicher mit seinem dichten Beziehungsnetz die Schweiz in Berlin vertrat. «Aus der Perspektive der Wirtschaftsverhandlungen war es von grösstem Wert für die Schweiz, in Berlin durch einen Diplomaten vertreten zu sein, der bei den massgebenden Persönlichkeiten des deutschen Regierungsapparates Ansehen und Sympathie genoss.»⁸⁸ Homberger spendete sein Lob nicht ohne Risiken. Sogar noch im Jahr 1970 vermeinte der Eugen Rentsch-Verlag, sich mit einer Fussnote von der Ansicht des Autors distanzieren zu müssen – ein einmaliger Vorgang, zumal wenn man bedenkt, dass Homberger eine geachtete Persönlichkeit war.

Merkwürdige Demarchen von General Guisan und anderen

Nicht alle Kreise in der Schweiz waren jedoch mit Frölicher's Kontaktfähigkeiten dermassen zufrieden wie Homberger. Wahrscheinlich spielten die Beziehungen des Gesandten exakt im Umfeld der Wirtschaftsverhandlungen am besten. Frölicher scheint im Rückblick den Sachverhalt ähnlich gesehen zu haben. Jedenfalls war er sich bewusst, dass er mit Hitler und dessen Führungskreis keinen persönlichen Kontakt herzustellen vermochte. Freilich hätte die Schweiz, so meinte er, auch gar kein Interesse gehabt, diesen Kontakt zu suchen. Doch war dem wirklich so? Massgebliche Leute in Bern empfanden in den Jahren 1940 und 1941 Frölicher's Zugang zu den nationalsozialistischen Machthabern als unbefriedigend. General Henri Guisan, der katholisch-konservative Nationalrat Heinrich Walther und nicht zuletzt Bundesrat Pilet-Golaz selbst trachteten mehrmals danach, Frölicher aus Berlin abzubrufen. Verschiedene Gründe steckten hinter dieser Absicht. Einer davon war, dass man Frölicher vorwarf, er werde nicht zu Hitlers innerem Führungszirkel vorgelassen und könne somit die eidgenössischen Interessen nicht wirkungsvoll vertreten.

Ein früher Vorstoss stammte von Pilet-Golaz. Der Waadtländer schätzte Frölicher im Gegensatz zur landläufigen Meinung keineswegs besonders. Schon in seinem ersten Amtsjahr im EPD dachte er daran, eine hochrangige Sondermission nach Berlin zu senden, um mehr über die deutschen Absichten zu erfahren. Doch die Rede von General Guisan auf dem Rütli am 25. Juli 1940 durchkreuzte seine Pläne. Der General hatte unmissverständlich vor den beiden Achsenmächten als potenziellen Angreifer gewarnt. In Berlin und Rom löste die Rede massive Proteste aus. In diesem Reizklima war es gewiss nicht angezeigt, eine Mission in die Reichshauptstadt zu senden. Das hätte allzu sehr nach einer Demutsgeste, nach einer verpönten «Wallfahrt» ausgesehen. Deshalb wohl liess Pilet-Golaz von dieser Idee ab.⁸⁹ Aber schon im Dezember kam er auf die Idee in anderer

Form zurück. Nun dachte er daran, Frölicher ganz abzulösen. Er liess durch Bundesrat Wetter, der offenbar gleicher Ansicht war, beim deutschen Gesandten in Bern, Otto Köcher, sondieren, ob Walter Stucki, damals Minister in Vichy, als neuer Vertreter der Schweiz in Berlin genehm wäre.⁹⁰ Köcher übermittelte die Anfrage pflichtgemäss an das Auswärtige Amt, wo sie allerdings wenig Begeisterung auslöste. Eine interne Notiz hielt fest: «Stucki ist einer der verbissensten und durchtriebensten Gegner einer neuen Ordnung in Europa. Er gilt in der Schweiz geradezu als Symbol der freimaurerisch-demokratischen Welt... Seine Ernennung zum Gesandten in Berlin müsste daher als offene Herausforderung des Reiches aufgefasst werden.»⁹¹ Ferner steht im dreiseitigen Lebenslauf, den man über Stucki erstellt hatte, dieser hätte dem deutschen Gesandten gegenüber eingestanden, sich bisher in seiner politischen Grundausrichtung geirrt zu haben. Aber er hätte dies wohl nur aus reinem Opportunismus wegen der jüngsten deutschen Kriegserfolge gesagt.

Bei einer derart vernichtenden Beurteilung des Kandidaten erstaunt es nicht, wenn die Wilhelmstrasse auf die Sondierung negativ reagierte und die Verdienste des residierenden Amtsinhabers hervorhob. «Die Haltung des hiesigen schweizerischen Gesandten Frölicher hat bisher in keiner Weise seine Abberufung als wünschenswert erscheinen lassen»,⁹² hiess es in den Weisungen, welche das Auswärtige Amt der deutschen Gesandtschaft in Bern Mitte Dezember 1940 zustellte. Köcher teilte Bundespräsident Wetter am Neujahrstag 1941 mit, zu einem Wechsel auf dem Gesandtschaftsposten in Berlin bestehe nach deutscher Auffassung kein Anlass. Zu dieser Episode vermerkte Frölicher in seinem Tagebuch am 23. Oktober 1944, Hans König, der Generaldirektor der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, hätte ihm ausgerichtet, Wetter bedauere, sich für Stucki eingesetzt zu haben, doch er, Frölicher, hätte diese Angelegenheit schon halb vergessen gehabt.

Nachdem die ersten Ablösungsbestrebungen mit einem Misserfolg endeten, fand sich Pilet-Golaz mit Frölicher ab, allerdings ohne Enthusiasmus. Im Mai 1941 soll er in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates erklärt haben, Minister Frölicher sei zwar in Berlin unhaltbar, aber man könne ihn kaum ersetzen.⁹³ Pilet-Golaz war freilich auch nicht

Frölichers Wunschkandidat an der Spitze des EPD. In seinem Tagebuch schimmert immer wieder durch, dass Frölicher es viel lieber gesehen hätte, wenn der Berner Eduard von Steiger die Aussenpolitik bestimmt hätte.

Unzufrieden mit Frölichers Kontakten war auch General Guisan. Mit hartnäckiger Entschlossenheit versuchte er in den Jahren 1940 und 1941 den Bundesrat zu bewegen, in der Person von Professor Carl Jacob Burckhardt, dem einstigen Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, einen Emissär zu Hitler zu entsenden. Den ersten Anlauf nahm Guisan am 14. August 1940. Er schrieb Bundesrat Minger, dem Vorsteher des Militärdepartementes, einen persönlichen und geheimen Brief. Eingangs stellte der General fest, mit dem deutschen Sieg über Frankreich, dem Waffenstillstand und der Vorherrschaft der Achsenmächte in Europa habe sich die politische Lage vollständig verändert. Die neue Situation erfordere nun eine Diplomatie, die sich nicht mehr an veraltete Methoden klammere. Die Resultate, welche die Gesandtschaft in Berlin, etwa im Gegensatz zu Rom, erziele, seien völlig ungenügend. Gerade die Art, wie die Fliegerzwischenfälle mit Deutschland erledigt worden seien, verdeutliche, dass Frölicher keinen Zugang zu den wirklichen Machthabern habe, sondern sich mit nachgeordneten Kanzleien begnügen müsse. Unter diesen Umständen sollte eine «neue» Persönlichkeit mit zeitlich befristeten Missionen betraut werden, «wenn man aus Gründen, welche das Armeekommando nicht zu kennen braucht, unsern derzeitigen Minister in Berlin noch eine gewisse Zeit belassen muss».⁹⁴

Diese Sondermissionen wollte der General mit grossen Kompetenzen ausstatten. Sie sollten nicht einfach neben der ordentlichen diplomatischen Tätigkeit einhergehen. Ihr Aufgabenbereich sollte breiter und gewichtiger sein. Die Sondermissionen sollten mit einer «*politique de prestige et de propagande suisse*» das erreichen, was man von einer «Ambassade» extraordinaire erwarten dürfte.⁹⁵ Anschliessend begründete der General ausführlich, weshalb man eine solche Mission Burckhardt übertragen sollte. Dank seinen persönlichen Kontakten könnte der einstige Hochkommissar direkt mit dem Führer, mit Göring und anderen verhandeln. Die Entsendung von Burckhardt hätte gegenüber dem Dritten Reich auch einen grossen symbolischen Wert. Sie verdeutlichte, dass die

Schweiz beim Anbruch eines neuen Zeitalters ebenfalls fähig sei, ihren kleinkarierten Geist zu überwinden, kurz: «M. Burckhardt serait particulièrement qualifié pour tenter un apaisement et instituer une collaboration.»⁹⁶ Der Bundesrat trat auf dieses Ansinnen nicht ein, ebenso wenig wie auf das Schreiben vom November 1940 und die beiden Vorstösse, welche der General im Frühjahr 1941 nochmals in gleicher Sache unternahm. Willi Gautschi, der Biograf von General Guisan, stellte wohl zu Recht fest, dass es im Nachhinein «in jeder Hinsicht ein Glücksfall war – auch für das posthume Ansehen des Generals –, wenn das fragwürdige Vorhaben unterblieb».⁹⁷

Mindestens viermal versuchte der General, Frölichers Position in Berlin zu marginalisieren, wenn nicht gar den Diplomaten vom Posten zu entfernen. Dabei schlug er Methoden vor, welche den Anpassungskurs, dessen man Frölicher gerade in der Umgebung des Generals bezichtigte, noch übertrafen. Eingeweihte, welche seinerzeit vom Vorhaben Kenntnis hatten, waren schockiert. Die Öffentlichkeit erfuhr davon erst mit der Veröffentlichung des Bonjour-Berichtes im Jahr 1970. Viele schüttelten ungläubig den Kopf. Sie wollten nicht wahrhaben, dass der General, diese Verkörperung des eidgenössischen Widerstandes, in schicksalsschweren Tagen auch gewankt und unsicher gehandelt hatte. Im Sommer 1940 suchte freilich General Guisan nicht grundlos nach einem bessern Verhältnis zur Reichsregierung. Er befand sich in einer misslichen Lage. Den deutschen Truppen waren nämlich Mitte Juni in La Charité-sur-Loire Dokumente in die Hände gefallen, welche auf eine Absprache zwischen der französischen und der schweizerischen Armeeführung hinwiesen. Im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz würden, so war vereinbart worden, französische Truppen in die Schweiz einmarschieren. Der Aktenfund war peinlich und neutralitätspolitisch belastend. Wie würde Hitler darauf reagieren? Die Ungewissheit war umso zermürbender, als Deutschland den Schleier des Schweigens über den Dokumentenfund zog. Der deutsche Gesandte in Bern hatte Instruktion erhalten, Unwissenheit vorzutäuschen.⁹⁸ Es war, als ob die Deutschen in den Besitz einer Sprengladung gelangt wären, die sie nach Belieben mit Zeitzünder zur Explosion bringen könnten.

Aber konnte man dem General direkt einen Verstoß gegen die Neutralitätspflichten vorwerfen? Guisan hatte bis zu seinem Tod stets be-

stritten, eine Militärkonvention abgeschlossen zu haben; ja er war nicht einmal bereit einzugestehen, Eventualvereinbarungen eingegangen zu sein. Dass indes solche Absprachen erfolgten, daran gibt es aufgrund glaubwürdiger Zeugen keinen Zweifel. Hätte die operative Zusammenarbeit mit Frankreich erst eingesetzt, nachdem die schweizerische Neutralität von deutscher Seite verletzt worden wäre, dann hätte kein neutralitätsrechtlicher Verstoß vorgelegen. Generalstabschef von Sprecher hatte im Ersten Weltkrieg mit seinem deutschen Kollegen von Moltke ähnliche Abmachungen getroffen.

In Berlin und in der Schweiz herrschte allerdings nach dem Aktenfund grosse Nervosität. Die Gesandtschaft telegraphierte am 3. August: «Starke Missstimmung gegen General wegen kürzlichem Armeebefehl als gegen Deutschland gerichtet empfunden. Schritte zu gewärtigen. Angeblich in Frankreich Armeeleitung belastende Dokumente gefunden.»⁹⁹ Deutschfreundliche Armeekreise in der Schweiz um Korpskommandant Wille versuchten die Krise auszunützen, um den General zum Rücktritt zu zwingen. Frölicher, der sich diesen Offizieren stets verbunden fühlte, hätte einen Kommandowechsel an der Armeespitze gewiss begrüsst. Er verhehlte seine Sympathien für deutschfreundliche Offiziere wie Korpskommandant Wille, Korpskommandant Labhart und Oberst Däniker ebenso wenig wie seine Abneigung gegenüber Guisan. Jedenfalls berichtete der Journalist Peter Dürrenmatt, der schweizerische Minister in Berlin rede abschätzig über den General.¹⁰⁰ Erwiesen ist ausserdem, dass Frölicher im Einklang mit der germanophilen Offiziersgruppe um Däniker die Absetzung von Generalstabschef Jakob Huber forderte. Dieser sollte durch Wille ersetzt werden. Am 17. September 1940 schrieb Frölicher dem EPD: «Bei der Animosität, die hier gegen den General besteht, wäre es auch nützlich, wenn wenigstens die in Aussicht genommenen Veränderungen in der Umgebung des Generals zur Tatsache würden.»¹⁰¹ Dass sich der Gesandte jedoch, wie der Nachrichtendienst und vornehmlich Max Waibel immer wieder austreten, zu Ränkespielen gegen den General einliess und diese gar orchestrierte, ist durch nichts belegt.¹⁰²

Das Verhältnis zwischen Guisan und Frölicher war offensichtlich nicht von gegenseitiger Sympathie geprägt. Der General dürfte Frölichers Animosität gegen seine Art von Armeeführung nicht vergessen

haben, als er, immer wieder nachhakend, seiner Unzufriedenheit über die Gesandtschaft in Berlin Ausdruck gab. Es entbehrt nicht der Ironie, dass er Frölicher's Schwächen mit Mitteln kurieren wollte, welche diese noch verstärkt hätten, nämlich einem Appeasement auf höchster Ebene.

Frölicher selbst hatte eine etwaige Sondermission von Carl Jacob Burckhardt stets begrüsst, obschon sie seine Position in der Reichshauptstadt untergraben hätte. Möglicherweise war die Idee gar mit seiner Hilfe entstanden. Denn der schweizerische Konsul in Prag, Albert Huber, regte schon in einem Schreiben vom 22. Juli 1940 eine solche Mission an. Das Generalkonsulat in Prag war aber nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei vom Frühjahr 1939 der Gesandtschaft in Berlin unterstellt. Somit musste der Generalkonsul seinen Vorschlag via Berlin an das EPD richten. In einem Begleitschreiben vom 2. August hiess Frölicher Huber's Vorstoss gut.¹⁰³ Guisan's erste Demarche bei Minger datiert dagegen vom 14. August.

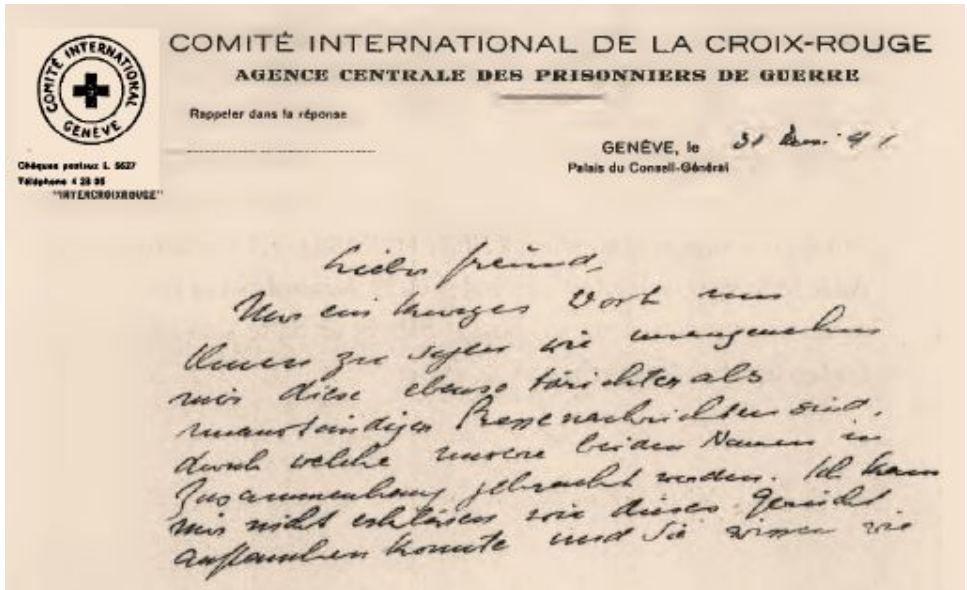
Konsequenterweise unterstützte Frölicher Anfang November 1940 auch die Idee, Altbundesrat Schulthess erneut zu Hitler und überdies zu Göring zu entsenden. Die eigene Person in den Hintergrund stellend, rapportierte er beipflichtend die Ansicht eines Publizisten, wonach die Schweiz mit geeigneten Persönlichkeiten den Kontakt mit der deutschen Staatsführung aufnehmen sollte – so wie die Schweden, die eben den bekannten Forscher Sven Hedin zu Hitler geschickt hätten.¹⁰⁴ Der Bundesrat verzichtete wohlweislich darauf, den alternden Schulthess, der von diesem Vorschlag sehr angetan war, mit einer solchen Mission zu betrauen. Zu Recht meinte er, man könne nie wissen, welche Forderungen Hitler an die Schweiz stellen würde.

Im Frühjahr 1941 meldete sich auch ein prominenter Parlamentarier in Sachen Postenbesetzung zu Wort. Der Luzerner Heinrich Walther, unter der Bundeshauskuppel als «Königsmacher» bekannt, warf sich auch für Carl Jacob Burckhardt in die Bresche. Doch nach Walther sollte Burckhardt nicht bloss in Sondermission nach Berlin reisen, sondern schlicht Frölicher auf dem Gesandtenposten ablösen. Tief beunruhigt über die Weltlage schrieb der Nationalrat am 4. März 1941 seinem Freund, dem Generaladjutanten Ruggero Dollfus, einen Brief, dessen einschlägige Passage dieser dem General zustellte. Darin heisst es: «In Berlin ist die Stimmung gegenüber der Schweiz geradezu auf einem

Siede- und Explosionspunkt angelangt. Ich habe letzter Tage direkt aus Regierungskreisen eine Orientierung erhalten, die nur Böses erwarten lässt. Hitler hat sich zum ersten Mal bitter über die Schweiz geäussert („Eiterbeule“)... Unser Gesandter in Berlin, Herr Dr. Fröhlicher, ist ganz wohl gelitten, hat aber keine ‚Position‘ und weiss sich keine zu schaffen. Die Situation würde mit einem Schlage ändern, wenn man Herrn Fröhlicher ersetzen und Herrn Dr. Burckhardt schicken würde. Das wäre die beste und wirksamste Geste, die man gegenüber Deutschland machen könnte. Dr. Burckhardt geniesst dort hohes Ansehen und Vertrauen, er würde sogar das Ohr Hitlers haben. Letzter Tage habe ich unserem Freund Dr. Etter, der an Stelle Pilets während vier Wochen das politische Departement leitete, alles dargelegt. Er wäre mit einer Berufung Burckhardts sofort einverstanden, sobald sich eine Lösung betr. Fröhlicher finden sollte.»¹⁰⁵ Guisan, ohnehin enttäuscht, dass der Bundesrat seine bisherigen Demarchen unbeachtet liess, nahm das Zuspiel gern auf. Er schickte dem neuen Vorsteher des Militärdepartementes, Karl Kobelt, eine Kopie des Schreibens. Aber der Bundesrat reagierte auch dieses Mal nicht. Er hüllte sich in beredtes Schweigen.

Schliesslich wärmte Ende Mai 1941 die Presse das Gerücht von Fröhlichers Ablösung durch Burckhardt erneut auf. In sozialistischen und katholisch-konservativen Zeitungen hiess es, die Gesundheit des Gesandten sei, wie sie aus gut unterrichteter Quelle erfahren hätten, derart angeschlagen, dass Fröhlichers Rücktritt unmittelbar bevorstünde und Burckhardt wohl um die Nachfolge angegangen werde.¹⁰⁶ Pilet-Golaz sah sich veranlasst, diese Meldungen zu dementieren. Dem Gesandten Köcher versicherte er, am Geschreibe sein kein wahres Wort.¹⁰⁷

Doch hätte Burckhardt eine Sondermission oder eine ständige Mission überhaupt angenommen? Als Bonjour 1970 Guisans Briefe publizierte, zeigte sich Burckhardt völlig überrascht. Er behauptete, von diesem Ansinnen des Generals nichts gewusst zu haben. Dies traf, wie Paul Stauffer nachwies, nicht nur nicht zu, vielmehr hatte Bernard Barbey, der Chef des persönlichen Stabes des Generals, den Vorschlag wahrscheinlich in Absprache mit Burckhardt eingefädelt.¹⁰⁸ Schon 1953 hatte Burckhardt Bundesrat Markus Feldmann gestanden, er hätte im Herbst 1940 von der Absicht des Generals gehört, ihn zum deutschen Reichskanzler zu entsenden. Seinem Freund Fröhlicher, den er als Völkerbundskommissar von



17 Brief von Carl J. Burckhardt an Hans Frölicher vom 30. Mai 1941.

Danzig aus mehrmals in Berlin besucht hatte, mit dem er auch zusammen auf die Jagd gegangen war, versicherte er damals brieflich, er hätte keinerlei Aspirationen auf die Berliner Gesandtschaft. Er beteuerte gar, wie unangenehm ihm «diese ebenso törichtes als unanständigen Pressenachrichten sind, durch welche unsere beiden Namen in Zusammenhang gebracht werden».¹⁰⁹ Gemäss Stauffer wäre Burckhardt wohl nicht bereit gewesen, seine Tätigkeit im Vorstand des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, wo er sozusagen als Aussenminister amtierte, gegen den Gesandtenposten in Berlin einzutauschen. Hingegen hätte Burckhardt eine Sondermission zu Hitler als ausserordentliche Ehre empfunden. Er wäre gewissermassen zu einem Botschafter jenseits aller Klassifizierungen gekürt worden. Einem solchen Angebot hätte er kaum widerstehen können.¹¹⁰

Zu fragen bleibt noch, was jene, die Frölicher durch Burckhardt oder Stucki ersetzen wollten, eigentlich bezweckten. Die Urheber dieser Vorstösse wiegten sich wohl im Glauben, dass die Machthaber des Dritten Reiches dem klassischen Mittel der Diplomatie, also dem Dialog, zugänglich seien, dass also ein Gesandter mit ausserordentlichem

Prestige an Hitlers Hof etwas bewirken könnte. Aber das war reichlich naiv. Jedermann konnte schon vor dem Krieg sehen, wie die Appeasementpolitik ein übers andere Mal gescheitert ist. Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet jene, die Frölicher als unverbesserlichen Anpasser anprangerten, selbst in die Appeasementfalle tappten. Und was die Person von Carl Jacob Burckhardt betrifft, so war er als Persönlichkeit wohl von einem anderen Kaliber als Frölicher. In seinen politischen Ansichten unterschied er sich indes nicht wesentlich. Er soll denn auch in vertrautem Kreis einmal gesagt haben, er hätte sich auf Frölicher's Posten nicht anders verhalten als dieser.¹¹¹

Auf gefahrenvollem Posten bis zur Abberufung

Nach dem Sommer 1941 wich die angsterfüllte Nervosität in der Schweiz; auch die Stimmen, die Frölicher ungenügenden oder zu intensiven Kontakt mit den nationalsozialistischen Machthabern vorwarfen, verstummten.

Um den Minister wurde es ruhiger. Er blieb in Berlin, übernahm für die Schweiz zahlreiche Schutzmandate und ging den ordentlichen Gesandtschaftsgeschäften im Alsenviertel nach, das seit Ende 1943 völlig in Trümmern lag. Auf einsamem Posten harrte die Schweizer Vertretung aus. Ab dem 16. September 1942 legte Frölicher ein Tagebuch an. Fast jeden Tag bis zum 23. Mai 1945 machte er sich einige Notizen. Meist sind es schlichte Einträge über das, was er getan hat und was in der Politik geschehen ist: Gespräche, Anordnungen, Demarchen, Tagesgeschehen, Gerüchte, Gäste, Einladungen, Opern, Jagderlebnisse, Bombardierungen usw. Seine Gefühle hielt er sehr zurück. Auch äusserte er sich völlig faktisch über seine deutschen Gesprächspartner; kaum je verwendete er ein abträgliches Attribut. Aber die Vorgänge in der Bundesverwaltung kommentierte er freizügiger; da verteilte er ab und zu spöttische Seitenhiebe. Waren seine spärlichen Kommentare zu den deutschen Verhältnissen Vorsichtsmassnahmen für den Fall, dass sein Tagebuch in Berlin in die falschen Hände geraten sollte?

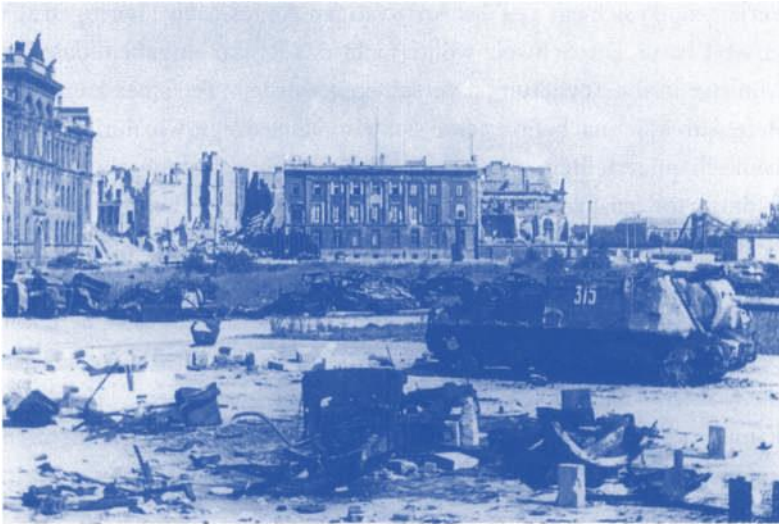
Als der Zusammenbruch Deutschlands 1944 zur Gewissheit wurde, zog ein Land nach dem anderen seinen Gesandten zurück, die einen, weil sie die diplomatischen Beziehungen mit dem Dritten Reich abbrechen, die anderen, weil sie ihre Diplomaten nicht den Gefahren einer sowjetischen Invasion aussetzen wollten. Frölicher bestand darauf, dass die Schweizer Vertretung bis zum bitteren Ende in Berlin ausharre. In seinem Tagebuch notierte er am 1. Dezember 1944: «Meines Erachtens ist es falsch, die Gesandtschaft aufzuheben oder zu köpfen... ich möchte auch nicht davon laufen, wenn die Sache am schwierigsten wird... Wohl würden die Alliierten

die Prestigeverminderung beklatschen; aber ihre Interessen, die wir wahrnehmen, würden auch durch eine solche Massnahme in Mitleidenschaft gezogen. Der schweizerische Gesandte und der Nuntius, die Vertreter der Humanität, können ohne Beeinträchtigung des Prestiges bleiben. Wir verknüpfen uns keineswegs mit dem Regime und haben uns nie damit verknüpft.»

Wie risikoreich es war, im kriegsumkämpften Deutschland zu verbleiben, bekam die Schweizer Diplomatie tagtäglich zu spüren. Einige Mitglieder mussten ihr Ausharren mit dem Leben bezahlen. Die zwanzigjährige Gesandtschaftsmitarbeiterin Margarete Wyss kam während des Schlafs ums Leben; die besorgten Eltern hatten ihr einziges Kind in einer der gefürchteten Bombennächte zum Schutz in ein angeblich besser gebautes Nachbarhaus in Kladow geschickt; doch ausgerechnet dieses Gebäude stürzte infolge der Druckwellen zusammen. Oder ein paar Tage vor Kriegsende, am 29. April 1945, wurden Generalkonsul Adolf Zehnder und dessen Frau auf dem bismarckschen Gut in Friedrichsruh, wo sie vor Hamburgs Bombardierung Zuflucht gesucht hatten, Opfer eines Tieffliegerangriffs. Und ein Eintrag vom 30. Januar 1945 in Frölicher's Tagebuch wirft ein grelles Schlaglicht auf eine andere Seite des Krieges: «Am Spreeufer hinter der Gesandtschaft ist ein Blindgänger niedergegangen und beim Entschärfen um 7.00 morgens sind 5 Konzentrationshäftlinge ums Leben gekommen.»

Tatsächlich überstand die alte Gesandtschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse die schweren Luftangriffe vom November 1943 wie durch ein Wunder. Frölicher, nach einer der schlimmsten Bombennächte eben von einer Dienstreise aus der Schweiz zurückgekehrt, erinnerte sich:

«Berlin war in den acht Tagen meiner Abwesenheit ein Trümmerhaufen geworden, jedenfalls in den Stadtbezirken, die angegriffen worden waren und die wir auf der Fahrt zur Gesandtschaft zu Gesicht bekamen. Bei der Gesandtschaft sah es besonders trostlos aus. Fast ausnahmslos waren alle Häuser unseres Quartiers abgebrannt oder auseinandergesprengt, nur die Gesandtschaft bildete eine Ausnahme. Vor dem Haus stand eine Motorspritze und begoss die brennenden Nachbarhäuser, um ein Übergreifen des Feuers auf das Gesandtschaftsgebäude zu verhindern. Meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren beschäftigt, Schutt wegzuräumen, die



*18 Zerstörtes Kriegsgerät vor der Schweizer Vertretung und den Ruinen des Generalstabsgebäudes.
Aufnahme von 1945.*

Fenster mit Pappe zuzunageln und ein Büro nach dem andern und ein Büro nach dem anderen wieder benützbar zu machen. Für einige Tage war die Portierloge im Souterrain mein Arbeitszimmer, alle Mitarbeiter assen am Küchentisch. Die Wiederherstellungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch, bis man dann, nach einem neuen Luftangriff, wieder von vorne anfangen konnte.»¹¹²

Seit diesen Novembertagen war die Gesandtschaft das einzige bewohnbare Haus im Spreebogen. In der Umgebung wohnten noch vereinzelt Nachbarn in notdürftigen Kellerbehausungen.

Über Weihnachten 1944 weilte Frölicher in der Schweiz. In einem Gespräch mit Pilet-Golaz vertrat er entschieden die Ansicht, die Gesandtschaft müsse, solange die Reichsregierung in Berlin sei, in der Hauptstadt bleiben. Dies berge gewiss grosse Gefahren in sich. Doch müssten alle Beamten die mit einer sowjetischen Besetzung verbundenen Risiken im Landesinteresse auf sich nehmen.¹¹³ Zögernd erklärte sich Pilet-Golaz mit dem Vorschlag einverstanden. Sollte das Regime aus Berlin abziehen, so müsste Frölicher allerdings, wie der Bundesrat schon im September angeordnet habe, dem Auswärtigen Amt folgen und die Leitung der Amtsgeschäfte in Berlin nachgeordneten Beamten überlassen. Ende Ja-

nuar 1945 kam der Befehl, die Reichshauptstadt zu verlassen, da sich ein Teil des Auswärtigen Amtes nach Thüringen abgesetzt hatte. Die Schweiz wollte nicht das Risiko eingehen, dass ihr Minister in die Sowjetunion verschleppt würde.¹¹⁴ Frölicher kam dem Befehl im März nach. Er machte sich also keineswegs, wie ihm Kritiker hämisch unterstellten, in jenem Augenblick aus dem Staub, als die Lage in Berlin todernst wurde.

Im fast vollständig eingekesselten Berlin verblieb der fließend russisch sprechende Legationssekretär Alfred Zehnder mit einigen Mitarbeitern. Mitte April empfahl ihm die Zentrale in Bern dringlich, mit dem gesamten Schweizer Personal zurückzukehren. Doch in einer gemeinsamen Aussprache beschlossen alle Zurückgebliebenen, den Endkampf in Berlin abzuwarten und die Schweizer Kolonie nicht im Stich zu lassen. In der Nacht vom 28. auf den 29. April war es dann so weit. Mehrere Hundert sowjetische Soldaten stürmten über die halb zerstörte Moltkebrücke. Sie stiessen gegen das stark verteidigte Innenministerium vor – das «Haus Himmlers», wie die Sowjets das ehemalige Generalstabsgebäude nannten. Dort leistete eine Abteilung des Volkssturms erbitterten Widerstand. Nach einem einundzwanzigstündigen Gefecht, in welchem sich die Sowjets von Büro zu Büro und von Stockwerk zu Stockwerk vorkämpften und die hartnäckigsten Verteidiger, unter ihnen milchgesichtige Hitlerjungen, mit Sprengladungen kampfunfähig machten, nahmen sie die Ruine ein. Um die Schweizer Gesandtschaft tobten die letzten Kämpfe zwischen der Roten Armee und den deutschen Streitkräften in der Reichshauptstadt. Die 150. sowjetische Division verlor dabei mehr als ein Viertel ihrer Truppen. Das Gelände um die Gesandtschaft war übersät mit ausgebrannten sowjetischen und deutschen Panzern.¹¹⁵

Dann setzten die Sowjets zum Sturm auf den Reichstag an. Von einem Granattrichter zum anderen schoben sie sich über den von Schützengräben aufgewühlten Königsplatz an den ausgebrannten Reichstag heran. Bis zum 30. April hatten sie es geschafft. Doch den Siegern wurde nichts geschenkt. Abgehärtete SS-Desperados wichen auch in aussichtsloser Lage keinen Zoll. Sie verteidigten den Reichstag mit dem Mut von Todeskandidaten. Die meisten waren Ausländer und wussten, dass es für sie kein Entrinnen mehr gab. Am Abend des mörderischen Tages erklommen Meliton Kantaria und Michail Jegorow das Dach des Reichstags und



19 So sah es bei der Moltkebrücke hinter der Schweizer Gesandtschaft nach dem Sturm auf den Reichstag aus. Aufnahme von Anfang Mai 1949.

hissten die sowjetische Fahne – ein Bild, das um die ganze Welt ging. Die letzten Kämpfer aber ergaben sich erst am nächsten Morgen um 6 Uhr, nachdem die Rotarmisten die unterirdischen Anlagen unter Wasser gesetzt und die Todeskandidaten ausgeräuchert hatten. Das Dritte Reich war besiegt. Der Gesandtschaftsfunker Willi Kaspar zählte, als die Kämpfe abgeflaut waren, 17 Artillerieeinschüsse am Gebäude. Dann funkte er am 8. Mai, am Tag der Kapitulation des Dritten Reiches, um 14 Uhr nach Bern:

«HES 4 HES 4 HES 4 HES 4»

«Ich möchte Ine sofort öppis säge, antworte Si, wänn Si mich ghört händ.»

«Mir rede Schwizerdütsch, es isch besser, i bi ja au e Berner.»

«Mir befinded üs wohl, d'Gsandtschaft isch vo zoberischt bis zundersch uf de Chopf gstellt worde, i chan nöd lang rede, üses Huus isch bewacht, tüend Si mir antworte, ob i soll d'Sändestation vernichte, bis jetzt han i si immer chönne versteckt ha.»

«I cha nümme verstah, i ha Schwund.»

«Mir sände wieder morn um di gliichi Zit. Wenn du weisch, wer ich bi, so richt miner Frau am Bäckereiweg Nummer eis en Gruess us.»¹¹⁶

Doch bevor es so weit war, hatte sich in und um die Vertretung Dramatisches ereignet. Nach dem Vorstoss über die Spree wurde die Gesandtschaft sogleich von der Roten Armee besetzt. Sie richtete im einzigen Gebäude, das im Alsenviertel für eine Stabsunterkunft noch brauchbar war, das Hauptquartier für die 150. Division ein, belegte alle Geschosse äusser dem Keller und hauste zeitweilig mit bis zu 300 Mann in der Schweizer Vertretung. Wir sind über die Vorgänge in

der Gesandtschaft gut unterrichtet. Denn der Kanzlist Paul David, der selbst zu den Eingeschlossenen gehörte, beschrieb viele Erlebnisse in seinem Buch *Am Königsplatz*. So wissen wir, dass bis zum Abzug der Truppen stets ein Kommandoposten im Gebäude stationiert war, was den Hausbewohnern einen gewissen Schutz vor herumstreunenden Soldaten bot. Das Botschaftspersonal, dem erstaunlicherweise nichts geschah, konnte sich allerdings nicht mehr frei bewegen. Es wurde im hintersten Keller eingesperrt. Während drei langen Tagen und noch längeren Nächten waren im fensterlosen Verlies über ein Dutzend Personen eingesperrt. Nur gelegentlich konnten sie einige Minuten ins Freie, um frische Luft zu schnappen. Raum, um sich zu bewegen, gab es keinen. Als WC diente eine Badewanne, notdürftig hinter einer Tür versteckt. Hautnah erlebten die Eingeschlossenen alles, was vorging: den hartnäckigen Widerstand einer Abteilung des Volkssturms im Innenministerium nebenan; die höllischen Gefechte von der Moltkebrücke bis zur Haustür, in deren Verlauf mehr als 20 deutsche und sowjetische Panzer abgeschossen wurden; den verbissenen Kampf von SS-Formationen im Reichstag. Am meisten ging ihnen indes das unter die Haut, was im Gebäude selbst geschah: Paul David, der von einem Unteroffizier mit vorgehaltener Pistole in einen Nebenraum geführt wurde, sich vor zwei Rotarmisten mit der Pistole an der Schläfe auf ein Bett setzen musste, dort bange Minuten in Todesangst verbrachte, bis ihn plötzlich ein eilig herbeigerufener Tatarenleutnant rettete; die zugelaufene polnische Frau, die von Soldaten aus der Schicksalsgemeinschaft der Kellerbewohner herausgerissen wurde und nach mehrfacher Vergewaltigung wimmernd und gebrochen zurückkehrte;¹¹⁷ die durch Mark und Bein gehenden Schreie von drei deutschen Heckenschützinnen, welche die Russen im Reichstag geschnappt hatten und im Hof der Gesandtschaft exekutierten.¹¹⁸

Als die Eingeschlossenen wieder in die oberen Geschosse vordringen konnten, bot sich ihnen ein jämmerlicher Anblick. Im Salon des ersten Stocks, wo Schäferhunde untergebracht waren, musste man fusshohen Dreck ausmisten. Fürchterlich sah es auch in jenem Raum im Erdgeschoss aus, wo die Gesandtschaft einen grösseren Lebensmittelvorrat für die Schweizer Kolonie aufbewahrt und zudem einige Schweizer ihr Gut eingelagert hatten. Aufgeschlitzte Koffer, durchstochene Gemälde, Wäschestücke, Kartoffeln, Reis sowie ausgegossene

Einmachgläser und Konserven lagen kreuz und quer durcheinander.¹¹⁹ Vor allem aber schockierte sie eines: In der ersten Etage stiessen sie auf eine tote Frau. Lag sie in der Wohnung des Ministers oder in der Wohnung des Fahrers im Hinterhaus, trug sie Uniform oder nicht, war ihre Bekleidung von den Hüften an aufgerissen oder nicht? Wie es mit dem Erinnerungsvermögen so geht: Die einen meinen, es sei so gewesen, die anderen so.¹²⁰

Nach dem Krieg stand den Mitarbeitern der Berliner Rumpfgesandtschaft noch eine andere Prüfung bevor. Sie konnten nicht einfach in die Schweiz ausreisen. Vielmehr wurden sie am 20. Mai nach Moskau abgeführt und konnten dann, nach einigen ungewissen Tagen, am 2. Juni die Sowjetunion wieder verlassen, um über die Türkei in die Heimat zurückzukehren. Einigen deutschen Lokalangestellten, die auf der Gesandtschaft gearbeitet hatten und auch im Konvoi steckten, erging es weniger gut. Sie wurden in Moskau ausgesondert und in sowjetische Arbeitslager verbracht.¹²¹

Der Dienstbetrieb in der Gesandtschaft wurde während des ganzen Krieges nie eingestellt. Aber seit dem Sommer 1943 residierte Frölicher nicht mehr an der Fürst-Bismarck-Strasse. Er hatte für sich und seine Mitarbeiter Ausweichquartiere ausserhalb Berlins besorgt. Nach der Schlacht bei Stalingrad und den deutschen Rückschlägen in Nordafrika, also ab Frühjahr 1943, war die Vermutung mehr als berechtigt, dass die alliierte Luftwaffe Berlin bombardieren würde. Englische und amerikanische Freunde rieten zudem der Schweiz, ausserhalb Berlins Logis zu beziehen – ein freundschaftlicher Rat, den die Gesandtschaft wohl wegen der Interessenvertretung erhielt. Am weitesten von Berlin entfernt liess sich der Chef der Schutzmachtabteilung, Minister Feldscher, nieder. Er wohnte etwa 100 km westlich von Berlin auf einem märkischen Landsitz in Grosswudicke. Die Mitarbeiter der Gesandtschaft, die weiterhin mindestens zeitweise in der Kanzlei im Spreebogen arbeiteten, musste man näher bei Berlin unterbringen. Die meisten logierten im Westen von Berlin, im Ortsteil Kladow. Frölicher zog mit einigen Mitarbeitern nach Börnicke bei Bernau, etwa 30 km nordöstlich vom Stadtzentrum. Dort bewohnte er das Schloss, das der Witwe des Bankiers Paul Mendelssohn-Bartholdy, einem direkten Nachkommen des Komponisten, gehörte. Alle bezogen herrschaftliche Anwesen. In jenen kritischen Tagen waren reiche Deutsche

daran interessiert, Diplomaten in ihren Liegenschaften einzuquartieren. Sie versprachen sich davon einen gewissen Schutz.

Als das Reichsaussenministerium nach Süddeutschland geflohen war, dislozierte Frölicher am 27. März 1945 mit einigen Mitarbeitern in ein Landgut am Starnberger See. In Bernried bei Tutzing nahm er Quartier und verblieb dort, bis er am 8. Mai in den Mittagsnachrichten des Landessenders Beromünster vernahm, der Bundesrat hätte ihn «abberufen». Abberufen? Die Wortwahl schmerzte ihn. Man hätte eher, meinte er, sagen müssen, er hätte seine Aufgabe «beendet». «Aber man wollte in Bern», so schrieb er in seinen Aufzeichnungen, «wohl noch in letzter Stunde die Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland abbrechen, obwohl es bereits nicht mehr existierte.»¹²² Frölicher erachtete das Vorgehen des Bundesrates als stillos, ja als würdelos. Jetzt, da Deutschland am Boden lag, wollte man mit hohlen Gesten auftrumpfen. «Schliesslich hatten wir mit dem nationalsozialistischen Deutschland bis zu dessen Ende korrekte Beziehungen unterhalten».¹²³ Die Meldung über seine Abberufung brachte Frölicher allerdings nicht aus der Fassung. Am Abend feierte er mit seiner kleinen Delegation das Kriegsende. Dann verzog er sich, selbst in dieser Stunde seine Eigenständigkeit kultivierend, kurz auf seine Jagdpacht ins Lechtal. Als er am 11. Mai aus dem Tirol zurückkehrte, hob er nach einigen Tagen das Quartier am Starnberger See auf und überschritt am 22. Mai mit seinem Trupp bei St. Margrethen die Schweizer Grenze und begab sich nach Zürich.

Tags darauf war die Delegation von der ehemaligen Quartiergeberin in Bernried zum Mittagessen ins Hotel Dolder geladen. Frölicher bedankte sich bei der vermögenden Gastgeberin, die am Zürichberg das Kriegsende abgewartet hatte, für das grosszügige Logis. Am gleichen Abend meldete er sich bei Bundesrat Max Petitpierre, dem Nachfolger von Pilet-Golaz, in der Überzeugung zurück, auf seinem Berliner Posten Wesentliches zur Kriegsverschonung der Schweiz geleistet zu haben. Wie verlief die Unterredung? Frölicher habe, soll Petitpierre gesagt haben, nach Ansicht des Bundesrates seine Aufgabe nicht nur mit Erfolg abgeschlossen, sondern auch gut durchgeführt.¹²⁴ Davon war Frölicher selbst auch überzeugt. Aber ob der Chef des EPD dies wirk-

lich gesagt hat? Jedenfalls hätten die Worte nicht viel bedeutet. Die Mehrheit des Schweizer Volkes dachte, wie Frölicher schmerzhaft erkennen musste, anders. Im Rückblick meinte er: «Dass der Bundesrat damals nicht öffentlich seinem Dank Ausdruck gab und es auch nicht wagen konnte, mir einen neuen Auslandsposten zu geben, muss man verstehen ... Es brauchte schon Mut, dass das Politische Departement mir die Leitung der Deutschen Interessenvertretung entgegen der Meinung der Kritiker übertragen konnte».¹²⁵

Bis sich Frölicher zu dieser Einsicht durchgerungen hatte, musste er hart mit sich kämpfen. Ende 1944 verabschiedete sich Pilet-Golaz von seinem Gesandten. Er erklärte in einem persönlichen Brief, weshalb er aus dem Bundesrat ausscheide; er sei zur Überzeugung gelangt, die Aussenpolitik in der Nachkriegszeit werde besser von einem anderen Bundesrat geleitet. Dann deutete, wie Frölicher im Tagebuch notierte, der scheidende EPD-Vorsteher an, «dass wir bald beide melancholische Gespräche zu führen haben».¹²⁶ Melancholische Gespräche? Frölicher brauste auf. Warum sollte er sich auf der Verliererseite einreihen lassen? «Dass Berlin bald fertig ist, ist klar. Aber für Melancholie ist kein Grund, höchstens wegen Deutschland, aber nicht wegen mir und der Erfüllung meiner Mission.»¹²⁷ Er hatte stets nach der Devise von Bundesrat Motta gelebt: Die Schweiz muss mit allen Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen pflegen. In Berlin hatte er versucht, diese vornehmste Aufgabe der Diplomatie pflichtgemäss zu erfüllen. Das rief er auch seinen Mitarbeitern auf der Gesandtschaft in einer Ansprache zum Neujahr 1943 nicht ohne Stolz in Erinnerung. Etwas von diesem Stolz schwingt noch in seinem letzten Tagebucheintrag mit: «*Helvetia salva. (féliciter evasit):*» Die Schweiz ist gerettet. (Sie ist glücklich davongekommen).¹²⁸

Erst allmählich dämmerte dem Minister, dass mit dem Zusammenbruch des Reiches auch seine Karriere beendet war. In einem Gespräch mit Pilet-Golaz, das unmittelbar nach dessen Abschiedsauftritt im Ständerat stattfand, durfte er sich noch Hoffnungen machen. Zwar meinte der Departementschef, Frölicher müsse nun wohl auch seinen Posten in Berlin räumen, aber für ihn dürfte sich etwas anderes finden lassen, er sei den Angloamerikanern genehm und wäre zudem der geeignete Diplomat, um die Schweiz in Moskau zu vertreten. Dazu no-

Le Chef
du
Département Politique
Fédéral

Berne, le 11 janvier 1943.

Monsieur le Ministre,

Votre message de fin d'année m'est parvenu un peu tard à cause d'une absence de quelques jours que j'ai faite à l'occasion des fêtes. Je vous en remercie, ainsi que de vos bons vœux.

Je suis heureux d'apprendre que vous êtes satisfait maintenant de vos collaborateurs et qu'ils travaillent dans un esprit d'équipe, absolument indispensable si l'on veut quelques résultats de son activité. Il a fallu quelque temps pour y parvenir, mais l'essentiel c'est que ce soit aujourd'hui acquis.

Je ne manquerai pas de rappeler la question Schnitz au chef de la Division des affaires étrangères.

Il m'est agréable aussi de savoir que vous allez mieux. Je n'explique parfaitement les raisons de cette amélioration. Peut-être suis-je un peu moins rassuré que vous, non à cause des circonstances objectives, mais parce que je crois que nous allons vers une pression de plus en plus forte des oppositions de guerre et que nous devons nous attendre aux surprises nerveuses les plus singulières. C'est une raison de plus, d'ailleurs, pour rester nous-mêmes calmes et raisonnables; très fermes en ce qui concerne nos droits essentiels et notre politique de loyale neutralité; très compréhensifs pour les circonstances dans lesquelles se trouvent les belligérants et très serviables pour tout ce qui peut faciliter leurs rapports, leur rapprochement éventuel, alléger leurs souffrances, préparer l'avenir et sauver ce qu'on peut encore espérer de l'esprit d'humanité et du respect du droit.

Ce fut toujours ma ligne de conduite et je suis d'accord avec vous pour que nous maintenions dans toute la mesure du pos-

Monsieur H. Fr ö l i c h e r ,
Ministre de Suisse,

Berlin.

20 Erste Seite eines zweiseitigen Briefes von Bundesrat Pilet-Golaz an Frölicher vom 11.1.1943

tierte Frölicher im Tagebuch unter dem 19. Dezember 1944: «Ich bekreuzige mich, sage, dass ich keine Ambitionen habe, mit jedem kleinen Posten zufrieden sei und nicht mehr einen verantwortungsvollen und für das Land gefährlichen Posten suche.» Lange hatte er noch gehofft, der Bundesrat würde ihm eine ruhige, etwas im Abseits des Weltgeschehens gelegene Gesandtschaft als Altersposten anvertrauen. Tatsächlich wollte ihm Bundesrat Petitpierre dazu verhelfen. Dreimal hatte er bei dem Gesamtbundesrat beantragt, Frölicher nach Schweden zu entsenden. Dann versuchte er es mit Ankara. Doch mit keinem der Vorschläge drang er bei seinen Kollegen durch.¹²⁹ Offenbar schickte es sich im neuen politischen Umfeld nicht mehr, den Gesandten nochmals mit einer Auslandsmission zu betrauen. Stattdessen verabreichte man ihm, wie es in der Familie empfunden wurde, den «Eseltritt».¹³⁰

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz wurde Frölicher vom Bundesrat auf eine administrative Dienststelle abgeschoben. Er leitete bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1951 die deutsche Interessenvertretung im EPD. Allerdings verließ Frölicher diesem Amt, wie die eingehende Studie von Markus Schmitz vor einigen Jahren nachwies, wesentlich mehr Bedeutung, als sein Arbeitgeber ihr gegeben hatte.¹³¹ Er kümmerte sich nicht nur um die deutschen Staatsangehörigen und die Verwaltung des Reichsvermögens in der Schweiz. Eigenmächtig trieb er die Anerkennung der westdeutschen Regierung durch die Schweiz voran und setzte die offizielle Politik unter Zugzwang. Der Leiter der Interessenvertretung nahm schon mit westdeutschen Amtsträgern Kontakt auf, als die Alliierte Hohe Kommission solche Kontakte noch gar nicht erlaubt hatte.¹³² Auch tat er von Anfang an alles, um die Anliegen Westdeutschlands – auch auf Kosten Ostdeutschlands – zu fördern. Für die Errichtung eines westdeutschen Generalkonsulats in der Schweiz plädierte er schon zu einem Zeitpunkt, als der Bundesrat seine Politik bezüglich der beiden deutschen Teilstaaten noch nicht festgelegt hatte. Und er liess die westdeutschen Gesprächspartner über seine Meinung nicht im Dunkeln.¹³³ Die Regierung Adenauer erkannte bald, dass sie in Frölicher einen derart draufgängerischen Anwalt hatte, dass es ihr manchmal fast etwas unheimlich wurde. Später dankte Bundeskanzler Konrad Adenauer Frölicher für die Sorgfalt, die er den westdeutschen Anliegen an-

gedeihen liess, mit einem Schreiben und einer Bronzeplastik. Auch ehrte ihn die Bundesrepublik 1958 mit dem grossen Verdienstkreuz mit Stern. Frölicher seinerseits meinte, er hätte diese Aufgabe nicht zuletzt deshalb übernommen, um all jenen Deutschen zu danken, die der Schweiz in schweren Zeiten geholfen hätten, lebenswichtige Fragen zu regeln.¹³⁴

Nach der Interessenvertretung betätigte sich Frölicher bis zu seiner Pensionierung Ende März 1953 noch mit solchen Aufgaben, die man am zweckmässigsten wohl als Aufräumarbeiten bezeichnet. Er nahm in der Vertrauensstelle für Goldhypothecken Einsitz; sodann evaluierte er die Schäden, welche den Schweizern durch völkerrechtswidrige Handlungen der japanischen Streitkräfte zugefügt worden waren, und im Auftrag der Bundesrepublik verwaltete er eine Reihe deutscher Heilstätten in der Schweiz. Wie bescheiden die Aufgaben auch sein mochten, Frölicher hätte seine ordentliche Pensionierung, die er bereits um drei Monate hinauschieben konnte, gern mit der Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen aus dem Fernen Osten noch länger aufgeschoben. Aber im Departement fand man, auf Ende März sei ein Schlussstrich zu ziehen.¹³⁵ Effektiv wurde das Arbeitsverhältnis dann auf Ende April 1953 beendet.

Frölicher zog sich nun ganz auf sein Anwesen in Ursellen zurück und lebte im geschlossenen Kreis seiner Familie. Er hatte sich nach dem Krieg nochmals verheiratet. Seine aus Pommern gebürtige Frau, Rosemarie von Holzschuher, geborene Müller, schenkte ihm eine Tochter, die seine alten Tage erfreute. Über seine Berliner Mission jedoch schwieg er vollständig. Nie hätte er seine Tätigkeit als Gesandter öffentlich verteidigt. Aber Mitte der 1950er-Jahre verfasste er Aufzeichnungen über die bewegten Jahre im Dritten Reich. Auch diese sind von Noblesse und Ehrlichkeit geprägt. Auf keiner Zeile erliegt er der Hauptversuchung der Memoirenschreiber, die Verantwortung für Fehler auf andere abzuschieben. Und wenn er einen Brief der braunen Gesellschaftsdame Victoria von Dirksen abdruckte, dann musste er wissen, dass er damit seinen Ruf nicht aufbesserte. Man kann solches – wie auch das Tagebuch, das nirgends nachträglich geschönt ist – nur auf dem Konto der Ehrlichkeit abbuchen. Die flüssig geschriebenen Memoiren durften, so verfügte er, erst nach sei-



21 Frölicher nach der Rückkehr 1945 mit seiner Enkelin Katja in Ursellen.

nem Tod erscheinen. Er verstarb 1961 im Schlössli und wurde, begleitet von der Blasmusik, aber ohne offiziellen Vertreter des Politischen Departementes, am 2. Februar in Konolfingen auf dem alten Friedhof beigesetzt. Carl Jacob Burckhardt kondolierte der Trauerfamilie mit den Worten: «Ich werde seiner starken und lauterer Persönlichkeit immer ein verehrendes Andenken bewahren. Unser Land verdankt ihm Grosses, er hat viel auf sich genommen, um eine der schwierigsten Missionen unserer diplomatischen Geschichte unter wahrhaft lebensgefährlichen Voraussetzungen zu einem guten Ende zu führen. Stuess er auf Unverständnis seiner Landsleute, so hat er männlich und nobel geschwiegen.»¹³⁶

Das Buch *Meine Aufgabe in Berlin* kam im folgenden Jahr als Privatdruck für einen kleinen Leserkreis heraus.

Politische Berichterstattung aus der Höhle des Löwen

Von seiner Ausbildung und seiner Geisteshaltung her war Frölicher durch und durch deutschfreundlich. Deutsche Kultur schätzte er über alles – was ja im deutschschweizerischen Bürgertum um die Jahrhundertwende eher die Norm als die Ausnahme war und sich auch über den Ersten Weltkrieg hinaus nicht gänzlich verlor. Angefeuert vom wohlwollenden Echo, das seine Ministerernennung in den Regimekreisen der deutschen Hauptstadt auslöste, überzeugt auch, mit seinen Vorkenntnissen und vielfältigen Kontakten die schwierige Aufgabe bewältigen zu können, trat er seine Mission in Berlin an. Zwar focht ihn die politische Linke in der Schweiz an. Aber das störte ihn, so bekommt man den Eindruck, nur gelinde.

Sein Einstieg in der Hauptstadt war fulminant – und fatal. Mit der Neutralitätserklärung gab ihm Hitler beim Antrittsbesuch mehr, als der neu akkreditierte Gesandte erhoffen durfte. Frölicher war von Hitler im direkten Gespräch tief beeindruckt. Am 10. Juni 1938 berichtete er nach Bern: Die für uns günstigen Erklärungen Hitlers zeigten, «dass das deutsche Staatsoberhaupt persönlich unserem Lande gegenüber sympathisch und verständnisvoll eingestellt ist.... Die ruhigen, logisch aufgebauten und grosszügigen Ausführungen haben mir nicht nur einen grossen Eindruck gemacht, sondern mich auch in Bezug auf meine hiesige Stellung und namentlich hinsichtlich der Zukunft der deutschschweizerischen Beziehungen beruhigt.»¹³⁷

In dieser Begegnung mit Hitler verlor Frölicher jene kritische Geisteshaltung, die er beim ersten Berliner Aufenthalt durchaus an den Tag gelegt hatte. Er wog sich im Glauben, den richtigen Zugang zum verschlossenen Hitler gefunden zu haben; er traute sich zu, mit etwas Geschick das Beste für sein Land herauszuholen zu können, kurz: Er wollte den Tiger reiten. Unverständlich ist diese Haltung nicht; ein Diplomat ist ja dazu da, selbst dann noch Verständigungsmöglichkeiten herzustellen, wenn eine Situation

ausweglos erscheint. Aber Frölicher bildete sich zu viel auf einen Erfolg ein, der letztlich nur eine kalkulierte Geste Hitlers war. Verschiedentlich warb er nun in der Öffentlichkeit dafür, den Reichskanzler beim Wort zu nehmen und ihm zu vertrauen. Hitler war bei Frölichers Antrittsbesuch erneut das gelungene, was er schon mit dem Briten Sir Nevile Henderson durchgespielt hatte: Der neu eingetroffene Diplomat verliess die Audienz im Glauben, Hitler beeindruckt zu haben, derweil dieser den Diplomaten aufs Höchste beeindruckt hatte. In diesem Irrtum befangen, plädierte Henderson schon kurz nach seiner Ankunft in der Reichshauptstadt dafür, Hitlers Erklärungen zum Nennwert zu nehmen. Ähnlich erging es Frölicher.

Am 25. November 1938 hielt Frölicher in München eine Rede vor dem schweizerischen Wohltätigkeitsverein. Die Ansprache wirbelte viel Staub auf. Die sozialistische Presse lief Sturm. «Ist das noch ein schweizerischer Gesandter?» betitelte das *Volksrecht* in Zürich seine Rüge vom 28. November. Auch die katholisch-konservativen *Neue Zürcher Nachrichten* waren ob der Ansprache entsetzt. Was hatte Frölicher gesagt? Vor der versammelten Schweizer Runde hielt er eine völlig patriotische Rede. Aber an einer Stelle liess er sich – er hatte wohl noch den Antrittsbesuch bei Hitler im Hinterkopf – von seinem eigenen Erfolgserlebnis wegtragen. Das *Deutsche Nachrichtenbureau* meldete, der Schweizer Gesandte habe Folgendes gesagt:

«Ausserhalb Deutschland werde es noch immer nicht genügend erkannt, dass es ein Verdienst des Nationalsozialismus ist, nicht Aussenpolitik nach alten imperialistischen Rezepten zu machen, sondern den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts des Volkes auf sein Panier geschrieben zu haben! Eine ‚logische‘ Folge sei, dass in Anerkennung des freien Willens der Schweizer von höchster Stelle Deutschlands Erklärungen abgegeben worden sind, die jeden Zweifel beseitigen. Dr. Frölicher betonte, er wisse, dass in der Schweiz – viel sei daran die Schweizer Presse schuld – jedes Gespräch mit Vorliebe kolportiert werde, das spät am Abend am Wirtshaustisch nach vielen Gläsern Wein gesprochen werde. Das einzig wichtige sei aber, was der deutsche Reichskanzler erklärt hat.

Bei dieser klaren Stellung wäre es wahrhaftig an der Zeit, dass man im ganzen

Schweizer Volk der Aussenpolitik des Bundesrates Verständnis entgegenbringe.»¹³⁸

Am meisten Entsetzen löste in den Redaktionsstuben der Seitenhieb gegen die Schweizer Presse aus. Kritisiert wurde freilich auch das Kompliment, welches Frölicher der nationalsozialistischen Aussenpolitik erteilte, obschon etwas weniger stark. Denn bis zum Zeitpunkt der Ansprache spielte sich Hitler in der Tat als der hartnäckigste Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf, eines Grundpfeilers der Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Den Österreichern und Sudetendeutschen war dieses Recht indes nach dem Krieg vorenthalten worden. Hitler nützte diese prinzipienverletzende Situation geschickt aus und erhielt dafür selbst in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten Zustimmung. Die erste Phase der grossdeutschen Expansion war tatsächlich unter der Tarnkappe des Selbstbestimmungsrechtes erfolgt.

Einige Blätter verlangten nach der Münchener Rede die sofortige Abberufung Frölichs. Der Bundesrat forderte den Minister umgehend auf, ihm die Rede zuzustellen. Lediglich gestützt auf eine Agenturmeldung des nationalsozialistisch eingefärbten *Deutschen Nachrichtenbureaus* wollte er sich keine Meinung bilden. Frölicher sandte dem Bundesrat seinen Text zu, den er jedoch erst nachträglich aufgesetzt hatte. Denn er hatte seine Ansprache, nur mit ein paar Stichworten versehen, freigehalten. In der schriftlichen Version stand nichts über die Rolle der Presse, was freilich nicht verbürgte, dass der Gesandte davon nicht gesprochen hätte. Frölicher selbst wollte diese Möglichkeit in seinen Memoiren nicht ausschliessen.¹³⁹ Hingegen hatte er eindeutig die Zusicherungen, welche Hitler Altbundesrat Schulthess und ihm gegenüber abgegeben hatte, in aller Form unterstrichen. Der Nationalsozialismus verfare, so beteuerte er, nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung. In seinem Manuskript stand: «Es ist nun nichts anderes als eine logische Folge dieses Grundsatzes der Selbstbestimmung, wenn in Anbetracht des klaren Willens des Schweizer Volkes hohe und höchste Persönlichkeiten hier im Reich Erklärungen abgegeben haben, die ein für allemal jeden Zweifel in den deutsch-schweizerischen Beziehungen beseitigten.» Dann machte sich Frölicher über die Wirts-



22 Frölicher mit Tochter Hélène heim Schweizerischen Wohltätigkeitsverein in München, 25. November 1938.

hausgespräche lustig, um zu schliessen: «Wichtiger als dieses Gerede und einzig wichtig ist, was hier der Herr Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches zu Herrn alt Bundesrat Schulthess gesagt hat und was er auch mir bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens bestätigte: ‚zu jeder Zeit, komme was da wolle, Deutschland wird die Unverletzlichkeit und Neutralität achten.‛¹⁴⁰

Der Bundesrat war mit dieser Rede zufrieden. In seiner Sitzung vom 5. Dezember 1938 hielt er fest, Minister Frölicher hätte eine «vorzügliche, sehr kluge und durchaus einwandfreie Rede gehalten». Die Rede wurde veröffentlicht und im Allgemeinen mit Erleichterung aufgenommen. Die *Neue Zürcher Zeitung* vermerkte, das Original enthalte den arg kritisierten Satz über die Schweizer

Presse nicht.¹⁴¹ Der *Bund* lobte schon im Titel: «Die Rede von Minister Frölicher: Der Wortlaut klärt Missverständnisse in erfreulicher Weise auf».¹⁴² Und das *Berner Tagblatt* kommentierte: «Es ergibt sich also, dass die Behauptungen der ‚Münchener Neuesten Nachrichten« über angebliche Auslassungen unseres Ministers betreffend das Verhalten der Presse nicht zutreffen. Zum tatsächlichen Text der Rede unseres Berliner Vertreters, welches die Rede eines verantwortlichen Diplomaten war, wird kein vernünftiger Eidgenosse etwas einzuwenden haben.»¹⁴³ Auch Nationalrat Grimm zeigte sich in der *Berner Tagwacht* vom 6. Dezember 1938 erleichtert, dass die nationalsozialistische Nachrichtenagentur den Passus über die Schweizer Presse eigenmächtig hinzugefügt hätte. Aber ein Meisterwerk sei die Rede deswegen immer noch nicht. In seinem klugen Kommentar meinte Grimm: «Wir haben es also einmal mit einer Lüge und Erfindung der Goebbels-Presse zu tun. Zum anderen aber mit dem naiven Glauben des Herrn Frölicher an Hitlers Neutralitätsversprechen. Das Wort gegen die Gerüchtemacherei nach ‚vielen Gläsern Wein« sei ihm verziehen, vielleicht hatte er selbst schon einige hinter die Binde gegossen, als er seine ungeschickte Rede hielt. Bleibt also sein kindlicher Glaube an Hitlers Versprechungen.»» Wie könne man sich, fragte Grimm, auf Neutralitätserklärungen berufen, nachdem Österreich verschwunden sei, die Tschechoslowakei zerstückelt und das Memelland bereits als nächstes Opfer eingekreist werde.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wusste Frölicher, der alerte Legationsrat, dass man dem Regime nicht trauen darf; nach schmerzhaften Lektionen wurde es ihm von Neuem beigebracht. Aber in den ersten anderthalb Jahren nach seinem Antrittsbesuch liess er sich nicht von der Hoffnung abbringen, auch mit Hitler und den Nationalsozialisten eine Diplomatie betreiben zu können, die auf den Regeln der Vernunft beruhe. In Frölichers Psyche haben sich Hitlers Zusicherungen über die Unversehrtheit der Schweiz einem Urerlebnis gleich eingenistet. Immer wieder beteuerte er dem Politischen Departement, die Aussagen Hitlers seien wahrhaftig. Nach dem Münchener Abkommen glaubte Frölicher, mit der Einverleibung des Sudetenlandes ins grossdeutsche Reich würde Hitler keine weitem territorialen Ansprüche mehr erheben – äusser auf Danzig und das Memelland, welche er als deutsche Gebiete betrachte. «Meines

Erachtens wäre es unrichtig zu glauben, dass die Erklärungen des Reichskanzlers, dass Deutschland keine weitem territorialen Ansprüche in Europa mehr habe, unwahr seien.... Es ist sicherlich keine leere Phrase, wenn Hitler in seiner Rede von Godesberg erklärt hat, dass allen Anrainern Deutschlands die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zugesichert werde.»¹⁴⁴

Mit ähnlichem Zutrauen kommentierte er auch die Rede Hitlers vom 30. Januar 1939. Er meinte, aus dessen Äusserungen dürfe man schliessen, dass die Kriegsgefahr für das Jahr 1939 gebannt sei. Die Hitlerrede hätte auch für die Schweiz eine bedeutungsvolle und, wie Frölicher meinte, erfreuliche Abklärung gebracht. Denn Hitler hätte erklärt: «*Deutschland ist glücklich, heute im Westen, Süden und Norden befriedete Grenzen besitzen zu dürfen* ... In diesen Erklärungen liegt eine erneute Anerkennung unserer Grenzen und unserer Neutralitätspolitik... Die Bedeutung dieser Ausführungen wird man nicht übersehen... Es wäre wohl am Platze gewesen, wenn die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ in ihren schwarzseherischen Kommentaren auch diese Stellen der Rede, die unser Land direkt betreffen, wenigstens erwähnt hätte.»¹⁴⁵

An sich wäre Frölicher vor zu viel Vertrauen in Hitlers Versprechen gewarnt gewesen. Als er bei seinem Amtsantritt dem französischen Kollegen einen Höflichkeitsbesuch abstattete und ihm seine Erfolgsgeschichte bei Hitler erzählte, antwortete Botschafter André François-Poncet, auf Hitlers Erklärungen dürfe man sich nicht verlassen. Der Reichskanzler hätte auch den Vertrag von Locarno als eine Verpflichtung anerkannt, welche Deutschland freiwillig eingegangen sei. Dies hätte ihn indes nicht gehindert, 1935 den Vertrag aufzukündigen und ins Rheinland einzumarschieren. Frölicher rückte indes von seiner Meinung nicht ab. Er glaubte, François-Poncet, obschon dieser als bestinformierter Diplomat in der Reichshauptstadt galt, vergleiche Unvergleichbares. Hitler habe, so erwiderte Frölicher, Stresemanns Verträge innerlich nie gebilligt; dass die schweizerische Neutralität jedoch für Deutschland wertvoll sei, diese Auffassung entspreche der innersten Überzeugung des Reichskanzlers. Dieser selbst habe es ihm bezeugt.¹⁴⁶

Vor diesem Hintergrund erstaunt es kaum, wenn Frölichers politische Berichterstattung bis kurz vor dem Krieg optimistischer ist, als es die Umstände rechtfertigten. Er wollte – geradeso wie von Weizsäcker – den Glauben nicht aufgeben, dass letztlich selbst Hitlers Aussenpolitik den Re-

geln der Vernunft gehorchen müsse. Die deutsche Wirtschaftslage sei viel zu schlecht, als dass sich Hitler aussenpolitische Abenteuer leisten könne, berichtete er 1939 ein ums andere Mal, so im Politischen Bericht (PB) Nr. 3 vom 3. Februar, im PB Nr. 6 vom 6. März, im PB Nr. 10 vom 20. März und selbst noch in seinem Pfingstbericht, dem PB Nr. 29 vom 27. Mai. Stets von Neuem legte er sich die widerborstigen Fakten so zurecht, dass sie einer aussenpolitischen Logik gehorchten. Der Anschluss Österreichs liess sich mit dem Selbstbestimmungsrecht erklären, das diesem Land nach dem Ersten Weltkrieg im Widerspruch zur neuen Friedensordnung versagt blieb. Ähnliches galt für die sudetendeutsche Minderheit in der Tschechoslowakei; auch sie konnte sich nie über ihre Staatsangehörigkeit aussprechen. Die Ansprüche auf Danzig gehörten in die gleiche Kategorie. Die Forderung nach dem Memelland, die rechtlich unhaltbar war, versuchte er aufgrund der Geschichte zu verstehen. Er war überzeugt, Deutschland werde diese Ansprüche aber nur im Einverständnis mit Polen regeln.¹⁴⁷

Die Unersättlichkeit von Hitlers Machtansprüchen erkannte er in diesem Stadium ebenso wenig wie des Reichskanzlers Bereitschaft, blanke Macht einzusetzen. Wenn Frölicher an der Festversammlung in München verkündete, das nationalsozialistische Deutschland betreibe keine imperialistische Aussenpolitik, sondern ver helfe dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Durchbruch, dann gab er exakt jene Ansicht wieder, welche Staatssekretär von Weizsäcker im diplomatischen Corps ständig verbreitete.¹⁴⁸ Erst als von Weizsäcker im Frühjahr 1939 mit dem militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei in flagranti des Irrtums überführt wurde, schreckte Frölicher auf. Er hatte, nicht anders als seine Kollegen, die ihre Informationen an der Wilhelmstrasse bezogen, Hitlers Marsch nach Prag, wie er in einem Bericht einräumen musste, nicht vorhergesehen.¹⁴⁹

Nun verstärkten sich in ihm die Zweifel an seiner bisherigen Beurteilung der politischen Lage. Zwar hoffte er noch immer, Hitler werde nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen, sondern wirtschaftliche Gegebenheiten und völkerrechtliche Verpflichtungen in seinen aussenpolitischen Plänen berücksichtigen. Aber diese Hoffnung erlosch im Juni 1939. «Die optimistische Note, die ich glaubte in meinem Pfingstbericht anstimmen zu können, scheint sich leider nicht als gerechtfertigt zu erweisen. Die Ent-

wicklung der internationalen Lage, nämlich die undurchsichtige Haltung Sowjetrusslands, die englisch-japanische Spannung in Folge der Zwischenfälle in Tientsin, die achsenfreundliche Haltung Spaniens bilden gewissermassen eine Aufmunterung für Deutschland, die Lösung der Danziger und der Korridorfrage in absehbarer Zeit eigenmächtig vorzunehmen.»¹⁵⁰ Frölicher prognostizierte Mitte Juni, die Krise um Danzig werde in der zweiten Augushälfte ihren Höhepunkt erreichen. Mittlerweile schein es ausgeschlossen, noch eine Verständigung zu erreichen. Und am 28. August schreibt er dem Bundesrat, «die Lage muss... als sehr ernst beurteilt werden.»¹⁵¹ Frölicher hat die Gefahren, welche sich zusammenbrauten, sehr wohl erkannt, allerdings recht spät. Er hat jedoch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht, wie ihm übelgesinnte Mitarbeiter des schweizerischen Nachrichtendienstes andichteten, verschlafen.

Zutreffend ist allerdings, dass Frölicher häufig harmlose Interpretationen nach Bern schickte – schicken musste. Wenn er am Nachmittag des 1. September 1939 dem Politischen Departement kablete, von Weizsäcker hätte ihm gesagt, es bestehe noch kein Kriegszustand mit Polen, dann mag dies im Nachhinein merkwürdig klingen. Doch ein Diplomat hat keine andere Wahl, als solch wichtige Äusserungen von hochrangigen Persönlichkeiten an seine Hauptstadt weiterzuleiten – er sollte sie allerdings mit einem Kommentar versehen. Dass der Staatssekretär diese Erklärung abgegeben hat, daran besteht kein Zweifel. Unter dem Datum vom 1. September 1939 zeichnete von Weizsäcker selbst auf, die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein hätten als erste eine Neutralitätserklärung abgegeben, wobei er bei der Entgegennahme der diplomatischen Noten geäussert hätte, ein Kriegszustand im eigentlichen Sinn mit Polen liege noch nicht vor, ob schon Deutschland in Feindseligkeiten verwickelt sei.¹⁵²

Frölicher war auch nicht blind für die militärischen Gefahren, welche der Schweiz drohten. Als Legationsrat hatte er, wie erwähnt, auch das Amt eines Militärattachés bekleidet. Im Mai 1940, nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich, war die Schweiz in höchster Alarmbereitschaft. Nach dem 10. Mai befürchtete man einen Einfall von einer Stunde auf die andere. Im Nachrichtendienst von Brigadier Robert Masson jagten sich die beängstigenden Depeschen – eine Falschmeldung nach der anderen, wie sich später

herausstellen sollte. Mit geschickt gestreuten Gerüchten wurde der «Aufmarsch gegen die Schweiz» vorgetäuscht. An jenem gefahrenvollen 10. Mai 1940 fuhr Frölicher mit seinem Auto von München über Ulm nach Bregenz. Auf den mutmasslichen Aufmarschstrassen begegneten Frölicher keinen Truppen. Er begab sich nach Bern und meldete seine Beobachtungen, fand aber wenig Glauben. Die Rückfahrt wählte er wieder bewusst durch das angebliche Aufmarschgebiet. Erneut nahm er keine verdächtigen Bewegungen wahr. Pflichtgemäss informierte er Bern darüber.

Gefährlicher schienen ihm die Fliegerzwischenfälle vom Juni 1940. Die Schweizer Verteidigung schoss einige deutsche Messerschmidts ab, die den helvetischen Luftraum verletzt hatten. Göring soll, wie Frölicher in seinen Aufzeichnungen berichtet, getobt haben.¹⁵³ Von Mitte Juni bis Ende Juli 1940 war die Schweiz, so glaubte Frölicher, mehr gefährdet als je zuvor oder danach. Seine Einschätzung der militärischen Bedrohungslage erwies sich im Nachhinein, wie eine Studie von Klaus Urner belegt,¹⁵⁴ als richtig. Sie stimmte auf erstaunliche Weise mit den deutschen Angriffsplänen überein. Vom Dezember 1940 an bestand, wie Frölicher sich später in einer Denkschrift für Bundesrat Petitpierre erinnerte, keine akute Gefahr mehr. Mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion verzogen sich die Gewitterwolken vollends nach Osten. Wäre dieser Feldzug erfolgreich verlaufen, dann wäre die Schweiz nochmals in eine lebensgefährliche Lage geraten. «Wir haben es sicherlich», schrieb Frölicher, «dem erfolgreichen russischen Winterfeldzug 1941/42 zu verdanken und dem Widerstand der russischen Armee im Sommer 1942, dass die Frage Schweiz nicht schon vor dem Endsieg akut wurde.»¹⁵⁵

Diese Sicht, so richtig sie ist, nimmt sich etwas zu abgeklärt aus. Frölicher hat vom Wissen dessen profitiert, der weiss, wie die Geschichte verlaufen ist. Allerdings hat er schon am 21. Dezember 1943 an Bundesrat Pilet-Golaz geschrieben: «Ich bin ja immer der Ansicht gewesen, dass schon Ende 1940 eine Erleichterung unserer Lage eingetreten ist, damals als deutscherseits der Entschluss gefasst wurde, den Krieg mit Russland zu beginnen. Die späteren Alarmnachrichten habe ich nie mehr ernst nehmen können und mein Optimismus hat sich denn auch bisher als richtig erwiesen.»¹⁵⁶ Warum ermahnte er dann den Bundesrat in den ersten

Kriegsjahren immerfort, den deutschen Wünschen entgegenzukommen? Direkt oder indirekt lieferte er das Argument stets mit: weil die Schweiz keinen Angriff provozieren dürfe. Auch die neutralitätsrechtlich fragwürdigen Ärztemissionen in die Sowjetunion, die er angeregt hatte, entsprachen kaum einer gelassenen Gefahren einschätzung. Rechtfertigte er diese Delegationen nicht gerade damit, dass sie guten Willen in solchen Kreisen erzeugen sollten, welche die Option eines Überfalls auf die Schweiz immer noch nicht aus dem Hinterkopf verabschiedet hätten?¹⁵⁷ Frölicher veranschlagte das Bedrohungspotenzial lange als sehr gross, er schätzte indes die jeweils akute Gefahr richtigerweise eher gering ein. Er sass, das muss man ihm attestieren, weit weniger als der Nachrichtendienst Invasionsgerüchten auf. Und solche wurden ihm von allen Seiten zugetragen. Mit klarem Kopf erkannte er die hohe Gefährdung im Frühsommer 1940; sodann befürchtete er in der Schlussphase des Krieges zu Recht, die Wehrmacht könnte bei ihrem Rückzug aus Frankreich die Hoheitsrechte der Schweiz aus schierer Verzweiflung verletzen. In der Zwischenzeit merkte er deutlicher als andere, dass der Dampf in der Gerüchteküche häufig nur anstieg, um den Druck auf die wichtigen Wirtschaftsverhandlungen zu erhöhen.¹⁵⁸

Freilich war die Lage für die Schweiz im Sommer 1940, ob nun eine militärische Invasion bevorstand oder nicht, so existenzgefährdend wie noch nie seit der Gründung des Bundesstaates. Frölicher tat alles, was er konnte, um die Selbstständigkeit seines Landes zu wahren und zu verteidigen. Er war ein Patriot bis in die letzten Fasern seines Wesens. Aber wie er die Verteidigung der schweizerischen Interessen in der gefährlichsten Zeitspanne wahrnahm, ist problematisch. In der Überzeugung, im besten Landesinteresse zu handeln, vertrat er, seit er seine Mission im Jahr 1938 in Berlin angetreten hatte, einen nachhaltigen Anpassungskurs. Er hätte dem Bundesrat nie geraten, den deutschen Forderungen zu widerstehen. Stets plädierte er für Nachgeben. Von der Richtigkeit seines Vorgehens war er tief überzeugt. Zum Jahresende 1941 unterrichtete er Bundesrat Pilet-Golaz über ein Gespräch mit von Weizsäcker. Der Staatssekretär hatte ihm viel sagend prophezeit: «Das Jahr 1942 werde... erweisen, dass unsere Aussenpolitik, wie ich [Frölicher] sie in Berlin vertreten habe, die richtige gewesen sei.»¹⁵⁹ Gern zitierte Frölicher auch das Kompliment, welches ihm von Weizsäcker erteilte, be-

vor sich dieser nach Rom verabschiedete, um als Botschafter beim Heiligen Stuhl zu wirken. Der langjährige Gesprächspartner schrieb dem Gesandten: «Niemand hätte es besser machen können als Sie.»¹⁶⁰ Frölicher wählte nicht nur sanfte Umgangsformen mit dem Gastland, er war auch in der Sache nachgiebig. Hingegen klopfte er häufig auf den Tisch, um deutschen Forderungen Nachdruck in Bern zu verleihen. Nicht ganz grundlos beschuldigte man ihn im Nachrichtendienst, den deutschen statt den schweizerischen Standpunkt zu vertreten.¹⁶¹

Der Gesandtenposten im nationalsozialistischen Berlin war zweifelsohne die schwierigste diplomatische Mission, welche die Schweiz je zu vergeben hatte. Weder in Rom noch in Vichy-Frankreich – den einzigen Gesandtschaften, die einigermassen mit der Berliner Mission vergleichbar sind – waren die schweizerischen Vertreter ähnlichem Druck ausgesetzt. Frölicher war um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Im Frühjahr und Sommer 1940, als sich die deutschen Siegesmeldungen überschlugen und die Gefahr eines Einmarsches in die Schweiz mehr als nur eine Generalstabsübung war, wurde er von verschiedenen Seiten her eingeschüchert, selbst vom Reichsaussenminister. Dieser zitierte ihn, wie bereits erwähnt, am 2. Mai 1940, am Auffahrtstag, kurzfristig zu sich an die Wilhelmstrasse und hielt ihm eine Standpauke. Ribbentrop hielt in einer akribischen Aktennotiz fest, wie er den Schweizer Gesandten abgekanzelt hatte. Da heisst es:

«Ich empfang heute den Schweizer Gesandten und sagte ihm..., dass wenn die Schweiz das Agrément für einen neuen Gesandten der polnischen Emigranten-Regierung erteile, dies zur Folge haben würde, dass wir unseren Gesandten zurückziehen und uns nicht mehr durch einen Gesandten in Bern vertreten lassen würden. Deutschland müsse dies als einen unfreundlichen Akt auffassen... Ich wies dann den Gesandten sehr ernst darauf hin, dass wir eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Schweizer Presse nicht mehr hinnehmen... Wir hätten nun eine Engselgeduld in dieser Sache bewiesen, und ich könnte ihm nur dringend anraten, bei seiner Regierung die ernsthaftesten Vorstellungen in dieser Richtung zu machen.... Ich sagte dem Gesandten noch, dass der Führer gestern ausserordentlich aufgebracht über die Angelegenheit eines neuen polni-

schen Gesandten in Bern gewesen sei und bei dieser Gelegenheit sich sehr abfällig über die Schweizer Presse geäußert habe. Zum Schluss erwähnte ich noch, dass ich immer gute deutsch-schweizerische Beziehungen gewünscht hätte, und ich könnte seiner Regierung nur den guten Rat geben, baldmöglichst völlig neue Wege in dem Verhältnis zu Deutschland einzuschlagen. Dass ich ihm, dem Gesandten, der zweifellos mit dem besten Willen nach Berlin gekommen sei, die Dinge freundschaftlich zu gestalten, dies sagen müsse, bedauerte ich; er müsse aber zugeben, dass seine Tätigkeit bisher die Dinge zwischen unseren Ländern in keiner Weise verbessert habe.»¹⁶²

Den massiven Druck, den Frölicher zu ertragen hatte, leitete er an das Politische Departement weiter. Das war seine Pflicht. Das offizielle Bern wäre schlecht bedient gewesen, hätte ein Diplomat Drohungen diesen Kalibers nicht wortgetreu der Zentrale unterbreitet. Aber Frölicher ging oft noch einen Schritt weiter. Er machte sich selbst zum Anwalt der deutschen Forderungen. Mit Bundesrat Motta teilte er die Ansicht, die Schweiz müsse mit allen Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen pflegen. Er glaubte, man könne dieses Ziel am besten erreichen, indem man Verständnis für die deutschen Anliegen zeige. Diese Haltung hatte Frölicher schon in Bern eingenommen, als er der Politischen Sektion vorstand. So hatte er sich innerhalb der Bundesverwaltung energisch für Sigismund von Bibra eingesetzt, damals die wohl meistgehasste Person in der Schweiz. Dieser verbissene Nazi lenkte, wie man überall wusste, den schweizerischen Ableger der NSDAP von der deutschen Gesandtschaft aus, nachdem der Bundesrat die Landesgruppenleitung der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz verboten hatte. Mit diesem fadenscheinigen Arrangement wahrte die Schweiz einigermassen ihr Gesicht, während die Nationalsozialisten ihre Tätigkeit kaum behelligt fortsetzen konnten. Auch für die deutsche Kritik an der Schweizer Presse zeigte er schon vor Kriegsausbruch viel Verständnis.

Am nachhaltigsten forderte Frölicher indes im Jahr 1940, die Schweiz müsse sich dem neuen Kurs anpassen. Als Italien an Deutschlands Seite in den Krieg eintrat, zweifelte er nicht mehr daran, dass das nationalsozialistische Deutschland den Krieg bald gewinnen werde. Am 11. Juni 1940 berichtete er Bundesrat Pilet-

Golaz: «Die grosse Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland für lange die entscheidende Kontinentalmacht sein wird und Italien die Mittelmeer-macht, muss in unserer Aussenpolitik berücksichtigt werden. Die Schweiz muss sich in ihrer Neutralitätspolitik auf die Freundschaft Deutschlands und Italiens stützen.»¹⁶³ Frölicher schlug alsdann vor, die Schweiz solle ein konkretes Zeichen geben, dass sie den neuen Geist verstanden hätte, sie solle die Neuorientierung ihrer Politik mit dem – von Deutschland gewünschten – Austritt aus dem Völkerbund markieren. Diesen gewichtigen politischen Bericht sandte er, entsprechend dem üblichen Verfahren, als vertraulich nach Bern; Pilet-Golaz erkannte die kritische Brisanz und klassifizierte ihn als geheim.

Wahrscheinlich hat Frölicher's Bericht den Bundespräsidenten beeinflusst, als dieser die Ansprache vom 25. Juni 1940 vorbereitete. In jener höchst umstrittenen Rede, die anfänglich jedoch nicht ausserordentliches Aufsehen erregte, ermahnte der Bundespräsident seine Landsleute, sich auf die neuen Verhältnisse in Europa einzustellen. Frölicher bedrängte den Bundesrat den ganzen Sommer und Herbst hindurch mit Ratschlägen zur Anpassung. Weitsichtige Kritiker wie Willy Bretscher und Jean-Rudolf von Salis – der allerdings das Münchener Abkommen in hohen Tönen gelobt hatte¹⁶⁴ – verfochten damals schon die Ansicht, man dürfe Hitler nicht mit Konzessionen beschwichtigen. Wer ihm den kleinen Finger gebe, der komme bald um die ganze Hand; der österreichische Anschluss und der Untergang der Tschechoslowakei bewiesen dies zur Genüge. Die Geschichte sollte ihnen recht geben.

Doch Frölicher sass in der Höhle des Löwen. Bei welchem Ministerium er auch in der Reichshauptstadt anklopfte, überall fand er verschlossene Türen, und in der Reichskanzlei war man über die Aktenfunde von La Charité-sur-Loire empört. Echte und weniger echte Freunde der Schweiz legten ihm immer wieder nahe, sich in Bern dafür einzusetzen, dass die Schweiz den deutschen Forderungen entgegenkomme. Solche Gesten, sagten sie, könnten über das Schicksal unseres Landes entscheiden. Frölicher nahm die Warnungen sehr ernst. Am 17. September 1940 etwa, als er in hoher Erregung dem Departement erneut zahlreiche Forderungen der Wilhelmstrasse einreichte, war er offensichtlich verängstigt.

In einem Ton der Verzweiflung forderte er Bern auf, ein Bekenntnis zum neuen Europa abzugeben, die Landes- und Kreisleiter der deutschen nationalsozialistischen Partei wieder zuzulassen, der polnischen und der norwegischen Gesandtschaft in der Schweiz die Akkreditierung zu entziehen und in der Umgebung des Generals personelle Veränderungen vorzunehmen. Schliesslich mahnte er: «Es ist nicht ratsam, vor den Gefahren den Kopf im Sande zu verstecken und abzuwarten, was sich ereignen werde. Besser ist es eine Lösung zu suchen, solange man noch eine gewisse Bewegungsfreiheit hat und nicht erst dann, wenn man aus dem letzten Loch pfeift.»¹⁶⁵

Seine Vorschläge stiessen im EPD fast durchwegs auf Ablehnung. Und er wurde darüber ins Bild gesetzt. Dennoch doppelte er Anfang Oktober nach. Ihm schien, in Bern realisiere man die unmittelbar drohende Gefahr nicht zur Genüge. Diese sei derart gross, wie schon lange nicht mehr, schrieb er, wie um sich für seine Hartnäckigkeit zu entschuldigen. Man müsse das Vertrauensverhältnis zu Deutschland unbedingt verbessern, etwa mit folgenden «Bausteinen»: Austritt aus dem Völkerbund, Schliessung der polnischen und norwegischen Vertretungen in der Schweiz, Anerkennung des japanischen Phantomstaates Mandschukuo, Rückzug aus der blockierten Rheinkommission, Wiederezulassung der verbotenen nationalsozialistischen *Neuen Basler Zeitung*, Rücktritt der Chefredaktoren Schürch (*Bund*) und Bretscher (*NZZ*) sowie Einführung einer stärkeren Pressekontrolle.¹⁶⁶

In diesem Kontext erstaunt es denn auch keineswegs, dass Frölicher mit jenen rechtsbürgerlichen Kreisen sympathisierte, die sich am 15. November 1940 mit einer Petition an den Bundesrat wandten. In der sogenannten Eingabe der Zweihundert forderten Wirtschaftsleute, Akademiker und Offiziere, der Bundesrat solle die Neutralität wahren, aber auf verschiedenen Gebieten, namentlich im Pressewesen, den deutschen Forderungen entgegenkommen. Sie reichten einen Katalog mit acht Punkten ein. Nach dem Krieg wurden der Inhalt und die Namen der Petitionäre publik gemacht. Nun wurden die Zweihundert – effektiv handelte es sich um 173 – in der Öffentlichkeit zu Sündenböcken gestempelt.¹⁶⁷ Unter den Petitionären befand sich auch der Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, Peter Vieli, den der Bundesrat anderthalb Jahre danach zum

Gesandten in Rom ernannte. In seinen Aufzeichnungen beansprucht Frölicher der «Spiritus rector» dieser Eingabe zu sein. Er schrieb: «Als sie [die Zweihundert] mich fragten, was sie tun könnten, empfahl ich ihnen, ihre Anregungen dem Bundesrate zur Kenntnis zu bringen. Daraus wurde dann die Petition der Zweihundert, die ich deshalb begrüßte, weil sie auf die Gefahren hinwies und dem Bundesrat die Gewissheit geben sollte, dass noch lange nicht alle Schweizer wegen Presseäußerungen, die nun einmal den unberechenbaren Hitler in Wut versetzen konnten, untergehen wollten. Die Petition wurde dann erst eingereicht, als es gelungen war, sich in den Wirtschaftsfragen zu verständigen.»¹⁶⁸

Frölicher aus der abgeschirmten Distanz des Geschichtsbetrachters zu kritisieren, ist wohlfeil. Niemand war den rauen Winden so stark ausgesetzt wie er. An ihm entlud sich der Unmut der nationalsozialistischen Machthaber zuerst. Kann man es dem schweizerischen Vertreter in der Reichshauptstadt verargen, wenn er in den gefährlichen Phasen des Jahres 1940, als sich zahlreiche Schweizer aus den Grenzregionen vorsichtshalber ins Landesinnere absetzten, aus banger Sorge um sein Land Massnahmen empfahl, die er unter anderen Zeitumständen ebenfalls verworfen hätte? Meinrad Inglin, der staatspolitisch umsichtige Autor des *Schweizerspiegels*, besuchte auf einer Vortragsreise Anfang März 1940 Frölicher in Berlin. Bei dieser Begegnung kam er auch auf dessen Mission zu sprechen. Mit viel Verständnis für Frölichers delikate Lage bemerkte Inglin:

«Während [der Minister] uns die repräsentablen Gesandtschaftsräume zeigte, kamen wir ins Gespräch über das unvermeidliche Thema. Auch er beklagte sich über den neutralitätswidrigen Mutwillen besonders der kleineren Schweizerpresse, der von den zuständigen deutschen Stellen keineswegs übersehen, sondern peinlich angekreidet werde, und betonte, dass diesem ungeheuer mächtigen neuen Reiche gegenüber doch nur ein Verhältnis auf freundschaftlichem Fuss erträglich und fruchtbar sei. Ich erinnerte ihn daran, dass man mit allgemeineren freundschaftlichen Gefühlen für das Dritte Reich in der Schweiz nicht rechnen dürfe, und dass man ja ihm selber in gewissen politischen Kreisen der Heimat gram sei, weil er angeblich mit prominenten Nationalsozialisten freundschaftliche Beziehungen pflege und nicht entschieden ge-

nug als Exponent einer Demokratie auftrete. Darauf erwiderte er bitter, er möchte den schweizerischen Gesandten sehen, der ohne solche Beziehungen wirtschaftlich soviel erreichen würde wie er. Zweifellos wusste er genauer als irgendjemand, was er seiner Aufgabe schuldig war, einer Aufgabe von äusserst delikater Natur, die vor allem unter den jetzt und heute herrschenden Umständen erfüllt werden musste und nicht im unbestimmten Hinblick auf vielleicht anders laufende künftige Entwicklungen.»¹⁶⁹

Frölicher betrieb mit seiner Geschmeidigkeit keine heldenhafte Diplomatie, sondern eine auf Anpassung bedachte, in ihrem Kern auf das nackte Überleben der Schweiz ausgerichtete Politik. Aber war diese Diplomatie auch schädlich? Was hätte es etwa genützt, Ribbentrop zu widersprechen? Der arrogante Reichsaussenminister hatte nichts für die Schweiz übrig. Tapferer Widerspruch hätte bei ihm gewiss keine Bewunderung ausgelöst. Eher hätte er den Führer beredet, die infame Demokratie, diesen Stachel im Fleisch des Dritten Reiches, auszumerzen. Oder was hätte es gebracht, sich gegen die Hetztiraden des diabolischen Goebbels zu verwahren? Am 8. Mai 1943 sinnierte der Reichspropagandaminister in seinem Tagebuch über Karl den Grossen, der als «Sachsenschlächter» in die Geschichte eingegangen war. Dessen Politik sei dennoch richtig gewesen; er hätte den Widerstand niederschlagen müssen, um sein Reich verwirklichen zu können. Vielsagend fügte er hinzu: «Wer gibt dem Führer die Garantie, dass er später nicht etwa einmal als Schweizerschlächter angeprangert wird! Auch Österreich musste ja zum Reich gebracht werden.»¹⁷⁰ Hätte sich der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg dem Anschluss gewaltsam widersetzt, so wäre der Aufstand niedergeschlagen worden. Bei einer etwaigen Eroberung der Schweiz rechnete Goebbels offenbar mit einem Blutbad.

In der siegestrunkenen Phase des Zweiten Weltkriegs verhielt sich Frölicher wie ein Autofahrer, der auf vereister Strasse ins Schleudern gerät; er gab kein Gegensteuer – was unter den widrigen Umständen vernünftig war. Hitler und sein Führungszirkel waren notorisch unberechenbar. Zudem verachtete Hitler die erdemokratisch und unkriegerisch eingestellte Schweiz. Sie war für ihn ein Staat ohne eigentliche Macht und



*23 In der Reichskanzlei beim Eintrag der Glückwünsche zum Neujahr 1944,
begleitet von Militärattaché Peter Burckhardt.*

insofern gar kein richtiger Staat, sondern eher eine Marionette, in nichts mit einer geschichtsbezwingenden Nation wie Deutschland vergleichbar. Als er kurz vor dem Ende auf den Wahnwitz des Dritten Reiches zurückblicke, meinte er, das Dritte Reich hätte nie eine Entwicklung wie die Schweiz einschlagen können, es hätte sich nicht mit einer Scheinunabhängigkeit zufriedengeben können: «Das mag für Schweden oder Schweizer genügen, die immer bereit sind, sich mit leeren Versprechungen abspesen zu lassen, vorausgesetzt, dass ihre Taschen dabei gefüllt werden.»¹⁷¹ Hätte Frölicher eine launische Verstimmung ausgelöst, so hätte sie schlimmste Folgen nach sich ziehen können.

Im nachgiebigen Auftreten von Frölicher liegt indes auch die Tragik des Ministers. Er verhielt sich, um es auf einen Nenner zu bringen, richtig in Berlin, aber falsch in Bern. Den sanften Umgang mit den nationalsozialistischen Herrschern fasste er zu Recht als eine zeitbedingte Rolle auf, die er als Diplomat zu spielen hatte – und auch gut spielte. In einer Notiz vom 28. Dezember 1942 meinte er, die Schweiz müsse zweierlei tun, um ihre Neutralität zu verteidigen: einerseits sich mit allen Ländern um gute Beziehungen bemühen, andererseits sich auf die militärische Verteidigung vorbereiten. Der Diplomatie falle naturgemäss der erste Part zu. Dieser stosse aber daheim in Anbetracht des starken Widerstandswillens auf wenig Verständnis.

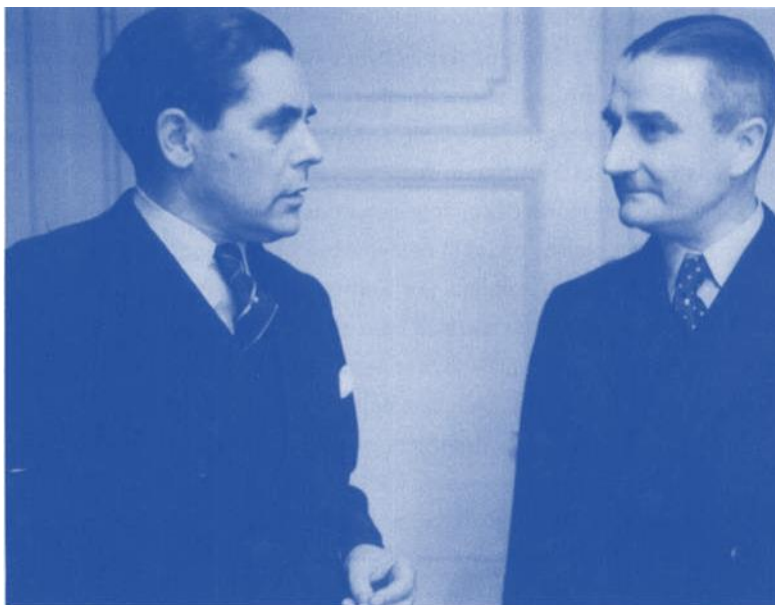
Leider aber hatte Frölicher seine Rolle so verinnerlicht, dass er sie auch seiner Regierung gegenüber nicht ablegte. Sie wurde vielmehr, begünstigt durch eine innige Verehrung deutscher Kultur und ein uner-schütterliches Vertrauen in die Deutschen, Teil seiner Anschauung. Frölicher beschwor den Bundesrat nicht bloss in höchster Gefahr, den Deutschen entgegenzukommen; dass die Schweiz mit Anpassungen am besten fahre, entsprach seiner innersten Überzeugung. Während seiner gesamten Berliner Amtszeit verwandte er sich immer wieder für freundliche Gesten dem Reich gegenüber. Ob es darum ging, die Schweizer Presse einzuschränken, aus dem Völkerbund auszutreten, die Kreisleiter der NSDAP wieder zuzulassen oder Mandschukuo anzuerkennen, stets ermahnte Frölicher den Bundesrat, den deutschen Wünschen im eigenen Landesinteresse entgegenzukommen. Allzu beflissen machte er sich die Forderungen der Wilhelmstrasse zu eigen.

Gewiss handelte Frölicher immer mit dem Ziel, sein Bestes zum

Schutz der Schweiz zu geben. Mehrmals riskierte er, nebenbei sei es erwähnt, sein Leben, wenn er quer durch Deutschland fuhr, um dem Bundesrat Bericht zu erstatten. Doch die Frage, an welchem Punkt Anpassung in Selbstaufgabe übergeht, beantwortete er zu unbekümmert. Andere Schweizer, Willy Bretscher beispielsweise, erkannten die Folgen einer schleichenden Aushöhlung des eigenen Staatswesens viel deutlicher und widerstanden dem heftigen Anpassungsdruck selbst auf dem Höhepunkt der Kriegsgefährdung mit unerschrockener Standhaftigkeit.¹⁷² Wenn es nach Frölicher gegangen wäre, dann hätte sich die Schweiz den neuen Verhältnissen wohl dermassen angepasst, dass es nicht mehr viel zu schützen gegeben hätte. Man kann ihm noch folgen, wenn er am 23. Juli 1940 erklärte: «Es gibt Momente in der Geschichte eines kleinen Landes, wo es nicht angeht, die Goldwaage hervorzuholen, um das Gewicht der beidseitigen Konzessionen abzuwägen. Die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes lässt kein Opfer zu hoch erscheinen.»¹⁷³ Aber in einem Schreiben vom 9. September 1940 an das EPD gab er nicht nur von Weizsäckers Ansicht wieder, wonach die Schweiz einzelne Bausteine zu einem besseren Einvernehmen liefern sollte. Er ging wesentlich weiter. Seiner Meinung nach war der Krieg mit dem Zusammenbruch Frankreichs entschieden. Die Schweiz musste ihre Aussenpolitik schleunigst grundsätzlich neu ausrichten. Für ihn war klar, «dass die bisherige Neutralitätspolitik nicht weitergeführt werden kann, sondern dass sich unser Land, wenn auch unter möglicher Aufrechterhaltung seiner rechtlichen Neutralität, zur Zusammenarbeit mit dem neuen Europa, das von den Mächten der Achse geleitet wird, bekennen muss».¹⁷⁴ Im bereits zitierten Brief vom 17. September 1940 doppelte er nach: Man kann «... sich der Tatsache nicht verschliessen, dass das machtpolitische Gleichgewicht, auf dem unsere bisherige Neutralitätspolitik beruhte, nicht mehr besteht und dass sich daher auch unsere Neutralitätspolitik den neuen Verhältnissen anpassen muss. Es nützt nichts an Grundsätzen festzuhalten, die auf nicht mehr bestehenden Voraussetzungen beruhen.»¹⁷⁵ Das war falsch – falsch auch dann, wenn General Guisan, wie oben dargelegt,¹⁷⁶ zu verwirrend ähnlichen Schlüssen gelangt war.

Frölicher beschwor den Bundesrat, das Verhältnis zu Deutschland und Italien zu bereinigen und eine Stellungnahme zum neuen Europa abzuge-

ben. Mit dem Ratschlag, die schweizerische Neutralitätspolitik achsenfreundlich zu gestalten, stiess Frölicher im Politischen Departement bei Pierre Bonna auf einen rohen Nerv. Mit Recht ermahnte der Chef der Abteilung für Auswärtiges den Gesandten, sein Vorschlag werfe die Frage auf, inwieweit die eidgenössische Politik des Entgegenkommens und der Nachgiebigkeit noch zu rechtfertigen sei. Der Gedanke, auf die traditionelle Neutralitätspolitik zu verzichten, sei entschieden abzulehnen. Die Schweiz würde, so argumentierte der Genfer, in den Augen der Achsenmächte kaum an Achtung gewinnen, wenn sie allzu beflissen ihre staatliche Existenz von der Politik der Nachbarstaaten abhängig machte. Bonna instruierte Frölicher unmissverständlich, den schweizerischen Standpunkt unerschrocken zu vertreten.¹⁷⁷ Auch Pilet-Golaz missfielen Frölichers ständige Ermahnungen. Von Mai bis in den Herbst 1940 drängte der Gesandte unermüdlich auf Konzessionen. Anfang Oktober rügte ihn der Bundesrat in einer mündlichen Aussprache. Und Pilet-Golaz unternahm, wie erwähnt, einen erfolglosen Anlauf, ihn durch den kantigeren Walter Stucki zu ersetzen. Einzelne Untergebene wie der Kölner Konsul Franz-Rudolph

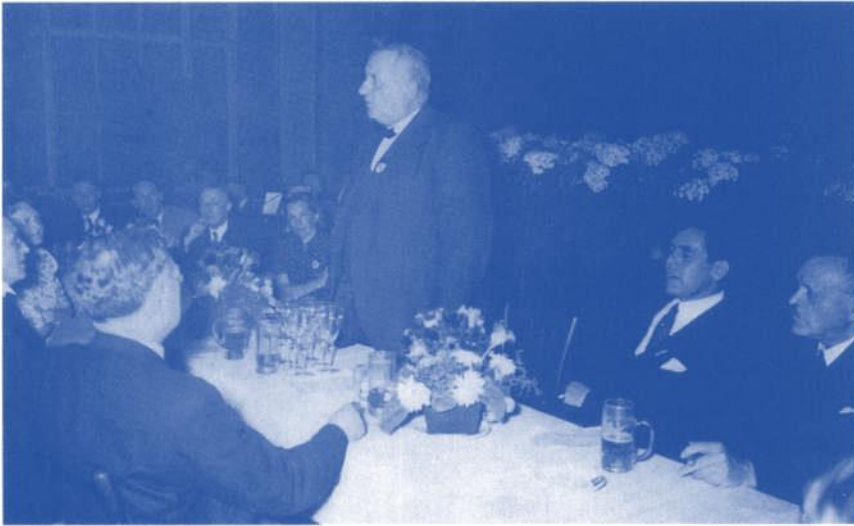


24 Minister Frölicher mit Konsul Franz-Rudolph von Weiss, 24. März 1939.

von Weiss distanzierten sich ebenfalls von Frölichers Kurs. Sie begegneten der Entwicklung in Deutschland schon früh mit wesentlich mehr Kritik.¹⁷⁸ Der Gesandte leitete die Berichte des Konsuls an die Zentrale weiter, jedoch zuweilen mit der Vorbemerkung, sein Kölner Mitarbeiter neige zur Schwarzseherei.¹⁷⁹

Die Politik der freundlichen Gesten obsiegte zuweilen auch über Frölichers juristischen Sachverstand. Im Sommer 1941 regte er an, schweizerische Ärztemissionen an die Ostfront zu entsenden. Die Sanitätsmissionen, welche unter dem Patronat des schweizerischen Roten Kreuzes erfolgten, unterstanden dem deutschen Kriegsrecht und durften somit nur deutsche Soldaten, jedoch keine verwundeten sowjetischen Soldaten betreuen. In einem Geheimabkommen, das erst nach dem Krieg bekannt wurde, waren die ganzen Operationen der Wehrmacht unterstellt worden.¹⁸⁰ Die erste Delegation von 31 Ärzten und 30 Krankenschwestern brach unter der Leitung von Divisionär Eugen Bircher im Oktober 1941 nach Smolensk auf. Frölicher war auf seine Initiative, die er während eines Kuraufenthaltes im Engadin ausgeheckt hatte, recht stolz. Noch in Vulpera weihte er einige prominente Persönlichkeiten in seine Pläne ein, so den Charité-Professor Ferdinand Sauerbruch, den Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, Peter Vieli, und Eugen Bircher, seines Zeichens Chefarzt in Aarau sowie Divisionär und später auch Nationalrat. Über dessen enge Kontakte zu rechtslastigen Militärkreisen in der Weimarer Republik hatte sich schon der Gesandte Hermann Rüfenacht gewundert.

Frölicher handelte gewiss in bester Absicht. In seinen Aufzeichnungen schildert er, wie Goebbels vor Schweizer Pressevertretern vielsagend gedroht hatte, es werde sich bald erweisen, wer im neuen Europa mitzumachen gewillt sei. Frölicher beschreibt dann, wie er sich nach diesem Vorfall überlegte, welchen Beitrag die Schweiz leisten könnte, um Deutschland zu beschwichtigen, ohne jedoch den Neutralitätspfad zu verlassen.¹⁸¹ Da kam er in einem Gedankenblitz auf die Ärztemission. Doch beschlichen ihn wirklich keine neutralitätsrechtlichen Bedenken? Frölicher war zweifellos Jurist genug, um nicht zu merken, dass er sich auf abschüssiges Gelände begab. In seiner politischen Korrespondenz wie in seinen privaten Aufzeichnungen war er sich sehr wohl bewusst, dass man



25 Divisionär Eugen Bircher, Leiter der ersten Ärztemission an der Ostfront, spricht zur Schweizer Kolonie in Berlin. Aufnahme um 1943.

sogenannte «Gute Dienste» nicht zugunsten einer einzigen Kriegspartei erbringen darf. Am 10. Mai 1943 beispielsweise notierte er im Tagebuch: «Die Neutralität erfordert aktiv zu sein, im Sinne der Leistung Guter Dienste für beide Seiten, aber nicht, um Friedenspolitik zu treiben, wenn es nur von einer gewünscht wird.» Aber genau das betrieb er. Und er war sich dessen bewusst. Denn am 8. Mai 1943 soll er zu Sauerbruch gesagt haben, es wäre leichter, eine fünfte Ärztemission zustande zu bringen, wenn Deutschland gestattete, eine Mission auch der «anderen Seite» zur Verfügung zu stellen.¹⁸²

Warum schlug Frölicher einen Pfad ein, der neutralitätsrechtlich ins «Offside» führte? Warum handelte er wider bessere Einsicht? Die Antwort muss wohl lauten: weil er glaubte, die Schweiz könne die existenzielle Bedrohung nur mit freundlichen Gesten von sich abwenden. Dass einer solchen Politik enge Grenzen gesetzt sind, wollte Frölicher lange nicht wahrhaben. Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet Sauerbruch dem Schweizer Gesandten diesen Sachverhalt beizubringen versuchte. In einem Tischgespräch von Anfang 1942, über welches Frölicher den Departementsvorsteher informierte, meinte der Chirurg, die Schweiz müsse mittlerweile keinen militärischen Einfall mehr befürchten, aber

bei den Parteigrössen sei sie nach wie vor aus weltanschaulichen Gründen sehr unbeliebt. «Konzessionen auf anderen Gebieten könnten deshalb an dieser Einstellung nichts ändern und seien infolge dessen auch zwecklos.»⁸³ Frölicher jedoch setzte sich selbst nach diesem Gespräch noch für weitere Missionen an die Ostfront ein – Missionen, die der Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Albert Oeri, ohne Umschweife «Hakenkreuz-Missionen» nannte.

Gespanntes Verhältnis zur Schweizer Presse

Immer wieder beanstandete Frölicher die Art, wie die Schweizer Presse über Deutschland berichtete. Und nichts rückte ihn selbst dermassen ins Fadenkreuz der Kritik wie seine ständigen Presseschelten. Dabei begann seine Mission unter recht günstigen Vorzeichen. Gewiss, die sozialistische Presse war ihm, seit er die diplomatischen Beziehungen zum falangistischen Spanien eingefädelt hatte, nicht wohlgesonnen. Aber kein Geringerer als Markus Feldmann, Chefredaktor der *Neuen Berner Zeitung*, Nationalrat und zeitweiliger Präsident des Schweizer Pressevereins sowie nachmaliger Bundesrat, gratulierte ihm zur Ernennung mit den Worten: «Ich betrachte es als einen besonderen Vorteil, dass in der deutschen Reichshauptstadt eine Persönlichkeit die Schweizer Interessen vertritt, die namentlich auch mit der schweizerischen Presse Kontakt zu halten verstand.»¹⁸⁴ Auch *Der Bund* schrieb, dass Frölichers Ernennung grosse Hoffnungen in der liberalen Presse weckte.¹⁸⁵

Frölicher missfiel die Berichterstattung über Deutschland in vielen heimischen Zeitungen von Anfang an. In seiner Korrespondenz mit dem EPD kam er bis ins Jahr 1942 immer wieder auf dieses Thema zurück. Im höheren Landesinteresse fühlte er sich verpflichtet, gegen die Meinungsfreiheit Stellung zu beziehen, wo immer diese die Beziehungen zu Deutschland gefährdete. Verschiedentlich bemerkte er, wenn man die Presse kritisiere, könne man keine Lorbeeren ernten. Dennoch müsse er sich dieser Aufgabe unterziehen. Erst ab 1943 dämmerte ihm, dass die Schweizer Gazetten die Sicherheit des Landes nicht aufs Spiel setzten, auch wenn sie unverhohlen mit den Alliierten sympathisierten. Nun belächelte er in seinen Tagebucheinträgen den deutschen Gesandten in Bern, Otto Köcher, und die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes: diese würden immer noch ihre alten Steckenpferde reiten und sich über die Schweizer Presse beschweren.

Was beanstandete Frölicher? Ab und zu kritisierte er verbale Entglei-

sungen. Meistens aber ging es ihm um mehr. Er fand, die Schweizer Presse berichte insgesamt abträglich über das nationalsozialistische Deutschland und in den ersten Kriegsjahren habe sie zu einseitig für die Westmächte Partei ergriffen. Kaum vier Monate in Berlin, ermahnte er die Zentrale: «Schon wiederholt hatte ich Gelegenheit Sie schriftlich und mündlich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sich aus der Schreibweise unserer Presse ergeben. Fast jedermann, mit dem ich hier über die schweizerisch-deutschen Beziehungen sprach, hat sich über die unfreundliche Haltung gewisser schweizerischer Zeitungen beklagt.... Man wird sich... keinen Illusionen darüber hingeben können, dass auf die Dauer für Grossdeutschland diese Hetze gegen den nationalsozialistischen Staat unerträglich wird...»¹⁸⁶ Frölicher ging noch weiter. Er rügte nicht nur einzelne Artikel oder Zeitungen, er verlangte auch mehr oder weniger offen die Abberufung von Journalisten, deren Berichterstattung das schweizerisch-deutsche Verhältnis belastete. Dem Korrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung*, Reto Caratsch, legte er im Juli 1940 nahe, Deutschland zu verlassen, da er sich offensichtlich, wie seine Berichte zeigten, in Berlin nicht wohl fühle. Der Gesandte erteilte dem verdutzten Korrespondenten diesen Ratschlag eine Stunde, bevor dieser im Reichspropagandaministerium von seiner Ausweisung erfuhr.¹⁸⁷ Dem Politischen Departement berichtete Frölicher lakonisch, es wäre am besten gewesen, wenn die *Neue Zürcher Zeitung* ihren Korrespondenten, wie von ihm mehrfach angeregt, schon längst zurückgezogen hätte.¹⁸⁸ Im März war bereits der Wirtschaftskorrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, Johann Conrad Meyer, ausgewiesen worden. Auch ihm warf Frölicher vor, mit seiner Berichterstattung viel Schaden angerichtet zu haben.

Schon Mitte der 1930er-Jahre, als Frölicher in der Abteilung für Auswärtiges arbeitete, hatte er viel Verständnis für die Pressekritik des Dritten Reiches gezeigt. Mehrmals hatte er sich zum Sprecher deutscher Forderungen gemacht.¹⁸⁹ Diese Neigung verstärkte sich noch, als er der Berliner Gesandtschaft vorstand. Im September 1938 betrieb Frölicher gar die Absetzung des Chefredaktors der *Neuen Zürcher Zeitung*. Nachdem dieses Blatt das Münchener Abkommen schärfstens kritisiert hatte, forderte er in einem Brief an Hans König, den Generaldirektor der Rentenanstalt, unverhohlen, man müsse auf der Zürcher Redaktion zum Rechten sehen.

Sein Stellvertreter, Franz Kappeler, doppelte am 12. Oktober 1938 in einem Schreiben an einen Herrn A. Stahel in einem rüden Ton nach: «Wenn Herr Bretscher und Konsorten unbelehrbar sind und sich nicht davon abbringen lassen, auf Kosten der Landesinteressen ihren aus der Hörigkeit gegenüber einer fremden und unschweizerischen Mentalität entspringenden Hetzfeldzug gegen unseren nördlichen Nachbar fortzusetzen, so sollte erwartet werden können, dass wenigstens der Verwaltungsrat der Zeitung mehr Weitsicht und Einsicht besitzt und diesem Treiben ein Ende setzt.»¹⁹⁰

In der Folge kam Frölicher mit grosser Hartnäckigkeit auf seinen Vorschlag zurück. Im Gefahrensommer 1940 rekapitulierte er mehrmals, Willy Bretscher und auch der Chefredaktor des *Bund*, Ernst Schürch, sollten durch geeignetere Persönlichkeiten ersetzt werden.¹⁹¹ Dass solche Angelegenheiten privater Natur sind und nicht ins Pflichtenheft eines Diplomaten gehören, wollte Frölicher lange nicht einsehen. Mehr als nur einmal musste die Zentrale ihren Missionschef zurechtweisen. Bretscher nahm Frölicher sehr übel, dass er hinter seinem Rücken seinen Sturz betrieb. Als sich Motta noch vor dem Krieg beim NZZ-Chefredaktor über Caratschs Berichterstattung beschwerte, nahm Bretscher seinen Korrespondenten in Schutz, obgleich er ihn wenige Wochen zuvor wegen einem entstellten Zitat in scharfen Worten gerügt, ja ihm deswegen schwerwiegende Konsequenzen angedroht hatte.¹⁹² Jetzt hingegen parierte er Mottas Kritik mit der Bemerkung, Caratsch sei bei den deutschen Behörden offenbar besser angeschrieben als bei der Gesandtschaft in Berlin, welche mit privaten Schreiben gegen die *Neue Zürcher Zeitung* intrigiere.¹⁹³

Im Laufe der 1930er-Jahre verschlechterte sich das Verhältnis zwischen dem Bundesrat und den wichtigsten Presseorganen. Auch aus der Wirtschaft mehrten sich die Klagen, wonach die Zeitungen mit ihren deutschfeindlichen Kommentaren das Geschäftsgebaren erschwerten. Alle forderten eine zurückhaltendere Berichterstattung. In dieser gereizten Stimmung begaben sich im Oktober 1938 die drei angesehenen Chefredaktoren der *Neuen Zürcher Zeitung*, der *Basler Nachrichten* und des *Bund*, Willy Bretscher, Albert Oeri und Ernst Schürch, zu Bundesrat Motta, um sich über die Verantwortung der Presse in der internationalen Berichterstattung auszusprechen. Schürch verfasste Notizen über dieses

Gespräch.¹⁹⁴ Die Pressevertreter verfochten ihre Sache gut. Sie obsiegt auf der ganzen Linie. Alle waren sich einig, dass die Schweiz keine Gesinnungsneutralität kenne und sich folglich auch von niemandem solche Richtlinien vorschreiben lasse. Jegliches Ansinnen, die Berichterstattung in der Schweizer Presse an Neutralitätspflichten zu binden, müsse man entschieden abweisen. Wenn der Bundesrat zur Mässigung aufrufe, dann sehe er sich zu solchen Schritten lediglich aus innenpolitischen Erwägungen gezwungen. Mit Neutralitätspflichten hätte derlei nichts zu tun.

Doch sollte die Schweiz im höheren Landesinteresse nationalsozialistisches Unrecht nicht mehr so hart kritisieren? Sollte sie einen Anpassungskurs einschlagen? Die drei Chefredaktoren wehrten sich dagegen aufs Entschiedenste. Man hätte gesehen, wohin der sogenannte Pressefrieden des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg geführt hätte. Die Nationalsozialisten würden jedes Nachgeben als Schwäche interpretieren und dementsprechend ihre Forderungen in die Höhe schrauben. Das Chefredaktorentrio bezog in dieser Besprechung einen Standpunkt, der Frölichers Credo diametral entgegengesetzt war: Widerstand statt Anpassung. Die Geschichte sollte ihnen recht geben. Aber Frölicher befürchtete damals, die ungeschminkte Sprache der Schweizer Blätter vergiftete unnötigerweise die Beziehungen zum Dritten Reich, die Verwegenheit der Journalisten könnte Hitler zu Taten mit unabsehbaren Folgen für die Eidgenossenschaft reizen.

Frölicher exponierte sich mit seiner Presseschelte mehr als andere; aber allein war er wirklich nicht. Das Unbehagen in Schweizer Führungszirkeln war weitverbreitet. Im Jahre 1938 fühlte sich der Bundesrat gezwungen, Massnahmen gegen Missbräuche im Pressewesen zu erlassen. Am 15. Dezember setzte er den Beschluss zum Schutze gegen staatsgefährliche Umtriebe in Kraft. Das EPD erklärte in einem Rundschreiben an alle Gesandtschaften, weshalb es zu diesem Beschluss gekommen sei. Die schweizerischen Beziehungen zum Deutschen Reich hätten sich unerfreulich entwickelt. Sie hätten sich in erster Linie verschlechtert, weil die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland nichts anderes gestattete. Aber leider sei «ebenso richtig, dass ein nicht geringer Teil der schweizerischen Presse in der Form der Kritik nicht Mass zu halten vermag, ja dass gewisse Blätter sich dazu hergeben, Gerüchten und glatten

Erfindungen in so auffallender Weise Raum zu gewähren, dass der Argwohn nicht ganz unbegründet ist, es werde mit solchen Machenschaften versucht, das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland systematisch zu vergiften. ... Die bis anhin eifersüchtig gehütete Pressefreiheit wird sich Einschränkungen gefallen lassen müssen, wenn nicht durch die eingerissenen Missbräuche die Existenz unseres Staates aufs Spiel gesetzt werden soll.»¹⁹⁵

Die Schaltzentrale der eidgenössischen Aussenpolitik sparte nicht mit Kritik an der Schweizer Presse. Sie stand gewiss unter dem Eindruck von Frölichers Ratschlägen. Aber mitunter riet auch der Schweizer Gesandte in Rom dem Bundesrat, die Redaktoren zur Mässigung anzuhalten.¹⁹⁶ Paul Ruegger, ein Diplomat mit erlesenen Umgangsformen, drückte sich allerdings verhaltener aus. Kritik kam indes auch von völlig unverdächtiger Seite. Major David Gerber etwa, ein Mann des Widerstandes der ersten Stunde und später Mitglied der sogenannten Offiziersverschwörung, notierte im Frühjahr 1939 nach einem dreimonatigen militärischen Ausbildungsaufenthalt in Norddeutschland: «Unsere Einstellung so wie die geistige Wehrbereitschaft soll eine innerlich tief gewurzelte sein und muss uns rein interne Angelegenheit bleiben. Sie darf sich deshalb nicht in [einer], aus einer gewissen Angstpsychose hervorgerufenen und aus der Feder von Leuten, die dadurch ihre vaterländische Gesinnung dokumentieren zu glauben müssen, stammenden Pressepolemik gegen Nachbarstaaten auslassen... Unsere Presse sollte einmal verstehen, dass ihre Aufgabe nicht darin liegt, fremde Angelegenheiten zu kritisieren und lächerlich zu machen, sondern vielmehr unsere eigene Idee, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ins Volk zu tragen um sie hier zu festigen.»¹⁹⁷

Oder Oberst Oscar Frey, Mitglied der Aktion Nationaler Widerstand und Chef der zur geistigen Landesverteidigung gegründeten Sektion Heer und Haus, meinte, es sei unbestritten, dass sich die Schweizer Presse bis zum Krieg nicht immer so verhalten habe, wie es wünschbar gewesen wäre. Vieles könne man weder als klug noch als anständig bezeichnen.¹⁹⁸ Schliesslich forderte, auch dies muss man erwähnen, General Guisan im Sommer 1940 vom Bundesrat weit mehr, als Frölicher es je getan hat. Der General verlangte die Einführung der vollständigen Vorzensur mit der Begründung: «Ich glaube, die Vorzensur ist das einzige Mittel, um Zwi-

schenfälle zu vermeiden, die aus den Tollheiten und Übertreibungen unserer Presse herrühren könnten.»¹⁹ Der Bundesrat gab bekanntlich Guisans Ersuchen nicht statt.

Mochte sich Frölicher mit seiner Pressekritik in guter Gesellschaft befinden, die Tatsache, dass er die Rolle der freien Berichterstattung in der Schweiz nicht richtig einschätzte und mit seinen Interventionen entscheiden zu weit ging, lässt sich nicht leugnen. Aber etwas anderes kann man ihm zugute halten: Niemand war einem solchen psychischen Druck ausgesetzt wie er. Dass Schweizer Geschäftsleute in Deutschland ihn bedrängten, sich für eine andere Berichterstattung einzusetzen, ist belegt.²⁰⁰ Frölicher machte sich zu deren Sprecher und leitete ihre Beschwerden nach Bern weiter. Auch die Schweizer Delegationen, welche die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin führten, beklagten sich zuweilen, die Schweizer Zeitungen würden mit ihrer scharfen Kritik die Aufgabe der Unterhändler über Gebühr erschweren.²⁰¹ Den Schweizer Gesandten in Berlin beunruhigte sodann die öffentliche Meinung in Deutschland. Sie war häufig kritisch, mitunter giftig und drohend. Die *Frankfurter Zeitung* schrieb beispielsweise am 2. Dezember 1940: «Nie wird die deutsche Nation die Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit während dieses Krieges vergessen... Mehr als einmal hatte der deutsche Leser den Eindruck, dass mancher Journalist der Schweiz die britischen Kollegen an hemmungsloser Feindschaft gegen das Reich noch übertreffen wollte.»²⁰²

Am härtesten war freilich der Druck, den das Regime ausübte. An die Wilhelmstrasse zitiert zu werden, war schon in den kriegsschwangeren Jahren vor 1939 keine Angelegenheit, die man auf die leichte Schulter nahm – und in den ersten Kriegsjahren erst recht nicht. Kein Diplomat wäre einer Zitation gefolgt, ohne um sein Land zu bangen. In solchen Momenten wurde Frölicher einer nervlichen Belastung ausgesetzt, wie sie noch kaum ein schweizerischer Missionschef auszuhalten hatte. Wie war es am Auffahrtstag 1940, als Ribbentrop den Gesandten von einer Stunde auf die andere zu sich bestellte? Er tadelte die Schweiz aufs Schärfste. Die deutsche Regierung würde eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Schweizer Presse nicht mehr hinnehmen; auch drohte er, den deutschen Gesandten zurückzuziehen und Deutschland in der Schweiz nicht mehr durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Sollte dies

bedeuten, das Dritte Reich würde die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz abbrechen? Die Drohung war so formuliert, dass diese Interpretation sehr wohl möglich war. In Kriegszeiten hätte ein solcher Akt Unheilvolles ankündigen können. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ging häufig Hand in Hand mit der Kriegserklärung.

Nicht jede Besprechung im Auswärtigen Amt nahm einen derart dramatischen Verlauf. Aber Frölicher war beständig dem Trommelfeuer des Staatsapparates ausgesetzt. Sein Freund, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, bearbeitete ihn nicht weniger als andere Beamte. Immer wieder kam er auf das Thema «Berichterstattung in der Schweizer Presse» zurück. Am 2. Mai 1939 etwa vermerkte von Weizsäcker in seinen Aufzeichnungen: «Ich habe dem schweizerischen Gesandten heute gesagt,... dass die schweizerische Presse die feindseligste Haltung von allen Ländern zeige. Sie überbiete noch Amerika, England und Frankreich. Es sei mir unfasslich, wie die Schweiz glaube, eine derartige Haltung mit ihrem angeblichen Neutralitätswillen in Einklang zu bringen.»²⁰³ Oder Botschafter Karl Ritter, der die Wirtschaftsverhandlungen auf deutscher Seite führte, vertraute am 3. Juni 1940 den Akten an: «Ich benutzte die Gelegenheit, um dem Schweizer Gesandten die Sünden der Schweizer Regierung und der schweizerischen Öffentlichkeit in den letzten sieben Jahren vorzuhalten.»²⁰⁴

Frölicher nahm diese Drohungen ernst. Und seine Strategie lautete: Anpassung und nochmals Anpassung. Den unberechenbaren Hitler durfte man seiner Meinung nach nicht reizen. Deshalb stand Frölicher auch hinter der Eingabe der Zweihundert, in welcher der Bundesrat aufgefordert wurde, die Pressefreiheit einzuschränken und den politischen Kurs den Achsenmächten anzunähern. Den unbedingten Widerstand gegen nationalsozialistische Übergriffe und die Verteidigung der Pressefreiheit erachtete er angesichts der massiven Gefährdung als, wie er sich in seinen Aufzeichnungen rechtfertigte, «Untergangshysterie».²⁰⁵ Lieber die Freiheit ganz zu verlieren, als sie einschränken zu lassen – das mochte von einer heroischen Einstellung zeugen. Aber Frölichers Sache war dies nicht. Noch lange nicht alle Schweizer, empörte er sich in seinen Memoiren, hätten wegen Presseäusserungen, die einen Krieg hätten provozieren können, untergehen wollen.²⁰⁶

Nach dem Krieg fühlte sich Frölicher von Bundesrat und Bevölkerung unverstanden. Offensichtlich hätten viele die grosse Gefahr, in der sich die Schweiz im Sommer 1940 befunden hatte, schon wieder vergessen. Er gewann den Eindruck, man dränge ihn in eine Ecke ab, man tue so, als ob er ein Handlanger des Dritten Reiches gewesen wäre. Namentlich ärgerte ihn der Bericht des Bundesrates über die schweizerische Pressepolitik von 1939 bis 1945. Er schrieb: «Im Pressebericht des Bundesrates... wird die grosse Gefahr, die für unser Land bestand, kaum erwähnt. Dass wir ohne Verständigung über die Wirtschaftsfragen überhaupt nicht hätten durchhalten können und dass damals der unberechenbare Hitler nicht gereizt werden durfte, wird mit Stillschweigen übergangen.» Dann fährt er pikiert fort: «Die Mahnungen meiner Gesandtschaft werden als Interventionen bezeichnet, als ob sie erfolgt wären, um unsern Feinden in der Partei und im Propagandaministerium Schergendienste zu leisten. Wenn aber der Bericht abschliessend sagt, es sei merkwürdig, dass im Sommer 1941 die Interventionen verstummt seien, so zeigt dies nur, dass man die Gefahren nicht erkannt oder schon vergessen hatte. Die Gesandtschaft hat nur so lange gewarnt, als die Gefahren am grössten waren.»²⁰⁷ Frölicher blieb bis zum Schluss überzeugt, er hätte auf seinem Posten auch in Presseangelegenheiten richtig gehandelt. Er wollte die Schweiz auf seine Weise retten.

Konzessionsreiche Wirtschaftsdiplomatie

Angewiesen auf deutsche Kohle und deutschen Stahl, nicht minder abhängig aber auch von den Nahrungsmitteln der Westmächte, drohte die Schweiz im unerbittlichen Poker von Blockaden und Gegenblockaden zerrieben zu werden. Von grösster Bedeutung für das Binnenland Schweiz waren die Wirtschaftsverhandlungen. Zum Glück war die Eidgenossenschaft auf den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wesentlich besser vorbereitet als auf den Ersten Weltkrieg. Der Bundesrat und die Bevölkerung hatten aus den bitteren Erfahrungen ihre Lektionen gezogen. Unter der tatkräftigen Leitung von Bundesrat Obrecht hatte die Landesregierung, gestützt auf die im März 1938 erlassene Verordnung über die «Organisation der Kriegswirtschaft», eine kriegswirtschaftliche Parallelorganisation errichtet, die sich im Ernstfall als leistungsfähig erweisen sollte. Als erkennbar wurde, dass Europa erneut auf einen Krieg zusteuerte, hatten die Behörden auch grosse Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen anlegen lassen. Das eidgenössische Kriegsernährungsamt stellte in den Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicher. Mit dem «Anbauplan Wahlen» schliesslich nutzte man nach Kriegsbeginn alle landwirtschaftlich irgendwie brauchbaren Böden für den Ackerbau. Die Bundesbehörden nahmen auch die von den Kriegsparteien gewünschte Überwachung der Importe und Exporte autonom vor. Die unwürdigen Zustände im Ersten Weltkrieg, als fremde Mächte die eidgenössische Ein- und Ausfuhrpraxis mit eigenen Kontrollorganen überwachten, wurden vermieden.

Im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Vorsorge klärte der Bundesrat auch bei den Nachbarstaaten die Versorgungsmöglichkeiten ab. Von der deutschen Regierung erbat er im Herbst 1938 eine Erklärung, wonach die besondere Lage der Schweiz in einem Kriegsfall anerkannt und die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern aufrechterhalten würde. Die deut-

schen Behörden nahmen sich reichlich Zeit, um die schweizerische Demarche zu beantworten. Erst am 28. Juni 1939 erfolgte die gewünschte Zusage, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Schweiz den deutschen Transitverkehr durch die Alpen, soweit er nicht im Widerspruch zur Neutralität stehe, gewährleiste. Der Bundesrat war mit dieser Erklärung einverstanden und bestätigte, im Kriegsfall würden die nötigen Massnahmen gemeinsam mit der deutschen Regierung geprüft. Kurz nach Kriegsausbruch verlangte die deutsche Seite, die im Notenwechsel vom 28. Juni vereinbarten Verhandlungen aufzunehmen.²⁰⁸ Nun begann ein sechsjähriger Verhandlungsmarathon, dessen Parcours mit Hindernissen verstellt war, wie sie die schweizerische Wirtschaftsdiplomatie noch nie zu überwinden hatte.

Im Sommer 1940, als Frankreich zusammenbrach und Italien an der Seite des Dritten Reiches in den Krieg eintrat, war die Schweiz von den Achsenmächten umzingelt; selbst die nackte materielle Existenz der Bevölkerung war gefährdet. In jenen Monaten hing die Sicherung der Lebensgrundlagen davon ab, wie die Schweiz ihre Aussenhandelsbeziehungen mit Deutschland gestalten konnte. Denn das eingeschlossene Land musste sich mit dem Dritten Reich nicht bloss über den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr verständigen, sondern auch über den Aussenhandel mit allen anderen Staaten. Deutschland musste den Transitverkehr durch den von den Achsenmächten beherrschten Teil Europas genehmigen. Frölicher meinte rückblickend, ohne Kohle und Eisen aus Deutschland hätte die Eidgenossenschaft nicht einmal das Reduit befestigen können, denn ohne Kohle gab es keinen Zement und ohne Zement kein Reduit; und ohne Verständigung über die Gegenblockade hätte sich die Schweiz, da sie mehr als zwei Drittel ihrer importierten Nahrungsmittel aus Übersee bezog, nicht mit genügend Lebensmitteln versorgen können. «Die Verständigung über die Wirtschaftsfragen war eine Existenzfrage.»²⁰⁹

Mit grossem Geschick verhandelten Jean Hotz, der Direktor der Eidgenössischen Handelsabteilung, und Heinrich Homberger, der Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, fast ohne Unterbruch in Bern, Berlin und London, um den Würgegriff von Blockade und Gegenblockade zu lockern.²¹⁰ Sie erreichten, dass die Zufuhr von lebenswichtigen Gütern nie ganz abbrach. Die Schweiz bezog von Kriegs-

ausbruch bis Ende 1944 mehr Waren aus dem Machtbereich der Achse, als sie dorthin lieferte, nämlich Waren im Wert von 7,1 Milliarden Franken gegen 5,3 Milliarden. Die Importe aus den alliierten Ländern beliefen sich im selben Zeitraum auf 2 Milliarden, die Exporte auf 1,7 Milliarden Franken.²¹¹

Stets bestand indes die Gefahr, dass die Schweiz zwischen der Blockade der Achsenmächte und der Gegenblockade der Alliierten erstickte. Diese sehr schwierigen Dreiecksverhandlungen erforderten Beharrungsvermögen, viel Phantasie und starke Nerven. Die Schweiz musste freilich angesichts der dramatischen Lage auch Konzessionen eingehen, die sie lieber vermieden hätte. Äusserst delikater wurde die Lage für die Schweizer Unterhändler, als sich das Dritte Reich im Mai 1940 mit atemberaubendem Erfolg in die Westoffensive gestürzt hatte.²¹² Im Überschwang der sich überstürzenden Siegesmeldungen schlugen auch die deutschen Verhandlungspartner einen herberen Ton an. Auf einer von Göring geleiteten internen Sitzung am 2. Juli wurde die Schweiz heftig kritisiert, und der Reichsminister forderte kategorisch, dass die Schweiz in den Wirtschaftsverhandlungen «auf das schärfste angefasst werden müsse».²¹³ Göring wollte zudem die Kohlelieferungen unterbinden.

Die Schweiz hatte in der ersten Kriegsphase, dies ist unbestritten, einseitig die Westmächte mit Kriegsgeräten beliefert – nicht aus einem neutralitätswidrigen Verhalten heraus, sondern weil die deutsche Seite keine entsprechenden Gesuche gestellt hatte. Selbst der Gesandte Hemmen, der die deutsche Wirtschaftsdelegation leitete, anerkannte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass die Schweiz Deutschland gleichermassen mit Rüstungsgütern beliefern würde wie die Westmächte, wenn die deutsche Regierung konkrete Forderungen stellte.²¹⁴ Am 27. Mai bekamen Frölicher und Direktor Hotz die neue Diktion von Botschafter Ritter, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, zu hören. Er kanzelte die eidgenössischen Vertreter mit folgenden Worten ab: Die Schweiz erscheine «heute als eine grosse Rüstungswerkstatt, die fast ausschliesslich für England und Frankreich arbeite», und Deutschland werde es nicht zulassen, «dass weiterhin in der Schweiz noch ein Kilogramm deutscher Kohle für die Herstellung und Verfrachtung von industriellen Erzeugnissen verwendet werde, die

für England und Frankreich bestimmt seien... Wir wollen der schweizerischen Regierung die Chance lassen, Vorschläge zu machen. Nur eines müsse dabei sicher sein, dass unser Ziel zu hundert Prozent erreicht wird». ²¹⁵

Nach dieser Schelte fiel die schweizerische Wirtschaftsdelegation jedoch nicht um. Sie gab nicht einseitig deutschem Druck nach. Langwierige Verhandlungen folgten, dramatisch zugespitzt mit Verhandlungsunterbrüchen und der zeitweiligen Einstellung von Kohlelieferungen. Aber im August 1940 konnte ein erstes Abkommen unterzeichnet werden. Es musste freilich mit gravierenden Konzessionen erkaufte werden. Neutralitätspolitisch am vertracktesten und wirtschaftlich am schmerzhaftesten waren die Clearing-Vorschüsse, auf welchen das Deutsche Reich unnachgiebig bestand. Schon im Frühjahr 1940 hatte Reichswirtschaftsminister Walter Funk Frölicher auf dieses Thema angesprochen: Deutschland werde die Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz nur regeln, wenn es hohe zinslose Vorschüsse erhalte. Diese Clearing-Kredite waren, wie Frölicher erkannte, sozusagen Non-valeurs. ²¹⁶ Die Chancen, dass sie je zurückbezahlt würden, waren minim. Errang nämlich Deutschland – was 1940/41 durchaus im Bereich des Möglichen lag – den Endsieg, so würden die Summen vom Sieger wohl als solidarischer Beitrag der kriegsverschonten Schweiz zum neuen Europa deklariert; würde Deutschland im Krieg dagegen unterliegen, so dürfte es zahlungsunfähig sein. (Diese Befürchtung sollte sich dann allerdings nicht bewahrheiten. Dank dem stuppenden Verhandlungsgeschick von Minister Walter Stucki erhielt die Schweiz rund die Hälfte der Darlehen zurück.) ²¹⁷

Als die Forderungen an den Bundesrat herangetragen wurden, musste dieser schwer mit sich ringen. Er war sich bewusst, dass zinslose Kredite in der von Deutschland geforderten Höhe jenseits dessen lagen, was man guten Gewissens mit einer strikten Neutralitätspolitik vereinbaren konnte. Das Departement gab Frölicher nach qualvollen Beratungen folgende Richtlinie bekannt: Die Schweiz sehe sich genötigt, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht entgegenzukommen, sei aber nicht bereit, politische Konzessionen einzugehen. Bundesrat Pilet-Golaz bestätigte ihm diese Marschrichtung mündlich. ²¹⁸ Frölicher war später überzeugt, dass die Clearing-Kredite der Schweiz mehr Sicherheit gebracht hatten als alles

andere. In einem Bericht für Bundesrat Petitpierre über die Gefahrenmomente in den schweizerisch-deutschen Beziehungen vom Juli 1945 erklärte er: «Einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der beidseitigen Beziehungen bildete die Wirtschaftsvereinbarung vom August 1940. Die schon damals auch aus politischen Gründen zur Verfügung gestellten Kredite haben sicherlich viel dazu beigetragen, dass unser Land damals nicht überfallen und unter Zwang in die deutsche Kriegsmaschine eingespannt wurde.»²¹⁹

Die Schweiz räumte also Deutschland im August 1940 einen Vorschuss von 150 Millionen Schweizer Franken ein, was gemäss Frölicher zu einer merklichen Entspannung in den beidseitigen Beziehungen führte. Doch der enorme deutsche Finanzbedarf war damit keineswegs gedeckt. Im Gegenteil. Das problemlose Erschliessen von neuen Finanzquellen hatte den Appetit der Machthaber an der Wilhelmstrasse geweckt. Bevor der erste Vorschuss aufgebraucht war, drängte die deutsche Seite darauf, einen neuen Kredit auszuhandeln. In einem Zwischenprotokoll vom Februar 1941 gewährte die Schweiz weitere 165 Millionen, und im Abkommen vom 18. Juli 1941, welches Homberger als den Höhepunkt der schweizerischen Handelspolitik im Kriege bezeichnete,²²⁰ versprach die Schweiz, nochmals 535 Millionen Franken vorzuschüssen. Bis zum Kriegsende beliefen sich die schweizerischen Clearing-Vorschüsse auf über eine Milliarde Franken. Die Schweiz beschaffte sich mit diesen Verträgen in erster Linie Arbeit für die Bevölkerung. Denn ohne Rohstoffe aus Deutschland konnte die Schweizer Industrie nicht produzieren. Deutschland verpflichtete sich, Rohstoffe in grossen Mengen zu liefern. Im Jahr 1941 gelangten monatlich 200'000 Tonnen Kohle und 13500 Tonnen Eisen sowie 14500 Tonnen flüssigen Treib- und Brennstoffs in die Schweiz. In den Abkommen sicherte Deutschland auch zu, die bedeutsamen Zinszahlungen und anderen Entgelte für Dienstleistungen weiterzuführen. Diese betragen jährlich rund 200 Millionen Franken.

Das Dritte Reich lobte die Clearing-Vorschüsse als wichtigen «schweizerischen Baustein zum neuen Europa». Funk meinte gegenüber Frölicher im März 1942, Deutschland sei mit den wirtschaftlichen Leistungen der Schweiz zufrieden und hätte keinen Grund, die Zusammenarbeit zu gefährden.²²¹ Tatsächlich hatte Deutschland allen Grund, mit der Schweiz

zufrieden zu sein. Die entscheidende Mittelzufuhr erfolgte just in jener Phase, als Hitler den «Russlandfeldzug» einleitete. Es lässt sich somit nicht in Abrede stellen, dass die helvetische Geldspritze dieses Unterfangen erleichterte. Aber dass die Schweiz den Überfall auf die Sowjetunion vorfinanziert hätte, ist eine überzogene Folgerung, die durch den Sachverhalt nicht abgedeckt ist. Man darf die Proportionen nicht aus den Augen verlieren.²²² Ein wahnwitziges Unterfangen wie dieser Feldzug kostete nicht eine Milliarde, sondern Hunderte von Milliarden Franken.

Die Schweiz belieferte das Dritte Reich auch mit zahlreichen Rüstungsgütern. Von 1941 an nahm das Handelsvolumen an kriegswichtigen Waren rasant zu; es betrug 1942 mit 353 Millionen Franken das Sechsfache von 1938 und 1943 mit 425 Millionen Franken das Siebenfache. Insgesamt dürften die Waffen- und Kriegsmaterialexporte nach Deutschland über eine Milliarde Franken betragen haben.²²³ Dies ist eine beträchtliche Summe. Aber stellt man sie in den Zusammenhang der gesamten deutschen Kriegskosten von 1'200 Milliarden, dann machen die schweizerischen Rüstungslieferungen weniger als 0,1 Prozent aus.²²⁴

Deutschland war ursprünglich weniger an Kriegsgerät im eigentlichen Sinn interessiert als an Spezialwerkzeugmaschinen, beispielsweise an Maschinen, welche für die Fertigung von Uhrwerkszündern benötigt wurden. In einem Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an das Auswärtige Amt vom 16. Januar 1940 heisst es: «Wie dem Auswärtigen Amt... bekannt ist, sind diese aus der Schweiz zu liefernden Maschinen von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung des Programms für die Fertigung von Flakzündern; im Falle der Nichtlieferung wäre dieses Programm aufs äusserste gefährdet.»²²⁵ Bald freilich verlängerte sich die Auftragsliste und umfasste reine Munitionslieferungen ebenso wie Maschinen, welche man zur Entlastung der deutschen Produktionsstätten aus der Schweiz bezog. In einem Vermerk vom 21. Februar 1941 waren deutsche Stellen durchaus bereit, die Bedeutung der Schweizer Lieferungen einzugestehen: «Wenn die Schweiz uns jetzt in so erheblichem Umfang wichtigstes Kriegsmaterial liefert, wird man nicht mehr daran festhalten können, dass die Schweiz für uns als Lieferland uninteressant sei und deshalb hinsichtlich der Belieferung mit Kohle und Eisen hinter anderen Ländern zurücktreten müsse.»²²⁶

In den letzten Jahren beurteilten viele die Clearing-Kredite, die Goldkäufe und die Rüstungslieferungen der Schweiz an das Dritte Reich sehr kritisch, namentlich auch Stuart Eizenstat im Vorwort zur offiziellen Publikation des amerikanischen Staatsdepartementes über das von Nazideutschland geraubte Gold. Die Schweiz habe, so heisst es im sogenannten Eizenstat-Bericht, mit ihrem Verhalten zur Verlängerung des Krieges beigetragen²²⁷ – eine Behauptung, die in der Schweiz weitherum auf Ablehnung stiess und vom Bundesrat zurückgewiesen wurde; eine Behauptung auch, die der eigentliche Bericht weder erhebt noch dokumentiert. Eizenstats These verdeutlicht jedoch schlagartig, wie sich das Problem der Wirtschaftskonzessionen von einer Seite auf die andere verschoben hat. Dass die Konzessionen wichtig waren, bestritt noch nie jemand. Aber wer den grössten Nutzen davon hatte, das sahen bisher die meisten anders. Die zeitgenössische Einschätzung lautete: Die Wirtschaftskonzessionen waren ziemlich wichtig für Deutschland, und sie waren überlebensnotwendig für die Schweiz – und nicht umgekehrt.

Die Frage, ob die Wirtschaftskonzessionen die Schweiz vor einem militärischen Einfall bewahrt haben, stellt man sich auch heute noch zu Recht. Aber man kann die Frage nicht eindeutig beantworten. Wer kann schon wissen, welches Motiv für die Unversehrtheit der Schweiz den Ausschlag gab? Grosse Ereignisse und Begebenheiten lassen sich selten nur aus einem Erklärungsstrang herleiten. Vielmehr durchdringen sich verschiedene Gründe. Eine behutsame Geschichtsschreibung wird nicht die Wirtschaftskonzessionen gegen die militärische Abwehrbereitschaft oder die Verdienste der unabhängigen Presse aufwiegen, sondern deren Zusammenspiel untersuchen und würdigen.

Die Frage freilich, ob die Schweiz zu grosse wirtschaftliche Vorleistungen erbracht hätte, ist damit nicht vom Tisch gewischt. Einige Anhaltspunkte stützen diese Annahme. Hitler hatte bekanntlich wenig Sinn für Wirtschaftsfragen. Hätte er es sich in den Kopf gesetzt, die Schweiz einzunehmen, so hätte er sich kaum von wirtschaftlichen Überlegungen davon abbringen lassen. Ausserdem schätzten deutsche Kreise das wirtschaftliche Überlebenspotenzial der Eidgenossenschaft höher ein als die meisten Schweizer. Im Oktober 1943 gelangte eine deutsche Studie über das «Durchhaltevermögen der Schweiz im Falle eines Wirt-



*26 Empfang durch Oberbürgermeister Dr. Karl Georg Schmidt im Kölner Rathaus,
24. März 1939.*

schaftskrieges mit Deutschland» zum Schluss, die Schweiz wäre auf keinem Gebiet, selbst wenn Deutschland den gesamten Aussenhandel unterbinden würde, vor Ablauf von anderthalb Jahren gezwungen, um jeden Preis nachzugeben.²²⁸ Folgt man diesem Argumentationsstrang, dann wäre die Schweiz Hitler zu weit entgegengekommen.²²⁹ Die Vorschussleistungen wurden allzu eifertig erbracht, weil die Schweiz entweder ihre eigene Kraft unterschätzte oder sonst Konzessionen einging, welche auf Hitlers unberechenbares Gebaren ohnehin keinen Einfluss gehabt hätten.

Doch wer konnte damals, als das Dritte Reich ein Land nach dem anderen überfiel, so eiskalt und furchtlos in den Abgrund schauen? Die Schweiz war, dies ist unbestritten, für die deutsche Wirtschaft wichtig. Sie gewährte grosszügige Kredite, sie lieferte Rüstungsgüter, sie setzte Gold um und diente als unersetzbares Transitland nach Italien. Ein bedachter Historiker wie Klaus Urner

gelangt zum Schluss, gerade die wirtschaftlichen Vorteile einer intakten Schweiz hätten die Besetzung des Landes uninteressant gemacht.²³⁰ In dieses Bild fügen sich die Wirtschaftskonzessionen nahtlos ein. Sie steigerten die Attraktivität des Wirtschaftsplatzes Schweiz für das Dritte Reich erheblich. Frölicher war stets der Ansicht, die Schweiz hätte in erster Linie wegen den Wirtschaftskonzessionen den Krieg unversehrt überstanden. In einem unveröffentlichten Aufsatz, der als Vorlage zu seinen Memoiren diente, bemerkte er: «Überhaupt waren es vor allem Erwägungen der deutschen Kriegswirtschaft, die damals zu unserem Vorteil ins Gewicht gefallen sind. Eine intakte Schweiz, mit ihrer interessanten und verhältnismässig grossen Produktion, versprach der deutschen Kriegswirtschaft mehr Vorteile, als ein gewaltsam besetztes und verwüstetes Land, mit einer dann feindlich eingestellten Bevölkerung.»²³¹

Nüchtern betrachtet, musste die Schweiz wirtschaftliche Konzessionen eingehen. Wenn die erste Aufgabe eines Staates der Schutz seiner Staatsangehörigen ist, dann hatte sie keine andere Wahl. Die Unterhändler haben mit Beharrlichkeit und Geschick viel erreicht. Sie sorgten dafür – um mit Willy Bretscher zu sprechen –, dass «der isolierte und bedrängte neutrale Kleinstaat sich nicht widerstandslos den Diktaten der Mächtigen beugte, dass er entschlossen und mit Erfolg sowohl sein Lebensrecht als auch den Grundsatz der Gleichbehandlung der Kriegsparteien verteidigte, indem er seine Handelsbeziehungen auch mit der in den Wechselfällen des Krieges jeweils schwächeren Partei... aufrechterhielt.»²³²

Nach Frölichers Meinung war die Ausgangslage der Schweizer Unterhändler prekär. Gewiss besass die Eidgenossenschaft mit ihren leistungsfähigen Alpenverbindungen durch Gotthard und Simplon Trümpfe, die sie ausspielen konnte. Aber im gefahrenvollen Jahr 1940 war auch die Zugkraft von solchen Argumenten begrenzt. Sie reichte gerade, um jenen eine hieb- und stichfeste Rechtfertigung zu liefern, die sich innerhalb des deutschen Machtapparates für Verhandlungen mit der Schweiz einsetzten. Frölicher kannte diese Personen. In wirtschaftlichen Belangen hatte er sich wohl das beste Kontaktnetz erarbeitet. Er traf sich öfters mit Reichswirtschaftsminister Funk; der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht, mittlerweile Minister ohne Portefeuille, zählte zu seinem Bekanntenkreis,

und in Staatssekretär von Weizsäcker erkannte er einen Freund, der Verhandlungen mit der Schweiz immer unterstützte. Frölicher wusste aber auch, wie wichtig es war, das Gespräch mit den Generälen im Oberkommando der Wehrmacht zu suchen. Im Rückblick meinte er in einem Schreiben an General Hans Speidel:

«Die Schweiz ist ja eigentlich wunderbar durch die Krisis hindurchgekommen. Es wird bei uns übersehen, dass dies auch nur möglich war, weil wir im Auswärtigen Amt, in der Wehrmacht und in der Wirtschaft viele Freunde hatten. Die meisten dieser Freunde waren gegen die Hitlerpolitik, und wenn irgendjemand, so sollten wir dafür Verständnis haben, dass diese Freunde nicht einfach ihre Stellung aufgegeben, sondern ausgeharrt haben, denn wenn wir es nur mit Nazi zu tun gehabt hätten, dann hätte ich meine Mission nicht zu Ende führen können.»²³³

Der Schweizer Gesandte war in der Lage, die Wirtschaftsunterhändler von Anbeginn gut zu beraten. Als sie in Berlin eintrafen, stellte er sogleich Kontakte mit hochgestellten Persönlichkeiten her. Homberger würdigte diese Verdienste ausdrücklich. Gerade die Tatsache, dass Frölicher «bei den massgebenden Persönlichkeiten des deutschen Regierungsapparates Ansehen und Sympathie genoss», hätte es der Wirtschaftsdelegation erlaubt, «ihrerseits im sachlich begründeten Widerstand bis zur äussersten Grenze zu gehen».²³⁴ Auch Frölichers intime Kenntnis der Beamtschaft kam den Unterhändlern zustatten. Er wusste, welche Amtsstellen einflussreich waren und welche nicht. Homberger bestätigte, wie wichtig es war, mit dem Oberkommando der Wehrmacht zu verhandeln. Denn die Generäle hätten, im Gegensatz zu den zivilen Beamten, durchaus Verständnis dafür gezeigt, dass die Schweiz auch mit der anderen Kriegspartei Handel treiben müsste; sonst hätten ja die Alliierten keine Nahrungs- und Futtermittel mehr geliefert – Produkte, an denen Deutschland selbst Mangel litt und welche es somit nicht hätte in die Schweiz exportieren können.²³⁵ Ohne eine ausreichende Lebensmittelversorgung hätte die Schweiz auch keine Waffen und Maschinen bauen können. Der Chef des Eidgenössischen Kriegsernährungsamtes, Ernst Feisst, würdigte Frölichers Verdienste nicht weniger als Homberger. Er schrieb dem Diplomaten, als sich dieser aus dem Staatsdienst verabschiedete: «Sie haben... auch der Kriegser-

nährung grosse Erleichterung geschaffen, namentlich durch Ihre guten Beziehungen „...»²³⁶

Frölichers Anteil an den Wirtschaftsverhandlungen beschränkte sich im Wesentlichen auf den gesellschaftlichen Teil. Er stellte Beziehungen her und er trat als spendabler Gastgeber auf. Zu den Besprechungen wurde er nur selten gebeten.²³⁷ In den Verhandlungen sass in den ersten Jahren sein Mitarbeiter Max Grässli, ab 1942 Alfred Zehnder. Als Missionschef in Berlin sprach er sich freilich auch mit dem Bundesrat und den Unterhändlern über die Richtlinien in den Verhandlungen aus. Frölicher vertrat im Wirtschaftsbereich die gleiche Auffassung wie in der Politik. Er riet zum geschmeidigen Umgang mit dem mächtigen Partner. Nichts durfte man tun, was die Existenz der Schweiz gefährden könnte. Symptomatisch ist etwa der Tagebucheintrag vom 27. Mai 1943: «Wenn wir uns mit [dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes] Wiehl nicht verständigen, muss man mit Gefahren rechnen, denen wir unser Land nicht aussetzen dürften.» Folglich befürwortete er die grosszügige Gewährung von Clearing-Vorschüssen. Er hätte nie wie sein Kollege in Rom, Paul Ruegger, gehandelt. Dieser empfahl dem Bundesrat, der südlichen Achsenmacht nur dann entgegenzukommen, wenn Italien den politischen Würgegriff etwas lockere.²³⁸ Doch was wären die Alternativen gewesen? Auch wenn die Schweiz die 1'119 Millionen Franken im schweizerisch-deutschen Clearingverkehr als Totalverlust hätte abbuchen müssen, so hätte sie, um mit Urner zu sprechen, «sicherlich das kleinere Übel gewählt».²³⁹

Die Gesandtschaft und die Judenverfolgung

Die grösste Herausforderung für die Schweizer Gesandtschaft stellte sich, wenn man zurückblickt, auf moralischem Gebiet. Wie hat der diplomatische Aussenposten auf die Judenverfolgung reagiert? Im März 1938 marschierte Hitler triumphal in Wien ein. Nach dem Anschluss versuchten Tausende und Abertausende der rund 180'000 Juden, Österreich fluchtartig zu verlassen. Die Schweiz befürchtete, nachdem die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien ihre Grenzen sofort gesperrt hatten und das faschistische Italien als Zufluchtsort für jüdische Flüchtlinge kaum infrage kam, einen rasant anschwellenden Emigrantenstrom. Um die Zuwanderung zu begrenzen, schlug das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vor, für alle Inhaber von österreichischen Pässen den Visumszwang einzuführen. Doch diese Massnahme liess sich nicht realisieren. Denn nach der Volksabstimmung in Österreich über den Anschluss vom 10. April 1938 erhielten die Deutsch-Österreicher deutsche Pässe. Nun dachte man im EJPD daran, den Visumszwang für alle Inhaber von deutschen Pässen mit Wohnsitz in Österreich einzuführen. Aber damit würde man den Zweck, wie man bald realisierte, auch nicht erreichen. Denn die deutschen Behörden wollten sich der Juden mit allen Mitteln entledigen. Um deren Ausreise zu begünstigen, schreckten Amtsstellen auch nicht davor zurück, die Angaben über den Wohnsitz zu fälschen und einen in Deutschland gelegenen Ort im Pass einzutragen. Deshalb erwog man Mitte August in der Polizeiabteilung, den Visumszwang für alle Inhaber von deutschen Pässen einzuführen.

Tatsächlich beabsichtigten die Nationalsozialisten in jener Phase, die bis zum Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 oder spätestens bis zur Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 dauerte, alle Juden, nachdem man sie ihres Vermögens beraubt hatte, aus dem Dritten Reich abzuschieben. Ein Rundschreiben des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 über

«Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahr 1938» erklärte, es sei das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik, alle im Reichsgebiet lebenden Juden zur Auswanderung anzuhalten; die Vertreibung der Juden würde, so stand in der Zirkularnote, ausserdem in den Aufnahmeländern positive Nebenwirkungen erzeugen: das massierte Auftreten der jüdischen Flüchtlinge würde nämlich den Widerstand der eingessessenen Bevölkerung gegen die Emigranten anstacheln, Verständnis für die deutsche Judenpolitik hervorrufen und damit die beste Propaganda für das Dritte Reich abgeben.²⁴⁰

Der Ansturm auf die schweizerischen Vertretungen nach dem Anschluss Österreichs war gross. In den ersten Wochen reisten über 3'000 österreichische Flüchtlinge in die Schweiz ein. Im Juni meldete die ehemalige Gesandtschaft in Wien, welche nun als Generalkonsulat der Gesandtschaft in Berlin unterstellt war, täglich würden 100 bis 150 Personen vorsprechen, um sich nach den Bedingungen für die Einreise in die Schweiz zu erkundigen. In Berlin schnellten die Einreiseanfragen nach den Pogromen der sogenannten «Reichskristallnacht» (9./10. November 1938) in die Höhe. An einzelnen Tagen wandten sich mehr als 800 Juden an die Gesandtschaft. Doch rasch sprach sich herum, dass die meisten Gesuche abgewiesen würden, womit der Andrang innert kurzer Zeit abflaute. Bald war es Juden auch kaum noch möglich, sich legal zum Gesandtschaftsgebäude zu begeben. Gestützt auf die berüchtigte «Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit» vom 28. November 1938, verbot der Polizeipräsident von Berlin am 5. Dezember desselben Jahres den jüdischen Staatsbürgern, öffentliche Parkanlagen und Gebäude, namentlich alle Theater, Kinos, Konzertsäle und Museen zu betreten. Der Zutritt zu einigen prominenten Strassen, etwa der Wilhelmstrasse, war ihnen gleichfalls verwehrt. Das Sperrgebiet erstreckte sich zwar nicht auf die Fürst-Bismarck-Strasse, aber das Gebiet um die Gesandtschaft herum war weitgehend mit einem Bann belegt.²⁴¹

Die Gesandtschaft in Berlin hatte von der Bedrängnis der Juden genaue Kenntnis. Sie berichtete darüber an das Politische Departement – und zwar seit Langem. In einem Bericht vom 7. Juli 1933 entlarvte Frölicher, damals Erster Mitarbeiter des Missionschefs, den wahren Charakter der antisemitischen Kampagnen. Im Auswärtigen Amt, so meldete er, hätte man ihm

gesagt, die Juden würden nicht diskriminiert; ihnen würde lediglich im Gesellschaftsleben jener Platz zugewiesen, der ihnen anteilmässig zustünde. Doch Frölicher liess solche Phrasen nicht gelten. Wie könne man nur, so bemerkte er, eine krasse Benachteiligung der Juden in Abrede stellen, wenn ihnen der Zugang zum Beamtentum verwehrt würde!²⁴² Auch Dinichert hatte verschiedentlich antisemitische Massnahmen kritisiert.²⁴³ Und die Schreckensereignisse der «Reichskristallnacht» schilderten Konsul Franz Rudolph von Weiss aus Köln, der Konsul aus Leipzig, die Generalkonsuln aus Frankfurt und München sowie Frölicher selbst in detaillierten Berichten. Dieser meldete alarmiert am übernächsten Morgen nach der Schandtat: «Seit Mittwoch Abend spielen sich hier Vorgänge ab, die ... entgegen den in der Presse aufgestellten Behauptungen nicht spontane Handlungen aus der Bevölkerung heraus waren, sondern von gewisser Seite systematisch organisiert und befohlen worden sind. Einzelheiten haben Sie bereits aus der Presse entnommen. Leider muss ich Ihnen bestätigen, dass diese Mitteilungen in keiner Weise übertrieben sind, sondern voll und ganz der Wirklichkeit entsprechen.»²⁴⁴ Einen Monat später unterstrich Frölicher, die vollständige Vertreibung der Juden werde nun mit allen Mitteln vorangetrieben. Ständig neue Erlasse schränkten die Existenzmöglichkeit der Juden ein, um sie zum Auswandern zu veranlassen. «Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland eine vollständige Eliminierung der Juden herbeizuführen beabsichtigt.»²⁴⁵

Freilich, während die Gesandtschaft die Notlage der Juden nicht verkannte, setzte sie sich gleichzeitig dafür ein, die Aufnahme von Emigranten in der Schweiz zu erschweren. Die Berichte über die Judenverfolgung kreuzten sich mit Ratschlägen, wie man die Flüchtlinge von der Schweizer Grenze fernhalten könne. In der politischen Lagebeurteilung der Gesandtschaft schien eines vorrangig: Die Schweiz durfte unter keinen Umständen als eines der ersten Länder einen generellen Visumszwang für alle deutschen Staatsangehörigen einführen. Denn einen solchen Entscheid hätten die deutschen Machthaber, wie Frölicher meinte, in den angespannten Verhältnissen vom Sommer 1938 nicht verstanden. Die Massnahme wäre als unfreundlicher Akt aufgefasst worden, als eindeutiges Zeichen dafür, dass die Schweiz den Ausbruch 146 eines Krieges für unvermeidbar erachte. Im krampfhaften Bemühen, den generellen Visumszwang abzuwen-

den, geriet die Gesandtschaft auf Abwege. Sie verfolgte ein kurzfristiges politisches Ziel und verlor dabei die langfristigen ethischen Grundlagen aus den Augen. Sie liess sich auf Verhandlungen ein, welche die humanitäre Tradition der Schweiz verrieten und zur Einführung des Judenstempels in den deutschen Pässen führten.

Der erste, der die Weichen falsch stellte, war Dinichert. Eingeklemmt zwischen einer Schweiz, die am liebsten den generellen Visumszwang eingeführt hätte, und dem Dritten Reich, das unter allen Umständen eine solche Massnahme abzuwenden suchte, warf er, allerdings mit Gewissensbissen, die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, den Visumszwang nur für Juden einzuführen. Er schrieb an die Behörden im Heimatstaat: «Die einfachste Lösung wäre natürlich die, dass der Visumszwang auf die nichtarischen deutschen Staatsangehörigen beschränkt würde. Sie widerstrebt allerdings unsern Grundsätzen... Da auch in anderen Ländern, z.B. Ungarn und Rumänien, mehr und mehr Sondervorschriften für Juden erlassen werden, die zu einer Erweiterung der jüdischen Wanderbewegung führen dürften, verdient eine solche Regelung vielleicht doch, in nähere Erwägung gezogen zu werden.»²⁴⁶ Die Berner Zentrale antwortete auf diesen Vorschlag nicht.

Frölicher, der mittlerweile Dinichert als Missionschef abgelöst hatte, unternahm einen weiteren Schritt. Er unterbreitete die von seinem Vorgänger aufgebrachte Idee dem Auswärtigen Amt. Doch der deutschen Seite gefiel dieser Vorschlag so wenig wie dem Chef der Polizeiabteilung in Bern, Heinrich Rothmund. Dieser glaubte, die Lösung sei nicht praktikabel; die Wilhelmstrasse dagegen befürchtete, die Abschiebung der Juden würde durch den Visumszwang erschwert. Es schien vorerst, als ob man sich in dieser Frage nicht einigen könne. Deshalb drängte die Polizeiabteilung ab Mitte August darauf, eine generelle Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige einzuführen. In dieser Behörde war man nämlich zum Schluss gelangt, Deutschland speise die Schweiz lediglich mit hohlen Phrasen ab. Man beteuere zwar, die Juden nicht in die Schweiz abschieben zu wollen. Aber in Wirklichkeit sehe es anders aus. Deutschland beharre auf einer «rücksichtslosen Abschiebungspolitik».²⁴⁷

Unterdessen verhandelte in Berlin Franz Kappeler emsig mit Geheim-

rat Konrad Roediger vom Auswärtigen Amt. Kappeler, Frölichers rechte Hand mit weitgehenden Befugnissen, war mit der Materie bestens vertraut; schon unter Dinichert hatte er dieses Dossier betreut. Er war der eigentliche Sachbearbeiter auf der Gesandtschaft und beeinflusste die Verhandlungen mehr als alle anderen. Seinem Naturell entsprach es, über Gebühr auf die deutschen Forderungen einzugehen. Bei Meinungsverschiedenheiten hätte er den Vertretern des Gastlandes nie die Stirn geboten. Er suchte den Deutschen derart entgegenzukommen, dass man ihm nicht grundlos vorwarf, mehr die deutsche Politik gegenüber der Schweiz als die schweizerische gegenüber Deutschland zu vertreten. Schon unter Dinichert warnte er die eidgenössischen Behörden verschiedentlich vor einer «Verjudung» der Schweiz. Ihn dürften kaum Skrupel geplagt haben, als er mit Roediger eine Sonderregelung für sogenannte «Nichtarier» diskutierte. In diesen Gesprächen brachte Roediger zwei Vorschläge auf. Der erste lautete, die jüdischen Vornamen in den Pässen mit roter Tinte zu unterstreichen. Eine Verordnung vom 17. August 1938 hatte befohlen, ab 1. Januar 1939 seien in den amtlichen Ausweispapieren von jüdischen Staatsangehörigen die Vornamen Israel oder Sara zusätzlich zu den eigentlichen Vornamen einzutragen. Als Alternative schlug Roediger vor, im Pass ein grosses «J» in einem runden Kreis anzubringen.²⁴⁸

Der erste Vorschlag wurde sofort fallengelassen, da man die rote Tinte allzuleicht hätte schwarz überstreichen können. Den zweiten Vorschlag aber empfahl Kappeler in Bern als Verhandlungsgrundlage. Anfang September übermittelte die deutsche Gesandtschaft in Bern dem Auswärtigen Amt eine erste Stellungnahme des Chefs der Polizeiabteilung. Rothmund hätte dem Gesandten Köcher erklärt, er wäre zwar bereit, den Visumszwang nur für die deutschen Juden einzuführen, wenn aus den Pässen klar ersichtlich sei, dass die Inhaber Juden seien. Aber Rothmund weigerte sich strikt, die deutsche Forderung nach Gegenrecht zu erfüllen. Es käme nicht in Frage, jüdische Schweizer im Personaldokument diskriminierend zu behandeln. Deshalb lehnte er den deutschen Vorschlag ab.²⁴⁹

Mitte September reiste Ministerialrat Hans Globke aus dem Innenministerium – später ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Adenauer – nach Bern, um in direkten Verhandlungen mit dem Chef der Polizeiabtei-

lung die Visumsfrage zu lösen. Er brachte den auf unterer Ebene diskutierten Vorschlag wieder auf: Einführung des Visumszwangs nur für Juden, wobei deren Pässe speziell gekennzeichnet sein sollen. Dabei fielen nach Notizen von Rothmund folgende Worte: «In die in Deutschland auszustellenden Pässe von Nichtariern wird das von Herrn Geheimrat Roediger Herrn Dr. Kappeler vorgeschlagene Zeichen eingetragen.»²⁵⁰ Doch Rothmund konnte sich mit diesem Vorschlag aus dem erwähnten Grund nicht abfinden: Er wollte nichts von einem Gegenrecht wissen. Seiner Meinung nach war die Regelung zudem zu lückenhaft. So könnten deutsche Juden mit Wohnsitz in Italien nach wie vor ungehindert in die Schweiz einreisen. Überdies bedachte der Chef der Polizeibehörde die aussenpolitischen Weiterungen einer auf die Juden beschränkten Visumpflicht. Wie würde das Ausland reagieren, fragte er sich. Es würde gewiss heissen, «dass wir vor Deutschland wiederum eine Verbeugung machen und uns in die Rassenachse Berlin-Rom eingeschaltet haben würden. Ich befürchte, dass uns das enormen Schaden bringen könnte.»²⁵¹

Nach dieser erfolglosen Verhandlungsrunde machte sich das EJPD daran, die allgemeine Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige einzuführen. Frölicher warnte zwar ein über das andere Mal vor den politischen Auswirkungen einer derartigen Massnahme. Aber die Sache schien gelaufen. In einem verzweifelten letzten Versuch wandte sich der deutsche Gesandte Köcher an den Vorsteher des Politischen Departementes. Er bat Motta, der Bundesrat möge den Chef der Polizeibehörde nach Berlin zu Gesprächen entsenden. Rothmund, von dieser Einladung offensichtlich wenig angetan – das EJPD hätte etwas Mühe gezeigt, sich in die Lage zu schicken, hiess es im Politischen Departement –, begab sich widerwillig Ende September in die Reichshauptstadt.

In den dreitägigen Verhandlungen kam nicht viel anderes heraus als in den Berner Gesprächen – äusser einer entscheidenden Konzession: Die deutsche Seite verzichtete auf das vollständige Gegenrecht. Zwar war Rothmund mit seinem eigenen Vorschlag nicht durchgedrungen. In einer Protokollnotiz hatte er folgenden Textvorschlag festgehalten: «Deutschland verzichtet auf jede Gegenmassnahme gegenüber Schweizern.»²⁵² Aber die deutsche Seite akzeptierte schliesslich eine Formulierung gemäss

welcher sie die Zustimmung der Schweiz einholen müsste, wenn immer sie Sondermassnahmen für jüdische Schweizer ergreifen wollte. Die entsprechende Klausel lautete in der Vereinbarung folgendermassen: «Die Deutsche Regierung behält sich vor, nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung auch von Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit die Einladung einer ‚Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt im Reichsgebiet oder zur Durchreise durch das Reichsgebiet‘ zu fordern ...»²⁵³ Die entscheidenden Worte sind in der Formel «nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung» enthalten. Die Schweizer Delegation bemerkte in ihrem Bericht über die Verhandlungen vom 27. bis 29. September, sie habe lange gezögert, die Formulierung anzunehmen, endlich jedoch zugestimmt, weil sich die deutsche Seite verpflichtet habe, keine einseitigen Massnahmen zu erlassen, sondern vor jeglicher Änderung die Einwilligung der Schweiz zu suchen. Die Schweiz hatte somit stets einen Fuss zwischen Tür und Angel, um die Zustimmung verweigern zu können. Hätte das Dritte Reich aber die jüdischen Schweizer ohne vorherige Konsultation mit der Schweizer Regierung bei der Einreise einer besonderen Kontrolle unterworfen, so hätte es die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt und die Schweiz wäre somit berechtigt gewesen, vom Vertrag zurückzutreten.²⁵⁴

Zögernd willigte Rothmund ein, auf die Einführung einer allgemeinen Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige zu verzichten, wenn auf allen in Deutschland ausgestellten Reisepässen auf der ersten Seite links oben ein Kennzeichen für Juden angebracht würde. Im Verhandlungsbericht meinte er über die Vereinbarung vom 29. September, es hätte ihn einige Überwindung gekostet, dem Ergebnis zuzustimmen. Er hätte jedoch den Eindruck bekommen, die deutschen Behörden suchten ernsthaft die vorgesehenen Massnahmen durchzuführen. Ausserdem sei er sich bewusst gewesen, dass der Bundesrat nur ungern den Visumswang auf deutschen Pässen wieder eingeführt hätte. Und dann endet der Bericht an den Bundesrat mit den gewichtigen Worten: «Der Erstunterzeichnete [also Rothmund] hat in seinen früheren Berichten an Sie über die Kontrolle der Einreise von Flüchtlingen aus Deutschland seine Bedenken über eine nur gegen Juden gerichtete Massnahme mehrfach geäussert. Der vorliegende

Bericht befasst sich nur mit der technischen Seite der Kontrolle. Der Bundesrat wird darüber befinden müssen, ob ihm die genannten Bedenken die Zustimmung zu der in Berlin vorgesehenen Massnahme gestatten.»²⁵⁵

Die politischen Bedenken, welche Rothmund ansprach, schienen dem Bundesrat verkraftbar. Einstimmig hiess er am 4. Oktober die Vereinbarung gut. In der Mitteilung an die Öffentlichkeit wurde allerdings nicht erwähnt, dass deutsche Pässe von jüdischen Staatsangehörigen inskünftig mit einem speziellen Kennzeichen versehen sein müssten. Es hiess lediglich, Emigranten werde der Grenzübertritt nur noch gestattet, wenn ein schweizerisches Konsulat die Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Landesdurchreise in den Pass eingetragen hätte. Die Vereinbarung trat mit Notenwechsel vom 10. November in Kraft, mithin am Morgen nach der «Reichskristallnacht».

In ihrem Bemühen, die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich nicht zu gefährden, missachteten Schweizer Diplomaten völkerrechtliche Pflichten. Ausgerechnet jene Unterhändler, welche als Kronanwälte für die Achtung des Rechts in den internationalen Beziehungen eintreten sollten, begaben sich auf abschüssiges Gelände. Gewiss, sie handelten unter enorm starkem Druck, und sie wichen auch nicht von dem ab, was andere diplomatische Vertretungen taten. In der Reichshauptstadt sicherten sich die ausländischen Missionen in der Politik der Engherzigkeit gegenseitig ab. Wo die Gefahr steigt, nimmt die Angst zu; und wo die Angst zunimmt, schwindet die Grosszügigkeit. Aber man kommt um die eine Feststellung nicht umhin: Die Gesandtschaft in Berlin versagte moralisch in der Flüchtlingsfrage. Sie hat ein erhebliches Verschulden an der Einführung des Judenstempels auf sich geladen. Mit einer prinzipienfesteren Haltung der Berliner Gesandtschaft hätte sich ein schwerer Sündenfall vermeiden lassen.

In praktischer Hinsicht vermochte, nebenbei bemerkt, das diskriminierende Kennzeichen die Schweizer Grenzkontrolle nicht zu befriedigen. Schon Mitte Januar 1939, also nach bloss zwei Monaten, beschloss der Bundesrat, den Visumszwang für alle Emigranten einzuführen. Und mit dem Kriegsausbruch herrschte ohnehin rundum allgemeine Visumpflicht. Sodann gibt es noch andere Ungereimtheiten. Kappeler machte das EPD in einem Schreiben vom 30. August darauf aufmerksam, dass

die Pässe der deutschen Juden ab dem i. Januar 1939 zwangsweise mit jüdischen Vornamen gekennzeichnet würden, was die Grenzkontrolle erleichtern würde.²⁵⁶ Schleierhaft bleibt es, weshalb die Schweiz dennoch auf einer zusätzlichen Kennzeichnung bestand²⁵⁷ und weshalb sich ausgerechnet der genannte Diplomat zum Advokaten des «J»-Stempels aufschwang; nicht minder rätselhaft nimmt sich die Haltung des Dritten Reiches aus, dem anscheinend viel an einem Gegenrecht lag, obschon es sich sonst, wenn es um jüdische Staatsbürger ging, keinen Deut um Rechtsfragen scherte.

Die grundsätzlichen Bedenken, mit welchen Rothmund Sondermassnahmen zulasten der deutschen Juden verhindern wollte, verdienen hervorgehoben zu werden. So wie'ër argumentierte, hätte eigentlich das Politische Departement mit seinen völkerrechtlich geschulten Beamten argumentieren sollen. Auch strich Rothmund die politische Bedeutung der Vereinbarung klar hervor und wies den Bundesrat auf dessen Verantwortung hin. Aber die Beweggründe für Rothmunds Widerstand gegen die Diskriminierung der Juden lagen nur zum geringeren Teil in menschenrechtlichen Überlegungen. Ihm ging es in erster Linie darum, die Grenzen lückenlos kontrollieren zu können, wofür sich ein genereller Visumszwang am besten eignete. Philosemitische Gefühle schwangen kaum mit. Schon 1920 hatte er dem damaligen Chef der Abteilung für Auswärtiges, Paul Dinichert, geschrieben, er sei in der Überzeugung bestärkt worden, dass das jüdische Element im Allgemeinen für die Schweiz mehr schädlich als nützlich sei und er erachte den Augenblick für gekommen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Einreise von Juden in die Schweiz einer besonders scharfen Kontrolle unterziehen könne.²⁵⁸

Die grosse Schuld, welche die Schweiz an der Einführung des Judenstempels hatte, wurde der Öffentlichkeit erst mit der Publikation der *Akten zur deutschen auswärtigen Politik* bekannt. Im Jahr 1953 veröffentlichten die westlichen Alliierten den Band V, der die Vereinbarung vom 4. Oktober 1938 enthielt. Weitherum war man bestürzt. Das Entsetzen wurde lediglich durch den Umstand gemildert, dass man glaubte zu wissen, wem man die Hauptschuld überbürden könne: Heinrich Rothmund und Hans Frölicher. Alfred A. Häsler brandmarkte in seinem aufsehenerregenden Buch *Das Boot ist voll* die Versager deutlich. Doch wird man den beiden

Beamten damit gerecht? Gewiss trugen sie eine grosse persönliche Verantwortung, hatten sie doch in ihren Positionen mehr Möglichkeiten als andere, die Entscheidungen des Bundesrates zu beeinflussen. Aber man muss einräumen, dass Rothmund, wie auch die umsichtige Publikation von André Lasserre zur Flüchtlingspolitik festhält,²⁵⁹ von seiner Umgebung nicht negativ abstach. So wie er dachten die meisten.

Und Frölicher? Sein Fall ist komplizierter. Hätte er die Bedenken von Rothmund geteilt, so wäre es nie zum Judenstempel gekommen. Aber er verkannte die moralische Dimension dieser Massnahme. Selbst nach dem Krieg meinte er noch, er hätte seinem Land, indem er die Einführung des Visumszwangs abgewendet hätte, einen grossen Dienst erwiesen. Der Judenstempel hingegen hätte den Betroffenen nicht geschadet. Die jüdischen Staatsangehörigen hätten so oder so im Dritten Reich besondere Ausweispapiere tragen müssen. Es sei daher völlig unverständlich, weshalb im eidgenössischen Parlament nach fast zwanzig Jahren eine hitzige Debatte über diese Angelegenheit ausgebrochen sei.²⁶⁰ Die Tatsache, dass Frölicher selbst im Rückblick auf seine Berliner Tätigkeit und in voller Kenntnis aller Auswirkungen kein einziges Wort der Reue über die Lippen brachte, ist bestürzend – aber auch bezeichnend.

Frölicher wusste stets, mindestens in groben Zügen, was vorging. Er verfügte über genügend Quellen, die ihn über die Judenverfolgung orientierten. Eine davon war Konsul Franz-Rudolph von Weiss in Köln. Ab 1940 berichtete dieser über Deportationen von Juden und Zigeunern; er bestätigte auch die ungeheuerliche Beseitigung von Insassen in Heil- und Pflegeanstalten.²⁶¹ Der Konsul war gehalten, seine Berichte der Gesandtschaft zu schicken, welche diese auf dem Dienstweg dem EPD zustellte. Doch während des Krieges, bis tief ins Jahr 1943 hinein, verbannte Frölicher die Vertreibung und Vernichtung der Juden aus seinem Gesichtskreis. Er sprach und schrieb nicht über das, was im Dritten Reich vorging. Hingegen tadelte er im Herbst 1940 den Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Albert Oeri, weil dieser die Judenverfolgung in einem Leitartikel angeprangert hatte. Frölicher hielt es für unangebracht, «dass der Leiter eines der angesehensten Blätter sich zum Anwalt der Juden gegenüber dem

deutschen Antisemitismus macht und dadurch bei den massgebenden Kreisen in Deutschland Verärgerung hervorruft.»²⁶²

Frölicher beschönigte den flagranten Antisemitismus nicht. Aber dagegen zu protestieren, verbot seiner Ansicht nach die Staatsräson, die Sorge um das Überleben des eigenen Staates. Im Tagebuch findet sich unter dem 3. Mai 1943 ein höchst entlarvender Eintrag. Dabei ging es um Folgendes: Der Gesandte hatte aus unverfänglicher Quelle erfahren, welches Massaker sowjetische Truppen an polnischen Offizieren in Katyn angerichtet hatten. Die Nachrichten stammten von Professor François Naville, dem Ordinarius für Gerichtsmedizin an der Universität Genf. Dieser hatte von deutscher Seite eine Einladung erhalten, in einer internationalen Ärztekommision Einsitz zu nehmen und die Massengräber von Katyn zu untersuchen. Die Anfrage war nicht unproblematisch, denn die Gefahr war gross, dass die Kommission durch ihre Zusammensetzung eine deutsche Schlagseite aufweisen würde. Naville konsultierte, bevor er das Mandat annahm, das IKRK. Er sprach dort mit Paul Ruegger, dem ehemaligen Schweizer Gesandten in Rom. Dieser beriet nach seinem Rauswurf aus Italien 1942 vorübergehend den Präsidenten des IKRK, Max Huber, mit dem er früher schon vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte. Ruegger befürwortete die Teilnahme, wenngleich in etwas gewundener Form – nicht zuletzt deshalb, weil das IKRK selbst eine Anfrage abschlägig beantwortet hatte; das IKRK hätte eine Untersuchung nur durchgeführt, wenn auch die sowjetische Seite damit einverstanden gewesen wäre. Am Hauptsitz der humanitären Institution hoffte man, mit dem Genfer Experten den deutschen Unmut etwas besänftigen zu können. Der erfahrene Diplomat riet aber auch, zusätzlich das EPD zu kontaktieren. Dieses erhob, gestützt auf Rueggers Einverständnis, keinen Einwand. Vielmehr erteilte der Chef der Abteilung für Auswärtiges, Minister Pierre Bonna, schon am nächsten Tag seine Einwilligung. Allerdings betonte er, Naville hätte die Reise als Privatmann und auf eigene Verantwortung zu unternehmen.²⁶³ Merkwürdigerweise war Frölicher von dieser Untersuchungskommision nicht angetan. Er fand sie neutralitätsrechtlich problematisch – weit mehr, als die von ihm initiierten Ärztemissionen.²⁶⁴

154 So nahm der Genfer das Mandat an. Er reiste über Berlin nach Smolensk. Frölicher besuchte er schon auf der Hinreise. Und auf dem Rückweg

informierte er ihn über das, was er gesehen hatte: Alle Opfer seien durch Genickschuss umgebracht worden; aufgrund von Zeitungen und anderen Gegenständen, die man bei den Leichen gefunden hätte, stehe fest, dass die polnischen Offiziere im März und April 1940 erschossen worden seien, also zu einer Zeit, da sie sich in sowjetischem Gewahrsam befunden hätten, womit evident war, wer für das Massaker verantwortlich war.²⁶⁵ Der Gesandte informierte noch gleichentags Pilet-Golaz über das Gespräch. Seinem Tagebuch vertraute Frölicher dann am 3. Mai noch etwas anderes an: Er befürchtete, die Schreckensmeldung könnte von deutscher Seite propagandistisch gegen die Sowjetunion verwertet werden, und bemerkte dazu vielsagend: «Hoffentlich macht man dies bei uns nicht mit... Denn sonst müssten wir auch ein ähnliches öffentliches Interesse am Schicksal der Juden nehmen.»

Erforderte es die Staatsräson, drückte Frölicher beide Augen zu – selbst wenn die Sowjets, für die er wirklich keine Sympathien hegte, Gräueltaten begingen. Dies wirft ein Schlaglicht auf seine Grundeinstellung. Frölicher war ein klassischer Diplomat. Sein Denken und Handeln richteten sich nach Verhaltensregeln, die sich im Zeichen der Kongressdiplomatie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten. Menschenrechte waren in dieser Optik eine nebensächliche Angelegenheit. Sie durften das Einvernehmen zwischen den Staaten nicht gefährden. Deshalb wollte er nichts unternehmen, was den Ärger der Machthaber in Berlin hätte erregen können. Sein vorrangiges Ziel war es, im höheren Staatsinteresse möglichst gute Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu wahren, koste es, was es wolle. Diesem Gesichtspunkt ordnete er alles unter, auch moralische Bedenken. Ab 1944, als sich die akute Gefährdung der Schweiz verzogen hatte, begann er sich für Juden und andere Insassen von Konzentrationslagern einzusetzen. Er intervenierte zugunsten von norwegischen Studenten im Konzentrationslager Buchenwald, er verwandte sich für Juden im Konzentrationslager Bergen-Belsen; auch zugunsten von ungarischen Juden, denen die Deportation drohte, sprach er im Auswärtigen Amt 266 vor.

Man kann Dinicherts, Kappellers und Frölichers Schuld in der Bewältigung des Flüchtlingsproblems nicht in Abrede stellen. Aber man würde die Grössenordnungen verzerren, wenn man nicht auch etwas anderes er-

wähnte. Beamte haben eine Doppelstellung. Sie können einerseits Entscheidungsabläufe dank ihrer Stellung stark beeinflussen; andererseits sind sie Organe der ausführenden Gewalt. Sie sind an Weisungen gebunden und können nicht nach Belieben walten. Die letzte Verantwortlichkeit liegt somit beim Bundesrat und beim Schweizer Volk. Rothmund hatte unmissverständlich erklärt, der Bundesrat müsse selbst entscheiden, ob er die Vereinbarung vom 4. Oktober mit dem Judenstempel politisch verantworten könne.

Die Antwort der Landesregierung war eindeutig. Ohne Gegenstimme hiess sie das Verhandlungsergebnis ihrer Unterhändler gut. Und Motta spöttelte: «Herr Rothmund kann sich seiner kleinen Skrupel, die ihn noch quälen, also geruht entledigen.»²⁶⁷ Ob zu Recht oder zu Unrecht nahm der Bundesrat an, mit der diskriminierenden Visapolitik ein Vorgehen einzuschlagen, welches die Mehrheit des Schweizer Volkes aus Überfremdungsangst und Furcht vor der Politik des Dritten Reiches guthiess.²⁶⁸ Es war nur folgerichtig, wenn Bundespräsident Kaspar Villiger in seiner Ansprache zum fünfzigjährigen Kriegsende am 7. Mai 1995 vor den Eidgenössischen Räten erklärte: «Mit der Einführung des sogenannten Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen. Dieser Stempel wurde im Oktober 1938 von der Schweiz gebilligt. Wir haben damals in allzu eng verstandenem Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür...»

Bedrohte Schweizer im Dritten Reich

Einer diplomatischen und konsularischen Vertretung obliegt es, sich für die Interessen der eigenen Staatsangehörigen einzusetzen. Unter der Oberaufsicht des Postenchefs kümmern sich vornehmlich die konsularischen Mitarbeiter um die Anliegen der Landsleute. An Aufgaben fehlte es der Gesandtschaft in Berlin während des Zweiten Weltkriegs wahrlich nicht.

Erstaunlicherweise nahm die Anzahl von Schweizern im Dritten Reich bis Anfang 1943 zu. Laut den Geschäftsberichten der Gesandtschaft betrug Ende 1937 die Kolonie 12'644 Personen; Ende 1942 waren 14'482 Landsleute registriert. Ein kleiner Zuwachs ergab sich anfänglich aus Schweizern, vor allem Landarbeitern und Technikern, die am Vorabend des Krieges im wirtschaftlich prosperierenden Deutschland Arbeit suchten, derweil die Schweiz nur schleppend aus der Wirtschaftskrise herauskam. Die Kolonie nahm indes hauptsächlich zu, weil sich der Zuständigkeitsbereich der Berliner Gesandtschaft infolge der deutschen Einverleibungen und Eroberungen ständig ausdehnte: im Frühjahr 1938 kam Österreich hinzu, im Herbst das Sudetenland, im Frühjahr 1939 Böhmen und Mähren, 1940 die besetzten polnischen Gebiete; 1942 erstreckten sich die Berlin unterstellten Konsularbezirke bis in die Ukraine. Erst 1943 verringerte sich die Anzahl von schweizerischen Staatsbürgern sachte auf 14'167. In den letzten beiden Kriegsjahren strömten dann die Auslandsschweizer in grösseren Scharen in ihre Heimat zurück. Wie viele waren es? Man weiss es nicht genau. Im bombenversehrten Zentrum von Berlin fand man 1944 und 1945 keine Zeit mehr, um noch einen Geschäftsbericht zu erstellen. Aber bis zum Kriegsende im Mai 1945 dürften es etwa 3'000 Personen gewesen sein – angesichts der Kriegswirren eine erstaunlich kleine Minderheit.

Weshalb so wenig Rückwanderer? Bis tief ins Jahr 1944 hinein soll die Gesandtschaft, wie verschiedene Zeitzeugen berichteten, Auslandschwei-

zern davon abgeraten haben, in die Heimat zurückzukehren. Einzelne Beamte hatten erwähnt, die Deutschen würden mit ihren neuen Wunderwaffen – man dachte an die geheimnisumwobenen «Vergeltungswaffen» Vi und V2 – das Kriegsglück schon noch wenden. Auch hiess es auf der Gesandtschaft, es wäre in der Schweiz schwierig, Arbeit und ein Auskommen zu finden. Mit ähnlichen Argumenten soll der Landessender Beromünster noch im Januar 1945 die Landsleute im Osten aufgerufen haben, in der Ferne auszuharren.²⁶⁹ Die Zentrale und die Aussenposten zögerten bedenklich lange, die eigenen Staatsangehörigen zu repatriieren. Ein anderer Sachverhalt dürfte indes zahlreiche Schweizer Bauern und Gewerbetreibende nicht minder bewogen haben, den widrigen Umständen bis zum bitteren Ende zu trotzen. Im Dritten Reich war es Auswanderern nämlich verboten, Vermögenswerte ins Ausland mitzunehmen. Rückwanderer hätten Hab und Gut fast vollständig verloren. Der grosse Rückfluss begann somit erst nach der deutschen Kapitulation, als die Schweizer vornehmlich aus den von den sowjetischen Truppen eroberten Gebieten flohen.

Gelegentlich kam es auch vor, dass Schweizer der Wehrmacht beitraten. 1941 meldeten sich nach offiziellen Angaben 150 Landsleute freiwillig, im Jahr 1943, als sich die deutsche Niederlage schon abzeichnete, noch 68 Männer. Mit dem Eintritt in die Wehrmacht wurden diese Schweizer, die oft seit Generationen in Deutschland ansässig waren, automatisch im Deutschen Reich eingebürgert und verloren die schweizerische Staatsangehörigkeit. Die jungen Schweizer dagegen, die um Aufnahme in die Waffen-SS nachsuchten, waren zumeist aus ihrer Heimat geflüchtet. Von 133 Landsleuten, die nach Kenntnis der Gesandtschaft 1942 illegal nach Deutschland kamen, zogen 18 die schwarze Uniform an. Im nächsten Jahr waren es deren 30. Verzweifelte Eltern ersuchten die Gesandtschaft, ihre Söhne aus der Söldnerlegion herauszuholen. Solchen Interventionen war nie Erfolg beschieden. Wer älter als 17 Jahre alt war, wurde nicht mehr freigegeben, selbst wenn die Eltern protestierten. Die Gesandtschaft versuchte beispielsweise 1942, die Entlassung des achtzehnjährigen Ernst Zwicky oder des neunzehnjährigen Gottfried Schildknecht zu erwirken. Vergeblich. In keckem Übermut erklärten die Halbwüchsigen, sie seien stolz darauf, Angehörige dieser Sondertruppe zu sein;²⁷⁰ und der SS-Apparat beteuerte seine Unschuld, indem er die Respektierung des Willens

wurde aber wenigstens erreicht, dass nach der Entlassung von einer Ausweisung Umgang genommen wurde. Noch unerledigt sind die Fälle Ott (Chemnitz) und Rubin (Konzentrationslager Sonnenburg).

Mit den Bundesbehörden wurde geprüft, ob nicht eine Vereinbarung mit Deutschland getroffen werden sollte, wonach in allen Verhaftungsfällen der zuständigen Auslandsvertretung ex officio Mitteilung gemacht würde, sofern der Verhaftete ein dahingehendes Begehren stellt. Da aber gegen Ende des Berichtsjahres nur wenig neue Schutzstaffälle vorkamen und die schweizerische Auslandsvertretung regelmässig, sei es von den Verhafteten, sei es von ihren Angehörigen oder von der deutschen Behörde selbst, Kenntnis erhielt, so wurde der Anregung vorderhand keine weitere Folge gegeben.

Schweizerische Israeliten.

Die Schweizer israelitischen Glaubens oder israelitischer Herkunft sind in Deutschland wenig zahlreich. Im Gegensatz zu andern Ländern, die grosse jüdische Kolonien in Deutschland aufweisen, hatte sich daher unser Land über nur wenige Zwischenfälle, die Juden betrafen, zu beklagen. Über den Vorfall Guggenheim ist bereits berichtet worden. Ähnliche Misshandlungen jüdischer Schweizer haben sich unseres Wissens nicht ereignet. Bezüglich der Frage, ob schweizerische Juden ebenfalls den einschränkenden Massnahmen der deutschen Rassegesetzgebung unterliegen, vertritt die Gesandtschaft, im Einvernehmen mit den Bundesbehörden, die Auffassung, dass eine Diskriminierung nicht zulässig sei, soweit die deutsch-schweizerischen Staatsverträge die Gleichbehandlung vorsehen. Dieser Grundsatz ist auch deutscherseits nicht bestritten worden. Trotzdem gelang es nicht immer, eine unterschiedliche Behandlung zu verhindern, weil der Grundsatz der Gleichbehandlung eine allgemeine Maxime bedeutet, von der in der Staatspraxis gelegentlich Ausnahmen gemacht werden.

Die im Frühjahr eingeleitete Boykottbewegung der jüdischen Geschäfte traf auch mehrere schweizerische Geschäftsleute. Grundsätzlich war zwar angeordnet, dass der Boykott,

is dem Geschäftsbericht der Gesandtschaft in Berlin von 1933.

der Burschen vorschützte. Von den meisten Legionären jedoch hatte die Gesandtschaft keine Kenntnis. Wer den schwarzen Waffenrock anzog, suchte die Verbindung mit der offiziellen Vertretung nicht. Rund 900 junge Schweizer dürften der Waffen-SS beigetreten sein – bei etwa 100'000 Freiwilligen aus den europäischen Ländern eine vergleichsweise geringe Zahl.²⁷¹

Erfolgreicher war die Gesandtschaft in ihrem Bemühen, zum Tode verurteilte Schweizer vor der Urteilstreckung zu retten. Stets sass ein paar Schweizer Todeskandidaten in deutschen Gefängnissen ein. Den meisten wurde Spionage vorgeworfen – manchmal nicht zu Unrecht, beispielsweise dem Konsulatsangestellten James Ketterer oder dem Konsularbeamten Dr. Ernst Mörgeli, die nacheinander für den eidgenössischen Nachrichtendienst auf dem Konsulat in Stuttgart gearbeitet hatten. Leutnant Mörgeli, formell 1940 als Sekretär angestellt, wurde im März 1942 auf offener Strasse von der Gestapo verhaftet. Er soll, was die Sache noch brisanter machte, auch für den britischen Geheimdienst spioniert haben. Aber häufig wurden Schweizer aus anderen Gründen verhaftet und verurteilt. Die nationalsozialistischen Machthaber bedurften eines Faustpfandes, um abgeurteilte deutsche Agenten in der Schweiz freizupressen. In einigen Fällen gaben die deutschen Behörden offen zu, dass es sich um eine Repressalie handle. Im Jahr 1942 beispielsweise wurden fünf konsularische Mitarbeiter verhaftet. Abgesehen vom Fall Mörgeli verurteilte ein deutsches Kriegsgericht einen Konsulatsangestellten in Besançon zum Tode; in Elbing wurde ein Angestellter wegen unerlaubten Nachrichtendienstes verhaftet; in Wien warf man einem Kanzlisten die «Weitergabe von Geheimschriften» vor, und in Prag wurde Jeannette Jenny zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie den Abtransport eines Juden verhindern wollte. Sie wurde beschuldigt, zur Körperverletzung angestiftet zu haben.

Frölicher nahm diese Fälle nicht auf die leichte Schulter. Das harte Los der willkürlich abgeurteilten Landsleute bedrückte ihn. Verschiedentlich sprach er selbst in Bern vor und drängte im EPD darauf, die Schweizer so rasch als möglich aus den Gefängnissen herauszuholen. Er befürwortete unmissverständlich einen Austausch mit deutschen Agenten in der Schweiz. Am 16. Februar 1943 schrieb er, unter deutli-

cher Anspielung auf den Fall Jenny, ins Tagebuch: «Es geht nicht an, dass Konsulatsbeamte, die nichts getan haben, was in der Schweiz strafbar wäre, wofür im Gegenteil noch Gründe der Menschlichkeit angeführt werden können, im Stich gelassen werden. Unser Personal in Deutschland nimmt diszipliniert die Gefahren des Krieges auf sich, es kann aber erwarten, dass diese Treue auch vom Bundesrat erwidert wird.»²⁷²

In der Schweiz freilich war der Gefangenaustausch eine heisse Kartoffel, die niemand anfassen wollte. Die Schweizer aus den Gefängnissen herauszuholen – das war eine Sache; aber Saboteure und Spione ungestraft ins Reich abzuschleppen: Das widerstrebte der Volksmeinung zutiefst. Als Frölicher im Februar 1943 Bundesrat Pilet-Golaz bat, etwas für die inhaftierten Schweizer zu unternehmen, wischte der Waadtländer das Gesuch barsch vom Tisch. Er möchte, so erklärte er gemäss Frölichers Tagebuch, mit dieser Angelegenheit nichts mehr zu tun haben. Er hätte sich mit einem Vorschlag, die Konsulatsangestellten gegen deutsche Spione freizukaufen, schon beinahe den Ruf eines Landesverraters eingehandelt. Bitter vermerkte Frölicher, der Bundesrat zeige am Schicksal der Todeskandidaten – mit Ausnahme des Falles Mörgeli – überhaupt kein Interesse. Pilet-Golaz hätte ihn sogar ermächtigt, eine entsprechende Erklärung dem Auswärtigen Amt abzugeben. Frölicher hütete sich tunlichst vor einem solchen Schritt, der wahrscheinlich die Vollstreckung der Todesurteile ausgelöst hätte. In seiner Vorsprache an der Wilhelmstrasse betonte er vielmehr, wie leidenschaftlich die Austauschfrage die Gemüter der Schweizer Bevölkerung aufwühle. Auch unterstrich er, die Schweiz hätte bisher keine Todesurteile gegen Deutsche gefällt. Diese Tatsache sollte es der deutschen Justiz ermöglichen, die Todesurteile für Schweizer in Haftstrafen umzuwandeln.²⁷³

Frölichers kluges Vorgehen wurde belohnt, allerdings nur auf Umwegen. Seine Ratschläge befolgte man an der Berner Zentrale nicht. Es bedurfte der Überredungskunst eines deutschen Unterhändlers, bis die Schweiz in einen Austausch einwilligte. Aber immerhin konnte der Minister verhindern, dass eine unbedachte Antwort Schweizern das Leben kostete. Nachdem Mörgeli dank Vermittlung des SS-Generals Walter Schellenberg schon im Dezember 1942 aus dem Konzentrationslager Welzheim entlassen und in die Schweiz abgeschoben wurde, konnten

zurückkehren. Leicht betupft, dass die Zentrale auf seine Vorschläge nie eingehen wollte, notierte Frölicher am 17. April 1943: «Aus Bern kommt die Nachricht, dass der Häftlingsaustausch (6 Fälle) zustande gekommen ist. Das freut mich, wenn es auch für mich persönlich unbefriedigend ist, dass meine eigenen Bemühungen zu wenig geführt haben. Es musste ein deutscher Beamter nach Bern kommen, um etwas zu erreichen!»

In zahlreichen anderen Fällen zögerte die Gesandtschaft ebenfalls nicht, sich mit Nachdruck für in Not geratene Landsleute einzusetzen. Die Interventionen waren meistens erfolgreich, wiewohl nicht immer im ersten Anlauf. Der deutsche Schriftsteller Walter Hammer, der den Zuständen in den Konzentrationslagern sowie den Haft- und Strafanstalten im Dritten Reich nachforschte, gelangte zum Schluss, beinahe alle zum Tode verurteilten Schweizer seien vor der angedrohten Exekution bewahrt worden, während die meisten Nationen Europas zahlreiche Tote als Opfer der Hitler-tyrannie zu beklagen hätten. Er bekam «den Eindruck, als habe es der eidgenössischen Diplomatie immer wieder glücken wollen, die im Hitlerreich unter fadenscheinigen Vorwänden zum Tod verurteilten Schweizer durch Austausch zu retten.»²⁷⁴

Umso erstaunlicher ist, dass Frölicher und seine Mitarbeiter sich kaum für den Hitler-Attentäter Maurice Bavaud eingesetzt hatten. Warum nur überliessen sie den katholischen Theologiestudenten aus Neuenburg seinem Schicksal? Bavaud irrte im November 1938 zwischen München und Berchtesgaden mit der Absicht herum, Hitler zu ermorden. Als sich dazu keine günstige Gelegenheit einstellte und ihm mit der Zeit das Geld ausging, versuchte er verzweifelt, nach Frankreich zurückzukehren, wo er ein Priesterseminar besuchte. Kurz vor Augsburg jedoch erwischte ein Schaffner den Bahnreisenden ohne Fahrkarte, überstellte ihn der Bahnpolizei, die ihrerseits den Ausländer an die Gestapo weiterschob. Nun stellte sich heraus, dass er eine geladene «Schmeisser»-Pistole und ein fingiertes Empfehlungsschreiben an Hitler auf sich trug. Das Unheil nahm seinen Lauf. Zuerst verurteilte das Amtsgericht in Augsburg den Zweiundzwanzigjährigen wegen Fahrkartenbetrugs und unbefugten Waffenbesitzes. Dann wurde er dem Volksgerichtshof in Berlin überstellt. Dieses Gericht fällte am 18. Dezember 1939 das Todesurteil. Bavaud wurde im Gefängnis

Berlin-Plötzensee eingesperrt und nach zweieinhalbjähriger Haft am 14. Mai 1941 hingerichtet. Der eigenartige Student wurde einem grösseren Kreis erstmals durch Rolf Hochhuth bekannt. Als der Schriftsteller 1976 den Basler Kunstpreis entgegennahm, würdigte er den Neuenburger in seiner Dankesrede als einen Helden, ja er nannte ihn gar einen neuen Wilhelm Tell. Das bedauernswerte Schicksal des, wie Hitler sich ausdrückte, «Schweizer Heckenschützen» erregte auch das Interesse von Niklaus Meienberg. Zusammen mit Villi Hermann und Hans Stürm verfilmte er die Leidensgeschichte. Hernach verfasste der engagierte Schriftsteller eine vielbeachtete Reportage mit dem Titel *Es ist kalt in Brandenburg*, Der Historiker Klaus Urner schliesslich handelte das Thema in einer erschöpfenden Monografie ab.²⁷⁵

In diesem schwerwiegendsten und tragischsten Fall hatte die Schweizer Gesandtschaft, wie Urner beizupflichten ist, nicht einmal das Minimum an konsularischem Beistand geleistet.²⁷⁶ Zwar ersuchte sie die deutschen Behörden, die Todesstrafe in eine Haftstrafe umzuwandeln, aber es fehlte die menschliche Anteilnahme. Frölicher und Kappeler weigerten sich, den Todeskandidaten in Plötzensee zu besuchen. Das betuliche Vorgehen der schweizerischen Vertretung missfiel selbst einigen Beamten im EPD. Diese müssen den Departementschef über die Vorgänge in Berlin orientiert haben. Jedenfalls ermahnte Pilet-Golaz seinen Missionschef, er möge alles daran setzen, um die Exekution abzuwenden. Zudem forderte er ihn auf, hartnäckig zu insistieren, dass ein Mitarbeiter der Gesandtschaft den Verurteilten im Gefängnis besuchen dürfe.

Dieser Zurechtweisung entzog sich Frölicher mit gewundenen Worten. Er meinte, man müsse sich grösste Zurückhaltung auferlegen, man dürfe die richterliche Beurteilung des Falls durch den Volksgerichtshof – ein farcenhafte Gericht, das bis in die Parteikreise hinein verachtet wurde – nicht in Zweifel ziehen. «Auch muss sich die Gesandtschaft mit Rücksicht auf die verabscheuungswürdigen Absichten des Verurteilten begrifflicherweise eine gewisse Zurückhaltung bei der Vorbringung ihrer Begehren auferlegen. Ich halte es deshalb nicht für angebracht, um einen Besuch bei dem Verurteilten nachzusuchen.»²⁷⁷ Legationsrat Kappeler, der das Dossier auf der Gesandtschaft bearbeitete, ging sogar noch weiter. Gemäss internen Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes soll er eine De-

marche mit den Worten eröffnet haben, die Schweiz würde davon absehen, einen formellen Antrag auf Begnadigung zu stellen; sie würde es jedoch begrüßen, wenn die Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.²⁷⁸ Mit einer solchen Haltung verschaffte sich die Schweiz wenig Respekt. Die deutschen Behörden hielten es denn auch nicht für nötig, die Gesandtschaft über die Vollstreckung des Todesurteils im Voraus zu benachrichtigen, obschon das Auswärtige Amt Frölicher eine entsprechende Zusicherung abgegeben hatte. Das Henkersbeil fiel nach zermürbend langem Warten auf einen einsamen und verlassen Maurice Bavaud, den seltsamsten, aber auch den bedürftigsten aller Schweizer Insassen in deutschen Todeszellen.

Die Aussichten, für Bavaud eine Begnadigung zu erlangen, wären gewiss schlecht gewesen. Ein Regime, das Tausende und Abertausende hinrichtete, räumte einem Hitler-Attentäter keine Chance ein, mit dem Leben davonzukommen. Dennoch hätte die Gesandtschaft einen Austausch mit einem Landesverräter oder Saboteur, der in der Schweiz einsass, vorschlagen müssen. Dass sie es nicht tat, ist den geistigen Vorbehalten zuzuschreiben, die sie Bavaud entgegenbrachte. Frölicher und Kappeler waren in ihrem Innersten der Ansicht, Bavaud verdiene für seinen beabsichtigten Tyrannenmord die ihm auferlegte Todesstrafe. Das zitierte Schreiben von Frölicher spricht diesbezüglich eine klare Sprache.

Und was Kappeler betrifft, so berichtet Urs Schwarz, von 1940 bis 1942 NZZ-Korrespondent in Berlin, in seinen Erinnerungen: «Im Jahr 1941, eben von einer Reise in die Schweiz zurückgekehrt, machte ich ihm [Kappeler] einen Besuch. Das Telefon läutete... Jemand schien Kappeler zu fragen, was man zugunsten eines in Schwierigkeiten geratenen Schweizer tun könne. Aus der Antwort Kappelers entnahm ich, dass es sich um einen im Gefängnis sitzenden Landsmann handelte. Kappeler sagte: ‚Nein, nein. Wir unternehmen nichts. Er ist ja selber schuld. Er hätte das nicht zu machen brauchens... Ich fragte Dr. Kappeler: ‚Was ist das für ein Fall? Ist es etwas Ernstes? Ist es eine schwere Strafe?‘ Dr. Kappeler antwortete: ‚Ja, schon.‘ Und dann machte er, lachend, mit der Hand die Geste des Kopfabnehmens und fügte bei: ‚Er wird geköpft‘... Erst 1980, als ich erste Zeitungsauszüge aus dem Buch von Klaus Urner ‚Die Schweizer

Hitler-Attentate‘ zu Gesicht bekam, begriff ich, dass Kappeler damals über den jungen Schweizer Maurice Bavaud gesprochen hatte, der dann im Mai 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.»²⁷⁹

Doch wiederum, wie schon bei der Einführung des Judenstempels, ist die Schuld nicht auf eine Schulter allein verteilt. Warum klopfte die Berner Zentrale, die erwiesenermassen Bavaud mehr Schutz gewähren wollte, nicht stärker auf den Tisch? Erneut ist man mit der beunruhigenden Tatsache konfrontiert, dass jene, die Instruktionen zu erteilen befugt waren, im falschen Moment geschwiegen oder sonst ihre Stimme nicht kräftig genug erhoben haben. Bavaud wäre wohl der einzige Schweizer Häftling gewesen, dessen Straftat einen Gefangenenaustausch zu einem einigermaßen gleichgewichtigen Geschäft gemacht hätte: einen Hitler-Attentäter gegen einen hartgesottenen Saboteur. Solche Überlegungen stellte man im EPD zwar an.²⁸⁰ Aber im Angstklima von 1940/41 fand sich niemand, der sie mit Elan verfochten hätte. Sie gingen in einem Stapel von Bedenken unter.

Die Schweiz als Schutzmacht in Berlin

Nach Kriegsausbruch kamen auf die Schweiz ausserordentliche Aufgaben als Schutzmacht zu. Gestützt auf die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg war sie gut darauf vorbereitet. Der Bundesrat richtete, kaum hatte ihn das Parlament im August 1939 mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestattet, eine eigene «Abteilung für fremde Interessen» im EPD ein. Dass die Schweiz bei offenen Konflikten mit Mandaten betraut würde, war vorzusehen. Schon am 26. August fragte der deutsche Gesandte Köcher bei Bundesrat Motta an, ob die Schweiz im Kriegsfall bereit wäre, den Schutz der deutschen Interessen in England zu übernehmen.²⁸¹ Am 4. September wurde die Schweiz mit dem entsprechenden Mandat in London und in vielen Überseeterritorien betraut.

Die Abteilung für fremde Interessen, die ausschliesslich Schutzmchtaufgaben ausführte, sollte schon bald mit Arbeit überhäuft werden. Nachdem die Vereinigten Staaten und Japan in den Krieg eingetreten waren, erhöhte sich die Anzahl der Mandate schlagartig. Auf dem Höhepunkt der Tätigkeit, zwischen 1943 und 1944, betrauten 35 Staaten die Schweiz mit insgesamt 219 Mandaten.²⁸² Mitte 1943 waren an der Berner Zentrale mehr als 140 Mitarbeiter einzig mit Schutzmchtaufgaben beschäftigt.²⁸³ Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hatte sich auch das Verständnis, wie eine Schutzmacht am wirksamsten arbeiten könne, geändert. Während man früher glaubte, bei beidseitigen Vertretungen würden Interessenkonflikte entstehen, betrachtete man nun solche Doppelmandate als besonders günstig. So kam es, dass die Schweiz nicht nur die Interessen des Deutschen Reiches in London und Washington vertrat, sondern auch mit einem britischen und einem amerikanischen Mandat in Berlin betraut wurde.

Anfänglich war die Schutzmchtabteilung in Berlin in der schweizerischen Gesandtschaft untergebracht. Aber das Gebäude konnte die zahlreichen Mitarbeiter nicht mehr fassen, nachdem die Vereinigten Staaten der

Schweiz die Wahrung ihrer Interessen übertragen hatten. Die Schweiz nahm in Berlin während des Krieges die Interessen von 25 Staaten wahr, und der Mitarbeiterstab in der Reichshauptstadt wuchs zeitweilig auf über 150 Personen an.²⁸⁴ Die Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten quartierte sich in der leerstehenden amerikanischen Botschaft am Pariser Platz ein, und nebenan, in der britischen Botschaft, bezogen mehrere Mitarbeiter ihre Unterkunft. Im Dezember 1941, als mit dem amerikanischen Mandat noch zahlreiche andere Interessenvertretungen, welche die USA bisher für Drittstaaten wahrgenommen hatten, auf die Schweiz zukamen, ernannte der Bundesrat in der Person von Paul Werner Steiner einen Minister, der in Berlin ausschliesslich die fremden Interessen zu besorgen hatte. Doch schon nach wenigen Monaten verstarb Steiner an den Folgen einer Operation.

Sein Nachfolger, Peter Anton Feldscher, betreute die Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten bis zum Kriegsende. Der Bündner Diplomat kannte Frölicher bestens. Er hatte mit ihm zehn Jahre im Rechtsdienst des EPD zusammengearbeitet und 1938 dessen Nachfolge als Chef der politischen Sektion übernommen. Formell war die Berliner Schutzmachtabteilung Frölicher unterstellt. Als Missionschef liess er sich regelmässig über die wichtigsten Vorgänge orientieren. Bisweilen unternahm er auch selbst Demarchen, um einer Angelegenheit grössere Bedeutung zu verleihen. Er überwachte die Schutzmachtabteilung wesentlich stärker als etwa sein Kollege in London. Im Einklang mit seiner allgemeinen Einstellung bevorzugte er auch auf diesem Gebiet einen pfleglichen Umgang mit den deutschen Stellen, Feldscher hingegen einen bürokratisch korrekten. Bezeichnend ist folgender Eintrag in Frölichers Tagebuch am 13. Januar 1943: «Die Schutzmachtabteilung pflegte, ohne dass ich es wusste, alle Beschwerden über die Behandlung der Gefangenen mit Verbalnote [dem Auswärtigen Amt] vorzubringen. Das hat zu Verstimmungen geführt. Selbstverständlich ist es besser, regelmässig die Ergebnisse der Besichtigungen [in den Kriegsgefangenenlagern] konferenziell zu behandeln. Herr F. sieht es ein, will aber immer dem A. A. eine Notiz übergeben. Schule Dinichert! Andererseits ist die deutsche Methode sofort Gegenmassnahmen zu ergreifen eine schwere Belastung für unsere Tätigkeit. Ja man geht sogar so weit die Repressalien aufrechtzuerhalten, wenn es uns gelungen ist,

die beanstandeten Massnahmen rückgängig zu machen.... Wozu muss das führen, wenn auf beiden Seiten solche Methoden angewendet werden.» Vertrat Feldscher einmal eine andere Ansicht, so wusste er sich gegenüber dem selbstbewussten Kollegen nicht durchzusetzen.²⁸⁵ Dennoch verstanden sich die beiden gut und waren einander freundschaftlich verbunden, auch wenn Frölicher seine Grosszügigkeit mitunter etwas gönnerhaft ausspielte.

Im Sommer 1943 begann die Gesandtschaft, sich und der Schutzmachtabteilung Ausweichquartiere in der Umgebung von Berlin zu sichern. Von amerikanischer und britischer Seite war ihr geraten worden, das Zentrum von Berlin, um den bevorstehenden Bombenangriffen zu entgehen, zu verlassen und Unterkünfte in der Umgebung zu beziehen. Frölicher und einige Mitarbeiter quartierten sich im Schloss Börnicke am Oststrand der Stadt ein, das übrige Gesandtschaftspersonal zog nach Kladow. Der viel grössere Stab der Schutzmachtabteilung bezog Unterkünfte, die 50 bis 100 Kilometer ausserhalb Berlins lagen. Uniformierte PTT-Chauffeure, die sozusagen ihren militärischen Aktivdienst auf deutschem Boden erfüllten, fuhren das Gesandtschaftspersonal hin und her. Sie standen auch dem Personal der Schutzmachtabteilung zur Verfügung, das sich in Wudike, Blumenow, Bantikow und in fünf anderen Dörfern der Mark Brandenburg einquartiert hatte. Jeden Abend verliessen die Diplomaten und Angestellten die Stadt, um am Morgen ihre Arbeit wieder im kriegszerstörten Herzen Berlins aufzunehmen. Im November 1943 setzten die heftigsten Bombenangriffe auf das Stadtgebiet ein. Im Jahr 1944, als sich die Lage von Tag zu Tag verschlimmerte, verlegte die Schutzmachtabteilung einzelne Sektionen ganz aus Berlin heraus. Andere dagegen verharrten in den diplomatischen Liegenschaften, die grossenteils verwüstet waren. In der amerikanischen Botschaft konnte man ab September 1944 nur noch in den Kellern arbeiten. Dennoch verblieben einige Beamte unter der Leitung von Legationssekretär Max König so lange im Gebäude, bis die sowjetischen Artilleriegeschosse am 21. April 1945 buchstäblich auf den Pariser Platz niederprasselten. Im Keller hielten sich zu jenem Zeitpunkt auch drei aus Gefängnissen entwichene oder befreite Briten und Franzosen versteckt. Dem Schweizer Diplomaten selbst gelang es, während einer Feuer-

pause aus dem Inferno zu entkommen und nach Kladow zu entfliehen. Dort wartete er bis Mitte Mai sein Schicksal ab.²⁸⁶

Die meisten Mitarbeiter der Schutzmachtabteilung waren jedoch bei der sowjetischen Eroberung von Berlin nicht mehr in der Reichshauptstadt. Minister Feldscher hatte Ende März den Sitz nach Kisslegg in Württemberg verlegt. Nach den schlimmen Erfahrungen in Budapest wollte man in Berlin möglichst wenig Personal belassen, um die Beamten und Angestellten nicht den Gefahren einer sowjetischen Deportation auszusetzen. In Ungarn hatten die Sowjets nach der Eroberung der Hauptstadt zwei Schweizer Diplomaten verhaftet: den Legationssekretär Harald Feller und den Kanzleibeamten Max Meier.²⁸⁷ Mitte Februar wurden Meier und Feller langen Verhören unterzogen und schliesslich in sowjetische Gefängnisse und Lager abtransportiert. Sie sollten erst nach einem Jahr, im Austausch gegen sowjetische Internierte aus der Schweiz, die Freiheit zurückerlangen. Wahrscheinlich hatten die Rotarmisten die Diplomaten Meier und Feller einzig verschleppt, um sich ein Faustpfand zu verschaffen; mit diesen Geiseln wollten sie die sowjetischen Internierten in der Schweiz freipressen.²⁸⁸ Vizekonsul Carl Lutz dagegen, der die «Fremden Interessen» leitete und mit selbstlosem Mut 60 000 Juden das Leben rettete, blieb unbehelligt – im Gegensatz zu seinem schwedischen Kollegen, Raoul Wallenberg, der gleichfalls viele Juden in Budapest gerettet hatte. Dieser wurde in die Sowjetunion abgeführt und sollte nicht mehr zurückkehren.

Was tat die Schweiz als Schutzmacht? Zuerst übernahm sie die Gebäulichkeiten und Archive desjenigen Staates, welcher ihr ein Mandat übertragen hatte. Liegenschaften, die sie nicht für ihre eigene Tätigkeit benutzte, wurden versiegelt und mit deutlichen Kennzeichen unter Schweizer Schutz gestellt. Sodann bot sie den fremden Staatsangehörigen einen begrenzten konsularischen Schutz. Sie informierte den Heimatstaat, wie seine Staatsangehörigen behandelt würden; die Schutzmacht suchte auch die Staatsangehörigen in deren Heimat zurückzuführen. Schliesslich oblag ihr die Betreuung der Kriegsgefangenen, namentlich indem sie drei- bis viermal pro Jahr die Internierten besuchte. Die deutschen Behörden gestatteten nicht, das gleiche Lager jährlich mehr als viermal zu besuchen. Im Jahr 1944 begaben sich Schweizer Inspektoren auf 42 Rundreisen in

150 Lager, Lazarette und Militärgefängnisse in Deutschland, Polen, im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in Österreich. Die Fahrten führten von Berlin aus bis nach Königsberg, an die Ostgrenze Polens oder nach Klagenfurt.²⁸⁹ Die Gesandtschaft verfasste über die Inspektionen 350 Berichte. Sie beschrieb darin die Zustände in den Lagern und legte über die Schritte, die sie zur Verbesserung ungenügender Haftbedingungen eingeleitet hatte, Rechenschaft ab. Anschliessend wurden die Berichte jenen Regierungen zur Kenntnis gebracht, deren Staatsangehörige Schweizer Vertreter in deutschen Zwangsanstalten besucht hatten.

Da auch die Delegierten des IKRK Lagerbesuche durchführten, kam es manchmal zu Reibereien zwischen der Schutzmachtabteilung und den IKRK-Vertretern. Frölicher hielt von solchen Kompetenzstreitigkeiten nicht viel. Ihm ging es um die Sache. Deshalb befahl er, sich nicht kleinlich mit dem IKRK um den Vorrang zu streiten. Am 27. Mai 1944 notierte er in seinem Tagebuch: «Am Mittag sind Feldschers bei mir zum Essen. Die Diskussion wird lebhaft, weil ich dem Chef der Schutzmachtabteilung zu verstehen gebe, dass der Kontakt mit den Delegierten des Roten Kreuzes zu wünschen übrig lässt. Letzterer wirft den Delegierten vor, dass sie ... sich mit Angelegenheiten befassen, die in die Kompetenz der Schutzmacht fielen.» Frölicher belehrte seinen Mitarbeiter eines Besseren. Von einem übergeordneten Schweizer Standpunkt aus könne man es nur begrüssen, «wenn ‚so oder so‘ verhindert wird, dass sich die Kriegsführung immer mehr von den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen und den Bestimmungen der Genfer Konvention entfernt. Die Lorbeeren, die das Internationale Rote Kreuz erntet, schmücken ja auch das Haupt der Mutter Helvetia.»²⁹⁰

Mit nüchterner Sachbezogenheit setzte sich Frölicher auch für die Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes ein. Schon Mitte 1943 liess er Staatssekretär Gustav Adolf von Steengracht wissen, die Schweiz wäre bereit, einigen Tausend deutschen Kindern einen Urlaub in der Schweiz zu ermöglichen. Der Staatssekretär beantwortete die Einladung vorerst nicht. Nach fast einem Jahr erkundigte sich Frölicher nach einer Antwort. Steengracht meinte nur, Deutschland möchte auf das Angebot nicht eingehen. Die Welt könnte sonst den Eindruck bekommen, das Reich sei nicht mehr in der Lage, selbst für seine Kinder zu sorgen. Frölicher entgegnete, nichts liege der Schweiz ferner, als mit der Kinderhilfe irgendwelche Pro-

paganda zu betreiben. Sie lasse sich einzig vom Gedanken des Helfens und Heilens leiten; dazu fühle sie sich angesichts ihres «Beneficium neutralitatis» verpflichtet.²⁹¹

Während die Schutzmachtbeamten die Interniertenlager in Deutschland unbehelligt besichtigen konnten, gab es auf anderen Gebieten zahlreiche Probleme, ja unüberwindbare Hindernisse. Die Schweizer Diplomaten erhielten nie Zutritt zu den Konzentrationslagern. Diese galten nach deutscher Auffassung, da sie schon vor dem Krieg bestanden hatten, als ausschliesslich innere Angelegenheit.²⁹² Selbst als die Schutzmachtabteilung nachweisen konnte, dass sich britische Staatsangehörige, die Anspruch auf Schweizer Protektion erheben konnten, in den Lagern Buchenwald und Dachau befanden, erklärte das Auswärtige Amt unverblümt, die schutzberechtigten Personen befänden sich nicht in den Konzentrationslagern. Die einwandfreie Beweislage hätte es der Schweiz gestattet, auf einer Inspektion zu bestehen. Im Interesse der Gesamtbeziehungen, im Interesse auch Tausender von anderen Internierten, erachtete man es indes auf der Gesandtschaft und an der Berner Zentrale für klüger, die deutschen Behörden nicht der Lüge zu überführen; man hätte sonst riskiert, dass das Dritte Reich die Schutzmandate insgesamt aufgekündigt hätte.²⁹³

Dennoch hatte die Gesandtschaft generell den Eindruck, das Auswärtige Amt und die Wehrmacht würden der Schutzmachtabteilung nicht nur keine Schwierigkeiten bereiten, sondern seien ihr bei der Bewältigung ihrer Aufgaben behilflich. Wenn einzelne Übergriffe vorkamen, so wurden sie meistens, wenn die Schutzmacht einschritt, abgestellt. Doch es gab auch schwerwiegende Verstösse gegen die internationalen Konventionen. Frölicher war überzeugt, diese seien nicht den deutschen Behörden anzulasten, sondern Hitler höchstpersönlich. Im Herbst 1941 sollte ein umfangreicher Gefangenenaustausch bei Dieppe erfolgen – in letzter Minute wurde er auf Hitlers Geheiss aufgehoben, da wesentlich mehr englische Kriegsgefangene als deutsche heimgeschafft werden sollten. Ein andermal wurden britische Kriegsgefangene gefesselt; ein nächstes Mal wurden 47 britische Fliegeroffiziere, nachdem sie aus dem Gefangenenlager Sagan in Niederschlesien entwichen waren, erschossen; dann peitschte Goebbels die Bevölkerung unverhohlen auf, notgelandete alliierte Flieger zu ermorden.

Was sollte die Gesandtschaft tun? Frölicher meinte nachträglich, Proteste hätten nichts gefruchtet; sie wären ohnehin auf Weisung von oben nicht entgegengenommen worden. Man hätte nur mit Geduld Probleme langsam entflechten können. Tatsächlich liess sich endlich im Oktober 1943, nach mühsamer Kleinarbeit, wieder ein grosser Gefangenenaustausch arrangieren. Auch konnte die konventionswidrige Fesselung nach einiger Vermittlung aufgehoben werden. Bezeichnend für das damalige Arbeitsklima aber war, wie die Erschiessung der Fliegeroffiziere behandelt wurde. Frölicher intervenierte selbst bei Staatssekretär von Steengracht. Dieser behauptete, die Betroffenen hätten bei der Verhaftung Widerstand geleistet. Der Schweizer Gesandte war überzeugt, dass dies nicht der Wahrheit entsprach; er glaubte jedoch, der Staatssekretär sei gehalten worden, ihm diese Antwort zu geben. Und in seinem Rückblick bemerkte er: «Für unsere Schutzmachtätigkeit, die ja im übrigen weiterging, war es wohl auch besser, dass nicht durch Eingestehen der Wahrheit die Aufrechterhaltung der völkerrechtlichen Abmachungen überhaupt in Frage gestellt wurde.»²⁹⁴

Im letzten Kriegshalbjahr änderten sich die Arbeitsbedingungen für die Gesandtschaft und die Schutzmachtabteilung gründlich. Im November 1944 unternahm Frölicher eine Demarche, um die Deportation von Juden zu verhindern. Dank der Vermittlung von Altbundesrat Jean-Marie Musy wurden im Februar 1945 rund 1'200 Juden aus dem Konzentrationslager Theresienstadt befreit und in der Schweiz hospitalisiert. Im gleichen Monat hinterlegte Frölicher auch im Namen des Bundesrates einen Protest gegen die Massenvernichtung von Juden. Mittlerweile suchten selbst SS-Generäle den Kontakt zur Gesandtschaft. General Gottlob Berger, dem das Kriegsgefangenenwesen oblag, lud Frölicher zur Jagd auf sein Gut in Polen ein. Der Gesandte nahm die Einladung an. Im EPD war man darüber allerdings nicht erbaut. Man liess ihm ausrichten, er hätte diese Begegnung allein zu verantworten. Falls etwas schief laufen sollte, würde er nicht gedeckt.²⁹⁵

Die Verbindungen mit Berger wurden vor allem in jenen Wochen wichtig, die der deutschen Kapitulation vorangingen. Mit Bergers Hilfe gelang es den nach Süddeutschland dislozierten Diplomaten, zahlreiche Kriegsgefangene und Insassen in der letzten bedrohlichen Phase des Aufbäumens aus den Konzentrationslagern zu retten. Auch konnte die

Schweiz nun permanent Delegierte in Lagern stationieren. Am 18. Februar hielt Frölicher im Tagebuch fest: «Für die Häftlinge in den Konzentrationslagern besteht höchste Gefahr, weil sie – wie wir hören – liquidiert werden sollen. Wir werden insistieren, dass die Schweizer konzentriert werden in Süd-Deutschland. Ferner wird die Schutzmacht ihr Interesse für die betreffenden Schützlinge zeigen. Die Alliierten sollen zu verstehen geben, dass eine korrekte und humane Behandlung der Inhaftierten bei den Kriegsverbrecherverfahren mit in Berücksichtigung gezogen wird.»

Das drohende Kriegsgericht bewirkte bei den SS-Generälen offensichtlich eine Sinnesänderung. Das zeigte sich auch in einem Gespräch, das Max König, der ein halbes Jahr vor Kriegsende zum stellvertretenden Leiter der Schutzmachtabteilung ernannt worden war, mit General Berger führte. Hitler hatte den SS-Oberführer kurz vor Kriegsende zum Bevollmächtigten für Bayern ernannt. Dort waren viele Kriegsgefangene zusammengezogen. In der Unterredung bat König den General, Hitlers Befehl, die Gefangenen zu verlegen, nicht auszuführen. Gemäss Königs Erinnerungen soll Berger geantwortet haben: «Ich bin bereit, auf diese Verlegungen der Kriegsgefangenen unter zwei Bedingungen zu verzichten. Erstens: wenn der Krieg zu Ende ist und ich vor dem Kriegsgericht stehe, dann werden Sie bezeugen, dass ich unter eigener Lebensgefahr, entgegen dem Führerbefehl, diese Verlegungen untersagt habe. Zweitens: Sie veranlassen, dass die britische Regierung über Radio BBC der deutschen Regierung versichert, dass sie die Gefangenen, die in ihre Hände fallen, nicht mehr im Krieg verwenden wird.»²⁹⁶ König versprach, sein Möglichstes zu tun. Die BBC soll nach wenigen Tagen die angeforderte Erklärung ausgestrahlt haben. Und Berger hielt sich an seine Zusage.

Nach dem Krieg wurde ihm, wie bei einem Kriegsverbrecher seines Kalibers vorauszusehen war, der Prozess gemacht. Er wurde im Wilhelmstrassen-Prozess zu 25 Jahren Haft verurteilt. König aber, mittlerweile in Paris auf Posten, bekam ungefähr drei Jahre nach der Unterredung einen Brief von Bergers Verteidiger. Darin wurde wiederholt, was Berger damals gesagt hatte. König bestätigte mitsamt der erforderlichen Beglaubigung den Sachverhalt zuhanden des Gerichts.²⁹⁷ Auch Frölicher gab ein Affidavit ab.²⁹⁸ Möglicherweise waren diese entlasten-

den Erklärungen nicht ohne Wirkung. Der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy verkürzte 1951 nach einem Gnadengesuch Bergers Strafe auf zehn Jahre. Dabei führte er als mildernden Grund an, dass sich Berger mindestens zeitweise für die Belange der Kriegsgefangenen verwendet habe.

Selbst SS-General Walter Schellenberg setzte sich in den letzten Kriegsmonaten über die unverändert harte Haltung Hitlers hinweg und erleichterte die Aufgaben der Schutzmachtabteilung. Er strich seine Verdienste auch gebührend heraus. Anfang März, nach einem Nachtessen in Kladow, bat er den Schweizer Gesandten zu einem Gespräch unter vier Augen. Er behauptete, die SS kämpfe für eine humanere Behandlung der Kriegshäftlinge und befürworte die volle Respektierung des Kriegsrechts. Im Wesentlichen sei es ihm zu verdanken, wenn Deutschland nach der Bombardierung Dresdens die Genfer Konventionen nicht, wie Hitler es in einem ersten Wutanfall forderte, aufgekündigt hätte.² Der General war sich allerdings – dies war zumindest Frölichers Eindruck – bewusst, dass seine Bekehrung in allerletzter Minute die Gräueltaten von zwölf Jahren nicht mehr aufwiegen konnte.

Die Tatsache, dass die Schweiz in den letzten Kriegsmonaten mehr für die Schutzempfohlenen unternehmen konnte, ist nicht ohne Bedeutung. Denn die Lage der Gefangenen hatte sich Anfang 1945 arg verschlechtert. Als die Rote Armee über die Weichsel vorstürmte, beschloss Hitler, alle Lager im Osten Deutschlands ins Landesinnere zu verlegen. Bei bitterer Kälte marschierten kilometerlange Kolonnen von Inhaftierten über verschneite Strassen. Erschöpft und ausgehungert langten sie in bereits überfüllten Lagern an, in denen es kaum etwas zu essen gab. Denn die deutschen Behörden waren nicht mehr in der Lage, die Verpflegung zu organisieren. Das sollte sich wenigstens im Westen nicht wiederholen.

Die Gesandtschaft tat, was sie konnte, um die Not zu lindern. Sie benachrichtigte unverzüglich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Dieses versuchte, in möglichst vielen Lagern mit sogenannten Rot-Kreuz-Paketen den grössten Hunger zu stillen. Auch konnte sie in einigen Fällen die Befreiung von Kriegsgefangenen erreichen. Doch der Einsatz war häufig nicht mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Als die Alliierten auf die Internierungslager stiessen, fanden sie viele Gefangene in völlig

ausgemergeltem Zustand vor. Es fehlte denn auch nicht an Kritik in amerikanischen Zeitungen. Der Schweiz wurde nach dem Krieg vorgeworfen, sie hätte die US-Regierung nie darauf aufmerksam gemacht, dass die Kriegsgefangenen ausgehungert würden. Die Schweizer Behörden sahen sich genötigt, ihre Tätigkeit in der dramatischen Schlussphase zu rechtfertigen.³⁰⁰

Die Schutzmachtstätigkeit der Schweiz im kriegsversehrten Deutschland war alles andere als einfach. Abgesehen von den beschwerlichen Arbeitsbedingungen kamen Schwierigkeiten hinzu, welche in der Natur der Interessenvertretung liegen. Man muss sich nach allen Seiten absichern. Die Schutzmachtbeamten wurden nicht nur vom vertretenen Staat kontrolliert, sondern auch von den eidgenössischen Behörden und vom Empfangsstaat. Drei verschiedene «Herren» haben häufig unterschiedliche Vorstellungen, die nicht leicht unter einen Hut zu bringen sind. Sodann waren die völkerrechtlichen Bestimmungen in vielen Bereichen lückenhaft. Dennoch verbrachte die Schutzmachtabteilung in Berlin beachtenswerte Leistungen. Mit ihren Lagerinspektionen, den Vorsprachen bei den Lagerkommandanten und beim Oberkommando der Wehrmacht sowie mit den Demarchen der Gesandtschaft beim Auswärtigen Amt wurden nicht nur Tausende von Kriegsgefangenen vor einem schlimmeren Los bewahrt, auch zahlreiche fremde Staatsangehörige konnten sich zumindest auf einen rudimentären konsularischen Schutz berufen. Dass die Schweiz dabei ständig lavieren musste, dass sie sich mitunter – wie auch das IKRK – hinter legalistischen Argumenten verkroch und dort schwieg, wo sie hätte sprechen sollen, dass sie Konzessionen einging, die sie in anderen Zeiten tunlichst vermieden hätte, dies alles sei nicht verschwiegen. Hätte man die Mandate besser ausführen können? Die Frage muss man sich stellen. Eine Detailstudie gelangt allerdings zum Schluss, angesichts der widrigen Zeitumstände hätte kaum eine andere Möglichkeit bestanden, die Schutzmachtstätigkeit einigermaßen unbescholten zu Ende zu führen.³⁰¹

Für die Schweiz selbst bedeuteten die zahlreichen Schutzmachtmandate viel. Sie waren nicht nur eine Bestätigung ihrer Neutralität, sondern stärkten auch in Monaten äusserster Gefährdung die internationale Stellung des von feindlichen Kräften umzingelten Landes.

Schwierigkeiten mit dem Nachrichtendienst – und Edgar Bonjour

Nicht alle Mitarbeiter der Gesandtschaft teilten Frölichers Ansicht, wonach der pflegliche Umgang mit den nationalsozialistischen Machthabern die beste Art sei, um die Schweizer Interessen zu schützen. Bis ins Jahr 1942 hinein gab es zwei Lager. Die Unstimmigkeiten, die auf dem Berliner Posten herrschten, waren bis zu Pilet-Golaz vorgedrungen. Anfang 1943 schrieb der Bundesrat dem Gesandten, er sei froh, dass Frölicher nun mit allen Mitarbeitern zufrieden sei und endlich ein Teamgeist die Vertretung belebe.³⁰²

In all den Jahren konnte sich der Minister stets auf seinen Stellvertreter, den beflissenen Franz Kappeler, verlassen; auch Botschaftssekretär Max König, der in Berlin Frölichers Tochter Héléne geheiratet hatte, folgte dem vorgegebenen politischen Kurs, desgleichen der Militärattaché Hans von Werdt. Eine starke Stütze war der Offizier allerdings nicht. Er galt als unfähig und erfüllte seine Aufgabe, wie eine Studie festhält, «nur zum kleinsten Teil».³⁰³ Werdt war Sohn einer Österreicherin und eines Schweizer, der in der österreichischen Armee gedient hatte. Er selbst war ebenfalls mit der K.u.k.-Armee in den Ersten Weltkrieg gezogen. Erst nach dem Krieg wechselte er das Lager und trat als Instruktionsoffizier in die Schweizer Armee ein. Dass seine Sympathien dem deutschen Waffenbruder galten, war ein offenes Geheimnis. Urs Schwarz, nach Caratschs Ausweisung rund ein Jahr lang NZZ-Korrespondent in Berlin, nannte ihn ein «schwankendes Rohr».³⁰⁴ Dabei hätte Hans von Werdt überhaupt nie Militärattaché werden sollen. Als seine Ernennung anstand, erhob sich im Parlament heftiger Widerspruch, angeführt vom angesehenen Waadtländer Nationalrat Henry Vallotton. Bundespräsident Motta beschwichtigte in der Dezembersession von 1937 die aufgebrachtten Gemüter und erklärte unumwunden: «Il n'est pas question que ce bon officier devienne attaché militaire. Je crois que de ce côté la question est réglée.»³⁰⁵ Trotz dieser kategorischen Erklärung des

Bundespräsidenten trat Werdt seinen Posten in Berlin an. Es scheint, dass das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) den Kandidaten seiner Wahl durchdrückte.

Weniger harmonisch verlief die Zusammenarbeit mit dem Handelsbeauftragten Max Grässli und dem aus der berühmten Zürcher Industriellenfamilie stammenden Legationssekretär Alfred Escher, später Botschafter in Rom, Bonn und Wien. Beide suchten, soweit ihre Möglichkeiten reichten, dem deutschen Anpassungsdruck zu widerstehen – jedenfalls wesentlich stärker, als es Frölicher für angebracht erachtete. Aus dieser Absicht heraus arbeiteten sie wohl mit dem schweizerischen Nachrichtendienst zusammen und liessen sich hinter Frölichers Rücken namentlich vom Chef der «Nachrichtensammelstelle i Rigi», Max Waibel, für diverse Aufträge einspannen. Auch hinterbrachten sie interne Vorgänge auf der Gesandtschaft brühwarm dem Nachrichtendienst.³⁰⁶ Die beiden sollen zudem für ausländische Geheimdienste gearbeitet haben, Escher für die Briten, Grässli für die Franzosen. Die deutsche militärische Abwehr von Admiral Canaris soll davon Kenntnis gehabt haben. Das behauptete jedenfalls ein Oberstleutnant aus dem Abhorchdienst der Wehrmacht in einem nach dem Krieg verfassten Bericht.³⁰⁷ Im Jahr 1942 ersetzte Alfred Zehnder Grässli als Wirtschaftsbeauftragter, und Heinz Vischer, der später eine leitende Stellung bei der Rentenanstalt einnehmen sollte, löste Escher ab. Mit diesen Neubesetzungen sowie jener von Major Peter Burckhardt, der im Frühling 1943 an Werdts statt Militärattaché wurde, wichen die Spannungen innerhalb der Schweizer Gesandtschaft. Die kritische Auseinandersetzung verstummte deswegen keineswegs, aber die Lagermentalität war behoben.

Der neue Militärattaché leistete viel gründlichere Arbeit als sein Vorgänger. Hierarchisch unterstand er dem Gesandten, mit welchem er einen intensiven Informationsaustausch pflegte; ansonsten jedoch war er unabhängig. Seine zahlreichen faktengesättigten Berichte belegen, dass er über ein dichtes Beziehungsnetz verfügte, ohne indes die Grenzen seines Auftrages zu überschreiten. Er liess sich nicht in nachrichtendienstliche Missionen einspannen. Im Schlussbericht über seine Berliner Tätigkeit meinte Burckhardt: «Der landesübliche Begriff, wonach der Militärattaché nichts anderes als ein ‚offizieller Spion‘ sei, trifft den Kern der Sache kaum. [Der Militärattaché] kann weder Agenten in seinen Dienst nehmen, noch als

Briefkasten oder Vermittler für die vom eigenen Nachrichtendienst verwendeten Personen dienen. Alles, was über den Rahmen seiner offiziellen Funktionen hinausgeht, bedeutet eine Gefährdung seiner Stellung und damit auch die direkte Kompromittierung des von ihm vertretenen Landes.»³⁰⁸

Burckhardts Berichte stiessen auch bei den deutschen Nachrichtendiensten auf Interesse. Im Sommer 1943 erhielt Burckhardt von einem Major des Heereswaffenamtes eine Warnung. Die geheimen Schreiben an das schweizerische Armeekommando würden von einer SS-Nachrichtenstelle fotokopiert; die Mitteilung stamme, so der Informant, von einem nahen Mitarbeiter von Admiral Canaris, dem Chef des deutschen Abwehrdienstes im Oberkommando der Wehrmacht. Burckhardt fühlte sich rasch in seinem Verdacht bestätigt, dass der deutsche Hausdiener auf der iranischen Gesandtschaft, wo der schweizerische Militärattaché seine Büros bezogen hatte, die Unterlagen an unbefugte Stellen weiterleitete.³⁰⁹

Ein Jahr später, nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944, klopfte ein Mann an die Türe von Legationssekretär Max König. Er wollte dringend den Militärattaché sprechen. König bat Burckhardt, in seine Wohnung zu kommen. Dort stellte sich der Fremde als Dr. Gisevius vor und erklärte, er sei derjenige, der Burckhardt vor Jahresfrist eine Warnung hätte zukommen lassen. Er würde nun, da er in das Attentat gegen Hitler verwickelt sei, von der Gestapo verfolgt. Gisevius flehte Burckhardt an, ihm in seiner Wohnung auf unbestimmte Zeit Zuflucht zu gewähren. Doch Burckhardt schlug die Bitte aus. In der militärgerichtlichen Untersuchung über die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Schweiz – ein Nachspiel zu den Aktenfunden in La Charité-sur-Loire – gab er 1947 Folgendes zu Protokoll: «Ich musste leider das Gesuch von Dr. Gisevius ablehnen, weil ich selbst unter starker polizeilicher Kontrolle stand und die Schweiz, dipl. Vertretung sich nicht kompromittieren durfte, weil es sich doch um ein Attentat gegen das Oberhaupt einer Macht handelte, mit welcher dipl. Beziehungen bestanden. Ich veranlasste, dass König dem Dr. Gisevius möglichst unbemerkt beim Verlassen der Wohnung behilflich war. Das war das einzige Mal, als ich Dr. Gisevius sah.»³¹⁰

hören voll gedeckt. Der mysteriöse Gisevius konnte zwar im Januar 1945 in die Schweiz entkommen, aber im eidgenössischen Sicherheitsdienst misstraute man seinen Aussagen zutiefst: «Herr Gisevius ist u. E. nicht der, als der er sich ausgibt.»³¹¹ Die eidgenössische Militärjustiz leitete 1946 ein Strafverfahren gegen ihn ein. Als Vizekonsul in Zürich soll er ehemals alles andere als einer geregelten konsularischen Tätigkeit nachgegangen sein; er stand im Sold des deutschen Nachrichtendienstes, unterhielt allerdings auch enge Beziehungen zu Allen W. Dulles, dem in Bern residierenden Chef des amerikanischen Geheimdienstes für Zentraleuropa. Nicht nur die Schweizer misstraute dem Doppelspiel von Gisevius. Auch der britische Geheimdienst, für den er eine Zeit lang ebenfalls gearbeitet hatte, rückte von ihm ab, weil man ihn für einen Doppelagenten hielt. Obgleich Gisevius zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli gehört hat, haftet dem geltungssüchtigen Agenten bis auf den heutigen Tag etwas Zwielfichtiges an und die Ehrenhaftigkeit seiner Motive wird nicht selten – im Gegensatz zu den anderen Opfern des misslungenen Hitler-Attentats – in Zweifel gezogen.³¹²

Frölichers Arbeitsverhältnis zu Burckhardt war korrekt. Ständig bekämpft wurde der Minister hingegen von Offizieren des Nachrichtendienstes, an erster Stelle von Max Waibel, dem Chef der «Nachrichtensammelstelle Deutschland», aber auch von Alfred Ernst, dem Leiter des «Büros Deutschland» im Nachrichtendienst sowie von Major Hans Hausmann, einer schillernden Figur, die den privaten Geheimdienst «Büro Ha» betrieb.³¹³ Die Offiziere im Nachrichtendienst hatten selbstverständlich Grund, dem Minister in Berlin zu misstrauen. Seine anpassungswillige Politik konnten sie nicht gutheissen; sie war dem unbedingten Widerstand, den sie mit grossem Mut propagierten, diametral entgegengesetzt. Aber andere Motive spielten ebenfalls mit: im Fall von Max Waibel persönliche Ranküne, im Falle des Nachrichtendienstes ein Streit um die Betätigungsmöglichkeiten, welche diesem militärischen Dienstzweig auf den Botschaften und Konsulaten eingeräumt wurde.

Bundesrat Pilet-Golaz und Frölicher bekämpften stets die Absicht des Nachrichtendienstes, mehr Einfluss auf die Aussenpolitik zu gewinnen. Besonders die «Nachrichtensammelstelle 1», also der Dienst von Max Waibel, mischte sich dertun in aussenpolitische Belange ein, dass sich Pilet-Golaz verschiedentlich veranlasst sah, bei General Guisan und dem Vorsteher des EMD zu intervenieren.³¹⁴

Der Nachrichtendienst hätte am liebsten auf allen wichtigen Aussenposten Leute des eigenen Vertrauens platziert. Diese sollten nicht nur Informationen ausserhalb des üblichen Kanals sammeln und nach Bern übermitteln, sie sollten auch den Kurierdienst zwischen der Schweiz und den Aussenposten wahrnehmen, um auf ihren Fahrten militärische Beobachtungen zu sammeln. Frölicher und dem EPD missfielen derartige Missionen. Pilet-Golaz schrieb General Guisan, als er von den nachrichtendienstlichen Aufträgen Ernst Mörgelis in Stuttgart hörte, der Konsularbeamte beschäftige sich offenbar weder mit Handelsfragen noch mit der Verwaltung, und er fügte unmissverständlich bei: «Je n'ai jamais été d'accord avec l'utilisation de notre réseau consulaire pour des tâches sortant de son cadre normal.»³¹⁵ Der Gesandte seinerseits untersagte kurzum allen Konsulaten in Deutschland, im Auftrag des Nachrichtendienstes im Land herumzureisen. Seiner Meinung nach hatte sich eine Gesandtschaft oder ein Konsulat strikte an die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten zu halten. Und diese umfassten keine geheime nachrichtendienstliche Tätigkeit. War zu Beginn des Krieges auf gewissen Posten noch ein Gewährsmann des Nachrichtendienstes stationiert, so setzte Frölicher durch, dass bei der erstbesten Ablösung die betreffende Stelle gestrichen wurde. Im Herbst 1942, nachdem Mörgeli wegen Spionage verhaftet worden war, beklagte sich der Nachrichtendienst, er verfüge nun in Deutschland über keinen Aussenposten mehr. Sein Ansinnen, in München und Stuttgart erneut sogenannte «Consulats renforcés» einzuführen, stiess indes im Bundesrat auf wenig Widerhall.

Es dürfte keinen Missionschef geben, der es schätzt, wenn Mitarbeiter ohne sein Wissen nachrichtendienstliche Aufgaben ausführen. Wenn sich Frölicher beim Departementsvorsteher beschwerte, war er kein Einzelfall. Das Verhältnis zwischen den Nachrichtenbeschaffern und den diplomatischen Vertretungen war so gestört, dass Pilet-Golaz im Sommer 1940 dem General vier Fälle zur Stellungnahme unterbreitete. Einer davon, der ein bezeichnendes Licht auf bürokratische Doppelspurigkeit wirft, sei erwähnt: der Fall Paul Ritter. In den angsterfüllten Tagen des Mai 1940 berief Waibel eigenmächtig Generalkonsul Ritter aus München zum Rapport nach Luzern. Da die Grenze hermetisch geschlossen war, hätte sich der Nachrichtendienst, wie ein Histo-

riker verständnisvoll entschuldigt, in den höchst brisanten Tagen nur mit einem zwar etwas unkorrekten, aber durch die Notlage gerechtfertigten Vorgehen präzise Angaben über den strategisch wichtigen Raum jenseits des Bodensees verschaffen können.³¹⁶ Frölicher, immerhin Ritters Vorgesetzter, wurde davon so wenig in Kenntnis gesetzt wie das EPD. Doch der heimliche Marschbefehl hätte sich gar nicht aufgedrängt. Denn der Schweizer Gesandte fuhr im selben Zeitraum, nämlich am 10. Mai, mit der gleichen Absicht die Strecke München-Bodensee ab und begab sich anschliessend nach Bern zur Berichterstattung. Sein Bericht, der, wie sich später herausstellte, zutreffend war,³¹⁷ wurde jedoch von den militärischen Kreisen kaum beachtet. «In der Schweiz war», erinnerte sich Frölicher, «Generalmobilmachung, und meiner Meldung, dass meine Beobachtungen nicht auf einen bevorstehenden Angriff schliessen liessen, glaubte man offenbar nicht.»³¹⁸

Im Nachrichtendienst wollte man von Frölicher's Berichten nichts wissen. Max Waibel war dem Gesandten nicht nur aus beruflichen, sondern auch aus privaten Gründen nicht gewogen. Er vergass nie, wie der Missionschef ihn zurechtgewiesen hatte, als er im Sommer 1939 die Kriegsakademie in Berlin besuchte hatte. Damals verkehrte er häufig auf der Gesandtschaft und glaubte, unter dem Deckmantel der Diplomatie nachrichtendienstlichen Aufträgen nachgehen zu können. So versuchte er den Chef des Postbüros und stellvertretenden Empfangschef des Hotels Adlon, einen Schweizer, als Informanten anzuwerben. Im Prominentenhotel am Pariser Platz verkehrte nicht nur alles, was Rang und Namen hatte; dort stiegen auch viele auswärtige Generäle ab, wenn sie in Berlin zu Besuch weilten. Waibel hätte gern gewusst, welche hohen Offiziere sich in der Hauptstadt befanden und welche Besucher sie empfangen. Aber der angepeilte Nachrichtenzuträger erwies sich als unwillig; er meldete den Anwerbungsversuch Frölicher, der über solche Machenschaften alles andere als erbaut war.³¹⁹ Mit Vorliebe lichtete Waibel auch militärische Objekte rund um Berlin ab. Frölicher billigte aber dieses Berufsverständnis nicht. Er stellte Waibel zur Rede und untersagte ihm jegliche Tätigkeit, welche als Spionage ausgelegt werden könnte.

Waibel schied bald im Unfrieden. Er meinte: «Nach meinen Erfahrungen, die ich in Berlin mit unserer Gesandtschaft gemacht hatte, war

zu erwarten, dass der schweizerische Nachrichtendienst von jener Seite nicht nur keine Unterstützung erhoffen durfte, sondern befürchten musste, in einen Zweifrontenkrieg verwickelt zu werden.»³²⁰ Den Beweis, dass seine Erwartungen richtig waren, provozierte Waibel schon bald selbst. Er suchte die kritisch eingestellten Gesandtschaftssekretäre Escher und Grässli für nachrichtendienstliche Aufträge zu gewinnen. Nach dem Balkankrieg nahm Waibel richtigerweise an, Hitlers Armee werde nun gegen die Sowjetunion ziehen. Auf seine Weisung hin begaben sich die beiden Diplomaten nach Frankfurt an der Oder, um den deutschen Aufmarsch nach Osten zu beobachten. Die Kundschafter blieben indes nicht un bemerkt. Von Weizsäcker zitierte Frölicher ins Auswärtige Amt und legte gegen die illegalen Aktivitäten Protest ein.³²¹ Darauf verlangte der Minister die Versetzung seiner beiden Mitarbeiter, was nach geraumer Zeit auch geschah.

Waibel versäumte selten eine Gelegenheit, Frölicher's Ruf zu schädigen. In Armeekreisen betrieb er intensiv die Abberufung des seiner Meinung nach rückgratlosen Missionschefs.³²² Am 25. September 1940 schrieb er Oberst Werner Müller, dem stellvertretenden Chef des Nachrichtendienstes: «Meines Erachtens sollte man unseren Gesandten in Berlin nach der Schweiz zurückrufen und ihn durch einen standfesten Eidgenossen in Berlin ersetzen. Den Deutschen, denen Frölicher sicher ein lieber Gast ist, könnte man die Rückberufung damit begründen, dass es wünschenswert sei, einen über Deutschland wohlinformierten Mann in unmittelbarer Nähe des Chefs des Polit. Departementes zu haben.»³²³ Selbst vor ungeheuerlichen Verdächtigungen schreckte Waibel nicht zurück. In der ersten Bestürzung nach dem kompromittierenden Aktenfund von La Charité-sur-Loire verstieg er sich zu Andeutungen, wonach alles nur eine Intrige sein könnte, welche Frölicher insgeheim gutheisse.³²⁴ Oder er unterschob Frölicher und einigen seiner Mitarbeiter allen Ernstes, sie hätten sich von der nationalsozialistischen Partei am Gängelband führen lassen. In seinen Erinnerungen beklagte er, dass die Bundesräte Motta und Pilet-Golaz Frölicher volles Vertrauen entgegengebracht hatten. «[Frölicher's] Urteil blieb nach wie vor massgebend für die Gestaltung der Aussenpolitik des Bundesrates, auch dann noch, nachdem der Nachrichtendienst handgreifliche Beweise dafür erbrachte, dass unsere Gesandtschaft in Berlin

von der Parteiführung eingespannt war, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben.»³²⁵

Derlei Gerüchte setzte der Nachrichtenbeschaffer in die Welt, obschon er den Gesandten anscheinend für einen anständigen Menschen hielt. Jedenfalls hatte er später erklärt: «Frölicher war eine integere Persönlichkeit, ein Diplomat jener alten Schule, die das internationale Parkett noch als einen Fechtboden betrachtete, auf dem Kavalieregeln und ein Ehrenkodex galten.»³²⁶ Die fortlaufend ausgestreuten Halbwahrheiten, Gerüchte und Verdächtigungen hinterliessen ihre Spuren. Sie prägten umso nachhaltiger das Bild von Frölicher, als Kritik an dessen politischer Einstellung und Amtsführung in mancherlei Hinsicht angebracht war. Nach dem Krieg glaubte man Waibels Darstellung weitherum vorbehaltlos. Wie lange gesuchte Einzelstücke fügte sich seine Version in ein halbfertiges Puzzle ein. Das auf diese Weise entstandene Bild war in sich stimmig. Doch gab es auch die Wirklichkeit in ihren Brüchen und Widersprüchen wieder?

An einem Beispiel sei nachgewiesen, wie Waibels Konstrukt vom tatsächlichen Sachverhalt abweicht. Lange nach dem Krieg erstellte der Generalstabsoffizier folgende Version über seinen Berliner Aufenthalt:

«Ich sah die Katastrophe aufziehen und schrieb mir fast die Finger wund, um in meinen 61 Berichten, die ich insgesamt verfasste, davor zu warnen; ich versuchte auch die Herren der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin vom Kommenden zu überzeugen. Doch es war umsonst....

Nachdem ich mehrere Wochen auf Truppenübungsplätzen verbracht und mitten drin gelebt hatte, bestand nicht mehr der geringste Zweifel darüber, dass die Kriegsvorbereitungen bereits im Gange waren und eine Mobilmachung im bisherigen Stile gar nicht mehr erwartet werden durften (sic)... Mitte August hätte ich im Anschluss an mein Truppenkommando Ferien gehabt, die ich in der Schweiz verbringen wollte. Aber daran war jetzt nicht zu denken, nach allem, was ich wusste. Deshalb fuhr ich schnurstracks von der Truppe weg nach Berlin, um auf unserer Gesandtschaft den Stand der Dinge zu melden und die Lage mit unserem Minister zu besprechen. Als ich auf der schweizerischen Gesandtschaft ankam, erfuhr ich zu meiner peinlichen Überra-

schung, dass unser Gesandter in der Schweiz in den Ferien weile, weil sich die politische Lage inzwischen beruhigt habe. Ich entschloss mich nun, auf der Gesandtschaft zu warten, bis der Militärattaché auf sein Büro kam, um mit ihm das nötige zu veranlassen. Doch bald erlebte ich meine zweite Enttäuschung. Oberst von Werdt kam zwar, aber er erklärte mir, jetzt keine Zeit zu haben, weil er noch diesen Abend verreisen müsse. Wohin? Nach der Schweiz in die Ferien.»³²⁷

Musste Waibel wirklich eine mit politischer Blindheit geschlagene Gesandtschaft vor den hereinbrechenden Gefahren warnen? Richtig ist, dass Frölicher lange Zeit geglaubt hatte, ein Krieg lasse sich vermeiden. Aber in einem Bericht an Bundesrat Motta vom 20. Juni 1939 korrigierte er sich selbst, indem er eingestand, sein Optimismus sei zerborsten. Er rechne nun vielmehr damit, dass die Krise in der zweiten Augushälfte ihren Höhepunkt erreiche – eine Prognose, die sich als erstaunlich präzise erwies, plante Hitler doch, Polen am 26. August zu überfallen.³²⁸ Ferner schrieb er, die Aussichten, dass sich Polen und Deutschland noch verständigen könnten, seien sehr gering geworden. Es entging ihm auch nicht, dass eine Mobilmachung grossen Stils im Gang war. «Für die nächste Zeit haben viele deutsche Wehrpflichtige, die seit längerer Zeit nicht mehr Militärdienst geleistet haben, ihre Gestellungsbefehle erhalten. Man fragt sich, ob dies bereits den Beginn einer Kriegsmobilmachung bedeutet.»³²⁹ Am 27. Juli bekräftigte Frölicher in einem Schreiben an das EPD, dass sich seiner Meinung nach die Lage ab dem 20. August zuspitzen werde. Vor diesem Datum, glaubte er, würden sich die Ereignisse kaum überstürzen, sodass er, der in jener Zeit an Kreislaufstörungen litt, es für vertretbar hielt, einen dreiwöchigen Urlaub anzutreten. Frölicher verbrachte dann einige Tage auf seiner Jagdpacht im Tirol, hernach reiste er nach Bern, nicht um seine Ferien fortzusetzen, sondern um an der alljährlichen Zusammenkunft der Missionschefs teilzunehmen. Es wäre in der Tat merkwürdig gewesen, wenn ausgerechnet der Minister aus jenem Land, wo sich der gefährlichste Spannungsherd entfachte, an der Aussprache gefehlt hätte. Das Diplomatentreffen wurde freilich abgesagt, als am 23. August die politische Bombe platzte, wonach Deutschland und die Sowjetunion sich in ei-

nem Nichtangriffspakt verständigt hätten, die Verhandlungen mit den Westmächten dagegen abgebrochen worden seien. Frölicher eilte sofort nach Berlin zurück, und am 28. August schickte er Bundesrat Motta einen Bericht über die Vorgänge in der Reichshauptstadt, der mit folgenden Worten begann: «Die Lage muss, nachdem der Briefwechsel Daldier-Hitler bekannt geworden ist, als sehr ernst beurteilt werden. Die Antwort Hitlers zeigt, dass ‚nach bewährten Methoden« Deutschland seine Forderungen steigert und jetzt die Rückgabe des Korridors verlangt.»³³⁰

Waibel will dies alles ganz anders erlebt haben. Als er sich Anfang der 1960er-Jahre im Luzernischen an den Schreibtisch setzte, um seine Sicht der Dinge aufzuzeichnen, porträtierte er Frölicher als einen Naivling. Obschon dieser erwiesenermassen den Departementschef vor der unmittelbaren Kriegsgefahr gewarnt hatte, soll er nicht gemerkt haben, was um ihn herum vorging.

«Gegen Ende August tauchte (sic) ganz unerwartet für uns der Gesandte und der Militärattaché wieder in Berlin auf, weil sie in der Schweiz Weisung erhalten hatten, ihre Ferien abzubrechen. Minister Frölicher war sehr ungehalten und ich hatte den Eindruck, er halte mich persönlich dafür verantwortlich, dass ich durch meine pessimistische Lagebeurteilung unnötigerweise seine Rückkehr verschuldet hätte.

Bezeichnend für diese Einstellung ist ein kurzes Gespräch, das wir am Tage des Kriegausbruches, am 1. September nachmittags, führten und das in geradezu drastischer Weise die fatale Fehlbeurteilung der Lage durch unseren Gesandten in Deutschland beleuchtet. An diesem Tage fand in der Kroll-Oper die Reichstag-Sitzung statt in der Hitler eine Rede angekündigt hatte. Minister Frölicher wohnte, wie alle ausländischen hohen Diplomaten, der Rede bei. Wir anderen verfolgten sie in grösster Spannung am Radio. Es war die Rede, in der Hitler erklärte, dass seit den frühen Morgenstunden an der polnischen Grenze von den Deutschen ‚zurückgeschossen‘ würde.

Nach der Rede kam Minister Frölicher sofort auf die Gesandtschaft und sagte zu mir in aufgeräumter Laune: ‚So, Herr Hauptmann, Sie Pessimist, haben Sie jetzt gesehen, es ist doch nicht zum

Kriege gekommen!’ Erstaunt antwortete ich: ‚Der Krieg ist bereits im Gange, Herr Minister. Hitler hat doch gesagt, dass jetzt geschossen wird.› ‚Aber er sprach nicht von einem Kriege, und es ist ja auch keine Kriegserklärung erfolgt.› So war denn am 1. September 1939 inmitten der Reichshauptstadt der schweizerische Gesandte wahrscheinlich der einzige Diplomat, der noch nicht wusste, dass der zweite Weltkrieg bereits ausgebrochen war.›»³³¹

War Frölicher also derart blauäugig, wie Waibel es ihm andichtete, in den Urlaub verreist? War der Gesandte tatsächlich wie ein tumber Tor vom Krieg überrascht worden? Weder der eine noch der andere Vorwurf ist triftig. Verzerrte Darstellungen zurechtzurücken, ist mühsam. Waibels Geschichtsklitterung erweist sich als besonders problematisch, stammt sie doch aus der Feder eines Geheimdienstlers. Quellen zu verschweigen oder nur die Hälfte der Informationen auf den Tisch zu legen, gehört nun einmal zum Wesen geheimdienstlicher Tätigkeit. Auch lockt die Versuchung, die eigenen Verdienste über Gebühr dort herauszustreichen, wo die Quellen verhüllt bleiben.³³² Diese problematische Ausgangslage hinderte indes einen Historiker vom Format Edgar Bonjours nicht, Waibels Bericht ausgiebig direkt und indirekt zu zitieren. Vielmehr schenkte er den Aussagen, obschon er sie als «etwas grell anmutende Darstellung»³³³ qualifizierte, vorbehaltlos Glauben, ja dramatisierte diese noch mit schulmeisterlich erhobenen Zeigefinger. Wegen der wegleitenden Bedeutung von Bonjours Werk, aber auch um aufzuzeigen, auf welche Quellen sich der Geschichtsschreiber stützte und welche er beiseite schob, sei ein längerer Passus, der Waibels Darstellung wiedergibt, aus der *Geschichte der schweizerischen Neutralität* zitiert:

«Trotz dieser Drohung glaubte man in der Schweizer Gesandtschaft weiterhin an die Aufrechterhaltung des Friedens. Aber Max Waibel, damals noch Hauptmann in der Generalstabsschule des deutschen Heeres zu Berlin, war weniger vertrauensselig. Auf Grund seiner Beobachtungen und Informationen erwartete er mit Sicherheit den baldigen Kriegsausbruch. Obgleich er Mitte August im Anschluss an sein Truppenkommando Ferien hätte antreten können, die er in der Schweiz verbringen wollte, dachte er in dieser höchst gespannten Zeit nicht an Urlaub, sondern eilte

schnurstracks von der Truppe weg in die Schweizer Gesandtschaft, um den Stand der Dinge zu melden und die gefährliche Lage zu besprechen. Hier erfuhr er zu seiner peinlichen Überraschung, dass der Gesandte in den Ferien weilte. Militärattaché Oberst von Werdt liess ihn – nach einer heftigen Diskussion – verblüfft stehen und fuhr auch nach der Schweiz in die Ferien, kurz bevor der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt besiegelt wurde. Es erwies sich als ebenso nutzlos, den Geschäftsträger Legationsrat Franz Kappeler zu warnen. Dieser erklärte, er betrachte den Abschluss des deutsch-russischen Abkommens als eine Garantie des Friedens und habe in diesem Sinne das Politische Departement informiert.

Als kurz darauf der Krieg doch vor der Türe stand, ‚entschloss sich‘ der soeben in den Jagdurlaub verreiste Frölicher – wie er in seinem Erinnerungsbuch schreibt – die Ferien abzubrechen (Anm.: Hans Frölicher: *Meine Aufgabe in Berlin*; Privatdruck 1962, S. 25.) Das Politische Departement hatte nämlich alle Missionschefs angewiesen, auf ihre Posten zurückzukehren. Gegen Ende August tauchten unerwartet der Gesandte und der Militärattaché wieder in Berlin auf (Anm.: Bericht Max Waibel, S. 4: ‚Minister Frölicher war sehr ungehalten und ich hatte den Eindruck, er halte mich persönlich dafür verantwortlich, dass ich durch meine pessimistische Lagebeurteilung unnötigerweise seine Rückkehr verschuldet hätte.‘) Bezeichnend für die Einsichtslosigkeit gegenüber den Zeichen der Zeit ist Frölichers Relation von Hitlers Reichstagsrede am 1. September, der er in der Krolloper beiwohnte. Der Führer erklärte hier, dass seit den frühen Morgenstunden an der polnischen Grenze von den Deutschen ‚zurückgeschossen‘ würde. Frölicher bemerkte in aufgeräumter Laune zu Waibel: ‚So, Herr Hauptmann, Sie Pessimist, haben Sie jetzt gesehen, es ist doch nicht zum Krieg gekommen!‘ An die Wiedergabe dieses Gesprächs knüpft Waibel 1962 die sarkastische Bemerkung: ‚So war denn am 1. September 1939 inmitten der Reichshauptstadt der schweizerische Gesandte wahrscheinlich der einzige Diplomat, der noch nicht wusste, dass der Zweite Weltkrieg bereits ausgebrochen war.›‘ (Anm.: Bericht Max Waibel, S. 5.)³³⁴

Es fällt auf, dass Bonjour seine Informationen fast ausschliesslich aus einer einzigen Quelle bezieht: aus dem Bericht von Max Waibel. Dieses Dokument ist freilich keine zeitgenössische Aufzeichnung, sondern ein nachgeschobenes Fabrikat. Erst 1962, als das Buch von Jon Kimche *Spying for Peace* erschien und Frölichers Aufzeichnungen *Meine Aufgabe in Berlin* bereits vorlagen, schrieb Waibel einen längeren Kommentar, den er «Bericht zum Buche von Jon Kimche» betitelte. Der Text enthält jedoch in Wirklichkeit vorwiegend persönliche Erinnerungen. Die 61 zeitgenössischen Berichte aus Berlin, bei deren Abfassung sich Waibel fast die Finger wundgeschrieben haben will, bekam Bonjour dagegen nicht zu Gesicht. Sie sind nämlich unauffindbar. Im Bundesarchiv lagert keine einzige Kopie; auch an anderen Orten kam bisher nichts zum Vorschein. Im Gegensatz zu den meisten Dossiers von Offizieren, die sich zur Fortbildung ins Ausland begaben, enthält jenes von Waibel weder einen Tätigkeits- noch einen Informationsbericht über seinen Auslandsaufenthalt.³³⁵ Die authentischen politischen Berichte Frölichers, welche korrigierend auf das schroffe Urteil hätten einwirken können, nahm der Basler Dozent dagegen nicht zur Kenntnis; der einzige Verweis auf Frölichers Aufzeichnungen in der zitierten Passage ist von einem hämischen Unterton durchzogen, und um Einsicht in die umfangreichen Tagebücher hatte sich Bonjour nie bemüht.

Die Tatsache, dass Bonjour ausnahmsweise einmal auf Frölichers Memoiren verweist, ruft noch nach einer anderen Bemerkung. Denn der Historiker versties gegen seine eigenen Grundsätze. Ausdrücklich hatte er sich nämlich geweigert, die Aufzeichnungen des Gesandten zu berücksichtigen. Er erklärte: «Hans Frölicher hat unter dem Titel ‚Meine Aufgabe in Berlin‘ eine Erinnerungsschrift verfasst, die 1962 posthum erschien. Sie schildert die Vorgänge und Verhältnisse aus der persönlichen Perspektive und trägt – naturgemäss – Rechtfertigungscharakter... Im Folgenden wird versucht, die Ereignisse nicht an Hand dieser Schrift zu schildern, sondern auf Grund der Originaldokumente zu rekonstruieren.»³³⁶ Mit berechtigten Gründen misstraute Bonjour der Memoirenliteratur. Welcher Seibsterzähler kann schon der Versuchung widerstehen, sich selbst in ein vorteilhaftes Licht zu rücken? Aber Bonjour hätte den strikten Massstab nicht nur auf Frölicher, sondern auch auf Waibel anwenden müssen. Der sogenannte Waibel-Bericht ist kein Originaldokument. Konsequenter wäre es gewesen,

wenn Bonjour diese Publikation kritisch ausgewertet, Frölicher's politische Berichte hingegen als Primärquelle berücksichtigt hätte. Der Historiker muss sich deshalb die Frage gefallen lassen: Warum verwarf er Frölicher's hundertfünfzigseitige Aufzeichnungen aus der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre pauschal, vertraute dagegen Waibel's fünfzehneinigem nachgelieferten Bericht von 1962 vorbehaltlos? Beide Texte gehören dem gleichen Genre an, werden von Bonjour aber unterschiedlich behandelt.

Indem Bonjour, um auf den zitierten Passus zurückzukommen, mit dicker Kreide den von Waibel vorgezeichneten Linien nachfuhr, täuschte er dem Leser vor, Frölicher hätte nichts als Ferien im Kopf gehabt und sei deshalb aufgebracht gewesen, als ihn das Departement von seinem Jagdvergnügen abhielt und auf den Posten zurückbeordert hätte. Nur widerwillig, ohne Einsicht in die politische Notwendigkeit, hätte er sich dem Befehl unterzogen. An der einschlägigen Stelle in Frölicher's Aufzeichnungen steht allerdings etwas anderes: nämlich, dass sich Frölicher in Bern befand, um an der Diplomatenzusammenkunft teilzunehmen; dass er sich, als er die beunruhigende Nachricht vernahm, sofort entschloss («entschloss» ohne Gänsefüsschen), nach Berlin zurückzukehren; dass das Departement ausserdem alle Missionschefs wegen der Kriegsgefahr angewiesen hätte, sich auf ihre Posten zu begeben. Bonjour porträtiert den Gesandten als einen politischen Naivling, der nicht einmal gemerkt haben soll, dass der Krieg ausgebrochen ist, derweil Waibel als einziger in Berlin die Zeitzeichen zu deuten verstand und sich heldenhaft abrackerte, um die Eidgenossenschaft vor dem, was sich in der Reichshauptstadt zusammenbraute, zu warnen.

Edgar Bonjour ist gewiss ein bedeutender Historiker. Seine mehrbändige *Geschichte der schweizerischen Neutralität* bezeugt den überlegenen Wissenschaftler, der eine gewaltige Materialfülle zu sichten, zu gewichten und auch lebendig darzustellen versteht. Sein Opus magnum krankt nicht an des Geistes Blässe; unbefangen von Selbstzweifeln teilt er Lob und Tadel nach allen Seiten aus. Den Schweizer Gesandten in Berlin bedachte er mit harscher Kritik. Sein Hauptvorwurf, Frölicher hätte eine anpasserische, zu anpasserische Politik betrieben, entbehrt in manchen Bereichen nicht der Berechtigung. Auch Frölicher's verhängnisvolle Rolle in der Flüchtlingspolitik muss im Zusammenhang mit allen Schuldigen kritisiert

werden – wahrscheinlich stärker als Bonjour es tat, der sich in dieser Hinsicht merkwürdig zurückhielt. In anderen Belangen jedoch ging Bonjour zu weit. Krass verzeichnete er die Wirklichkeit, wenn er Frölichers Verdienste bei den Wirtschaftsverhandlungen bestritt. Ohne einen Beleg anzuführen, behauptete er, die schweizerischen Wirtschaftsdelegationen hätten die Schwächen des Gesandten schmerzhaft erfahren müssen.³³⁷ Tatsache ist das Gegenteil. Der Direktor des Bundesamtes für Kriegsernährung, Ernst Feisst, verdankte Frölichers Unterstützung bei den Verhandlungen mit mehr als nur floskelhafter Höflichkeit. Und der Direktor des Vorortes, Heinrich Homberger, ging noch einen Schritt weiter: Er, der hochgeachtete Chefunterhändler, hob nicht nur Frölichers Verdienste hervor, er widersprach Bonjours Behauptung ausdrücklich.³³⁸

Der Basler Historiker kritisierte den Gesandten nicht nur punktuell, er sprach ihm generell jene intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften ab, deren Frölicher bedurft hätte, um den anspruchsvollen Posten in schwierigster Zeit kompetent versehen zu können. Dabei legte Bonjour das Gewicht derart einseitig auf die Waagschale, dass jedem Leser das Abwägen erspart bleibt. Doch war Frölicher wirklich der Opportunist, als welchen ihn Bonjour schmähte,³³⁹ wo selbst Max Waibel dem Minister einen integren Charakter bescheinigte? Hatte Frölicher wirklich Sympathien, wie Bonjour schreibt, für das nationalsozialistische Deutschland?³⁴⁰ Sympathien für Deutschland gewiss; Furcht vor dem nationalsozialistischen Regime zweifelsohne, Verknennung der diabolischen Natur des Nationalsozialismus wohl auch – aber Sympathien für den Nationalsozialismus, wo ein so unverdächtig Zeuge wie August Lindt, immerhin ein Mitbegründer des Offiziersbundes und der «Aktion Nationaler Widerstand», erklärte, Frölicher sei kein Nazi gewesen?³⁴¹ Ein Historiker, der sich zu solch kompromittierender Behauptung versteigt, sollte mindestens die Bruchstellen im Leben des Gescholtenen aufzeigen; er sollte nachweisen, wo die verhängnisvollen Neigungen zum Vorschein kamen.

Frölicher hatte, wie wir gesehen haben, schon früh ausdrücklich gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen.³⁴² Wann änderte er seine Meinung, und wo bekannte er seine Sympathien für den Nationalsozialismus? Meines Wissens hegte er nie Sympathien für den Nationalsozialis-

mus; jedenfalls fand ich keine entsprechenden Belege. Im Tagebuch äussert er sich nie zur nationalsozialistischen Ideologie – äusser einmal, an Weihnachten 1942. Damals bereitete er die Ansprache vor, die er am Abend im Schweizer Verein halten wollte. Er gedachte, sich auf folgenden Gedanken zu konzentrieren: Ohne die christliche Liebe wird auch im staatlichen Leben nichts Beständiges geschaffen; der Nationalsozialismus sei jedoch nicht fähig etwas Beständiges zu schaffen, denn ihm fehle die menschliche Güte; deshalb werde er zugrunde gehen. Und dann fügte er, was für ihn bezeichnend ist, an: «Aber das werde ich natürlich nicht sagen.» Sodann, was soll der Vorwurf, Frölicher hätte «die Vorteile der Neutralität zu wenig vor den deutschen Amtsstellen leuchten» lassen?³⁴³ Wo liegt das Versagen des Ministers? Die schweizerische Neutralität wurde ja, im Gegensatz zur belgischen oder niederländischen, vom Dritten Reich respektiert.

Leidenschaftslose Geschichtsschreibung – *sine ira et studio* – war kaum Bonjours Sache. Einem Hang zur dramatischen Darstellung erlag er nicht selten. Im hohen Alter von einem jungen Historiker auf eine von Patriotismus triefende Ansprache am Vorabend des Zweiten Weltkriegs angesprochen, bekannte er, damals hätte er «den Mund etwas vollgenommen und Proben dessen geliefert, was man mit freier Synthese alles aus der Geschichte herausholen kann»³⁴⁴; bei der Lektüre seiner eigenen Reden könne er sich gelegentlich eines sanften Lächelns nicht erwehren. Mit grandioser Geste, aber letztlich allzu selbstherrlich, hat er auch über Frölicher den Stab gebrochen. Jean-Frédéric Wagnière, Sohn des langjährigen Schweizer Gesandten in Rom, Georges Wagnière (1919-1935), und später selber Botschafter, verfasste 1972 eine auf persönlichen Erfahrungen beruhende Kritik des Bonjour-Berichts. Wagnière, der nie mit Frölicher zusammengearbeitet hatte, widersprach Bonjour in vielen Punkten. Er meinte, weder Frölichers Vorgesetzte noch seine Kollegen im EPD oder die Mitarbeiter auf der Gesandtschaft in Berlin – selbst jene, die Frölichers Gedankenwelt nicht teilten – würden Bonjours Meinung beipflichten. Wagnière gelangte vielmehr zum Schluss, nur wenige Schweizer Diplomaten hätten Frölichers schwierige Mission mit gleicher Unbeirrbarkeit erfüllen können³⁴⁵ – ein Urteil, das seinerseits einer kritischen Würdigung nicht standhält.

Bonjour ging mit Frölicher hart ins Gericht.³⁴⁶ Zeitgenossen des Gesandten, in ähnlich prominenter Position und weltanschaulich nicht weit voneinander entfernt, behandelte er viel gnädiger, ja er verfuhr wesentlich anders mit ihnen. Carl Jacob Burckhardt beispielsweise oder Walter Stucki, der schweizerische Gesandte in Paris und Vichy, brachten kaum weniger Verständnis für autoritäre Regimes auf als ihr Freund in Berlin. Sie alle teilten – ohne mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren, wovon sie allein schon dessen ordinärer Anstrich abgehalten hätte – die Überzeugung, wonach Europa vom Bolschewismus mehr bedroht würde als von Nationalsozialismus und Faschismus. Sie hielten die «braune Gefahr» für ein Übel, aber im Vergleich zur «roten» für das kleinere. Bei all seinen kritischen Fähigkeiten liess sich etwa Burckhardt 1936 in einem Schreiben an Hitler hinreissen, die «faustische Leistung der Reichsautobahn und des Arbeitsdienstes» zu feiern³⁴⁷ – eine Huldigung, wie man sie in derart erhabenen Tönen bei Frölicher nicht vorfindet.

Oder welche Rolle spielte Stucki nach dem Ende des Vichy-Regimes? Stucki, eine starke Persönlichkeit mit ausserordentlichen Verdiensten bei der Übergabe der Stadt Vichy an die Widerstandskämpfer, konnte von seiner Bewunderung für Pétain nicht lassen. Im Oktober 1944 wollte er den greisen Marschall auf Schloss Sigmaringen, wohin die Deutschen den ehemaligen Staatschef verschleppt hatten, besuchen. Bundesrat Pilet-Golaz musste seinem wichtigen Mitarbeiter zu verstehen geben, dass er eine solche Reise nicht gutheissen könne.³⁴⁸ Stucki riet auch lange davon ab, der Regierung von General de Gaulle die diplomatische Anerkennung zuteil werden zu lassen. Noch im Oktober 1944 meinte er, de Gaulle werde sich kaum halten können, die Kommunisten unter Maurice Thorez würden bald die Macht an sich reissen und die Schweiz müsste dann das Anerkennungsprozedere von Neuem aufrollen. In seiner Anhänglichkeit an Pétain unterschätzte Stucki offensichtlich die demokratischen Kräfte und die Bedeutung, welche der Anerkennung der Regierung von de Gaulle durch die Schweiz zukam. Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet Frölicher, den Bonjour mehrmals der politischen Kurzsichtigkeit bezichtigte, seinen Freund Stucki zu überzeugen versuchte, die Schweiz müsse mit dem Akt der diplomatischen Anerkennung de Gaulle den Rücken stärken und damit

einen Beitrag zur Genesung Frankreichs leisten.³⁴⁹ Bonjour freilich überschüttete Stucki geradezu mit Lob. Fehlleistungen, die dem Minister nach Beendigung seiner Mission in Vichy unterliefen, erwähnte er nicht. Den wirkungsvollen Gegensatz, den der Historiker zwischen dem Gesandten in Frankreich und jenem in Deutschland bewusst herausarbeitete, inszenierte er so, dass auf den einen kein Schatten und auf den anderen kein Licht fiel.

Der Historiker Erwin Bucher hat in seinem gewichtigen Werk *Zwischen Bundesrat und General* mehrere von Bonjour dargestellte Sachverhalte nochmals gründlich durchkämmt. Er gelangte zum Schluss, Bonjour hätte sich unkritisch auf Aussagen von zweifelhaften Zeugen gestützt und ausserdem eine impulsive Abneigung gegen Bundesrat Pilet-Golaz empfunden, «weshalb», so Bucher, «seine Geschichte der schweizerischen Neutralität zahllose gravierende Falschmeldungen und Fehlurteile enthält».³⁵⁰ Altbundesrat Georges-André Chevallaz, um eine Rehabilitierung seines Waadtländer Landsmanns bemüht, kritisierte Bonjour bei allem Lob, das er dem Historiker auch spendete, noch schärfer. Er warf ihm nichts weniger vor, als Pilet-Golaz einen «procès d'intention» bereitet zu haben – also den Magistraten vorverurteilt zu haben.³⁵¹ Das dürfte eine leicht zugespitzte Aussage sein. Auf sicherem Grund bewegt man sich, wenn man im Fall von Hans Frölicher festhält: Um Fairness hat sich Bonjour nicht bemüht.

Erstaunliche Konstellationen im Urteil der Nachwelt

Es war allerdings nicht Edgar Bonjour, der das negative Bild von Hans Frölicher schuf. Er verlieh lediglich der vorherrschenden Meinung, die sich bei Kriegsende formiert hatte, beredten Ausdruck. Frölicher selbst sah sich keineswegs in diesem fahlen Licht. Nicht der gelindeste Zweifel schlich sich in sein Selbstverständnis ein. Am 31. Mai 1943 blickte er auf seine fünfjährige Amtszeit in Berlin zurück. Er notierte im Tagebuch: «Fünf Jahre sind vergangen. Und das Ergebnis? *Wir sind noch da!* Ich bilde mir nicht ein, dass das mein Verdienst sei, aber ich glaube, dass ich auch an meinem Platz dazu beigetragen habe, indem ich mich bemühte, die Linie von Bundesrat Motta einzuhalten, unsere Beziehungen auch zu einem nationalsozialistischen Deutschland freundschaftlich und vertrauensvoll zu gestalten. Und diese Bemühungen haben in der kritischen Zeit vom April 1940 bis Juni 1941 ihre Früchte getragen. Wohl mögen da auch andere Erwägungen mitgespielt haben, dass man unser Land in Ruhe liess. Aber wenn ich damals hier den Eindruck der Feindschaft und der Ablehnung gemacht hätte, zum Wohlgefallen mancher Patentpatrioten zuhause, dann weiss man nicht, was dem cholerischen Hitler hätte einfallen können. Mit einer gewissen Genugtuung kann ich diese fünf Jahre meiner Mission betrachten.»

Auch im Rückblick, als er um 1957 herum seine Erinnerungen aufzeichnete, hielt er an seiner Auffassung fest, wonach er mit seiner Art von Umgang mit den nationalsozialistischen Machthabern einen wichtigen Beitrag zur Kriegsverschonung der Schweiz geleistet hätte. Er schloss sein Buch mit den Worten: «Die Richtlinie, die ich mir für die Durchführung meiner Mission zugrunde legte, lässt sich in wenige Worte zusammenfassen: mit denjenigen, die uns wohlgesinnt waren, die praktischen Fragen regeln und mit den anderen die Schwierigkeiten vermeiden. – Viele glauben, dass das Schweizervolk es mehr schätzt, wenn seine Diplomaten auf den Tisch schlagen und den bestehenden Machtverhältnissen zum Trotz in mutiger

Gebärde glänzen. Das mag zum Teil zutreffen. Aber es hätte verhängnisvoll nicht nur für meine Aufgabe, sondern auch für das Land werden können, wenn ich in Berlin dem nachgegeben hätte.»³⁵²

Frölicher blieb selbstverständlich nicht verborgen, dass seine Sicht der Dinge weitherum nicht geteilt wurde. Doch in der Öffentlichkeit verteidigte er sich nie.³⁵³ Er schwieg bis ans Grab. Als 1970 der *Bonjour*-Bericht erschien, schlug sein Verdikt über den ehemaligen Schweizer Gesandten in Berlin nicht wie eine Bombe ein. Man bekam vielmehr den Eindruck, nun sei das wissenschaftlich erhärtet, was ohnehin schon längst die geläufige Meinung war. Vereinzelt Stimmen, welche die Objektivität von Bonjours Darstellung in Abrede stellten, nahm man wenig zur Kenntnis, oder sonst widersprach man ihnen heftig. Die beiden Artikel, welche der ehemalige Diplomat Jean-Frédéric Wagnière in der *Gazette de Lausanne* publizierte, lösten ein geringes Echo aus.³⁵⁴ Dagegen griff der ehemalige Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, Willy Bretscher, persönlich zur Feder, als Heinrich Homberger in seinen 1970 erschienenen Aufzeichnungen über die schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg Frölicher Leistung in Berlin würdigte. Bretscher bezeugte dem Autor in seiner Besprechung hohe Wertschätzung, aber in einem Punkt, nämlich bezüglich Frölicher, widersprach er ihm aufs Entschiedenste. Seiner Meinung nach war es nutzlos, das negative Urteil über den Diplomaten revidieren zu wollen.³⁵⁵ Dass Homberger «ritterlich auch ein Wort für Minister Frölicher einlegt, dessen gute Beziehungen zum deutschen Regierungsapparat den schweizerischen Unterhändlern ihre Aufgabe erleichtert hätten, muss hier wenigstens am Rande vermerkt werden; ohne der erwähnten Feststellung zu widersprechen, darf man vielleicht die Ansicht äussern, dass auch ein charakterfesterer Missionschef kaum ein erhebliches Handicap für unsere Unterhändler bedeutet hätte. Bonjours und Hombergers Urteile über Frölicher gehen weit auseinander, und wir möchten unverblümt sagen, dass es wohl verlorene Liebesmühe ist, das nicht nur für den Basler Historiker feststehende Persönlichkeitsbild dieses seiner Aufgabe weder intellektuell noch charakterlich gewachsenen Diplomaten, der allzu lange unentwegt auf die Karte des deutschen Endsieges setzte, in den Hauptzügen zu verändern und zu verbessern.»

Das von Bonjour gefällte geschichtliche Urteil verstetigte sich mit den Jahren. Max Frisch verhöhnte den Gesandten im *Dienstbüchlein* als «Hitler-Fan».³⁵⁶ Das historische Versagen des Ministers gerann immer mehr zur unumstösslichen, wissenschaftlich erwiesenen Gewissheit. Der Aufsatz des Bonjour-Schülers Georg Kreis über «General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940» verstärkte diesen Eindruck, belegte der Historiker doch mit umsichtigen Nachforschungen, dass man mit Frölichs Amtsführung nicht nur in der Umgebung des Generals unzufrieden war. Kreis hatte seinen Beitrag 1977 in der *Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte* publiziert, eine Vorarbeit war jedoch schon im Frühjahr 1976 in der *Neuen Zürcher Zeitung* erschienen. Der NZZ-Artikel forderte allerdings den Widerspruch von Altbotschafter Max König heraus. Dieser beteuerte, Frölicher werde Unrecht getan, und er meinte, es sei an der Zeit, «das Urteil über Minister Hans Frölicher auf eine gerechtere Grundlage zu stellen und ihn vor der Geschichte zu rehabilitieren».³⁵⁷ König kam indes mit seiner Verteidigung nicht weit, obschon niemand seine ehrenhafte Gesinnung anzweifelte. Aber als ehemaliger Schwiegersohn und getreuer Mitarbeiter von Frölicher galt er als zu befangen. Es fehlte denn nicht an Repliken, namentlich aus der Redaktionsstube der *Neuen Zürcher Zeitung* selbst. Alfred Cattani, die von Willy Bretscher eingeschlagene Linie verteidigend, sprach von einer eigentlichen Rehabilitierungskampagne, wozu jedoch bei nüchterner Betrachtung kein Anlass bestünde. Und Hugo Bütler gelangte, als er in die sich ausweitende Auseinandersetzung eingriff, zum Ergebnis: «Das kritische Urteil bleibt.»³⁵⁸ Bütlers Kommentar trug die bezeichnende Überschrift «Merkwürdige Konstellationen».

Tatsächlich hatte die Frölicher-Debatte Mitte der 1970er-Jahre nicht nur unerwartet Auftrieb erhalten; noch mehr überraschte, aus welchen Kreisen man dem vielgescholtenen Diplomaten neues Interesse entgegenbrachte. Der grossbürgerliche und anpassungsbedachte Diplomat war in den Sog der achtundsechziger Revolte geraten. Aufmüpfige Literaten fanden plötzlich Gefallen an einer Person, welche die Aktivdienstgeneration mit ungunstigen Gefühlen erfüllte. Die Lust, festgefahrene Ansichten zu zerstören und vertraute Werte umzukrempeln, reizte gewiss zur provokanten Auseinandersetzung. Aber neu zugängliche Quellen, namentlich Frölichs Tagebücher, trugen nicht minder dazu bei.

Gleichwohl war die Konstellation der Debatte, wie Felix E. Müller in einem Aufsatz über das historiografische Nachleben von Frölicher feststellte,³⁵⁹ eigenartig. Auf der einen Seite verteidigten zwei prominente Vertreter der kritischen Schule einen Anpasser mit einem Argument, das üblicherweise bürgerliche Historiker zur Abwehr von Angriffen aus dem linken Lager verwenden, nämlich: Man muss «die damaligen Ereignisse aus der Zeit heraus und nicht von unserem heutigen Wissensstand aus»³⁶⁰ verstehen. Auf der anderen Seite sträubte sich das bürgerliche Lager gegen jede Neubewertung Frölichers mit der Begründung, der Minister sei ein Hauptexponent der Anpasser gewesen und die schwierigen Zeitumstände änderten nichts an seinem moralischen Versagen – eine prinzipienorientierte, beinahe puristische Argumentation, mit welcher sonst die politische Linke bürgerliche Plädoyers zu verwerfen beliebt.

Den Stein ins Rollen brachte 1970 Christoph Geiser, Frölichers Enkel und damals redaktioneller Mitarbeiter am *Vorwärts*, dem Organ der kommunistischen Partei der Arbeit. In einem Artikel in der Zeitschrift *Neutralität*, ausgelöst durch den Vorabdruck des Bonjour-Berichtes in der *Neuen Zürcher Zeitung*, rebellierte er gegen die vorherrschende Geschichtsschreibung. Der Widerstandsgeist der Armee soll die Schweiz gerettet haben? Geiser war anderer Ansicht: «An der offiziellen Theorie, allein die heldenhafte Widerstandsbereitschaft der Schweizer Armee und das ‚einfache, soldatische Gemüt‘ von General Guisan hätten die Schweiz vor einer Besetzung durch Deutschland gerettet, stimmt etwas nicht.»³⁶¹ Der Enkel – für Uneingeweihte waren die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen allerdings nicht ersichtlich – zitierte dann erstmals aus den Tagebüchern seines Grossvaters. Und mit deutlicher Spitze gegen die Landesverteidigung bilanzierte er: «Für den zweiten Weltkrieg lässt sich... nachweisen, dass nicht die Armee die Schweiz gerettet hat, sondern die Anpassungspolitik der Wirtschaft.»³⁶² Auf Frölicher, den Befürworter der wirtschaftlichen Konzessionen und weitgehenden Anpassungen, fielen somit ein paar hellere Strahlen als im Bonjour-Bericht.

Geiser war auch empört, wie man seinen Grossvater nach dem Krieg als Buhmann verschrie. Unter Protest verwies er auf die Verantwortung des politischen Establishments, welches nach dem Krieg alle Schuld eil-

fertig auf den Aussenminister und dessen Gesandten in Berlin abgeschoben hätte. «Nach dem Zusammenbruch Frankreichs sprach man überall in der Schweiz offen von Anpassung – und nicht nur, wie das heute eine offizielle Geschichtsschreibung behauptet, in den Kreisen um Pilet-Golaz und Minister Frölicher. Pilet-Golaz und Frölicher waren ja nur die Ausführenden der offiziellen Anschlusspolitik.»³⁶³ Mit behutsamem Spürsinn verarbeitete Geiser das Thema auch in seinem familiengeschichtlichen Roman *Brachland* und gab dem Unwillen der Familie über die Verfemung ihres Vorfahren Ausdruck: «Sie haben Deinen Grossvater», so lässt er seine Mutter sprechen, «zum ‚Sündenbock‘ gestempelt, als sich die Zeiten geändert hatten und man ihn nicht mehr brauchte.»³⁶⁴

Kurz danach begann sich auch Hans Rudolph Hilty für Frölichers Schicksal zu interessieren. Geiser händigte ihm die Tagebücher aus. Hilty, zeitweilig Kolumnist des sozialdemokratischen *Volksrechts*, veröffentlichte im März und April 1976 in der Weltwoche eine mehrteilige Serie über Frölicher mit dem Titel «Aus den Papieren einer Unperson der schweizerischen Zeitgeschichte». Die umfangreiche Artikelreihe leitete Redaktor Otto Marchi ein – jener Marchi, der sich mit seiner *Schweizer Geschichte* für Ketzer einen Namen als witziger Bilderstürmer gemacht hatte. Obschon beide Autoren im politischen Spektrum links zu Hause waren, kam es keineswegs zu einem Scherbengericht über Frölicher, der mit beiden Beinen zweifelsfrei im rechten Lager gestanden hatte. Im Gegenteil. Hilty plädierte nicht nur für Verständnis, das man dem Gesandten aufgrund der Zeitumstände entgegenbringen müsse, er verlieh ihm sogar dort Lorbeeren, wo Frölicher sie entschieden nicht verdient hatte. So stilisierte Hilty den Gesandten allen Ernstes zum geistigen Urheber des Re-duit – ein verwegenes Lob für jemanden, der im Juli 1940 die Demobilmachung und den Abbruch der Befestigungsarbeiten empfohlen hatte. Oder Frölicher soll sich, sobald die Umstände es erlaubten, unermüdlich für humanitäre Aufgaben aufgeopfert haben. Für solche Anliegen jedoch brachte der Minister, selbst wenn man alle einschlägigen Stellen im Tagebuch zusammenkratzt, bestenfalls ein mittelmässiges Engagement auf.

Aus einem Saulus konnte Hilty mit seiner Publikation natürlich keinen Paulus machen. Aber die Serie in der Weltwoche bewirkte zumin-

dest, dass jene Frage auf den Tisch kam, die jeder Historiker stellen sollte, ehe er sich an die Arbeit begibt. Diese lautet: Welche Informationsquellen stehen zur Verfügung? Hilty hatte nicht nur Frölichers Erinnerungsschrift *Meine Aufgabe in Berlin* gelesen, er hatte auch als Erster die Tagebücher eingehend ausgewertet. Während Bonjour Frölichers Memoiren, wie erwähnt, mit der richtigen Bemerkung, es handle sich um eine persönliche Darstellung, aber auch mit dem etwas schnöden Nachsatz, die Schrift trage Rechtfertigungscharakter, bewusst beiseite gelassen hatte, erweiterte Hilty mit den neuen Quellen den Sichtwinkel, aus welchem man den «Fall Frölicher» prüfen konnte. Statt die Linse ausschliesslich auf den Brennpunkt Schweiz zu richten, bezog er auch den Spannungsherd Berlin in seine Darstellung ein; er hörte sich die Version jenes Mannes an, der die kritischste Phase in der neueren Schweizer Geschichte in der Reichshauptstadt ausstehen musste. Zehn Jahre später nahm Jürg Fink diese Betrachtungsweise wieder auf und ging noch einen Schritt weiter. Er untersuchte, wie gefährdet die Schweiz gemäss den Unterlagen des Dritten Reiches gewesen war. Dabei schien ihm, Frölicher hätte mit seinem Anpassungskurs dazu beigetragen, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.³⁶⁵ Schliesslich analysierte Stephan Schwarz kürzlich von Weizsäckers Beziehungen zur Schweiz, namentlich auch jene zu Frölicher, im Rahmen einer Dissertation. Ohne das komplexe Verhältnis auf einen einfachen Nenner zu bringen, setzte er doch einige Fragezeichen hinter die Behauptung von Frölicher, wonach der Freiherr ein Glücksfall für die Schweiz gewesen sei.³⁶⁶ Die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg hingegen, mehr strukturellen Zusammenhängen nachgehend als dem Wirken von einzelnen Personen, interessierte sich nur marginal für den umstrittensten Schweizer Diplomaten.

Eine zweite Frölicher-Auseinandersetzung, eine literarische, wogte Anfang der 1990er-Jahre. Erstaunlicherweise beschäftigte das Phänomen Frölicher die Schweizer Schriftsteller und Literaten immer in einem höheren Mass als die Historiker. Geiser, Hilty und Marchi erprobten die erste Geschichtsrevision – und nun verarbeiteten Thomas Hürlimann und Urs Widmer den Stoff in je einem Theaterstück. Es dürfte in der schweizerischen Theatergeschichte äusserst selten vorkommen, dass sich zwei Autoren zur selben Zeit mit dem gleichen Ge-



28 Edgar Selge als Dr. Heinrich Zwygart (alias Dr. Hans Frölicher) im Theaterstück **Der Gesandte** von Thomas Hürlimann.

genstand beschäftigen. Zudem realisierte die Fernsehproduzentin May Broda 1992 einen um Objektivität bemühten Film über Frölicher.³⁶⁷ Mit umsichtigem Blick auf die Zeitumstände wagte sie sich an ein Porträt heran; sie lässt den Minister in seinen Tagebuchaufzeichnungen ausführlich zu Wort kommen, verschweigt indes auch den Groll des Nachrichtendienstes nicht. Schliesslich drehte Jürgen Miermeister für 3sat einen Film zum «Fall Frölicher». In seiner Reportage *Mit Schoggi und Cognac gegen den Krieg* beobachtete und kommentierte er ein Symposium vom Oktober 1993 auf der schweizerischen Vertretung in Berlin. Damals hatten Hürlimann, Widmer und Broda zusammen mit Historikern, Publizisten und Diplomaten die Rolle von Hans Frölicher diskutiert.³⁶⁸

Urs Widmer beabsichtigte mit seinem Stück, wie er auf jener Tagung erklärte, zu zeigen, dass Frölichers Anpassungspolitik die geschicktere Form des Widerstandes war als die bedingungslose Abwehr der Armee. Ob sein Schauspiel, das die Zeitgeschichte kenntnisreich verarbeitet, diesen Eindruck zu vermitteln vermag, bleibt allerdings fraglich. Die unbändige Lust des Autors, Bundesrat und General, Nachrichtendienstler und den Gesandten, kurzum alle politisch Handelnden in amüsanten Rundum-

schlagen der doppelbödigen Moral zu bezichtigen und sie mit Spott zu übergiessen, rückt das Stück streckenweise eher in die Nähe einer unterhaltsamen Schmierenkomödie. Seiner schriftlichen Fassung stellte Widmer zwar ein beeindruckendes Zitat von Friedrich Dürrenmatt voran. Aber das Stück hinterlässt den Eindruck, Widmer bemühe sich, gerade das Gegenteil zu beweisen. Dürrenmatts Zitat lautet: «Wir haben sicher im Kriege viele Fehler gemacht, aber im Wesentlichen war unsere Politik menschlich. Man kann von den Politikern nicht das Heldische fordern. Wir haben kein Recht, auf unsere damaligen Politiker Steine zu werfen. Sie haben ihr politisches Ziel erreicht, nämlich die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.»³⁶⁹

Wie Widmer inspirierte sich auch Thomas Hürlimann an Frölicher's Aufzeichnungen *Meine Aufgabe in Berlin*. Aber er wählte einen viel eingegrenzteren Handlungsraum. Das Dilemma, wie die Schweiz zwischen Anpassung und Widerstand durch den Zweiten Weltkrieg steuerte, verlegt er in die Person des Dr. Heinrich Zwygart alias Dr. Hans Frölicher. Die eigene Regierung hatte diesem eine unmögliche Aufgabe übertragen, und mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes liess sie ihn wie eine heisse Kartoffel fallen. Zwygart war eben im hochgemuten Gefühl nach Hause zurückgekehrt, seine Mission im Dritten Reich bravourös zum Nutzen der Schweiz erfüllt zu haben. Nun wartete er auf seinem Anwesen bei Bern darauf, in einem offiziellen Wagen zur Siegesfeier abgeholt zu werden, um den Dank des Vaterlandes entgegennehmen zu können. Doch Zug um Zug muss er erfahren, dass jetzt, nach dem Kriegsende, sein Lavierien in Berlin nicht verdankt wird, sondern geächtet ist. Wie Schuppen fällt es ihm von den Augen, dass seine Gesellschaftskreise ihn meiden und ausgestossen haben. Er soll die zahlreichen Konzessionen sühnen, welche die Schweiz in ihren schwächsten Stunden notgedrungen eingehen musste. Mit seinem Sturz soll er den Makel tilgen, der an vielen Entscheidungsträgern haftet. In dieser vertrackten Seelenlage rechtfertigt Zwygart sein Handeln im Dritten Reich, und er wird zum Ankläger der offiziellen Schweiz. Mit bitterer Selbstironie, voller Galgenhumor schlüpft er in die Rolle seiner Verächter und parodiert das abgekartete Spiel:

«Wir küren den General zum grossen Sieger, und was den Dreck betrifft, diesen ganzen verdammten Dreck, der an allen Fingern klebt, auf unseren Westen und Zungen und Akten, bitte den werden wir auf die einfachste Weise los, mit diesem Dreck füllen wir Zwygarts Grab.»³⁷⁰

Frölicher im Vergleich zu anderen Spitzendiplomaten

Frölicher wurde, wir haben es gesehen, immer wieder kritisiert, er sei zu anpassend, hätte zu wenig gute Kontakte mit den Nazi-Größen, er verstehe es nicht, sich eine Position zu schaffen und dergleichen mehr.

Mehrmals tauchten Vorschläge auf, um ihn abzulösen.³⁷¹ Deshalb stellt sich die Frage: Hätte ein anderer Diplomat die Schweizer Aussenpolitik in Berlin besser vertreten können? Schauen wir uns die vorgeschlagenen Alternativen an. Welches Profil wiesen die Persönlichkeiten auf, deren Namen zur Ablösung von Frölicher in die Runde geworfen wurden, also Carl Jacob Burckhardt und Walter Stucki? Wären sie für den Berliner Posten geeigneter gewesen? Man kann auch vergleichen, wie Paul Ruegger im faschistischen Rom, einem anderen schwierigen Posten, agierte und wie es ihm ergangen ist.

Frölicher, Stucki und Ruegger bildeten in der Kriegszeit das Spitzentrio der eidgenössischen Gesandten. Der eine war in Berlin, der andere in Paris beziehungsweise Vichy, der dritte in Rom. Burckhardt, der zu Beginn gleichfalls die diplomatische Karriere eingeschlagen hatte, diese jedoch nach wenigen Jahren wieder aufgab, gehörte zwar nicht der Diplomatenzunft an, aber der berühmte Literat kreiste sozusagen als Solitär um das EPD. Sein illustrierter Name tauchte immer wieder auf, wenn es diesen oder jenen prestigeträchtigen Posten zu besetzen galt. Alle vier mussten sich auf exponierten Stellen mit dem Nationalsozialismus oder dem Faschismus auseinandersetzen: Frölicher im Zentrum der Macht in Berlin, Ruegger beim Hauptpartner der Achse in Rom, Stucki bei der Vasallen-Regierung von Marschall Pétain in Vichy und Burckhardt als Hoher Kommissar des Völkerbunds in der Freien Stadt Danzig. Auch in ihrer gesellschaftlichen Herkunft hatten sie einiges gemeinsam. Alle entstammten der Oberschicht: Frölicher aus einer schwerreichen Industriellenfamilie, Burckhardt aus dem Basler Patriziat, Stucki und Ruegger aus dem Bildungsbürgertum, der Vater des einen war



29 Walter Stucki bei der Übergabe der Macht an die FFI (Forces françaises de l'Intérieur) in Vichy am 27. August 1944. Links FFI-Oberst Pontcarral, Generalstabschef der Region Vichy.

Mittelschullehrer in Bern, der des anderen Kantonsschulrektor in Luzern. Alle haben zudem brillante Karrieren, aber auch Brüche in ihren Lebensläufen vorzuweisen. Deren Kurzbiografien sehen so aus:

Walter Stucki, 1888 in Bern geboren, war von Anfang an eine Ausnahmerecheinung.³⁷² 1917 trat er ins Volkswirtschaftsdepartement (EVD) ein – und zwar gleich als Generalsekretär. Doch schon nach einem Jahr kehrte er wieder in seine Anwaltspraxis zurück. 1925 holte ihn Bundesrat Edmund Schulthess erneut in sein Departement, dieses Mal als Direktor der Handelsabteilung. 1935, nach dem Tod von Schulthess, nahm Stucki wieder seinen Abschied. Nun versuchte er sich in der Politik als freisinniger Nationalrat. Doch der Bundesrat wollte auf Stuckis ausserordentliche Dienste nicht verzichten. Aber er befand sich in einer schwierigen Lage, da mit Jean Hotz der Handelsabteilung bereits ein neuer Direktor vorstand. Niemand konnte sich indes vorstellen, dass sich der selbstbewusste Stucki mit einer untergeordneten Stellung in der Handelsabteilung begnügen würde. Da zauberte der Bundesrat einen neuen Status hervor. Er schuf für den hoch begehrten Berner eigens den Posten eines Delegierten für Aussenhandel, der direkt ihm unterstellt war. Stucki wurde zudem nicht als Beamter klassiert. Er konnte somit sein Nationalratsmandat mit seiner neuen Stellung vereinen. Der Ausflug in die Innenpolitik dauerte allerdings nicht lang. 1937 übernahm Stucki die prestigeträchtige Gesandtschaft in Paris. Nach dem Zusammenbruch der Dritten Republik zog er mit Marschall Pétain nach Vichy und harrte dort bis zur Übergabe der Stadt aus. Ende 1944 bekam er den damals höchsten Diplomatenposten an der Zentrale. Er wurde Chef der Abteilung für Auswärtiges, allerdings nur für kurze Zeit. Denn der neue Departementschef, Max Petitpierre, wollte sich rasch des autoritär auftretenden Stucki entledigen. Nochmals schuf der Bundesrat einen eigens auf Stucki zugeschnittenen Posten, nämlich jenen eines Delegierten für Sonderfragen. In dieser Funktion handelte der abgehalfterte Chefdiplomat mit ausserordentlichem Geschick etliche Verträge aus, insbesondere das Washingtoner Abkommen von 1946 über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz. Stucki, 1954 pensioniert, verstarb 1963.

Paul Ruegger, 1897 Luzern geboren, reichte 1918 seine völkerrechtliche Dissertation an der Universität Zürich bei Max Huber ein.



30 *Minister Paul Ruggier mit General Guisan (1942).*

Die Begegnung mit dem grossen Völkerrechtler, der sein geistiger Ziehvater wurde, sollte seinen Werdegang entscheidend prägen. Huber, hauptamtlich Rechtsberater im EPD, war von Ruggiers Eigenschaften und Fähigkeiten tief beeindruckt. Er offerierte dem Doktoranden eine Stelle in Bern. So trat dieser 1918 als Sekretär von Max Huber ins EPD ein. 1926 wechselte er, wiederum in Hubers Fussstapfen, als stellvertretender Generalsekretär an den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag. 1929 kehrte er ins EPD zurück und war als Legationsrat in Rom und Paris sowie zwischendurch als juristischer Mitarbeiter an der Zentrale in Bern eingesetzt. Damals heiratete er die italienische Gräfin Isabella Salazar. 1935 ernannte der Bundesrat den erst 38-Jährigen zum Gesandten in Rom. Doch 1942 verlangten die italienischen Behörden seine Abberufung. Nach seinem Rauswurf suchte Ruggier erneut vorübergehend bei Max Huber Unterschlupf. Er trat in die Dienste des IKRK, an dessen Spitze nun sein Mentor stand. Als ihm der Bundesrat 1944 die Gesandtschaft in London anvertraute, kehrte er ins EPD zurück, amtierte vier Jahre lang als Missionschef, um 1948 nochmals zum

IKRK zu wechseln, dieses Mal in der direkten Nachfolge von Max Huber als IKRK-Präsident. Rein förmlich gesehen, trat Ruegger zwar die Nachfolge von Carl J. Burckhardt an. Doch nachdem sich dieser nach Paris verabschiedet hatte, um dort die Schweizer Gesandtschaft zu leiten, musste der alte Huber nochmals einspringen und interimistisch die Präsidentschaft der Genfer Institution übernehmen. Ruegger präsierte das IKRK bis 1955. Nach seinem Rücktritt gehörte er zahlreichen internationalen Gremien an. So sass er von 1956 bis 1960 auch dem internationalen Arbeitsamt vor. Für die Schweiz leitete er zahlreiche Delegationen an internationalen Rechtskonferenzen. Ruegger, 1961 in zweiter Ehe mit einer florentinischen Marquise verheiratet, starb 1988 in Florenz.

Carl Jacob Burckhardt, 1891 in Basel geboren, trat nach dem Geschichtsstudium in den diplomatischen Dienst ein. Sein erster Posten in Wien, wo er von 1918 bis 1922 als Attaché auf der Gesandtschaft wirkte, enttäuschte ihn. Der diplomatische Alltag entführte nicht in jene grossen Verhältnisse, die er sich erträumt hatte. Deshalb verliess er den Dienst und schlug eine akademische Laufbahn ein. Wenige Jahre nach der Habilitation in Zürich erhielt er an der Universität eine Geschichtspröfessur. 1932 wechselte er nach Genf, wo er bis 1945 am neu gegründeten Institut universitaire de hautes études internationales unterrichtete. Die Lehrtätigkeit unterbrach er nur von 1937 bis 1939, da er erneut in die Welt der Diplomatie ausflog und als Hoher Kommissar für den Völkербund in Danzig amtete. Daneben war Burckhardt, der sich mittlerweile einen Namen als brillanter Schriftsteller erworben hatte, auch für das IKRK tätig. 1933 wurde er ins Komitee gewählt, und Anfang 1945 übernahm er den Vorsitz von Max Huber. Er übte dieses Amt formell bis 1948 aus, als es an Paul Ruegger überging. Allerdings lebte er sich in dieses Amt nicht ein. Kaum hatte er es angetreten, liess er sich vom Bundesrat überreden, die Schweizer Gesandtschaft in Paris zu übernehmen. Nachdem er sich einen mehrmonatigen Aufschub erbeten hatte, traf er im Juni 1945 in Paris ein. Zuerst stellte er sich vor, diese Mission als Sondergesandter nur einige Monate zu leiten. Doch daraus wurden vier Jahre. Der in den Salons umworbene «homme de lettres» fand rasch Gefallen am Lebensstil der gehobenen Pariser Gesellschaft und stand der Vertretung bis 1949 vor. Burckhardts IKRK-Tätigkeit



31 Carl J. Burckhardt in Jagdausrüstung, wohl auf gemeinsamer Jagd mit H. Frölicher (um 1939).

wird seit einigen Jahren kritisch beurteilt. Die übervorsichtige Zurückhaltung der Genfer Institution im Zweiten Weltkrieg, das Schweigen angesichts der Vernichtung der Juden, wird grossenteils ihm angelastet.³⁷³ Nach dem Ende der Pariser Mission blieb er noch drei Jahre als Privatmann in Versailles, ehe er sich an den Genfer See zurückzog. Nun betätigte er sich vornehmlich als Schriftsteller. Für sein literarisches Werk wurde er 1954 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet, 1960 publizierte er den Rechenschaftsbericht *Meine Dazwischen Mission 1937-1939*. Der Bericht, dem ein grosser publizistischer Erfolg beschieden war, hält allerdings einer historischen Kritik nicht stand. Der Memoirenschreiber hat die Tatsachen allzu sehr zu seinen Gunsten umgebogen.³⁷⁴ Burckhardt, der 1926 Elisabeth de Reynold, die Tochter des prominenten Rechtsintellektuellen Gonzague de Reynold geheiratet hatte, starb 1974 in seinem Anwesen «La Bâtie» in den Rebhängen oberhalb von Vinzel.

Worin unterscheiden sich nun die vier Diplomaten? Natürlich waren sie ganz verschiedene Persönlichkeiten. Stucki, ein grosser hagerer Mann, war ein Draufgänger, herrisch im Charakter, auch aufbrausend. Er war, wie man heute sagen würde, ein «Alphatier». Frölicher entsprach ziemlich dem Gegenteil: ein Gentleman, der gern auf grossem Fuss lebte, angenehm und unkompliziert im Umgang mit allen, auch mit den sogenannten kleinen Leuten. Ruegger seinerseits war ebenfalls eine angenehme Person, aber mit seinen vollendeten Umgangsformen doch etwas mehr auf seine Würde und das Förmliche bedacht. Burckhardt schliesslich, eine imposante Erscheinung, gab sich vornehm distanziert. Er kultivierte das Grossbürgerliche, das Aristokratische, das Gebildete und umgab sich gern mit berühmten Persönlichkeiten.

In ihrer politischen Ausrichtung hingegen unterscheiden sie sich nicht grundsätzlich. Alle waren Patrioten, bürgerlich eingestellte Demokraten, ohne Sympathien für totalitäre Ideologien, aber auch nicht ohne jegliches Verständnis für die Vorgänge in ihren Residenzländern. Im säkularen Ringen zwischen Faschismus und Kommunismus teilten sie ausnahmslos die in bürgerlichen Kreisen vorherrschende Ansicht: Sie fürchteten die Sowjetunion mehr als die autoritären Regimes. Am stärksten beschwor Burckhardt dieses Drohgebilde. Als im Frühling 1936 in Spanien und Frankreich Volksfrontbündnisse an die Macht ge-

langten, meinte er, nur Hitler und Mussolini könnten Europa noch vor dem Bolschewismus retten. Die Gefahr, die dagegen vom Nationalsozialismus ausging, beunruhigte ihn viel weniger. Diese war von «episodenhaftem Charakter».³⁷⁵ Selbst nach dem Krieg glaubte er noch, der Westen hätte eigentlich mit dem Dritten Reich den falschen Feind bekämpft. Der Kampf auf Leben und Tod stehe erst noch bevor, nämlich im Ringen mit der Sowjetunion. Er schrieb: «Während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus hat man nicht begriffen, dass hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte.»³⁷⁶

So weit ging Ruegger gewiss nicht – «das beste Pferd im Stall für Rom»,³⁷⁷ wie Frölicher nicht ohne Schalk seinem Kollegen zur Ernennung gratulierte. Aber zeitweilig geizte er wie sein überaus verehrter Chef, Bundesrat Motta, auch nicht mit Lob für Mussolini. Selbst nach Italiens Kriegseintritt lobte er den Duce noch als «un homme réellement grand».³⁷⁸ Erst ein, zwei Jahre vor dem Ende seiner Mission schlug er kritischere Töne an.³⁷⁹ Ruegger forderte auch wie Frölicher mehrmals von der Presse grössere Zurückhaltung in der Berichterstattung über das faschistische Italien. Aber im Gegensatz zu seinem Kollegen in Berlin zog er durchaus mehrere Register. Er drängte nicht stets auf Anpassung. Manchmal gab er den Rat, dem italienischen Druck zu widerstehen und mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Das Gleiche gilt für die Wirtschaftsverhandlungen. Auch da drängte er nicht à *tout prix* auf helvetisches Entgegenkommen. Im Gegenteil, er riet, ohne italienische Konzessionen keinen neuen Wirtschaftsvertrag abzuschliessen. Kluge Distanz wusste sich Ruegger auch zu wahren, als die Universität Lausanne 1937 Mussolini ein Ehrendoktorat verlieh. Er erklärte den Missgriff zu einer privaten universitären Angelegenheit und weigerte sich, an den Feierlichkeiten teilzunehmen.³⁸⁰ Freilich lastete auf ihm – bei allen Schwierigkeiten, denen er in Rom ausgesetzt war – nie ein derart bleierner Druck wie auf dem Gesandten in Berlin. Das faschistische Italien trachtete ja selbst danach, der erdrückenden Umarmung durch Hitlerdeutschland zu entkommen.

Stuckis Haltung ist, da er eine Zeit lang ein aktiver Politiker war, in zahlreichen Fragen aktenkundig. Im Nationalrat politisierte er als überzeugter Wirtschaftsliberaler auf der Linie des Freisinns. Er war, um nochmals aus

dem früher erwähnten Bericht der deutschen Gesandtschaft in Bern zu zitieren, «einer der verbissensten und durchtriebensten Gegner einer neuen Ordnung in Europa».³⁸¹ Doch dann folgt im besagten Bericht die verblüffende Wendung. Stucki wolle nun nach den rasanten deutschen Kriegserfolgen im Westen seine Ansicht revidiert haben, er hätte seine bisherige Haltung als falsch bezeichnet. Sein Gesprächspartner – kein Geringerer als der deutsche Gesandte Otto Köcher – traute seinen Ohren nicht. Er mochte nicht glauben, was er vernahm. Deshalb verdächtigte er ihn schlicht des puren Opportunismus. Aber vielleicht steckte doch mehr dahinter. Vielleicht glaubte in jenem gefährlichen Jahr 1940 auch Stucki wie so viele andere, die Schweiz komme nicht umhin, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Jedenfalls brachte er als Gesandter in Vichy einiges Verständnis für die schwierige Lage von Marschall Pétain auf.³⁸² Seine Aufzeichnungen über die letzten Tage des Vichy-Regimes verdanken wir gar einem Versprechen, das er dem greisen Staatschef vor dessen Verschleppung nach Süddeutschland gegeben hatte.³⁸³ Sie waren wohl nicht zuletzt, nebst einer gehörigen Dosis Eigenlob, zur Exkulpation von Pétain gedacht. So wie sich Frölicher für den in Nürnberg angeklagten von Weizsäcker verwandte, so stand Stucki Pétain bei. Ferner erachtete auch er die Gefahr als sehr gross, dass Westeuropa einem sowjetisch-kommunistischen Ansturm nicht widerstehen könnte. Wie Frölicher, Burckhardt und Pilet-Golaz fürchtete er den Bolschewismus mehr als Faschismus und Nationalsozialismus. Stucki hat sich fraglos ausserordentliche Verdienste um die Schweiz erworben. Ob er auch die ideale Besetzung in Hitlers Berlin gewesen wäre, darf man indes bezweifeln.

Ein anderer Vergleichspunkt: Wie stellten sich die vier exponierten Diplomaten zur Judenverfolgung? Frölicher hat, wie schon dargelegt, nur spärlich darüber berichtet.³⁸⁴ Er beschönigte nichts, aber er protestierte auch nicht gegen flagranter Unrecht. Meistens schwieg er. Ein Diplomat klassischen Zuschnitts mischte sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates ein. Das gebot seiner Meinung nach die Staatsräson. Persönlich war Frölicher kein Antisemit. In seinem Tagebuch findet sich kein einziger Eintrag, den man so interpretieren könnte. Paul Ruegger verhielt sich in Rom nicht anders. Die Rassengesetzgebung von 1938 verurteilte er in seinen Berichten unmissverständlich. Ansonsten war die Juden-

verfolgung kein Thema, das ihn beschäftigte?⁸⁵ Auch bei diesem Völkerrechtler kam die Staatsräson vor den Menschenrechten. Ähnlich gedacht haben dürfte Walter Stucki. Er fiel kaum mit Äusserungen auf, weder positiven noch negativen. Auch er scheint das Judenproblem als eine innere Angelegenheit Frankreichs angesehen zu haben. Hingegen organisierte er einen Sammeltransport für Schweizer Juden aus Vichy-Frankreich, nachdem die Deutschen das ganze Land besetzt hatten und die ausländischen Juden ultimativ aufforderten, das Gebiet zu verlassen.

Komplizierter ist es mit Burckhardt. Seine Einstellung zum Judentum war, um mit Paul Stauffer zu sprechen, «lebenslang eine einigermassen zwiespältige»?⁸⁶ Gelegentlich schreckte er nicht vor problematischen Äusserungen zurück. Schwerer wiegt indes etwas anderes: Aufgrund seiner Stellung hätte man von ihm mehr Anteilnahme am Schicksal der europäischen Juden erwartet, zuerst in seiner Eigenschaft als IKRK-Mitglied, also einer humanitären Organisation, dann als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig. Im Gegensatz zu seinen drei Kollegen auf Aussenposten konnte er sich nur bedingt auf die Erfordernisse der Staatsräson berufen. Doch sein humanitäres Engagement fiel bescheiden aus. Seit 1933 sass er im Internationalen Komitee des Roten Kreuzes. Aber bis zum Kriegsende besichtigte er als Delegierter des IKRK nur einmal, im Jahr 1935, drei deutsche Konzentrationslager. Im nächsten Jahr, als er Deutschland erneut besuchte, begnügte er sich mit offiziellen Gesprächen in Berlin. In seinem Dankeschreiben vom 23. Mai 1936 an Hitler lobte er die grosszügige Gastfreundschaft und die perfekte Organisation seiner Reise?⁸⁷ Auch in Danzig fiel er, entgegen seiner beschönigenden Darstellung in *Meine Danziger Mission 1937-1939*, nicht durch einen grossen Einsatz zugunsten der bedrängten Juden auf. Tatsächlich unternahm er bestürzend wenig. Er bewegte sich lieber in den höheren Sphären der internationalen Friedensvermittlung. Es erstaunt denn auch nicht, dass er in seinen Erinnerungen versuchte, «seinen philosemitischen Leistungsausweis nachträglich aufzubessern»?⁸⁸

Noch in einem andern Punkt wollen wir die vier Diplomaten vergleichen. Wie haben sie die beruflichen Anforderungen, nämlich mit allen Staaten möglichst gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, mit ihrer persön-

lichen Anschauung in Übereinstimmung gebracht? Wurden sie deswegen zu Opfern ihres Berufs? Frölichers Auffassung kennen wir: Ein Diplomat drückt die Augen zu, verhandelt mit den Wohlgesinnten und vermeidet die Schwierigkeiten mit den anderen. Er glaubte, seine Aufgabe gut gelöst zu haben, doch das Schweizer Volk in seiner Mehrheit sah es anders. Nach seiner Rückkehr fühlte er sich als Opfer seines Berufs missverstanden.

Rueggers oberstes Ziel war es gleichfalls, die schweizerisch-italienischen Beziehungen so freundschaftlich wie möglich zu gestalten. Aber er verhielt sich anders. Oft plädierte auch er für Anpassung, manchmal riet er indes zu Widerstand?⁸⁹ Er wog je nach Lage ab. Doch auch ihm wurde sein Verhalten, wie er meinte, übel verdankt. Anfang 1942 verlangte das italienische Aussenministerium seine Abberufung – und der Bundesrat gab nach. Ruegger wurde umgehend abgezogen. Aussenminister Graf Galeazzo Ciano fühlte sich nicht einmal bemüssigt, einen Grund für Rueggers Abberufung anzugeben. So weiss man bis heute nicht, was ausschlaggebend war. Es gibt eine Vielzahl von Vermutungen und Gerüchten: Mussolinis Verärgerung über Ruegger, dem er die Hauptschuld an den erfolglosen Verhandlungen über neue Bankkredite gab, ein Zerwürfnis zwischen Ruegger und dem italienischen Aussenminister, Schwierigkeiten von Rueggers sehr eigenständig agierender Ehefrau, der Gräfin Salazar, mit tonangebenden Kreisen der Gesellschaft, oder angeblich private Affären.³⁹⁰ Der italienische Gesandte in Bern hingegen durfte bleiben. In solchen Fällen ist es an sich üblich, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Ruegger hatte denn auch die Zentrale mehrmals ersucht, wenigstens als Gegenmassnahme die Abberufung des unbeliebten Attilo Tamaro zu verlangen und somit das Gesicht zu wahren. Aber er drang beim Bundesrat nicht durch. Der Rauswurf aus Italien kränkte den sensiblen Ruegger tief – und fast noch mehr die Tatsache, dass er mehr als zwei Jahre lang warten musste, bis er mit London wieder einen ihm angemessenen Posten bekam. «J'ai été victime de mon devoir», schrieb er an Pilet-Golaz?⁹¹ Natürlich führte er selbst seine Abberufung auf das edelste der Motive zurück, nämlich seinen tapferen Widerstandsgeist – manchmal vielleicht etwas mehr, als der Sache gerecht wurde. So soll er später einem Mitarbeiter gegenüber behauptet haben, Pilet-Golaz hätte alle seine Berichte brühwarm dem ita-

lienischen Gesandten in Bern gezeigt, der dann seinerseits die Farnesina darüber informiert hätte. Diese Berichte seien der wahre Grund gewesen, weshalb er zur *Persona non grata* erklärt worden sei.³⁹² In seiner Verärgerung ging Ruegger wohl etwas zu weit. Nach allen Seiten hin versuchte er sich mit ellenlangen Schreiben zu rechtfertigen. Selbst vor Intrigen gegen Pilet-Golaz schreckte er nicht zurück.³⁹³ Auch machte er sich daran, Memoiren zu schreiben. Er hatte bereits 26 Seiten über seine Abberufung unter dem Titel «Mon rappel de Rome» angelegt.³⁹⁴ Aber als er die Gesandtschaft in London übernehmen konnte, war der Karriereknick ausgebügelt und er liess die Memoirenschreiberei sein.

Auch Walter Stucki bezahlte einen Preis für seine Mission beim Regime von Marschall Pétain. Gewiss hatte er sich grosse Verdienste um die Stadt Vichy erworben. Dank seiner Vermittlung zerstörten die abziehenden Deutschen die Stadt nicht. Mit grossem Mut begab er sich auch zum anrückenden Maquis und konnte mit seiner Intervention verhindern, dass sich die Maquisards an der Bevölkerung rächten. Aber ihm haftete auch ein leichter Geruch von Kollaboration an. Er galt als Sympathisant des Vichy-Regimes. Bis zum Schluss unterhielt er mit Pétain Kontakte, die über das rein Berufliche hinausreichten. Das beeinträchtigte sein politisches Urteil. In einem Gespräch mit Frölicher fand er, die Schweiz sollte dem greisen Marschall Asyl gewähren.³⁹⁵ Für die Befreiungsbewegungen dagegen hatte er nicht viel übrig. Er unterschätzte de Gaulle sträflich. Als sich der General dann in Frankreich durchsetzte, wäre Stucki gern als Gesandter nach Paris zurückgekehrt. Nun erhob jedoch die französische Regierung Einspruch. Stucki, ein Vertrauter von Pétain, war nicht genehm. Auch er wurde zum Opfer seiner diplomatischen Biografie. Die Schweiz musste ihn zurücknehmen und, wie Frölicher in seinem Tagebuch schnippisch notierte, in Quarantäne setzen.³⁹⁶ Doch schliesslich wurde er im EPD auf den Chefposten der Abteilung für Auswärtiges befördert. Angeblich wäre er, als Burckhardt zurücktrat, nochmals gern als Minister nach Paris zurückgekehrt. Das EPD soll erneut sondiert haben, der Quai d'Orsay hätte jedoch wiederum abgewinkt.³⁹⁷

Burckhardts Situation ist selbstredend anders. Er war kein Missionschef. Aber er hatte auch hohe offizielle Positionen inne und war als Kan-

Geheim

Secret

ORIGINAL

Eidgenössisches Politisches Departement
Département Politique FédéralAbteilung für Verwaltungsangelegenheiten
Division des Affaires administratives

FORMULAR L

Personalblatt
Etat personnel

I. Zivilstand — Etat civil

verstorben 30.1.1961 in Bern

Familienname: Frölicher
 Nom de famille: Frölicher
 Vornamen: Hans
 Prénoms: Hans
 Geboren am: 3. Dezember 1887 in Solothurn
 Né le: 3. Dezember 1887 in Solothurn
 Heimatort: Solothurn Kanton oder Staat: Solothurn
 Lieu d'origine: Solothurn Canton ou Etat: Solothurn
 Weitere Staatsangehörigkeit, wenn Doppelbürger:
 Autre nationalité, en cas de double indigénat:
 Zivilstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden): verheiratet
 Etat civil (célibataire, marié, veuf, divorcé): marié le
 Namen und Vornamen der Eltern: Frölicher-Stehli Max und Margarete,
 Noms et prénoms des parents: Industrieller
 Adresse und Beruf des Vaters (ev. der Mutter):
 Adresse et profession du père (év. de la mère):
 Familienname der Ehefrau vor ihrer Verheiratung: Müller Rosemarie, geb. 18.4.1911 in Tschopau
 Nom de famille de l'épouse avant son mariage: Müller Rosemarie, geb. 18.4.1911 in Tschopau
 Name de famille de l'épouse avant son mariage: Tschopau / Deutschland
 Heimatort der Ehefrau vor ihrer Verheiratung: Tschopau / Deutschland
 Lieu d'origine de l'épouse avant son mariage: Tschopau / Deutschland
 Vornamen und Geburtsdaten der Kinder: Christine, geb. 6. November 1947 in Bern
 Prénoms et dates de naissance des enfants: Christine, geb. 6. November 1947 in Bern
Max 1914
Helene Rosmarie 1916
 Militärische Einteilung und Grad: z. D. Major
 Incorporation militaire et grade: z. D. Major

II. Bildungsgang und Beruf — Etudes et profession

Primarschule	in	vom	bis
Ecole primaire	à	du	au
Sekundarschule	in	vom	bis
Ecole secondaire	à	du	au
Höhere Mittelschulen	in	vom	bis
Ecoles supérieures	à	du	au
Hochschule	in	<u>Studes en droit:</u>	vom	bis
Université	à	<u>Zürich</u>	du	au
	in	<u>Munich</u>	vom	bis
	à	<u>Berne</u>	du	au
	in	<u>Leipzig</u>	vom	bis
	à	du	au
	in	vom	bis
	à	du	au

Studienausweise und Diplome: Docteur en droit 1912 (Leipzig)
 Certificats d'études et diplômes: Docteur en droit 1912 (Leipzig)

Fachschulen:
 Ecoles spéciales:
 Erlerter Beruf:
 Profession:

49098

didat für einen Schweizer Gesandtenposten mehrfach im Gespräch. Mindestens zweimal bekam auch er zu spüren, dass ihn die eigene Vergangenheit einholte. Als Völkerbundskommissar in Danzig handelte er so, dass den Deutschen seine Amtsführung mehr gefiel als den Alliierten. Diese fanden, er sollte dezidierter gegen deutsche Rechtsbrüche vorgehen. Auch drängte es ihn immer wieder, sich in die Sphäre der grossen Friedens Vermittlung zu begeben. Als leitendes IKRK-Mitglied wäre er aber verpflichtet gewesen, sich auf rein humanitäre Aufgaben zu beschränken und sich jeglicher politischen Betätigung zu enthalten. Dennoch versuchte er bis mindestens 1941, sich als Friedensvermittler zu positionieren und einen deutsch-britischen Separatfrieden einzufädeln. Davon hätte natürlich in erster Linie Deutschland profitiert. Die britische Regierung war nicht bereit, auf solche Avancen einzutreten.³⁹⁸ Und sie liess Burckhardt ihr Missfallen spüren. Als er Ende 1944 zum IKRK-Präsidenten gewählt wurde, erfolgte von britischer und amerikanischer Seite nicht, wie es Brauch ist, eine Gratulation. Frölicher, der ihn am 15. Dezember 1944 in Genf besucht hatte, notierte in seinem Tagebuch: «Burckhardt ist etwas bedrückt. Ribbentrop hat ihm gratuliert, von den Anglo-Amerikanern kein Wort!»

Eine noch heftigere Abfuhr erlitt er in einer anderen Angelegenheit. Im Frühjahr 1944 musste die Schweiz den Gesandtenposten in London neu besetzen, da Minister Walter Thurnheer schwer erkrankt war. Pilet-Golaz erkundigte sich informell beim britischen Aussenministerium, ob die Kandidatur von Paul Ruegger genehm sei oder ob eher Carl Jacob Burckhardt infrage käme. Die Kandidatur von Ruegger erhielt sogleich die britische Zustimmung. Zu Burckhardt jedoch liess der Aussenminister ausrichten: «The Secretary of State sees strong objections to Burckhardt's appointment.»³⁹⁹ Aus britischer Sicht war Burckhardt, wie aus den Akten des Foreign Office hervorgeht, zu belastet durch seine Vergangenheit. Als Kommissar in Danzig habe er, wie auch später, einen zu vertrauten Umgang mit Naziführern gepflegt. Sodann hätte er sich in unerwünschte Friedenssondierungen eingelassen. Anthony Eden sagte in einer internen Sitzung unumwunden: «He would be untrustworthy here.»⁴⁰⁰

Anpassung oder Widerstand: Diese Frage stellt sich für jeden Schweizer Diplomaten auf Posten in einem totalitären oder autoritären Land.

Wie weit darf man einem Unrechtsregime entgegenkommen, wie weit muss man ihm widerstehen, um die eigenen Interessen zu schützen? Meistens fällt die Antwort nicht so klar aus, wie es Schwarz-Weiss-Maler gern hätten. Grautöne herrschen vor. Es geht um ein Abwägen von Chancen und Gefahren, von langfristigen und kurzfristigen Möglichkeiten, von ethischen Grundsätzen und politischen Zwängen. Frölicher, Ruegger, Stucki und Burckhardt waren mit dieser Frage stärker konfrontiert als Schweizer Diplomaten vor oder nach ihnen. Und sie beantworteten sie unterschiedlich.

Dennoch fallen die Gemeinsamkeiten fast mehr auf als die Unterschiede: etwa ihre politische Grundausrichtung, ihre Auffassung von der Diplomatie, die geringe Bedeutung auch, die sie den Menschenrechten beimassen – und sodann der Preis, den sie für ihren exponierten Posten bezahlten. In einem totalitär-autoritären Ambiente behält wohl kein Diplomat eine makellose Weste. Jeder bekommt einen Spritzer ab. So erging es auch ihnen. Allen wurden politische Fehler vorgeworfen, die Konsequenzen nach sich zogen. Bis zu einem gewissen Grad wurden alle Opfer ihrer Profession, der eine mehr, der andere weniger. Jeder erlitt einen Karriereknick. Ruegger, der sich am lautesten beklagte, kam noch am ungeschorensten davon. Stucki und Burckhardt wurden beide stigmatisiert. Sie trugen, wenn auch im Fall von Burckhardt in der Öffentlichkeit kaum bekannt, das Brandmal einer falschen Politik, dem einen von Frankreich, dem anderen von Grossbritannien, aufgedrückt. Frölicher seinerseits wurde, um in seiner Sprache zu sprechen, nicht bloss in Quarantäne gesetzt, sondern auf ein Abstellgleis gestellt. Für ihn gab es keine Gesandtschaft mehr, nicht einmal in Vaduz, womit er, wie er selbstironisch scherzte, mehr als zufrieden gewesen wäre.⁴⁰¹

Weder Sündenbock noch Vorbild

Die Geschichte verzeiht vieles. Aber in einem Punkt verfährt sie erbarungslos: Mit jenen, die auf der Verliererseite stehen, lässt sie keine Gnade walten. Was den Zeitgenossen noch im Dunst des Ungewissen erschien, was Politiker noch auf der Grundlage von dürftigen Kenntnissen entscheiden mussten, offenbart sich den Nachgeborenen in abgeklärtem Licht. Die einzelnen Elemente verweisen in der Rückschau aufeinander wie in einer vom Ursprung her geordneten Entwicklung. Der Wissensvorteil der späteren Generationen verdrängt zwangsläufig das Verständnis für jene, die nicht zur richtigen Einsicht kamen und falsch handelten. Bestenfalls billigt man den Verlierern redliche Absichten zu, tadelt jedoch deren Versagen. Doch die Geschichtsschreibung darf sich nicht damit begnügen, vom sicheren Hafen aus, nachdem aus einer Vielzahl von Optionen nur eine verwirklicht wurde, falsche Entscheide zu kritisieren. Sie muss, um mit Bonjour zu sprechen, vielmehr versuchen, «die objektiven Schwierigkeiten zu verstehen, denen jeder Staatsmann ausgesetzt ist».⁴⁰² Dann erst kann sie Stärken und Schwächen gegeneinander abwägen.

Frölicher stand als Schweizer Diplomat nicht auf der Verliererseite, er wurde jedoch später mit den Verlierern assoziiert. In einem Staat akkreditiert, der Europa an den Rand des Abgrunds brachte, pflegte er freundlichen Umgang mit einem Regime, das der Mehrheit der Schweizer verhasst war. Er hielt seinem von Nationalsozialisten und Krieg geschundenen Gastland auch die Treue, als es zerschmettert am Boden lag. Mochten andere sich behände neu positionieren, er empfand mit den Deutschen und Deutschland Mitleid – und äusserte sich, weil er kein Opportunist war, auch dementsprechend. Frölicher war kein Nationalsozialist, aber er war unbestreitbar deutschfreundlich, mitunter bis zur Verblendung. Wenn Beamte der Schutzmachtabteilung politische Gefangene besuchen durften, dann wertete er diesen Vorgang mit sichtlicher Erleichterung als Beweis dafür, dass

Deutschland eben doch gewillt sei, völkerrechtliche Pflichten einzuhalten. Sogar noch im März 1945 notierte er im Tagebuch, es sei wichtig, dass Deutschland sein Ansehen nicht mit einer verwilderten Kriegsführung schädige.⁴⁰³

Selten verriet Frölicher in seinem Tagebuch Gefühle – aber wenn es geschah, dann litt er stets mit den Deutschen. In solchen Momenten stöhnte er, wie man in der Schweiz überhaupt nichts Positives mehr über die Deutschen sagen dürfe. Und seinen Respekt, ja seine Bewunderung für die grossartigen Werke deutscher Kultur vertraute er nur noch seinem Journal an. Bis zum bitteren Kriegsende bewahrte sich Frölicher eine positive Voreingenommenheit in allem, was Deutschland betraf. Als die Götterdämmerung hereinbrach, erschien es ihm, ein ausgeblutetes, von den eigenen Machthabern zerschundenes Land bäume sich nochmals mit gebrochener Kraft auf, um die sowjetische Invasion hinzuhalten und dem Westen somit einen letzten Dienst zu erweisen. Wie viele Schweizer fürchtete Frölicher im säkularen Ringen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus die rote Gefahr mehr als die braune Pest.

An den Hof eines Wahnsinnsregimes entsandt, erkannte Frölicher das Wesen des Totalitarismus nicht in seiner ganzen Tragweite. Das Phänomen des totalitären Staates war neu; er aber war ein Diplomat der alten Schule. Für ihn gab es bessere und schlechtere Staaten, wobei er das nationalsozialistische Regime eindeutig zu den schlechten zählte. Aber wie die staatliche Macht bis in die letzten Fasern des Privatlebens eindrang, wie sie die religiösen Sphären für sich reklamierte oder Wissenschaft und Kultur in ihrem Sinn umzugestalten versuchte, das beunruhigte ihn wenig. Die Gesellschaft in ihrer vielfältigen Schichtung, die Bereiche unterhalb der staatlichen Ebene, sie traten kaum in sein politisches Gesichtsfeld. Das waren Privatsachen oder innere Angelegenheiten eines Staates. Darum kümmerte sich ein Diplomat seiner Auffassung nach nicht. Es ist bezeichnend, wie Frölicher in den Jahren nach der «Reichskristallnacht» auf die Judenverfolgung reagierte: Keine alarmierenden Berichte, auch keine beschönigenden Berichte ergingen an die Zentrale. Er tat etwas anderes: Er schwieg.

Frölicher fasste seine Aufgabe in Berlin ganz so auf, wie es das Pflichtenheft der klassischen Diplomatie vorschrieb. Ein Diplomat wird in die

Welt hinausgeschickt, um die Interessen seines Landes zu verteidigen. Dabei überragt ein Auftrag alle anderen: Er muss sich für die Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Heimat einsetzen. Diesen Auftrag hat er unter allen Umständen zu erfüllen. Deshalb muss er bei der Wahl seiner Gesprächspartner blind sein. Nicht mit wem er spricht ist entscheidend, sondern dass er die Interessen seines Landes durchsetzt. Andere Angelegenheiten können auch wichtig sein; aber sie sind stets zweitrangig. Eine solche Sicht mag heute im europäischen Kontext, wo man Sicherheit weithin als gegeben voraussetzt, engstirnig, ja brutal erscheinen. Aber entlang dieser Maxime hatte sich das diplomatische Geschäft vom Westfälischen Frieden bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, da Präsident Wilson moralische Forderungen in die Aussenpolitik einbrachte, abgewickelt.

Frölichers Auftrag lautete, die schwierigen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem nationalsozialistischen Deutschland von Regierung zu Regierung zu pflegen. Unbesehen, um wen es sich handelte, musste er mit den nationalsozialistischen Machthabern höflich verkehren. Auch sollte er sich in den massgeblichen Kreisen der Reichshauptstadt eine Position schaffen. Sieht man von der nationalsozialistischen Führungsriege ab, so gelang dies Frölicher innert kürzester Zeit. Sofort nach seiner Ankunft nahm er geschäftsmässig Kontakt mit den Amtsstellen auf, und auf zahllosen Soirées parlierte und dinierte er sich in die Berliner Gesellschaft hinein. Diesen, aus anderer Perspektive besehen, anrühigen Umgang mit der «haute volée» der Reichshauptstadt erwarteten die Auftraggeber vom Gesandten in Berlin. Wenn die enge Tuchfühlung mit dem Regime später Frölicher zum Vorwurf gereichte, dann wurde er bis zu einem gewissen Grad auch Opfer der Berufsanforderungen der Diplomatie.

Wie hat der Minister seinen Auftrag konkret ausgeführt? Er selbst war überzeugt, er hätte seine Mission nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Von dieser Auffassung rückte Frölicher auch nach dem Krieg nicht ab. Bonjour und viele andere Schweizer vertraten hingegen die Ansicht, der Diplomat hätte auf seinem Posten in Berlin völlig versagt, ja er sei von seiner charakterlichen und geistigen Voraussetzung her für diesen Posten ungeeignet gewesen.

ten ab. In der politischen Berichterstattung, die im Pflichtenheft eines Missionschefs hoch oben rangiert, verdient Frölicher ohne Zweifel bessere Noten, als ihm seine Verächter erteilen. Auch im Umgang mit der Regierung des Residenzlandes sowie im gesellschaftlichen Verkehr mit den tonangebenden Kreisen im Dritten Reich bewies Frölicher viel Geschick. Jedenfalls musste man ihm nie vorwerfen, mit einem Fauxpas die delikaten und bisweilen äusserst angespannten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich noch einer zusätzlichen Belastungsprobe ausgesetzt zu haben. Das ist, im Vergleich mit seinem Vorgänger, aber auch im Vergleich mit einigen Diplomaten anderer Länder, nicht wenig. Schliesslich schuf Frölicher ein günstiges Klima für die Wirtschaftsverhandlungen – etwas, das der Schweiz sehr zustatten kam.

Dunkle Schatten jedoch verfinstern andere Bereiche. Der Minister nahm wenig Anteil am Leben der Schweizer Kolonie im Dritten Reich. Im tragischen Fall des Hitler-Attentäters Bavaud reichte es nicht einmal zu einem Gefängnisbesuch. Verhängnisvoll hätte sich auch seine eifertige Bereitschaft, alle Anpassungsforderungen der Wilhelmstrasse mit einem persönlichen Empfehlungsschreiben nach Bern zu übermitteln, auswirken können. Sodann wollte er in saloppem Befehlston die Pressefreiheit in der Schweiz einschränken, und mit anmassenden Interventionen betrieb er den Rücktritt von Chefredaktoren prominenter Tageszeitungen. Nicht nur wusste er den hohen Wert einer eigenständigen Berichterstattung und mutiger Leitartikel im Gesamtbild der schweizerischen Aussenpolitik nicht einzuordnen; er mischte sich auch in Dinge ein, für die er schlicht nicht zuständig war. In der Flüchtlingspolitik schliesslich blieb er weit hinter dem zurück, was die Gebote der Menschlichkeit erfordert hätten.

Dieser Fehlleistungen und Unzulänglichkeiten eingedenk, sei nochmals erwähnt: Frölicher handelte auf dem schwierigsten Posten, den die Schweiz im Ausland je zu vergeben hatte. Und vor allem führte er nicht eine Aussenpolitik nach eigenem Gutdünken. Er war vielmehr gehalten, die Politik des Bundesrates zu vertreten. Dazu erhielt er Instruktionen – allerdings nicht gerade häufig. Doch der Minister stand, wie es sich für eine so wichtige Vertretung gehört, in regem Kontakt mit der Zentrale. Es kam ja auch öfters zu Meinungsverschiedenheiten.

Aber eine Politik, die der Bundesrat missbilligte, hatte Frölicher nie betrieben. Vielmehr hatte ihm der Departementsvorsteher verschiedentlich ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen. Wenn man Frölicher, dem Instruktionsempfänger, ein Schuldverhalten vorwirft, dann muss man die Frage aufwerfen, ob der Bundesrat und das EPD, die Instruktionserteiler, nicht mit dem gleichen Makel behaftet sind. Der Publizist und Schriftsteller Otto Marchi gelangte Mitte der 1970er-Jahre zu dieser Ansicht.⁴⁰⁴ Der Historiker Hans Ulrich Jost ging noch einen Schritt weiter. Er meinte, man müsste untersuchen, ob nicht die ganze politische Elite in eine verfehlte Aussenpolitik verstrickt gewesen sei.⁴⁰⁵ Tatsächlich muss man mindestens in einem Bereich, nämlich in der Politik gegenüber den verfolgten Juden, von einer Mitschuld sprechen – allerdings nicht nur der politischen Elite, sondern des ganzen Landes. Das Bedauern und die Entschuldigung, welche Bundespräsident Villiger 1995 ausdrückte, sind in diesem Sinn zu verstehen.

Insgesamt jedoch würde man den Widerstandswillen von zahlreichen Schweizern sträflich missachten, wenn man die Fehlleistungen und anrühlichen Arrangements in den Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich gleichmässig auf die Schultern der politischen Elite abwälzte. Die politische Verantwortung ruht vielmehr auf drei Säulen: Neben dem Souverän, also dem Volk, verantwortete selbstverständlich Frölicher, aber als dritter Akteur auch der Gesamtbundesrat und namentlich das federführende EPD die Deutschlandpolitik in den Hauptzügen mit. Sie erteilten die Instruktionen; sie hatten zu kontrollieren, wie diese ausgeführt wurden. Wer Frölicher derart massiv abqualifiziert wie Bonjour, trifft mit seiner Kritik auch den Bundesrat – und zwar nicht Pilet-Golaz allein, sondern den Gesamtbundesrat. Dieser wäre verpflichtet gewesen, einen Missionschef, der den Anforderungen in keiner Weise genüge, abzuberufen und auf einen anderen Posten zu versetzen – ein Vorgang übrigens, der sich im auswärtigen Dienst mit seinen zahlreichen Vertretungen ohne viel Aufhebens bewältigen liesse. Schliesslich muss man, was offenkundig ist, Frölicher in die Pflicht nehmen. Bei aller Mitverantwortung der vorgesetzten Behörden blieb reichlich Zwischenraum, welchen Frölicher allein auszufüllen hatte. Denn die Instruktionen an die Missionschefs waren meistens allgemein gehalten. Sie enthielten einige wenige Grundsätze oder Orientie-

rungspunkte. Wie diese umgesetzt wurden, hing hauptsächlich von der Persönlichkeit des Diplomaten ab.

Der entschlossene Widerstandswille der überwältigenden Mehrheit der Schweizer, getragen von einem unerschütterlichen Vertrauen in das eidgenössische Staatswesen, war das Wichtigste, um der Schweiz ein Überleben im Zweiten Weltkrieg zu sichern. Jene Bürger, welche die demokratische Tradition auch in den zermürbenden Monaten hochhielten, als die Schweiz in der totalitären Brandung zu versinken drohte, verdienen grösste Hochachtung. Wie Daniel Bourgeois in seiner Studie *Le Troisième Reich et la Suisse* nachgewiesen hat, waren die nationalsozialistischen Machthaber von der bedingungslosen Widerstandsentschlossenheit entschieden mehr beeindruckt als von klug kalkulierten Anpassungsgesten.⁴⁰⁶ Doch um einzelne Konzessionen kam die Schweiz nicht umhin. Sie sind der unangenehme Teil in einer Dialektik, sozusagen die Antithese, die man am liebsten auslassen würde, um von der These gleich zur Synthese springen zu können. Die Wirtschaftskonzessionen und Frölicher's Mission bilden die hervorstechenden Elemente der Antithese. Im wirtschaftlichen Bereich räumte die Schweiz, wie erwähnt, erhebliche Konzessionen ein, aber die Bevölkerung nahm daran kaum Anstoss. Anders bei Frölicher. Der Minister jedoch musste auf dem Aussenposten in Berlin, solange er entsprechend seinem Auftrag als Gesprächspartner des Regimes auftreten wollte, notgedrungen eine Rolle spielen, in welcher die Gesten der Anpassung dominierten. Er tat dies ausgiebig, aber immer mit dem Ziel, die Unabhängigkeit der Schweiz zu wahren. Seine Tätigkeit ins Gesamtszenario der schweizerischen Selbstbehauptung einzufügen und mit den anderen Erfordernissen abzustimmen, war Aufgabe der Landesregierung.

Bemüht man sich um historische Gerechtigkeit, dann kann man Hans Frölicher Vorwürfe nicht ersparen. Aber man muss nuanciert urteilen. Vornehmlich zwei Fragen sollte man unterscheiden: Wie hat er seinen Auftrag beim akkreditierten Staat erfüllt, und wie hat er die eigene Regierung beraten? Die Quintessenz dieser Unterscheidung besteht wohl im Folgenden: Im Rahmen der Instruktionen betrieb Frölicher eine kluge Politik in Berlin und eine schlechte in Bern. Der Schweiz hätte ein Diplomat, der seine Aufgabe in der Reichshauptstadt im gefährlichsten aller Zeitausschnitte falsch angegangen hätte, nicht nur wemog genützt, er hätte ihr

zum Verhängnis werden können. Frölichers Auftrag in Berlin bestand nicht darin, Öl ins Feuer zu schütten, sondern Öl auf die Wogen zu giessen. Das hat er getan. Verfehlt war jedoch der Nachdruck, den er den Forderungen des nationalsozialistischen Regimes bei seiner eigenen Regierung verlieh. Hätte der Bundesrat Frölichers Empfehlungen unbesehen befolgt, die Auswirkungen hätten verheerend sein können. Über jene Souveränität des Denkens und Handelns, die nötig gewesen wäre, um die harten Schläge in Berlin einzustecken, diese aber nur mit Augenmass an den Bundesrat weiterzuleiten, verfügte Frölicher nicht. Doch eine vom Krieg verschonte Schweiz darf dankbar anerkennen, dass Frölicher immerhin einen Teil seines Auftrags nicht schlecht ausgeführt hat – glücklicherweise jenen Teil, den nur er vor Ort im Umgang mit den Machthabern wahrnehmen konnte. Ihn zum Sündenbock zu stempeln, besteht kein Anlass; ihn zum Vorbild der Diplomatie zu erheben, aber auch nicht.

Anmerkungen

- 1 Hans Frölicher: *Meine Aufgabe in Berlin*. Bern 1962, 22.
- 2 Mitteilung von a. Botschafter August Lindt am 16. 11. 1995.
- 3 S. o. S. 52 f.
- 4 Vgl. Mauro Cerutti: *La politique de la Suisse officielle face à la guerre civile espagnole*. In : Ders. et al. (Hg.): *La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946)*. Lausanne 2001, 54.
- 5 DDS XIII, Doc. 7, 13, Brief von Frölicher an Motta vom 24. 1. 1939.
- 6 Jean Rudolf von Salis: *Giuseppe Motta. Dreissig Jahre eidgenössische Politik*, Zürich 1941, 440.
- 7 Vgl. DDS XII, Doc. 65 Anm. 1, 227 f., Schreiben von Frölicher an Gonzenbach vom 5. 8. 1937.
- 8 DDS XII, Doc. 96, 200 f., Brief von Brand an Bonna vom 1. 7. 1937.
- 9 Berner Tagwacht vom 21. 2. 1938.
- 10 Winterthurer AZ vom 31. 1. 1961.
- 11 Vgl. Sir Nevile Henderson: *Failure of a Mission*. New York 1940, 33 und 51.
- 12 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bd. III, 2, 870 ff., Schreiben vom 31. 1. 1935.
- 13 Vgl. André François-Poncet: *Als Botschafter in Berlin 1931–1938*. Dt. Übersetzung, Mainz 1949, 8 ff.
- 14 Vgl. DDS X, Doc. 327, 813., Schreiben Dinichert an Motta vom 5. 9. 1933.
- 15 Vgl. DDS XI, Doc. 8, 32 ff., Schreiben Dinichert an Motta vom 31. 1. 1934.
- 16 Zit. nach DDS XI, Doc. 124, 384, Anm. 2, Schreiben Motta an Dinichert vom 25. 5. 1935. [Kursiv im Originaltext].
- 17 Zit. nach *Bonjour*, Band 3, a. a. O., 51.
- 18 DDS XII, Doc. 39, 85, Aufzeichnung von Altbundesrat Schulthess vom 3. 3. 1937.
- 19 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bd. VI, 2, 965 f., Schreiben vom 14. 7. 1937.
- 20 Vgl. DDS XII, Doc. 41, Anm. 1, 87 f., Schreiben Dinichert an Motta vom 6. 3. 1937.
- 21 DDS XI, Doc. 52, 168, Schreiben Dinichert an Motta vom 10. 7. 1934.
- 22 BAR, 2001 (D), 15/3, Brief an Dr. Karl Sartorius vom 6. 10. 1937.

- 23 Vgl. Hermann Böschenstein: Vor unseren Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945. Bern 1978, 306 ff.
- 24 Vgl. DDSXII, Doc. 155, 325 ff., Protokoll der Bundesratssitzung vom 30.11.1937.
- 25 Vgl. DDS X, Doc. 329, 816, Schreiben Dinichert an Motta vom 8.9.1933.
- 26 Vgl. DDS X, Doc. 245, 596 f., Schreiben Dinichert an Motta vom 10.3.1933.
- 27 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 7, Geschäftsbericht 1933,11.
- 28 Vgl. z.B. Georg Kreis: Die Rückkehr des J-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung. Zürich 2000.
- 29 William E. Dodd jr. und Martha Dodd (Hg.): Diplomat auf heissem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938. Berlin 1964, 480, Eintrag vom 3.11.1937.
- 30 Ebd., 493.
- 31 Vgl. Peter Martig: Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 28, 1978, 350-378, 362.
- 32 DDSX, Doc. 59, 142, Schreiben Schweizer Gesandtschaft in Berlin an Motta vom 2.2.1931.
- 33 Vgl. BAR, E 2300 Berlin, PB vom 15.8.1932.
- 34 Vgl. Martig, a.a.O., 362.
- 35 Vgl. Alfred Cattani: Der Fall Minister Frölicher (Replik). In: Neue Zürcher Zeitung vom 23.3.1976.
- 36 S. u.S. 102 ff.
- 37 Vgl. Stephan Schwarz: Anpassung statt Widerstand. Franz Kappeler's Tätigkeit in Berlin. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 61 (2011), 418 ff.
- 38 Zit. nach: Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/M. und Berlin 1995⁵, 1114.
- 39 Ebd., 707.
- 40 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 19.9.1936.
- 41 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 3.10.1936.
- 42 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 2.10.1937.
- 43 Vgl. Franz Kappeler: Archiv für Zeitgeschichte, Unterlagen zu einem ETH-Referat von Dr. Franz Kappeler vom 26.1.1971.
- 44 Vgl. Franz Kappeler: Archiv für Zeitgeschichte, Privataufzeichnung vom 25.3.1975.
- 45 Vgl. Eduard A. Feer, Aus den Privataufzeichnungen von E.A. Feer, 339.
- 46 Vgl. BAR, J. 1.18,2002/188. Nachlass Franz Kappeler, Lebenserinnerungen 105.

- 47 Vgl. Martig, a. a. O., 353.
- 48 Vgl. DDS XI, Doc. 219, 656, Schreiben Caratsch an Motta vom 5. 3. 1936.
- 49 Auch in der Chronik des Schweizer Vereins wird Dinicherts Abgang 1938 mit keinem Wort der Anerkennung vermerkt.
- 50 Zit. nach Martig, a. a. O., 353. – Eine Wendung übrigens, die Caratsch in seinem Beschwerdebrief an Bundesrat Motta vier Monate später wortwörtlich auch gebrauchte.
- 51 DDS XI, Doc. 219, Anm. 6, 657, Schreiben Caratsch an Motta vom 5. 3. 1936. [Kursiv im Originaltext].
- 52 Vgl. Edgars Kreewisch: *Vinas dienas* [In *Faraway Days*]. Melbourne 1966, 179 f.
- 53 Vgl. Daniel Bourgeois: *Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes*. In: *Relations internationales I* (1974), 194 f.
- 54 Vgl. DDS XII, Doc. 162, 343, Schreiben Motta an Dinichert vom 13. 12. 1937.
- 55 Vgl. DDS XII, Doc. 163 und Anhang, 345 f., Schreiben Schürch an Motta vom 13. 12. 1937.
- 56 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Gesandtschaft Bern, Bd. 1928, Schreiben vom 23. 11. 1937, 2.
- 57 Vgl. DDS XII, Doc. 213, 472, Schreiben Dinichert an Motta vom 20. 2. 1938.
- 58 BAR, E 2500/1 Personaldossier Dinichert Paul, Bundesrats-Protokollauszug vom 11. 2. 1938.
- 59 BAR, E 2500/1 Personaldossier Dinichert Paul, *Kommuniqué* vom 22. 2. 1938.
- 60 BAR, E 2500/1, Personaldossier Dinichert Paul.
- 61 Vgl. DDS XII, Doc. 167, 353, Schreiben Dinichert an Motta vom 16. 12. 1937.
- 62 Mitteilung von Hermann Böschstein am 16. 11. 1995.
- 63 BAR, E 2500/1, Personaldossier Dinichert, Bundesratsprotokoll vom 11. 2. 1938.
- 64 Ulrich Wille an Hans Frölicher, Schreiben vom 23. 2. 1938 (Privatarchiv).
- 65 Kritiker verwandten diese Beziehungen immer wieder als Argument gegen Frölichers politische Zuverlässigkeit. Wie das nachstehende Beispiel zeigt, zögerten einige nicht, ihm deswegen übelste Machenschaften, bis hin zu blankem Landesverrat, zu unterstellen. Vom 5. bis 8. August 1938 hielt sich Frölicher in Bern zu Besprechungen auf. An jenem Tag begab er sich auch zum deutschen Legationsrat Sigismund von Bibra, den er aus seiner Berner Amtszeit her kannte, zu einem Nachtessen. Ein Hobbydetektiv, der ihm anscheinend nachschlich, schickte dem Nebelspalter-Verlag folgenden Text: «Geehrter Herr Redaktor!
- Sie bekommen hiermit eine Skizze, nach der ein Künstler vom «Nebelspalter» ein Bild anfertigen kann. Die Skizze behandelt den skandalösen Besuch bei Nacht des schweizerischen Gesandten Fröhlicher [sic!] am Hofe von

Hitler. Fröhlicher kam direkt von Berlin zu dem Nachfolger von Gustloff nach Muri und verliess den Baron Bibracher [sic! = Bibra] in der Nacht, ohne in Bern sich aufzuhalten? Dieser schweizerische Seiss-Inquart [sic! Seyss-Inquart = Führer der österreichischen Nationalsozialisten; 1946 in Nürnberg als Kriegsverbrecher hingerichtet] sollte sofort abberufen werden, sonst gibts einen Skandal. Der ‚Nebelspalter‘ verdient einen Orden, wenn er diesen schweizerischen Seiss entlarvt.»

Der Verleger des Nebelspalters, Ernst Löpfe-Benz, erkannte sogleich die Ungeheuerlichkeit der Anschuldigung und schrieb dem Einsender:

«Ihr Vorschlag, Herrn Minister Fröhlicher in der von Ihnen skizzierten Art im ‚Nebelspalter‘ blosszustellen, ist ein völlig undiskutabler Wunsch. Ihr Vorwurf ist so furchtbar, dass ich verstehen würde, wenn der Bundesrat den ‚Nebelspalter‘ sofort beschlagnahmen würde. Einen schweizerischen Gesandten einfach des Landesverrates zu bezichtigen, ohne dafür Beweise zu haben, würde ich als Verbrechen am Vaterlande betrachten. Wenn Sie glauben, Ursache zu einem solchen Vorwurf zu haben, dann melden Sie ihn beim Politischen Departement. Die Skizze folgt zurück.»

Gleichzeitig orientierte der Vizepräsident des Ständerates, welcher Löpfe-Benz auch war, Bundesrat Motta über den Vorgang. Er fügte noch bei, im Parlament werde diese Geschichte bereits kopiert, sei sie ihm doch auch aus dem Munde eines Ständerates der katholisch-konservativen Fraktion zugetragen worden.

Bundesrat Motta verdankte am 6.10.1938 das verantwortungsbewusste Verhalten von Löpfe-Benz mit einem Schreiben, das den Hintergrund von Fröhlichers Besuch schildert:

«Hochgeehrter Herr Vizepräsident,

Empfangen Sie meinen Dank für Ihre persönlichen Zeilen vom 4. Oktober, denen Sie einen Briefwechsel zwischen Ihnen und einem ungenannten Korrespondenten des ‚Nebelspalter‘ in Abschrift beigefügt haben. Ich bin Ihnen dankbar für die klare und entschiedene Absage, die Sie diesem Denunzianten erteilt haben.

Es mag Sie interessieren zu erfahren, was für eine Bewandnis es mit diesem ‚nächtlichen Besuch‘ bei Baron von Bibra hat.

Herr Minister Fröhlicher hat sich vom 5. bis 8. August d. J. zur Besprechung verschiedener hängiger Geschäfte in Bern aufgehalten. Während dieser Zeit stand er in *dauernder* Verbindung mit dem Politischen Departement und anderen Stellen der Bundesverwaltung. Es war mir bekannt, dass er auf Samstag Abend von Herrn v. Bibra, Legationsrat der Deutschen Gesandtschaft, mit dem er seit seiner Berner Zeit gesellschaftlichen Verkehr unterhält, in dessen Haus nach Muri zum Nachtessen

gebeten war; zu diesem Essen war übrigens auch ein anderer meiner Mitarbeiter, Herr Dr. K. Stucki, eingeladen worden. Es ist ohne Weiteres verständlich, dass Herr Frölicher beim Verlassen von Muri nicht nach Bern fuhr, da er bei seinen Aufenthalten in der Schweiz auf seiner Besetzung in Ursellen bei Konolfingen zu wohnen pflegt.

Im übrigen sind Sie wohl mit mir der Auffassung, es sei nicht nur normal, sondern durchaus wünschenswert, ja unerlässlich, dass der schweizerische Gesandte in Berlin mit dem deutschen Gesandten in Bern und seinen engsten Mitarbeitern freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Das Fehlen solcher Beziehungen, nicht aber ihre Existenz, wäre vom dienstlichen Gesichtspunkt aus unbefriedigend. Wegen der Pflege eines derartigen Verkehrs, der in jeder Hinsicht den elementarsten diplomatischen Anstandsregeln entspricht, den Patriotismus eines Mannes, dessen Gesinnung und Charakter wir in mehr als zwanzigjähriger Zusammenarbeit zu erproben Gelegenheit hatten, in Zweifel zu ziehen, ist, wie Sie mit Recht betonen, eine Ungeheuerlichkeit, die sich nur aus einer von blindem Parteifanatismus verwirrten Geistesverfassung erklären lässt.

Genehmigen Sie, Herr Vizepräsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.» (BAR, E 2001 1968/87, Bd. 22, Personaldossier Frölicher). [Kursiv im Originaltext].

- 66 BAR J. I. 236, Nachlass Frölicher, Ansprache an der Ministerkonferenz in Worb vom 15.9.1945.
- 67 Vgl. Franz Kappeler: Schweizerischer Diplomat in Berlin 1936-1944. Unterlagen zu einem ETH-Referat vom 26.1.1971,4.
- 68 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 5, Doc. 520 vom 1.6. 1938.
- 69 BAR J. I.18,2002/188, Nachlass Franz Kappeler: Lebenserinnerungen, 121.
- 70 Vgl. Paul Widmer: Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie. Von Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner. Zürich 2003,236.
- 71 Frölicher, a.a.O., 6.
- 72 Frölicher, a.a.O., 95.
- 73 Vgl. Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945. München 1986, 8 ff.
- 74 Im Frühjahr 1945 gab es noch 13 ausländische Vertretungen in Berlin: die Reste des Drei-Mächte-Pakts, nämlich Finnland, Japan, Kroatien und die Slowakei, sowie die neutralen Staaten Schweiz, Schweden, Afghanistan, Irland, Portugal, Spanien, Thailand und ausserdem den Heiligen Stuhl.
- 75 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 100.

- 76 Tagebuch vom 28.2.1945.
- 77 Archiv für Zeitgeschichte, Bestand Nürnberger Prozesse, 11.5.4.4.4 Affidavit, 6.3.1948.
- 78 Vgl. Rainer A. Blasius: Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen. Köln und Wien 1981,9 und 158 ff.
- 79 Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen. München 1950,116.
- 80 Leonidas E. Hill (Hg.): Die Weizsäcker Papiere 1933-1950. Frankfurt/M. 1974,77; vgl. auch Jürg Fink: Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches. Zürich 1985,114 ff.
- 81 Stephan Schwarz: Ernst Freiherr von Weizsäckers Beziehungen zur Schweiz (1933-1945). Bern et al. 2007, 517.
- 82 Vgl. Eckart Conze et al. (Hg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, 39^A ff.
- 83 Vgl. Tagebuch vom 7.5.1943.
- 84 Mit 68 Jahren meinte von Weizsäcker in gedrehter Sprache, er habe «zu sehr die Kunst des Möglichen anwenden wollen und habe den Wert des Irrationalen unterschätzt», zit. nach Schwarz, von Weizsäckers Beziehungen, a.a.O., 614.
- 85 Vgl. Hans Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Berlin 1987,190 f.
- 86 Frölicher, a.a.O., 70.
- 87 Frölicher selbst hatte am 15. Juli im Tagebuch notiert, Gerüchte über einen Hitlerputsch würden umgehen; er schenke ihnen jedoch keinen Glauben. «Aber der Armee kann es in einem gewissen Zeitpunkt zu unsinnig werden, sich für eine sicher verlorene Sache zu opfern.» Frölicher dürfte die Informationen von seinem Militärattaché, Major Peter Burckhardt, erhalten haben. Dieser hatte aus gewöhnlich zuverlässiger Quelle erfahren, Hitler solle beseitigt werden, und diese Information am 14.7.1944 nach Bern gemeldet. (Vgl. Peter Voegeli: «Der Führer selbst soll durch ein Attentat beiseite geschafft werden». In NZZ vom 16./17.7.1994)
- 88 Heinrich Homberger: Schweizer Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Erlenbach und Stuttgart, 1970, 66 f.
- 89 Vgl. Paul Stauffer: «Sechs furchtbare Jahre...». Auf den Spuren Carlj. Burckhardts durch den Zweiten Weltkrieg. Zürich 1998,80 ff.
- 90 Vgl. Erwin Bucher: Zwischen Bundesrat und General. Zürich 1993,369.
- 91 Zit. nach: Georg Kreis: General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 27 (1977), 99-121,117.

- 92 Zit. nach ebd., 117.
- 93 Vgl. Bucher, a. a. O., 369.
- 94 DDS XIII, Doc. 367, 897, Schreiben Guisan an Minger vom 14. 8. 1940.
- 95 Ebd. [Kursiv im Originaltext].
- 96 Ebd., 898.
- 97 Willi Gautschi: General Henri Guisan. Zürich 1989, 361.
- 98 Vgl. Stauffer, a. a. O., 76.
- 99 DDS XIII, Doc. 355, 870, Telegramm Schweizer Gesandtschaft an EPD vom 3. 8. 1940.
- 100 Vgl. Kreis, a. a. O., 114, Tagebucheintrag von Markus Feldmann vom 21. 10. 1940.
- 101 Zit. nach: Georg Kreis: Auf den Spuren von «La Charité». Basel 1976, 143.
- 102 S. u. S. 181.
- 103 Vgl. Kreis, General Guisan, a. a. O., 115, Anm. 23.
- 104 Vgl. Bonjour, a. a. O., Bd. VIII, 63 ff. Politischer. Bericht 114 f. vom 1. 11. 1940.
- 105 Dollfus an General Guisan, Brief vom 6. 3. 1941, BAR E 27/9949.
- 106 Vgl. Volksrecht (Zürich) vom 24. 5. 1941 oder Berner Tagwacht vom 26. 5. 1941.
- 107 Vgl. Stauffer, a. a. O., 108.
- 108 Vgl. Manuskript zum Frölicher-Symposium vom 15./16. 10. 1993 auf der Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft in Berlin.
- 109 BAR, J. I. 236, Nachlass Frölicher, Brief an Frölicher vom 30. 5. 1941.
- 110 Vgl. Stauffer, a. a. O., 109.
- 111 Äusserung von Paul Stauffer auf dem Frölicher-Symposium vom 15./16. 10. 1993 in Berlin.
- 112 Frölicher, a. a. O., 106.
- 113 Tagebuch vom 13. 12. 1944.
- 114 Diese Version wurde auch von Alfred Zehnder, der die Leitung der schweizerischen Restdelegation übernahm, bestätigt. Vgl. Erinnerungen des Russlandschweizers und Diplomaten Alfred Zehnder (1900–1983), 9. Unveröffentlichter Bericht im Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich.
- 115 Vgl. Tony Le Tissier: Berlin Then and Now. London 1992, 232 ff.
- 116 BAR, E 27/9756.
- 117 Vgl. Paul David: Am Königsplatz. Die letzten Tage der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. Zürich 1948, passim.
- 118 Vgl. BAR, E 27 9758, Bd. 20, Bericht von Peter Burckhardt über die Schlacht um Berlin, Ankara 15. 6. 1945, 17.
- 119 Vgl. Eduard Geilinger in NZZ Nr. 970 vom 21. 6. 1945.
- 120 Vgl. Peter Voegeli: Das Kriegsende in Berlin. Das Schicksal der Schweizer

Gesandtschaft im Frühling 1945. In: NZZ vom 5.1995, und schriftliche Mitteilung von Willi Kaspar vom 1.6.1995 und 18.7.1996.

- 121** Vgl. Widmer, Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin, a.a.O., 320 ff.
- 122** Frölicher, a.a.O., 134.
- 123** Ebd.
- 124** Ebd., 138.
- 125** Ebd.
- 126** Tagebuch vom 29.11.1944.
- 127** Ebd.
- 128** Tagebuch vom 28.12.1942 und 23.5.1945.
- 129** Vgl. BAR, E1002 1970/215, Bd. 1. Verhandlungsprotokoll der Sitzungen des Bundesrates vom 12.10.1945 und vom 28.12.1945; sowie: BAR, E1003,1, Bd. 3104. Verhandlungsprotokoll der Sitzungen des Bundesrates vom 22.2.1946.
- 130** Christoph Geiser: Brachland, Zürich 1980,216.
- 131** Vgl. Markus Schmitz: Westdeutschland und die Schweiz nach dem Krieg. Zürich 2003, 271.
- 132** Ebd. 280.
- 133** Ebd. 286 f.
- 134** Vgl. Frölicher, a.a.O., 137.
- 135** BAR, Personalakte Frölicher, Schreiben von A. Zehnder vom 2.2.1953.
- 136** Carl Jacob Burckhardt an Max Frölicher, Schreiben vom 1.2.1961 (Privatarchiv).
- 137** DDS XII, Doc. 320,745, Schreiben Frölicher an Motta vom 10.6.1938.
- 138** Zit. nach Neue Zürcher Nachrichten vom 29.11.1938.
- 139** Die *Münchener Neuesten Nachrichten* bestritten kategorisch, die Presserüge in freier Interpretation hinzugefügt zu haben: «Wir möchten nicht verfehlen, all jenen Blättern in der Schweiz, die später behauptet haben, in unserm Bericht über diese Rede wären Hinzufügungen gemacht worden, die in der Rede selbst nicht enthalten gewesen waren, zu versichern, dass der von uns wiedergegebene Text auf der Grundlage des Stenogramms eines unserer Berichterstatter beruht, der an der Veranstaltung teilgenommen hat und dass jeder von uns wiedergegebene Gedanke, auch der, der die Schweizer Presse selbst betraf, sinngemäss den Ausführungen entspricht, die unser Berichterstatter gehört hat.» (Zit. nach: Karl Weber: Die Schweiz im Nerrenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933-1945. Bern 1948,94).
- 140** BAR, Personaldossier Hans Frölicher, Ansprache vom 25.11.1938.
- 141** Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2152 vom 5.12.1938.
- 142** Der Bund, Nr. 570 vom 6.12.1938.

- 143 Berner Tagblatt, Nr. 287 vom 6. 12. 1938.
- 144 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 18. 11. 1938.
- 145 DDS XIII, Doc. 19, 44, PB vom 2. 2. 1939. [Kursiv im Originaltext].
- 146 Vgl. DDS XII, Doc. 323, 751 f., PB vom 13. 6. 1938.
- 147 Vgl. BAR, E 2300, PB vom 18. 11. 1938.
- 148 Vgl. Rainer A. Blasius: Ein konservativer Patriot im Dienste Hitlers – Ernst Freiherr von Weizsäcker. In: W. Filmer und H. Schwan: Richard von Weizsäcker. Düsseldorf et al. 1989², 246–271, 254 ff.
- 149 Vgl. BAR, E 2300, PB vom 15. 3. 1939.
- 150 BAR, E 2300, PB vom 20. 6. 1939.
- 151 BAR, E 2300, PB vom 28. 8. 1939.
- 152 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 7, Nr. 528.
- 153 Vgl. Frölicher, a. a. O., 29.
- 154 Vgl. Klaus Urner: Die Schweiz muss noch geschluckt werden. Zürich 1991³, 48 ff.
- 155 Bonjour, a. a. O., Band VIII, 351, Denkschrift vom 10. 7. 1945.
- 156 DDS XV, Doc. 59,153, Schreiben Frölicher an Pilet-Golaz vom 21. 12. 1943.
- 157 Vgl. Bonjour, a. a. O., Band VIII, 353, Denkschrift vom 10. 7. 1945.
- 158 Am 19.11.1948 erkundigte sich Frölicher beim hoch angesehenen General Hans Speidel – er sollte später Adenauers Hauptberater bei der Einführung der Bundeswehr sowie Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Zentraleuropa werden –, ob die Besetzung der Schweiz in den Jahren 1940 oder 1943 ernstlich erwogen worden sei. Speidel, mit welchem Frölicher freundschaftliche Beziehungen pflegte, hatte während des Krieges verschiedene hohe Positionen bekleidet; zuletzt war er Generalstabschef unter Generalfeldmarschall Rommel gewesen. Am 7.9.1944 wurde er wegen seinen Kontakten zum militärischen Widerstand verhaftet und bis zum Kriegsende gefangen gehalten. Speidel verneinte die Frage. Er teilte Frölicher am 28.11.1948 Folgendes mit: «In den Aufmarsch- und Operationsplänen von 1940 wurde mit den Gedanken einer Neutralitätsverletzung der Schweiz überhaupt nie gespielt. Ich kann aus meiner damals schon über 10jährigen Generalstabspraxis Ihnen sagen, dass ich kein einziges Plan- oder Kriegspiel, das sich mit einer solchen Frage befasst hätte, mitgemacht habe. Ich wäre aber als Mitglied der Frankreich-Gruppe und späterer Leiter der Abteilung Fremde Heere West bestimmt zugezogen worden. Auch 1943 halte ich die von Ihnen erwähnten Gedankengänge für abwegig:
- 1) Stalingrad und seine Folgen hatten beinahe eine halbe Million deutscher Soldaten verschlungen. Die letzten Reserven rollten nach dem Osten. Als

Armeechef im Süden der Ostfront habe ich diese furchtbare Krise selbst miterlebt....

5) Vorbereitungen hätten, wenn sie tatsächlich erfolgt wären, nie geheimgehalten werden können.» (BAR, J. 1.236).

In seinem Schreiben erwähnte Frölicher auch, er gedenke nach seiner Pensionierung Memoiren zu schreiben, weil er befürchte, ein falsches Geschichtsbild setze sich durch. Seine Begründung lautete: «Im Ernste wird behauptet, dass die Wehrmacht im Frühjahr, bei Beginn der Westoffensive, für den Einfall in die Schweiz im Schwarzwald bereit gestellt gewesen sei und nur deshalb nicht marschiert sei, weil der Durchbruch bei Sedan gelungen sei! Diese falsche Beurteilung der Lage kommt wohl davon her, dass man die Maginotlinie als Hauptproblem annahm, entsprechend der französischen Auffassung.

Dann wird noch gar gesagt, dass Ende März 1943, also nach Stalingrad, der Einmarsch bereits beschlossen und vorbereitet gewesen sei, wo die Alpen noch im tiefsten Winter steckten und die deutschen Gebirgstruppen sicherlich anderswo beschäftigt waren. Ich habe diese Behauptung immer als eine Falschmeldung des Nachrichtendienstes aufgefasst. Schellenberg behauptet, er habe damals die Schweiz gerettet, er hat es auch mir gesagt. Wer weiss, ob die Nachricht aus dem Führerhauptquartier nicht von dem S.D. [Sicherheitsdienst] stammt!» Schreiben Frölicher an Speidel vom 19.11.1948 (Privatarchiv).

159 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 76, Brief vom 27.12.1941.

160 Frölicher, a.a.O., 46.

161 Vgl. Schreiben von Alfred Ernst an Masson vom 19.4.1942, zit. bei: Pierre Th. Braunschweig: Geheimer Draht nach Berlin. Zürich 1989,217.

162 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Band 9, 219, Notiz vom 2.5.1940.

163 DDS XIII, Doc. 303,712, PB vom 11.6.1940.

164 Das Münchener Abkommen vom 30. September 1938 zur Lösung der Sudetenkrise und die Appeasementpolitik hatte von Salis im Gegensatz zu den meisten Schweizer Kommentatoren überschwänglich gelobt; vgl. Walther Hofer und Herbert H. Reginbogin: Hitler, der Westen und die Schweiz 1936-1945. Zürich 2001, 365 f.

165 DDS XIII, Doc. 383,935, Schreiben Frölicher an Bonna vom 17.9.1940.

166 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 60 f., Brief an Bonna vom 3.10.1940.

Vgl. Gerhart Waeger: Die Sündenböcke der Schweiz. Olten und Freiburg i. Br. 1971. Frölicher, a.a.O., 39.

234 **169** Missglückte Reise durch Deutschland. In: Schweizer Monatshefte 43 (1963), 246-261,

- 258 f. Der Autor verfasste den Bericht über die Vortragsreise vom Febr./März 1940 schon 1943 anhand von Reisenotizen, überarbeitete ihn später leicht, publizierte ihn jedoch erst 1963.
- 170** Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, Teil II, Bd. 8 (April – Juni 1943). München 1993,237.
- 171** Hugh R. Trevor-Roper (Hg.): *Le testament politique de Hitler*. Paris 1959, 62 f. (Eintrag vom 5.2.1945), zit. bei Fest, a.a.O., 1153.
- 172** In einem Leitartikel mit dem Titel «Die Schweiz und die europäischen Tatsachen» schrieb Bretscher, an die Rede von Pilet-Golaz vom 25.6. anknüpfend, am 25.7.1940: «Das aber ist eben das Entscheidende: dass sich die Anpassung an ‚das Neue« auf dem Wege der Anpassung des ‚Neuen« an schweizerische Eigenart, schweizerische Tradition vollziehen muss und nicht zur blinden Nachahmung, zum blöden Kopieren fremder Gedanken und Einrichtungen führen darf. Die Besonderheit der Lebensbedingungen, der staatlichen und kulturellen Existenzform der Schweiz, die sie zu einem Sonderfall unter den Nationen stempelt und ihre Raison d'être darstellt, verbietet ihr eine ‚Anpassung um jeden Preis«. Die Schweiz muss die Schweiz bleiben – worin ihr ureigenes Wesen besteht, ist dem Eidgenossen in den letzten Jahren deutlicher als je bewusst geworden, und die Bereitschaft des Schweizervolkes zu jedem Opfer für die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes ist heute gleichbedeutend mit dem Willen, die Substanz der Eidgenossenschaft durch alle Stürme der Zeit hindurch zu retten und zu bewahren». (Zit. nach: Willy Bretscher: *Im Sturm von Krise und Krieg*. Neue Zürcher Zeitung von 1933-1944. Zürich 1987,262).
- 173** BAR, E 2300, Berlin, P.B. vom 23.7.1940.
- 174** *Bonjour*, a.a.O., Bd. VIII, 56, Brief vom 9.9.1940.
- 175** DDS XIII, Doc. 383,935, Schreiben Frölicher an Bonna vom 17.9.1940.
- 176** S.o.S.82ff.
- 177** Vgl. DDS XIII, Doc. 383, Anhang, 937 f., Brief vom 24.9.1940.
- 178** Vgl. Küsters und Mensing, a.a.O., 116, Schreiben von Wyss an Frölicher vom 4.6.1945, 165 f.
- 179** Vgl. Markus Schmitz und Bernd Haunfelder: *Humanität und Diplomatie*. Münster 2001, 110 ff.
- 180** Vgl. Willi Gautschi: *Helvetische Streiflichter*. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte. Zürich 1994,226.
- 181** Vgl. Frölicher a.a.O., 53.
- 182** Vgl. Tagebuch vom 8.5.1943.
- 183** Zit. nach *Bonjour*, a.a.O., Band VIII, 79, Brief an Pilet-Golaz vom 19.1.1942.
- 184** BAR, J. 1.236, Brief vom 1.3.1938.
- 185** Vgl. *Der Bund* Nr. 48 vom 1.2.1961.

- 186 DDS XII, Doc. 431,982, Schreiben Frölicher an Bonna vom 21.10.1938.
- 187 Vgl. Reto Caratsch: Juli 1940: Meine Ausweisung aus Berlin. In: Bündner Jahrbuch 23 (1981), 1-13, 4.
- 188 Vgl. DDS XIII, Doc. 338,821, Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.7.1940.
- 189 Vgl. Kurt Humbel: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939, Zürich 1976, 79.
- 190 Briefe Frölicher an Koenig vom 21.9.1938 und Kappeler an Stahel vom 12.10.1938 (Privatarchiv).
- 191 Vgl. z.B. DDS XIII, Doc. 392, 963, Schreiben Frölicher an Bonna vom 3.10.1940.
- 192 Vgl. BAR, 2001 (D) 15/3, Brief vom 1.3.1938 an Caratsch.
- 193 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 109. Protokoll vom 22.10.1938.
- 194 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 108 f.
- 195 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 20, Rundschreiben vom 23.12.1938.
- 196 Vgl. DDS XIII, Doc. 161,362 f., PB vom 13.9.1939.
- 197 David Gerber: Bericht über Aufenthalt in Heeres-, Reit- und Fahrschule in Hannover und Potsdam, vom 10.1.-30.4.1939. Aufzeichnung vom 1.5.1939, 32f. (Privatarchiv).
[Unterstreichung im Original].
- 198 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 273, Notizen vom 16.7.1941.
- 199 Zit. nach Gautschi, a.a.O., 573, Schreiben vom 21.6.1940.
- 200 Vgl. DDS XII, Doc. 432, 984 ff., Schreiben Frölicher an Bonna vom 22.10.1938 und Anhang vom 20.10.1938.
- 201 Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 202 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 122.
- 203 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 257.
- 204 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Band 9, Nr. 377.
Aktenvermerk vom 3.6.1940.
- 205 Frölicher, a.a.O., 39.
- 206 Vgl. ebd., 38 f.
- 207 Ebd., 40.
- 208 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 156 ff., Antrag an EVD vom 9.9.1939.
- 209 Frölicher, a.a.O., 8.
- 210 Vgl. René Bondt: Der Minister aus dem Bauernhaus. Zürich 2010, 102 ff.
- 211 Vgl. Hans Schaffner: Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. In: NZZ vom 10.2.1997.
- 212 Vgl. Robert Urs Vogler: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Diss. Zürich 1983.
- 213 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Band 10, S. 91, Aufzeichnung vom 3.7.1940.
- 236 214 Vgl. Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten

- Weltkrieges. In NZZ vom 27.11.1968. Schreiben Hemmen vom 6.3.1940.
- 215** Ebd.
- 216** Frölicher, a.a.O., 34 f.
- 217** Im Abkommen vom August 1952 über die schweizerischen Staatsforderungen gegen das ehemalige Deutsche Reich erreichte Minister Walter Stucki, dass die BRD von der sogenannten Clearing-Milliarde 650 Millionen Franken zurückzahlte, also etwa 55% der ausstehenden Schulden respektive 40%, wenn man die aufgelaufenen Zinsen mitrechnet. (Vgl. Linus von Castelmur: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945-1952). Zürich 1992, 378 ff.
- 218** BAR, J. I. 236, 3. Aufzeichnung von Frölicher: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940, 13 f.
- 219** Bonjour, a.a. O., Bd. VIII, 348. Bericht für Herrn Bundesrat Petitpierre über die Gefahrenmomente in den deutsch-schweizerischen Beziehungen, 10.7.1945, 348-354, 351.
- 220** Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 221** Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 82. PB vom 27.3.1942.
- 222** Vgl. Jakob Tanner: Hand in Hand mit den Nazis. In: Bilanz 10 (1989), 348.
- 223** Jan Vonder Mühl: Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zweiten Weltkrieges (1933-1945). Eine Untersuchung im Auftrag von ASM/VSM. Zürich 1997.
- 224** Walther Hofer: Wer hat den Zweiten Weltkrieg verlängert? Kritisches zur merkwürdigen These einer Kriegs Verlängerung durch die Schweiz. In: NZZ vom 7-/8.6.1997.
- 225** Zit. nach: Klaus Uerner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, a.a.O.
- 226** Zit. nach: Klaus Uerner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges, II. Teil. In NZZ vom 2.12.1968.
- 227** Vgl. «Eizenstat-Bericht», Vf.
- 228** Vgl. Tanner, a.a.O., 352.
- 229** Die vom Bund eingesetzte Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg gelangt zu einem solchen Schluss. Sie meint, die Schweiz hätte die deutsche Seite «fürstlich belohnt»; s. Martin Meier et al.: Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik 1930-1948. Zürich 2002, 230.
- 230** Vgl. Klaus Uerner: «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zürich 1990, 74.

- 231** BAR, J. I. 236, 3. Nachlass Frölicher. Aufzeichnung: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940,5.
- 232** NZZ vom 13.9.1970.
- 233** Brief vom 19.11.1948. (Privatarchiv).
- 234** Homberger, a.a.O., 67.
- 235** Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 236** BAR, J. I.236, Brief an Frölicher vom 2.4.1953.
- 237** Vgl. DDS XIII, Doc. 292,691, PB vom 28.5.1940.
- 238** Vgl. Stephan Winkler: Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943-1945. Basel und Frankfurt/M. 1992,55.
- 239** Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. III. Teil (Schluss). In: NZZ vom 6.12.1968.
- 240** Vgl. Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957 (Bericht Ludwig), 126.
- 241** Vgl. auch Wolf Gruner: Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996.
- 242** BAR, E 2300 Berlin, PB vom 7.7.1933.
- 243** S.O.S.49f.
- 244** DDS XII, Doc. 443,1013 f., Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.11.1938.
- 245** DDS XII, Doc. 477,1107, PB vom 14.12.1938.
- 246** DDS XII, Doc. 298,699, Schreiben Dinichert an Bonna vom 16.5.1938.
- 247** Zit. nach Ludwig, a.a.O., 110. Bericht der Polizeiabteilung vom 31.8.1938.
- 248** Vgl. ebd., 114 f., Bericht Kappeler vom 7.9.1938.
- 249** Vgl. ebd., 127 und 147.
- 250** Zit. nach Ludwig, a.a.O., 120. Besprechung in Bern vom 17.9.1938.
- 251** Ebd., 123. Bericht vom 21.9.1938.
- 252** Zit. nach Ludwig, a.a.O., 127 Anm. 1.
- 253** Ebd. 128.
- 254** Picard erachtet den zitierten Passus als eine «formelle Reziprozitätserklärung», die man im Extremfall sogar so hätte auslegen können, «dass die Schweiz die Pässe von jüdischen Schweizerbürgern ebenfalls mit einem J-Stempel zu versehen» hätte (vgl. Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden 1933-45. Zürich 1994, 159). Das ist aber eine unangemessene Zuschreibung. Die Formel «nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung» verhinderte gerade eine vollumfängliche Reziprozität, und zudem belegt der Verhandlungsverlauf, dass die Schweiz ausdrücklich darauf bedacht war, kein Gegenrecht einzuräumen.
- 255** Zit. nach Ludwig, a.a.O., 128. Bericht über Verhandlungen vom 27.-29.10.1938.

- 256 Vgl. ebd., 109.
- 257 Vgl. Picard, a. a. O., 157 f.
- 258 Vgl. DDS VII-II, Doc. 399, 796, Schreiben Rothmund an Dinichert vom 11.10.1920. Zu Rothmunds Antisemitismus vgl. auch Heinz Roschewski: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten. In: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, 109 ff. (= Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Bern 1996).
- 259 Vgl. André Lasserre: *Frontières et camps. Le refuge en Suisse de 1933 à 1945*. Lausanne 1995, 365 f.
- 260 Vgl. Frölicher, a. a. O., 17.
- 261 Vgl. Gaston Haas: «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte ...», 1941–1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Basel und Frankfurt/M. 1994, 65 ff.
- 262 Zit. nach: Alfred Cattani: Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. In: NZZ vom 31. 5. 1991.
- 263 Vgl. Paul Stauffer: *Polen – Juden – Schweizer*. Zürich 2004, 194 ff.
- 264 Vgl. Tagebuch vom 5. 5. 1943.
- 265 Vgl. Kazimierz Karbowski: Vor 60 Jahren. Ein Schweizer Gerichtsmediziner in Katyn. *Schweizerische Ärztezeitung* 47 (2003), 2510–2513.
- 266 Vgl. z. B. Frölicher, Tagebuch, 10. 11. 1944, und Jean-Claude Favez: *Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich*. Zürich 1989, 494.
- 267 Zit. nach Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Schlussbericht, a. a. O., 111.
- 268 Vgl. auch Lasserre, a. a. O., 77 ff.
- 269 Vgl. *Bonjour*, a. a. O., Bd. V, 278.
- 270 Vgl. BAR, Berlin E 2400 10, Geschäftsbericht 1942.
- 271 Vgl. Linus Reichlin: *Kriegsverbrecher Wipf, Eugen*. Zürich 1994, 121 f. und 240. *Freiwillige anderer Nationen*: Niederländer 25 000, Dänen 8000, Franzosen mindestens 5000, Schweden 101.
- 272 Tagebuch vom 16. 2. 1943.
- 273 Vgl. Tagebuch vom 19. 3. 1943.
- 274 Aufzeichnung von Walter Hammer vom 2. 12. 1952, zit. nach: Klaus Urner: *Der Schweizer Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen*. Frauenfeld und Stuttgart 1980, 360.
- 275 Vgl. Rolf Hochhuth: Teil 38. Hamburg 1979; Niklaus Meienberg: *Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat*. Zürich 1980. Urner, *Der Schweizer Hitler-Attentäter*, a. a. O.
- 276 Vgl. Urner, *Der Schweizer Hitler-Attentäter*, a. a. O., 238.
- 277 Frölicher an EPD vom 2. 4. 1940, zit. nach Urner, *Der Schweizer Hitler-Attentäter*, a. a. O., 254.

- 278 Vgl. ebd. 246.
- 279 Urs Schwarz: Schicksalstage in Berlin. In: NZZ vom 7.8./8.8.1986. Unter dem gleichen Titel sind die Erinnerungen auch in Buchform erschienen: Lenzburg 1986.
- 280 Vgl. Umer, Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 263.
- 281 Vgl. DDS XIII, Doc. 146,331 f., Bundesratsprotokoll vom 1.9.1939.
- 282 Vgl. Konrad Stamm: Die guten Dienste der Schweiz. Bern 1974, 166.
- 283 Vgl. Matthias Inhelder: Die Schweiz als Schutzmacht Grossbritanniens und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Lizentiatsarbeit. Zürich 1989, 3.
- 284 Bei Kriegsausbruch vertrat die Schweiz Grossbritannien mit weiten Teilen des Commonwealth; 1940 kam Ägypten dazu, 1941 folgten die USA, Liberia und 16 südamerikanische Staaten, 1943 Irak und 1945 die Türkei; nach deren Frontwechsel vertrauten 1944 Bulgarien und Rumänien ihre Interessen inoffiziell der Schweiz an sowie, auch inoffiziell, das befreite Frankreich.
- 285 Vgl. Umer, Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 291.
- 286 Vgl. BAR, 2001 (D) 11, Bericht von Max König an Minister Feldscher über das Ende der Schutzmachtätigkeit in Berlin, Ankara, 14.6.1945.
- 287 Nach der Rückkehr arbeiteten Meier, Lutz und Frölicher in der gleichen Dienststelle. Frölicher übernahm die gesamte deutsche Interessenvertretung in der Schweiz. Lutz wurde die Interessenvertretung für die Ostschweiz mit Sitz in Zürich anvertraut, und Meier war als Kanzleisekretär in der Zürcher Geschäftsstelle angestellt. Später wirkte Meier von 1973 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1978 als Generalkonsul in Berlin.
- 288 Vgl. Theo Tschuy: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1995, 359.
- 289 Um den mannigfachen Anforderungen als Schutzmacht genügen zu können, bedurfte die Schweiz eines grossen Fuhrparks. Am 1. Februar 1945 umfasste der Automobildienst einen Garagenchef, zwei Postwagenführer, vier Mechaniker und fünf Chauffeure. Die Fahrer der Schutzmachtteilung legten im letzten Kriegsjahr im Durchschnitt über 20'000 Kilometer pro Monat zurück, im Februar und März 1945 gar über 40'000 Kilometer. Besonders lange Fahrten ergaben sich zu den Kriegsgefangenenlagern. Albert Sigrist, der letzte Garagenchef der Gesandtschaft, vermerkte in seinem Tätigkeitsbericht: «Die Fahrer waren bei [den] ausgedehnten Reisen mit ihren Fahrzeugen mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Daher bedurften die Reisewagen einer peinlichen und wohlgedachten Vorbereitung und Ausrüstung an Werkzeugen und Ersatzteilen, führten sie doch z.T. durch Partisanengebiete.» (Tätigkeitsbericht des Automobildienstes vom 1.3.1944 - 31.10.1945, 5, Privatarchiv).

- 290 Bonjour, a. a. O., Band VIII, 93, Brief an Pilet-Golaz vom 3. 6. 1944.
- 291 Vgl. Bonjour, a. a. O., Band VI, 153.
- 292 Die Schweiz hatte diese Argumentation grundsätzlich anerkannt. In einer amtlichen Verlautbarung nach dem Krieg hiess es: «Lebhafte Kritiken wurden der Schweiz auch zuteil, weil sie über die in den «Konzentrationslagern» in Deutschland begangenen Grausamkeiten nicht berichtet habe. Es muss hervorgehoben werden, dass diese Lager nichts mit den Interniertenlagern, in welchen sich einzig Angehörige von Staaten befanden, deren Interessen die Schweiz vertrat, gemeinsam hatten. Während die Lager dieser zweiten Kategorie in regelmässigen Zwischenräumen durch Inspektoren der schweizerischen Gesandtschaft in Deutschland besucht wurden, war dies für die Konzentrationslager nicht der Fall. In der Tat fielen letztere, die bereits vor dem Kriege bestanden, nach der Auffassung der deutschen Regierung ausschliesslich in den Bereich der Innenpolitik. Die Reichsregierung hat offiziell nie zugegeben, dass sich darin Personen befanden, die berechtigterweise den Schutz der Schweiz in Anspruch nehmen konnten, und sie hat ständig die Besuchsermächtigung verweigert. Nichtsdestoweniger ist die schweizerische Gesandtschaft in Deutschland wiederholt beim Auswärtigen Amt vorstellig geworden, um die Besuchserlaubnis zu erwirken, allerdings ohne jemals zum Ziele zu gelangen.» (NZZ vom 25. 5. 1945.) [Gesperrt im Originaltext].
- 293 Vgl. Inhelder, a. a. O., 103 f.
- 294 Frölicher, a. a. O., 60.
- 295 Vgl. Frölicher, a. a. O., 128.
- 296 Max König: Das Kamel – der Botschafter. Erinnerungen aus einem Diplomatenleben, 29. (Privatarchiv).
- 297 Vgl. ebd., 30.
- 298 Vgl. Frölicher, a. a. O., 127.
- 299 Vgl. Tagebuch vom 3. 3. 1945.
- 300 Vgl. NZZ vom 25. 5. 1945.
- 301 Vgl. Inhelder, a. a. O., 115.
- 302 BAR, J. I. 236 1993/368, Brief vom 11. 1. 1943.
- 303 Hans Senn: Der schweizerische Generalstab, Band VII. Anfänge einer Dispositionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel und Frankfurt/M. 1995, 39.
- 304 NZZ vom 8. 8. 1986.
- 305 Protokoll des Nationalrates, Sitzung vom 14. 12. 1937, Anhang 5, 107.
- 306 Mündliche Mitteilung von Max König vom 15. 10. 1993; vgl. auch Anm. 326.
- 307 Vgl. Martin Stoll: Auch die Schweiz hatte ihre Agenten. In: Sonntags-Zeitung vom 7. 5. 2000.

- 308 BAR, E 27 9758, Bd. 20, Schlussbericht vom Juli 1945,1.
- 309 BAR, E 27 10064; Zeugenaussagen von Waldemar Pabst und Peter Burckhardt vom 13.5.1947.
- 310 Ebd., Zeugenaussage Burckhardt vom 13.5.1947.
- 311 BAR, E 2710024, Schreiben an die Bundesanwaltschaft vom 13.6.1945.
- 312 Vgl. Uner, Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 15 ff.
- 313 Vgl. Bucher, a.a.O., 223 ff.
- 314 Vgl. z.B. DDS XIII, Doc. 355, Anhang vom 9.8.1940, und Braunschweig, a.a.O., 130 ff.
- 315 Brief vom 8.7.1941, zit. nach Kreis, General Guisan, Minister Frölicher, a.a.O., Anm. 24.
- 316 Vgl. Braunschweig, a.a.O., 138.
- 317 S.o. S. 109f.
- 318 Frölicher, a.a.O., 28.
- 319 Mündliche Mitteilung von Walter Storz, Berlin, 17.9.1996.
- 320 Zit. nach Braunschweig, a.a.O., 131.
- 321 Vgl. Christian Kaiser: War das Urteil Bonjours über den Schweizer Gesandten in Berlin, Hans Frölicher, gerecht? Diplomarbeit. Hochschule St. Gallen 1994,46 [Typoskript].
- 322 Vgl. Max König: Der Fall Minister Frölicher. In: NZZ vom 23.3.1976.
- 323 BAR, E 27 9943.
- 324 «Herr Oberst, in Verfolgung der Angelegenheit der Dokumente, über welche ich Ihnen in meinem Brief vom 16.9. berichtete, kann ich Ihnen heute einige weitere Mitteilungen machen, die mir sehr interessant erscheinen und den Eindruck verstärken, dass es sich möglicherweise um eine Intrige gegen General Guisan handelt. Aus zuverlässiger Quelle habe ich inzwischen gehört, dass *Minister Frölicher in Berlin gegenüber einigen Herren geäussert hat, dass General Guisan für Deutschland untragbar sei (!) als Welschschweizer (!) und dass er zur Demission veranlasst werden sollte. An seine Stelle müsste Wille treten als Armee-Inspektor. Diese ‚Lösung‘ würde in Deutschland einen ausgezeichneten Eindruck machen.*
- Minister Frölicher fügte ausserdem noch bei, dass er in diesem Sinne einen Bericht an das Politische Departement erstatten werde. Ob er dies getan hat, entzieht sich der Kenntnis meines Vertrauensmannes.
- Ich betone, dass es sich bei meinem Vertrauensmann um eine absolut zuverlässige Persönlichkeit handelt, die zum engern Kreise um Frölicher gehört. Bei einer derartigen Einstellung unseres Gesandten gegenüber unserem General wäre es deshalb nicht verwunderlich, wenn einer in Berlin gesponnenen Intrige nicht energisch und rechtzeitig genug entgegengetreten würde.»

- (BAR, E 27 9943, Schreiben von Waibel an Oberst Müller vom 25. 9. 1940),
[Hervorgehobenes und Ausrufzeichen im Original].
- 325 BAR, E 5001 (G), Bd. 15,044.23./62. Bericht zum Buch von Jon Kimche
Spying for Peace, 7 (= Bericht Waibel).
- 326 Ebd., 1.
- 327 Ebd., 1 und 3.
- 328 Vgl. Fest, a. a. O., 815.
- 329 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 20. 6. 1939.
- 330 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 28. 8. 1939.
- 331 Bericht Waibel, a. a. O., 4 f.
- 332 Vgl. auch für die sattsam bekannte Tendenz der SS-Generäle Schellenberg
und Berger, die Abwendung von unheilvollen Angriffsabsichten auf die
Schweiz ihrem fürsprecherischem Einfluss innerhalb des engsten Füh-
rungskreises um Hitler zuzuschreiben.
- 333 Bonjour, a. a. O., Bd. IV, Basel 1971, 250.
- 334 Ebd., 249 f. Die Anmerkungen bei Bonjour sind in das Zitat hineingenom-
men und stehen in runden Klammern.
- 335 Freundliche Mitteilung von Herrn Daniel Bourgeois vom Bundesarchiv.
Herr Eduard Tschabold suchte, als das Bundesarchiv das Inventar E 27 «Lan-
desverteidigung, 1848–1950» erstellte, intensiv nach diesen Berichten.
- 336 Bonjour, a. a. O., Bd. IV, 245 f.
- 337 Vgl. Bonjour, a. a. O., Bd. IV, 261 f.
- 338 S. o. S. 142 f.
- 339 Vgl. Bonjour, a. a. O., Bd. III, 55.
- 340 Ebd., 56.
- 341 Vgl. August R. Lindt: *Die Schweiz, das kleine Stachelschwein*. Bern 1992,
95.
- 342 S. o. S. 52 f.
- 343 Bonjour, a. a. O., Bd. IV, 246.
- 344 Jakob Tanner: «Die Schweiz hatte wieder einmal Glück». Edgar Bonjours
Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Volkserziehung. In:
NZZ-Folio, August 1991, 32. Diese Äusserung bezog sich auf eine Rede, die
Bonjour am 26. 8. 1939 auf dem historischen Schlachtfeld von St. Jakob an
der Birs hielt. Ein Auszug: «Wir vermögen heute die untergehenden Kämp-
fer nicht anders zu sehen, als wie Ferdinand Hodler eidgenössische Krieger
gemalt hat: kraftgeschwellte, steifnackige Gestalten, im Blick zornmütigen
Trotz und verhaltenen Ingrim, aus offenen Wunden blutend, mit letzter
Anstrengung steineschleudernd oder den Zweihänder schwingend, das
Haupt schon von den Fittichen des Todes umweht; ein letztes hohes Auf-
flammen der Lebenskraft vor dem Erlöschen.»

- 345** Jean-Frédéric Wagnière: Le rapport Bonjour, 1972, 42. [Typoskript]. Dass Bonjour Frölicher nicht gerecht wurde, ist auch die Schlussfolgerung einer Diplomarbeit an der Hochschule St. Gallen; vgl. Kaiser, a.a.O.
- 346** Vgl. auch Kaiser, a.a.O., 59 ff.
- 347** Brief vom 23.5.1936, zit. nach Fest, a.a.O., 695. Weitere Belege finden sich in der Monografie von Paul Stauffer: Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt, Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz. Zürich 1991.
- 348** Frölicher, Tagebuch, 12.10.1944.
- 349** Ebd., 17.10.1944.
- 350** Interview in: Weltwoche vom 29.4.1993.
- 351** Vgl. Georges-André Chevallaz: Le défi de la neutralité. Diplomatie et défense de la Suisse 1939-1945. Vevey 1995,374.
- 352** Frölicher, a.a.O., 139.
- 353** In einem Vortrag in der Studentenverbindung «Zofingia» meinte er im November 1945 in Bern: «Schon die aktive Teilnahme an diesem Geschehen legt mir eine gewisse Zurückhaltung nahe, und es ist nicht Sache der diplomatischen Vertreter sich zu diesen Fragen, die heute noch aktuell sind, in einer weiteren Öffentlichkeit zu äussern. Der Bundesrat wird sagen, was hier im Interesse des Landes zu sagen ist.» (BAR, J. I. 236). Diesen Vortrag übernahm Frölicher in seine Aufzeichnungen *Meine Aufgabe in Berlin* als Kapitel VIII unter der Überschrift «Die Luftangriffe».
- 354** Vgl. Gazette de Lausanne vom 4.3.1970 und 14.4.1971.
- 355** NZZ vom 13.10.1970.
- 356** Max Frisch: Dienstbüchlein. Frankfurt/M. 1974,144.
- 357** NZZ vom 23.3.1976.
- 358** NZZ vom 23.3.1976 und 3.4.1976.
- 359** Vgl. Felix E. Müller: Hans Frölicher, Botschafter im Nazi-Deutschland, im Urteil der Nachwelt. In: Weltwoche vom 30.12.1993.
- 360** Otto Marchi: Hans Frölicher – Anpasser oder Patriot? In: Weltwoche vom 3.6.1976.
- 361** Christoph Geiser: Der Anschluss fand statt. In: Neutralität Nr. 1 (Januar 1970), 20.
- 362** Ebd., 29.
- 363** Ebd., 25.
- 364** Geiser, Brachland, a.a.O., 216.
- 365** Vgl. Fink, a.a.O., 239.
- 366** Vgl. Schwarz, Ernst Freiherr von Weizsäcker, a.a.O., 635 ff.
- 367** Hans Frölicher – Der gute Schweizer in Berlin. Schweizerische Beziehungen zu Deutschland 1938-1945. Satellitenprogramm SF DRS für 3sat, 1992.

- Angeregt vom geschichtsträchtigen Gebäude der schweizerischen Vertretung in Berlin und von Hürlimanns Stück schrieb ausserdem Eva Brunner ein längeres Feature über Frölicher, das vom Sender Freies Berlin (SFB3) am 27.10.1991 ausgestrahlt wurde (Der Schweiz den Rücken kehren? Von der Berliner Gesandtschaft und anderen Wundern Helvetiens).
- 368 Berichte in: Tagesanzeiger vom 18. 10. 1993; NZZ-Fernausgabe vom 26. 10. 1993; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 11. 1993; Weltwoche vom 30. 12. 1993.
- 369 Zit. bei Urs Widmer: Der Sprung in der Schüssel. Frölicher – Ein Fest. Zwei Stücke. Frankfurt/M. 1992, 77.
- 370 Thomas Hürlimann: Der Gesandte. Zürich 1991, 55.
- 371 S. o. S. 80 ff.
- 372 Vgl. Konrad Stamm: Der Botschafter mit der Maschinenpistole. In: Der Bund vom 1. 1. 2011.
- 373 Vgl. Favez, a. a. O., 367 ff.
- 374 Vgl. Stauffer, Zwischen Hofmannsthal und Hitler, a. a. O., 10 ff.
- 375 Ebd., 64 f. und 240.
- 376 Zit. nach Stauffer, Grandseigneuraler «Anti-Intellektueller», a. a. O., 124.
- 377 Brief von Frölicher an Ruegger vom 27. 11. 1935; Archiv für Zeitgeschichte, Nachlass Paul Ruegger.
- 378 Ruegger an Pilet-Golaz vom 22. 3. 1941; zit. nach: Stefan Glur: Vom besten Pferd im Stall zur *persona non grata*. Bern et al. 2005, 82.
- 379 Vgl. ebd., 312.
- 380 Vgl. Winkler, a. a. O., 53 f.
- 381 S. o. S. 81.
- 382 S. o. S. 192 f.
- 383 Vgl. Walter Stucki: Von Pétain zur Vierten Republik. Vichy 1944. Bern 1947, 7 und 50.
- 384 S. o. S. 153 ff.
- 385 Vgl. Glur, a. a. O., 313 f.
- 386 Stauffer, Grandseigneuraler «Anti-Intellektueller», a. a. O., 122.
- 387 Vgl. Jean-Claude Favez: Une mission impossible? Le CICR, les déportations et les camps de concentration nazis. Lausanne 1988, 57 ff.
- 388 Stauffer, Zwischen Hofmannsthal und Hitler, a. a. O., 117.
- 389 Vgl. Winkler, a. a. O., 51.
- 390 Vgl. Glur, a. a. O., 261 ff. und 283 ff.
- 391 Schreiben vom 27. 1. 1943, Archiv für Zeitgeschichte, Nachlass Paul Ruegger.
- 392 Vgl. Caillat, a. a. O., 110. Claude Caillat war Rueggers diplomatischer Mitarbeiter in London. Seine im hohen Alter vorgenommenen Aufzeichnungen muss man allerdings mit einer gewissen Vorsicht lesen.

- 393 Vgl. Bucher, a. a. O., 59, und Glur, a. a. O., 301.
- 394 Vgl. Glur, a. a. O., 265.
- 395 Ebd., vom 17.10.1944.
- 396 Vgl. Tagebuch vom 10.1.1945.
- 397 Vgl. Jacques Dumaine: Quai d'Orsay 1945–1951. Paris 1956, 348 f.
- 398 Vgl. Stauffer, Grandseigneuraler «Anti-Intellektueller», a. a. O., 125 f.
- 399 Zit. nach: Paul Stauffer: «Sechs furchtbare Jahre ...», a. a. O., 198.
- 400 Ebd.
- 401 Vgl. Tagebuch vom 8. 1. 1945.
- 402 Bonjour, a. a. O., Bd. V, 452.
- 403 Vgl. Tagebuch vom 3. 3. 1945.
- 404 Vgl. Weltwoche vom 3. 3. 1976.
- 405 Vgl. Weltwoche vom 30. 1. 1992.
- 406 Vgl. Daniel Bourgeois: Le Troisième Reich et la Suisse 1933–1941. Neuchâtel 1974, 300 f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A Ungedrucktes Material und Mischdossiers

Bundesarchiv Bern (BAR)

- E 1002 1970/215 Verhandlungsprotokoll der Bundesrats-sitzungen 1945
- E 1003 1, Bd. 3104 Verhandlungsprotokoll der Bundesrats-sitzungen 1946
- E 2500 1/9 Personalakte Paul Dinichert
- E 2500 1968/87 Bd. 22 Personalakte Hans Frölicher
- E 2500 1968/87 Bd. 46 Personaldossier

- E 2001 (D) 15/3 Dossier H. Böschenstein
- E 2001 (D) Berlin Akten der Vertretung in Berlin
- E 2001 (D) 7/20 Evaluation der Gesandtschaft

- E 2300 Berlin Politische Berichterstattung
- E 2400 Berlin Geschäftsberichte

- J. I. 236 Nachlass Hans Frölicher
auch Tagebuch vom 16. 9. 1942 – 23. 5. 1945
- J. I. 131 1992/235 Bd. 1 Walter Stucki
- J. I. 18 2002/188 Bd. 1 Franz Kappeler

- E 27 9756 EMD-Akten
- E 27 9758, Bd. 20 EMD-Akten
- E 27 9943 EMD-Akten
- E 27 9949 EMD-Akten
- E 27 10024 EMD-Akten
- E 27 10064 EMD-Akten

- E 5001 (G) 1973/23, Bd. 15 Bericht Waibel

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

- ❖ IB Verwaltungsakten, Serie Schweiz Bd. 8, R131185 und 131189
- ❖ Gesandtschaft Bern, Bd. 1928

Archiv des Schweizer Vereins Berlin

- ❖ Schweizer Verein Berlin. Chronik 1861-1961. Berlin 1961 [Typoskript]

Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich (AfZ)

- ❖ Nachlass a. Botschafter Dr. Paul Ruegger
- ❖ Nachlass a. Botschafter Dr. Alfred Zehnder
- ❖ Aufzeichnung vom 25.3.1975 mit a. Botschafter Dr. Franz Kappeler
- ❖ Unterlagen zu einem ETH-Referat von Dr. Franz Kappeler vom 26.1.1971
- ❖ Bestand Nürnberger Prozesse – Affidavit von H. Frölicher für E. von Weizsäcker

Aufzeichnungen und Briefe aus Privatarchiven

- ❖ Dr. h.c. Willy Bretscher, ehemals Chefredaktor NZZ
- ❖ Dr. René Favre, Lausanne
- ❖ Dr. Eduard A. Feer, ehemals Diplomat, Flach
- ❖ Dr. h.c. Jean-Daniel Gerber, Jegenstorf
- ❖ Christian Kaiser, St. Gallen
- ❖ Willi Kaspar, Bern
- ❖ Dr. Max König, Bern
- ❖ Dr. Heinz Langenbacher, Stettien
- ❖ Albert Sigrüst, Ittigen
- ❖ Brigadegeneral Hans Speidel, Berlin
- ❖ Dr. Paul Stauffer, ehemals Diplomat, Bern
- ❖ Jean-Frédéric Wagnière, ehemals Diplomat, Genf
- ❖ Dr. Paul Widmer, Bern

B Diverse mündliche und schriftliche Mitteilungen

- ❖ Dr. h.c. Hermann Böschstein, a. Korrespondent
- ❖ Dr. Otto Burki, ehemals Attaché in Berlin
- ❖ Dr. Peter Burckhardt, a. Divisionär, ehemals Militärattaché in Berlin
- ❖ Dr. Dieter Chenaux-Repond, ehemals Botschafter in Bonn
- ❖ Paul David, ehemals Mitarbeiter in Berlin
- ❖ Dr. Bernard Dubois, ehemals Gesandtschaftssekretär in Berlin
- ❖ Martin Escher, Unternehmensberater

- ❖ Dr. Max Frölicher
- ❖ Hermann Grob, a. Botschaftsrat
- ❖ Willi Kaspar, ehemals Mitarbeiter in Berlin
- ❖ Dr. Max Keller, ehemals Leiter des Sozialdienstes in Berlin
- ❖ Dr. Max König, a. Botschafter
- ❖ Dr. Heinz Langenbacher, a. Botschafter
- ❖ Dr. August Lindt, a. Botschafter
- ❖ Tony LeTissier, a. Protokollchef und Historiker
- ❖ Gerhard Meier, a. Präsident des Schweizer Vereins
- ❖ Andreas Nigg, ehemals Fahrer der Gesandtschaft
- ❖ Dr. Raymond Probst, a. Staatssekretär
- ❖ Albert Sigrist, ehemals Fahrer der Gesandtschaft
- ❖ Dr. Paul Stauffer, a. Botschafter und Historiker
- ❖ Walter Storz, Vorstandsmitglied der Schweiz. Wohltätigkeitsgesellschaft
- ❖ Frau Lucie Zehnder

C Veröffentlichte Quellen

1. *Dokumentensammlungen und Memoiren*

- ❖ Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bde. III, IV, VI, 2, und Serie D, Bde. V, VII, IX, X.
- ❖ Belrichard, Arnold: Auf Befehl Moskaus. Eine Zwangsfahrt: Berlin – Polen – Russland zur Türkei: Kriegsende 1945. [o. 0.1975].
- ❖ Bonjour, Edgar: Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bde. 7-9. Dokumente. Basel und Stuttgart 1974 ff.
- ❖ Böschenstein, Hermann: Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945. Bern 1978.
- ❖ Böschenstein, Hermann: Zwischen Diplomatie und Gesellschaft. Der Schweizer Gesandte in der Weimarer Republik (1922-1932) Hermann Rüfenacht. Bern 1992.
- ❖ Bretscher, Willy: Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung von 1933-1944. Zürich 1987.
- ❖ Caratsch, Reto: Juli 1940. Meine Ausweisung aus Berlin. In: Bündner Jahrbuch 23 (1981).
- ❖ Chenaux-Répond, Dieter: Vom Kalten Krieg bis zum Fall der Mauer. Notizen eines Schweizer Diplomaten. München 1994.
- ❖ David, Paul: Am Königsplatz. Die letzten Tage der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. Zürich 1948.
- ❖ Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945. Bern 1981 ff. (= DDS).

- ❖ Dodd jr., William E. und Martha Dodd (Hg.): Diplomat auf heissem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938. Dt. Übersetzung, Berlin 1964.
- ❖ François-Poncet, André: Als Botschafter in Berlin. 1931-1938. Dt. Übersetzung, Mainz 1949.
- ❖ Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II, Bd. 8. München 1993.
- ❖ Frölicher, Hans: Meine Aufgabe in Berlin. Wabern-Bern 1962. [Privatdruck].
- ❖ Fromm, Bella: Als Hitler mir die Hand küsste. Hamburg 1993.
- ❖ Geschäftsberichte des Bundesrates.
- ❖ Henderson, Sir Nevile: Failure of a Mission. New York 1940.
- ❖ Hill, Leonidas E. (Hg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Frankfurt/M. 1974.
- ❖ Homberger, Heinrich: Schweizer Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Erlenbach und Stuttgart 1970.
- ❖ Kreewisch, Edgar: Vinas dienas [In Faraway Days]. Melbourne 1966.
- ❖ Küsters, Hans Jürgen und Hans Peter Mensing (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945. München 1986.
- ❖ Lindt, August R.: Die Schweiz, das kleine Stachelschwein. Bern 1992.
- ❖ Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957.
- ❖ Motta, Giuseppe: Testimonia temporum 1911-1931. Bellinzona 1931.
- ❖ Schaffner, Hans: Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, [Aufzeichnung von 1946]. In: NZZ vom 10.2.1997.
- ❖ Schnetzer, Max: Bericht über die Eroberung der Reichshauptstadt. In: Der Bund: 15 Folgen, ab 21.6.1945.
- ❖ Stucki, Walter: Von Pétain zur Vierten Republik. Vichy 1944. Bern 1947.
- ❖ Trevor-Roper, Hugh R. (Hg.): Le testament politique de Hitler. Paris 1959.
- ❖ U.S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II. Preliminary Study. Coordinated by Stuart E. Eizenstat. [Washington, D. C.] 1997, [= Eizenstat-Bericht].
- ❖ Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen. München 1950.

2. Zeitungen und Zeitschriften

- Berner Tagblatt
- Berner Tagwacht
- Der Bund, Bern
- Frankfurter Allgemeine Zeitung

- ❖ Gazette de Lausanne
- ❖ Neue Zürcher Nachrichten
- ❖ Neue Zürcher Zeitung
- ❖ Schweizer Illustrierte
- ❖ Sonntags-Zeitung
- ❖ Tages-Anzeiger
- ❖ Der Tagesspiegel, Berlin
- ❖ Volksrecht, Zürich
- ❖ Die Weltwoche
- ❖ Winterthurer AZ

D Sekundärliteratur

- ❖ Blasius, Rainer A.: Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen. Köln und Wien 1981.
- ❖ Blasius, Rainer A.: Ein konservativer Patriot im Dienste Hitlers – Ernst Freiherr von Weizsäcker. In: W. Filmer und H. Schwan: Richard von Weizsäcker. Düsseldorf et al. 1989².
- ❖ Bondt, René: Der Minister aus dem Bauernhaus. Handelsdiplomate Jean Hotz und seine turbulente Zeit. Zürich 2010.
- ❖ Bonjour, Edgar: Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bde. 1-6. Basel 1970-1975-
- ❖ Bourgeois, Daniel: Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes. In: Relations internationales 1 (1974).
- ❖ Bourgeois, Daniel: Le Troisième Reich et la Suisse 1933-1941. Neuchâtel 1974.
- ❖ Braunschweig, Pierre-Th.: Geheimer Draht nach Berlin. Zürich 1989.
- ❖ Bucher, Erwin: Zwischen Bundesrat und General. Zürich 1993.
- ❖ Caillat, Claude: Les coulisses de la diplomatie. Paris 2007.
- ❖ Casgnola, Fabio: Les attachés militaires suisses et leur importance pour notre service de renseignements militaire. Mémoire de licence Université de Genève 1986.
- ❖ Castelmur, Linus von: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945-1952). Zürich 1992.
- ❖ Cattani, Alfred: Der Fall Minister Frölicher (Replik). In: NZZ vom 23.3.1976.
- ❖ Cattani, Alfred: Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. In: NZZ vom 31.5.

- ❖ Cerutti, Mauro: La politique de la Suisse officielle face à la guerre civile espagnole. In: Ders. et al. (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936-1946). Lausanne 2001,33-54.
- ❖ Chevallaz, Georges-André: Le défi de la neutralité. Diplomatie et défense de la Suisse 1939-1945. Vevey 1995.
- ❖ Conze, Eckart et al. (Hg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010.
- ❖ Döscher, Hans Jürgen: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Berlin 1987.
- ❖ Dumaine, Jacques: Quai d'Orsay 1945-1951. Paris 1956.
- ❖ Favez, Jean-Claude: Une mission impossible? Le CICR, les déportations et les camps de concentration nazis. Lausanne 1988.
- ❖ Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/M. und Berlin 1995⁵.
- ❖ Fink, Jürg: Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches 1933-1945: Einschätzung und Beurteilung der Schweiz durch die oberste deutsche Führung seit der Machtergreifung Hitlers. Zürich 1985.
- ❖ Frisch, Max: Dienstbüchlein. Frankfurt/M. 1974.
- ❖ Gautschi, Willi: General Henri Guisan. Zürich 1989.
- ❖ Gautschi, Willi: Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte. Zürich 1994.
- ❖ Geiser, Christoph: Brachland. Zürich 1980.
- ❖ Geiser, Christoph: Der Anschluss fand statt. In: Neutralität Nr. 1, Januar 1970.
- ❖ Glur, Stefan: Vom besten Pferd im Stall zur *persona non grata*. Paul Ruegger als Schweizer Gesandter in Rom 1936-1942. Bern et al. 2005.
- ❖ Grivat, Olivier: Internés en Suisse: 1939-1945. Chapelle sur Moudon 1995.
- ❖ Gruner, Wolf: Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996.
- ❖ Gutzwiller, Max: Siebzig Jahre Jurisprudenz. Erinnerungen eines Neunzigjährigen. Basel und Stuttgart 1978.
- ❖ Haas, Gaston: «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte ...», 1941-1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Basel und Frankfurt/M. 1994.
- ❖ Hochhuth, Rolf: Teil 38. Hamburg 1979.
- ❖ Hofer, Walther: Wer hat den Zweiten Weltkrieg verlängert? Kritisches zur merkwürdigen These einer Kriegsverlängerung durch die Schweiz. In: NZZ vom 7./8.6.1997.
- ❖ Hofer, Walther und Herbert H. Reginbodin: Hitler, der Westen und die Schweiz 1936-1945. Zürich 2001.
- ❖ Humbel, Kurt: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939. Zürich 1967.

- ❖ Hürlimann, Thomas: Der Gesandte. Zürich 1991.
- ❖ Inglin, Meinrad: Missglückte Reise durch Deutschland. In: Schweizer Monatshefte 43 (1963).
- ❖ Inhelder, Matthias: Die Schweiz als Schutzmacht Grossbritanniens und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Lizentiatsarbeit Zürich 1989.
- ❖ Kaiser, Christian: War das Urteil über den Schweizer Gesandten in Berlin, Hans Frölicher, gerecht? Diplomarbeit Hochschule St. Gallen 1994.
- ❖ Karbowski, Kazimierz: Vor 60 Jahren. Ein Schweizer Gerichtsmediziner in Katyn. In: Schweizerische Ärztezeitung 47 (2003), 2510-2513.
- ❖ König, Max: Der Fall Minister Frölicher. In: NZZ vom 23.3.1976.
- ❖ Kreis, Georg: Die Rückkehr des J-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung. Zürich 2000.
- ❖ Kreis, Georg: General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 27 (1977).
- ❖ Kreis, Georg: Auf den Spuren von La Charité. Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936-1941. Basel 1976.
- ❖ Lasserre, André: Frontières et camps. Le refuge en Suisse de 1933 à 1945. Lausanne 1995.
- ❖ Marchi, Otto: Hans Frölicher – Anpasser oder Patriot? In: Weltwoche vom 3.6.1976.
- ❖ Martig, Peter: Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 28 (1978).
- ❖ Meienberg, Niklaus: Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat. Zürich 1980.
- ❖ Meier, Martin et al.: Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik 1930-1948. Strukturen – Verhandlungen – Funktionen. Zürich 2002.
- ❖ Müller, Felix E.: Hans Frölicher, Botschafter im Nazi-Deutschland, im Urteil der Nachwelt. In: Weltwoche vom 30.12.1993.
- ❖ Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-45. Zürich 1994.
- ❖ Probst, Raymond: Heimschaffung sowjetischer Militär interniert er im Sommer 1945. In: NZZ vom 7.8.1995.
- ❖ Rappold, Hans: Der Schweizerische Generalstab, Bd. 5. Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907 bis 1924. Basel und Frankfurt/M. 1988.
- ❖ Reichlin, Linus: Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Zürich 1994.
- ❖ Roschewski, Heinz: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten. In: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, 107-136. (= Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern 1996).

- ❖ Schmitz, Markus: Westdeutschland und die Schweiz nach dem Krieg. Die Neuformierung der bilateralen Beziehungen 1945-1952. Zürich 2003.
- ❖ Schmitz, Markus und Bernd Haunfelder. Humanität und Diplomatie. Die Schweiz in Köln 1940-1949. Münster 2001.
- ❖ Schwarz, Stephan: Anpassung statt Widerstand. Franz Kappelers Tätigkeit in Berlin. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 61 (2011), 418-434.
- ❖ Schwarz, Stephan: Hans Frölicher in Berlin. Zur Diskussion über die Rolle des schweizerischen Gesandten in Berlin 1938-1945. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 58 (2008), 445-467.
- ❖ Schwarz, Stephan: Ernst Freiherr von Weizsäckers Beziehungen zur Schweiz (1933-1945). Bern et al. 2007.
- ❖ Schwarz, Urs: Schicksalstage in Berlin. Lenzburg 1986.
- ❖ Senn, Hans: Der schweizerische Generalstab, Band VII. Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel und Frankfurt/M. 1995.
- ❖ Stamm, Konrad: Die guten Dienste der Schweiz. Bern 1974.
- ❖ Stauffer, Paul: Polen – Juden – Schweizer. Zürich 2004.
- ❖ Stauffer, Paul: «Sechs furchtbare Jahre...». Auf den Spuren Carl J. Burckhardts durch den Zweiten Weltkrieg. Zürich 1998.
- ❖ Stauffer, Paul: Grandseigneuraler «Anti-Intellektueller». Carl J. Burckhardt in den Fähnriessen des totalitären Zeitalters. In: Aram Mattioli (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939. Zürich 1995, 113-134.
- ❖ Stauffer, Paul: Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt, Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz. Zürich 1991.
- ❖ Tanner, Jakob: Hand in Hand mit den Nazis. In: Bilanz 10/1989.
- ❖ Tanner, Jakob: «Die Schweiz hatte wieder einmal Glück». Edgar Bonjours Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Volkserziehung. In: NZZ-Folio 8/1991.
- ❖ Tissier, Tony Le: Berlin Then and Now. London 1992.
- ❖ Tschuy, Theo: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1995.
- ❖ Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht. Zürich 2002.
- ❖ Umer, Klaus: Die Deutschen in der Schweiz. Frauenfeld 1976.
- ❖ Umer, Klaus: Die Schweiz muss noch geschluckt werden. Zürich 1991³.
- ❖ Umer, Klaus: Der Schweizer Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen. Frauenfeld und Stuttgart 1980.
- ❖ Umer, Klaus: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. In: NZZ vom 27.11.1968, 2.12.1968, 6.12.1968.

- ❖ Voegeli, Peter: Der Führer selbst soll durch ein Attentat beiseite geschafft werden. In: NZZ vom 16./17.7.1994.
- ❖ Voegeli, Peter: Das Kriegsende in Berlin. Das Schicksal der Schweizer Gesandtschaft im Frühling 1945. In: NZZ vom 6./7. 5.1995.
- ❖ Vogler, Robert Urs: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Diss. Zürich 1983.
- ❖ Vonder Mühl, Jan: Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zeiten Weltkrieges (1933-1945). Eine Untersuchung im Auftrag von ASM/VSM. Zürich 1977.
- ❖ Waeger, Gerhart: Die Sündenböcke der Schweiz. Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946. Olten und Freiburg i. Bg. 1971.
- ❖ Weber, Karl: Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933-1945. Bern 1948.
- ❖ Widmer, Paul: Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie. Von Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner. Zürich 2003.
- ❖ Widmer, Paul: Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Geschichte eines schwierigen diplomatischen Postens. Zürich 1998².
- ❖ Widmer, Urs: Der Sprung in der Schüssel. Frölicher – Ein Fest. Zwei Stücke. Frankfurt/M. 1992.
- ❖ Winkler, Stephan: Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943-1945. Basel und Frankfurt/M. 1992.

Personenregister

- Adenauer, Konrad 72, 99
Attolico, Bernardo 74
- Barbey, Bernard 86
Bavaud, Maurice 162, 164 f., 221
Berger, Gottlob 172 f.
Bibra, Hans Sigismund von 24, 68, 113
Bircher, Eugen 122
Bohle, Ernst Wilhelm 68
Bonjour, Edgar 39, 186, 188 ff, 196, 199, 220, 222
Bonna, Pierre 13, 23, 121, 154
Böschenstein, Hermann 46 ff, 58, 61
Bourgeois, Daniel 223
Brand, Paul 31
Bretscher, Willy 60 f., 65, 114, 120, 127, 141, 195 f.
Broda, May 200
Bucher, Erwin 193
Bülow, Bernhard von 37, 42 f.
Burckhardt, Carl Jacob 13, 82 f., 85 ff, 101, 192, 203, 207, 209, 211 f., 214, 217
Burckhardt, Peter 177 ff
Burckhardt-de Reynold, Elisabeth 209
Bütler, Hugo 196
- Canaris, Wilhelm 177 f.
Caratsch, Reto 47, 57 ff, 61, 126 f.
Cattani, Alfred 196
Chevallaz, Georges-André 193
Ciano, Graf Galeazzo 213
Coulondre, Robert 54
- Däniker, Gustav 84
David, Paul 93 f.
Dinichert, Paul 12, 22, 33 ff., 52 ff, 57 ff., 66, 79, 146, 152, 155, 167
Dirksen, Victoria von 77
Dodd, William E. 51
Dollfus, Ruggero 85
Dulles, Allen W. 179
Dürrenmatt, Friedrich 201
Dürrenmatt, Peter 84
- Einstein, Albert 50
Eizenstat, Stuart 139
Ernst, Alfred 179
Escher, Alfred 177, 182
Etter, Philipp 86
- Feer, Eduard 48, 52, 57
Feisst, Ernst 142, 190
Feldmann, Markus 86, 125
Feldscher, Peter Anton 95, 167 ff
Feller, Harald 169
Fink, Jürg 199
Franco, Francisco 25 ff
François-Poncet, André 37, 54, 59, 74, 107
Frank, Hans 40
Frey, Oscar 129
Frisch, Max 196
Frölicher, Hélène 19, 21, 176
Frölicher, Margaritha («Mädi») 15, 19
Frölicher, Max 19, 21
Frölicher, Maximilian 15
Frölicher, Willy 15

- Frölicher-Stehli, Margaretha Emerentia 15
 Frölicher-Thormann, Margarete 19 ff.
 Funk, Walter 72, 136 f.
 Furtwängler, Wilhelm 22
- Gaulle, Charles de 192, 214
 Gautschi, Willi 83
 Geiser, Christoph 19, 197 ff.
 Geiser, Otto 19
 Gerber, David 129
 Gisevius, Hans Bernd 178 f.
 Globke, Hans 148
 Goebbels, Joseph 37, 49, 52, 71 f, 117, 122
 Goebbels, Magda 71 f.
 Goerdeler, Carl Friedrich von 77
 Gonzenbach, Adolf 31
 Göring, Hermann 37, 42, 59, 71 f, 135
 Grässli, Max 49, 52, 143, 177, 182
 Grimm, Robert 32, 106
 Guggenheim, Willy 50
 Guisan, Henri 80, 82 ff., 86, 129, 179 f., 197
 Häberlin, Heinrich 51
 Hammer, Walter 162
 Häsler, Alfred A. 152
 Hassell, Ulrich von 77
 Hausamann, Hans 179
 Hedin, Sven 85
 Henderson, Nevile 36, 74, 103
 Hermann, Villi 163
 Hilty, Hans Rudolph 198 f.
 Himmler, Heinrich 71
 Hindenburg, Paul von 35
 Hitler, Adolf 35 ff., 39 ff., 53, 64, 66, 68 ff.,
 77, 80, 83, 86, 102 ff., 131, 171, 173 f.,
 186 f., 192, 212
 Hochhuth, Rolf 163
 Holzschuher, Rosemarie von 100
 Homberger, Heinrich 79 f, 134, 137, 142, 190,
 195
- Hotz, Jean 79, 134 f., 205
 Huber, Albert 85
 Huber, Jakob 84
 Huber, Max 154, 205 f.
 Hugenberg, Alfred 35
 Hürlimann, Thomas 199 ff.
- Inglin, Meinrad 116
- Jegorow, Michail 92
 Jenny, Jeannette 160
 Jost, Hans Ulrich 222
- Kantaria, Meliton 92
 Kappeler, Franz 53 ff., 57, 68, 127, 147
 ff., 151, 155, 163 ff., 176, 187
 Karajan, Herbert von 22, 77
 Kaspar, Willi 93
 Ketterer, James 160
 Kimchejon 188
 Kobelt, Karl 86
 Köcher, Otto 24, 62, 81, 86, 125, 148,
 211
 König, Hans 81, 126
 König, Max 173, 176, 178, 196
 Kreewinsch, Edgar 59
 Kreis, Georg 196
- Labhart, Jakob 84
 Lasserre, André 153
 Lindt, August 23, 190
 Lutz, Carl 169
- Marchi, Otto 198 f., 222
 Masson, Robert 109
 McCloy, John 174
 Meienberg, Niklaus 20, 163
 Meier, Max 169
 Mendelssohn-Bartholdy, Paul 95
 Meyer, Johann Conrad 126
 Miermeister, Jürgen 200
 Minger, Rudolf 82, 85

- Moltke, Helmuth Johannes Ludwig von 84
Mörgeli, Ernst 160 f., 180
Motta, Giuseppe 23 ff., 33, 37, 39 ff., 47, 57
f., 60, 67, 69, 97, 113, 127, 149, 156,
176, 182, 210
Müller, Felix E. 197
Müller, Werner 182
Mussolini, Benito 40, 55, 210, 213
- Musy, Jean-Marie 172
Naville, François 154
Neurath, Konstantin von 39, 43
Niemöller, Martin 46
- Obrecht, Hermann 133
Oeri, Albert 46, 124, 127, 153
Olbricht, Friedrich 77
- Papen, Franz von 35
Pétain, Philippe 192, 211, 214
Petitpierre, Max 96, 99, 205
Pilet-Golaz, Marcel 13, 80 f., 91, 97, 110 f.,
114, 121, 136, 161, 176, 179 f, 182, 192
f., 198, 211, 213, 216, 222
- Quandt, Günther 71
Quandt, Harald 71
- Ravoux, Paul 59
Reynold, Gonzague de 209
Ribbentrop, Joachim von 71, 73 f., 112, 117,
130, 216
Ritter, Karl 62, 131, 135
Ritter, Paul 180
Roediger, Konrad 148 f.
Roth, Arnold 72
Rothmund, Heinrich 51, 147 ff, 152, 156
Ruegger, Paul 12, 61, 72, 129, 143, 154, 203,
205 f., 210, 211, 213, 216 f.
- Ruegger-Salazar, Isabella 32, 206, 213
Rüfenacht, Hermann 22, 122
- Salis, Jean Rudolf von 31, 114
Salis, Peter Anton von 49
Sartorius, Karl 46
Sauerbruch, Ferdinand 77, 122 f.
Schacht, Hjalmar 39, 43, 48, 71 f.
Schellenberg, Walter 161, 174
Schildknecht, Gottfried 158
Schmitz, Markus 99
Schoeck, Othmar 22
Schulthess, Edmund 43 f., 69, 71, 85, 104 f.,
205
Schürch, Ernst 127
Schuschnigg, Kurt 117
Schwarz, Stephan 199
Schwarz, Urs 164, 176
Schwarzenbach, Alfred 19
Schwarzenbach, Edwin 19 f.
Schwarzenbach, James 20
Schwarzenbach, Robert 15, 19
Schwarzenbach-Wille, Renée 19
Speidel, Hans 142
Sprecher von Bernegg, Theophil 84
Stader, Maria 22
Stauffer, Paul 86 f., 212
Steengracht, Gustav Adolf von 73, 76, 170,
S172
Stehli-Hirt, Emil 15
Steiger, Eduard von 82
Steiner, Paul Werner 167
Stolpe, Manfred 9
Stresemann, Gustav 36
Stucki, Walter 13, 49, 62, 81, 87, 121, 136, 192
f., 203, 205, 210, 212, 214, 217
Stürm, Hans 163
- Tamaro, Attilio 213
Thorez, Maurice 192
Thormann, Eduard 19
Thurnheer, Walter 15, 17, 216
Toca, Bernabé 31 f.

- Urner, Klaus 110, 140, 163
- Vallotton, Henry 176
- Vieli, Peter 115, 122
- Villiger, Kaspar 156, 222
- Vischer, Heinz 177
- Wytttenbach-Thormann, Elisabeth von 21
- Wagnière, Georges 191
- Wagnière, Jean-Frédéric 191, 195
- Waibel, Max 84, 177, 179 ff., 187 ff.
- Wallenberg, Raoul 169
- Walther, Heinrich 80, 85
- Wander-Thormann, Katharina 21
- Wassiltschikoff, Marie 77
- Weiss, Franz-Rudolph von 72, 122, 146, 153
- Weizsäcker, Ernst von 24, 44, 55, 62, 69, 74
ff., 108 f., 111, 120, 131, 142, 182, 211
- Werdt, Hans von 176 f., 183 f., 187
- Wetter, Ernst 81
- Widmer, Urs 199 ff.
- Wiehl, Emil 143
- Wille, Ulrich (General) 19
- Wille, Ulrich (Korpskommandant) 66, 84
- Wyss, Margarete 90
- Zehnder, Adolf 90
- Zehnder, Alfred 92, 143, 177
- Zwicky, Ernst 158

Bildnachweis

Es sind die Abbildungsnummern angegeben.

Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich/NL Paul Ruegger: **30**

Auslandschweizer-Organisation, Bern: **18**

Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz / Victor Grebnew: **19**

Landesarchiv Berlin: 11 (Sig. 0389610), 13 (Sig. II10348)

Privatarchiv: **1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 14, 15, 17, 21, 22, 25, 31**

Schweizerische Botschaft in Berlin/EFD, Bundesamt für Bauten und Logistik: **12**

Schweizerische Magistraten und Diplomaten. Verbandsdruckerei, Bern 1941: **10**

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (BAR): **3, 16, 23, 24, 26** (CH-BAR, J1.236,1993/368, 6*, Bd. 1), **20** (CH-BAR, J1.236), **27** (CH-BAR, E2400, 1000/717,104*), **9** (CH-BAR, J1.131,1992/235,1*, Bd. i/Nachlass Walter Stucki), **29** (CH-BAR, J1.131,1000/1395,140*, Az. X, Foto-sammlung/ Nachlass Walter Stucki), **32** (CH-BAR, E2500,1968/87,425*, Az.

A.22.../B.21...)

SRF/Oscar Alessio: **28**

Vom gleichen Autor

Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen – Geschichte – Gestaltung.
Verlag Neue Zürcher Zeitung. Zürich 2007.

Kroatien. Ein Land zwischen Balkan und Europa. Verlag Neue Zürcher
Zeitung. Zürich 2004.

Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie. Von Pictet de Rochemont bis
Edouard Brunner. Ammann-Verlag/Verlag Neue Zürcher Zeitung. Zürich
2003.

Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Geschichte eines schwierigen di-
plomatischen Postens. Verlag Neue Zürcher Zeitung. Zürich 1997 (vergrif-
fen).

Die schwierige Realität. Studien zur Niedergangsthematik in der Antike.
Klett-Cotta. Stuttgart 1983.